Wildcat

#70

Sommer 2004

kostet 3 Euro

Immer schlechtere Arbeitsbedingungen für Polizisten!

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Verlagerung nach Osten Tschechien und Rumänien

SUD keine andere Gewerkschaft

Streik bei FIAT

Operaismus?

Gebratene Tauben, demnächst

The Preacher and the Slave

Long-haired preachers come out every night
Try to tell you what's wrong and what's right;
But when asked how 'bout something to eat
They will answer in voices so sweet:

Chorus:
You will eat, bye and bye,
In that glorious land above the sky;
Work and pray, live on hay,
You'll get pie in the sky when you die.

The starvation army they play,
They sing and they clap and they pray
'Till they get all your coin on the drum,
Then they'll tell you when you're on the bum:

Workingmen of all countries, unite,
Side by side we for freedom will fight;
When the world and its wealth we have gained,
To the grafters we'll sing this refrain:

Final chorus:
You will eat, bye and bye,
When you've learned how to cook and to fry.
Chop some wood, 'twill do you good,
And you'll eat in the sweet bye and bye.

Predigerin und Sklave

Alle Abend kommen die langhaarigen Prediger,
Sie wollen dir erzählen, was du tun und lassen darfst.
Bittest du sie um etwas zu essen,
dann singen sie mit süßer Stimme:

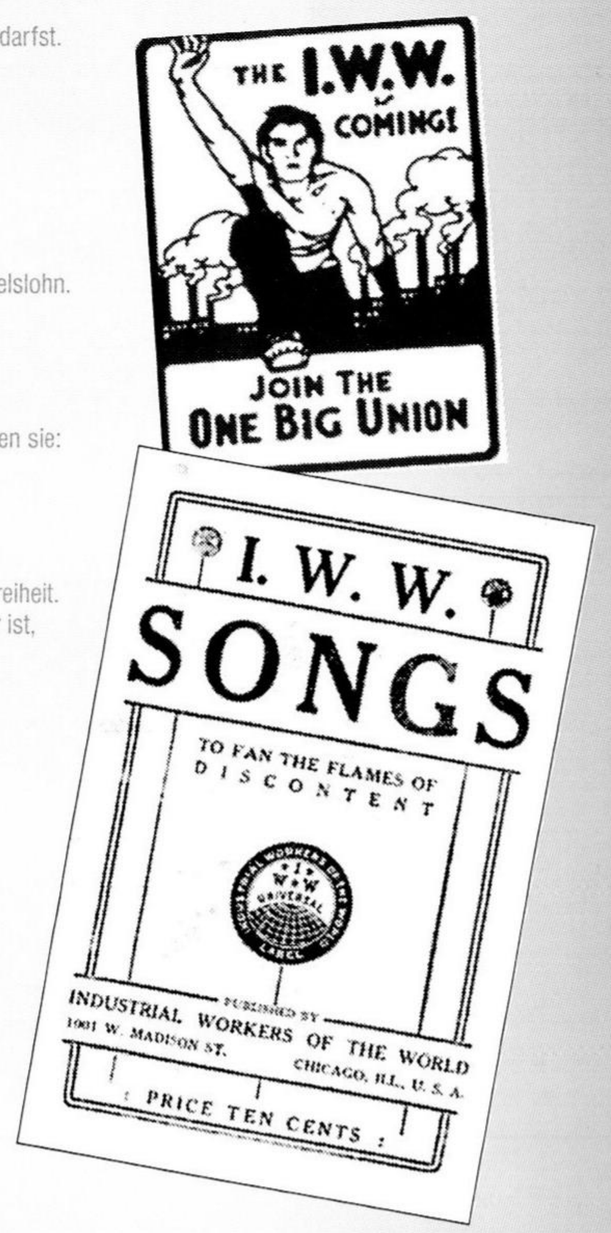
Refrain:
Essen wirst du nach und nach
Droben im herrlichen Himmelsland.
Bete und arbeite, nähr dich von Heu,
Wenn du stirbst, kriegst du Törtchen als Himmelslohn.

Die Heilfasten-Armee spielt auf,
mit klatschenden Händen, Gesang und Gebet,
bis sie all eure Münzen im Trommelring haben,
doch wenn ihr mit eurem Bündel wandert, singen sie:

[Refrain]

Arbeiter aller Länder, schließt euch zusammen!
Seite an Seite wollen wir kämpfen um unsere Freiheit.
Wenn die ganze Welt mit ihrem Reichtum unser ist,
singen wir der Schmiergeldrunde vor:

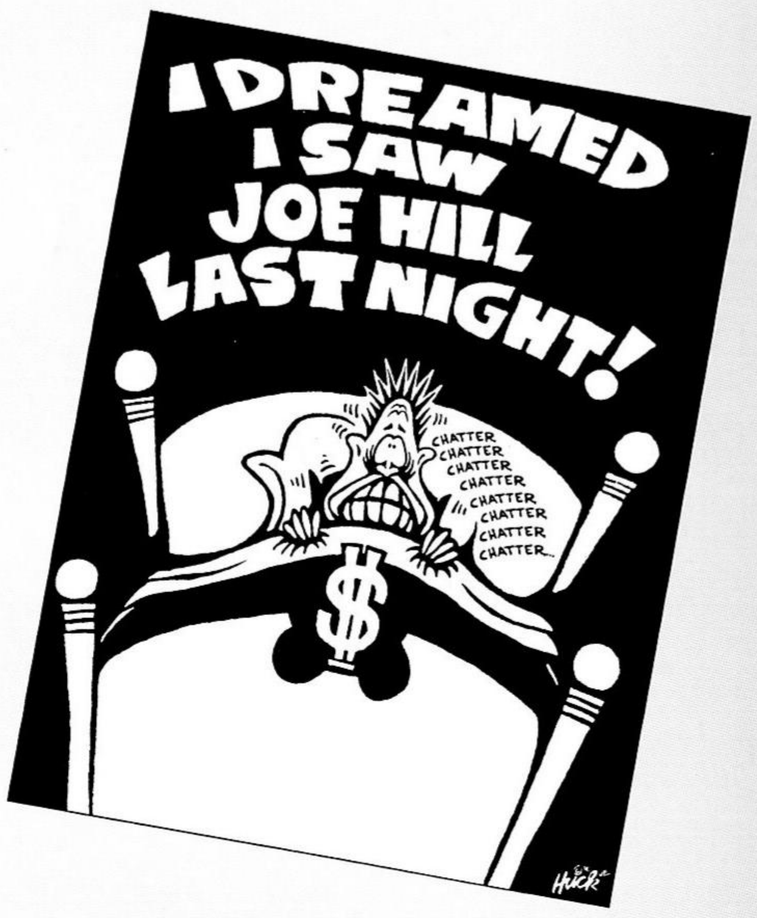
End-Refrain:
Ihr sollt essen, nach und nach,
wenn ihr kochen und braten gelernt habt.
Hackt etwas Holz, das tut euch gut,
Ihr sollt essen, zuckersüß, nach und nach.



Eine augenzwinkernde, stillvergnügte Ballade? Allgegenwärtig waren vor hundert Jahren in den USA die frommen, missionarisch ausgerichteten Glaubensgemeinschaften, die ein Millionenheer von ImmigrantInnen in die Betstuben und damit in die soziale Resignation predigen wollten. Die Wobblies (IWW – International Workers of the World) hatten sich zum Ziel gesetzt, die Wanderarbeiter und die gesamte ausgebeutete Klasse zum Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft zusammenzuschließen und griffen alle diejenigen an, die die Klasse auf bessere Zeiten, im schlimmsten Fall aufs Jenseits vertrösten wollten. So entstanden Lieder, mit denen singende und musizierende Arbeitergruppen den trommelnden Frömmlern die Straße streitig machten. Das Erfolgsrezept bestand in einem parodistischen Verfahren, das die Köder der konterrevolutionären Fischzüge inhaltlich sowie musikalisch entlarvte und damit das Publikum zum Lachen brachte. Meisterhaft beherrschte dies Verfahren Joe Hill, selbst Immigrant, Wanderarbeiter und IWW-Organisator. Von ihm stammt das Kampflied, das den »pie in the sky«, sozusagen die gebratene Taube am Himmel, unsterblich gemacht hat. Melodisch und textlich spielt Joe Hill hier mit der Hymne »In the Sweet Bye and Bye«, einem bis heute gut bekannten religiösen Tränendrücker, der als Lohn für den Glauben ein Wiedersehen im Himmel verspricht: »We shall meet, bye and bye, in that glorious land above the sky«. Der IWW-Autor schreibt das zielsicher zu »you shall eat, bye and bye« um, und schält damit erst den irdischen Teil der Botschaft an die Arbeiter heraus. Unmittelbar nimmt Joe Hill ganz bestimmte Missionarinnen aufs Korn, und verabreicht ihrer Organisation parodistisch die erkennungsdienstliche Behandlung: Durch Austausch von nur zwei Buchstaben wird aus der selbsternannten »salvation army«, der Heilsarmee, die »starvation army«, das Heer der Hungersnot.

Parodie und Satire sind Waffen der Unterdrückten. Hills Text ironisiert die Vertröstungen aufs Jenseits, indem er den Ursprungstext radikal zerlegt – im Weglassen von allem Überflüssigen hat einer Übung, der seinen ursprünglichen Namen Joel Emmanuel Hägglund erst zu Joseph Hillstrom und dann zu Joe Hill zugespitzt hat – und dann umschreibt. Arbeiterumschreibungen gibt es in jedem Betrieb, Verballhornung vom Namen der Firma, Buchstabendreher bei betrieblichen Anweisungen, manchmal genügt eine andere Betonung von Vorgesetzten-Namen. Joe Hill benutzt in seinen Liedern diese Techniken seiner Hobo-Kollegen.

1915 wurde der gefährliche satirische Songwriter Joe Hill nach einem Verfahren mit gefälschten Beweisen in Salt Lake City hingerichtet. Aber er soll immer wieder gesehen worden sein – »the man who never died«. Eine, die ihm begegnet ist, war Joan Baez in Woodstock 1969. Und manchmal soll das auch anderen Leuten passieren...



Inhaltsverzeichnis

Editorial 3

Operaismus 6
Vom Schimpfwort zum Hype zum toten Hund?

Storming Heaven 9
Interview mit Steve Wright

FIAT in Arbeiterhand 13
Buchbesprechung

Streik in der Musterfabrik: FIAT Melfi 16

Von der Unmöglichkeit
radikaler Gewerkschafterei 24
Interview mit einem SUD-Aktivisten

Hotlines 26
Buchbesprechung

Dead End im Irak 30

Kämpfe im Libanon und Nigeria 35

Streik der Fahrradkuriere /Wien 36

Trucker-Streik in Los Angeles 37

Dann geh ich halt nach Osten....

Verlagerungsdrohung und -realität 40
Aufschwung oder Absturz?

Investitionen in Tschechien 43

Gelobtes Land und Klassenkampf 46
Rumänien nach der Wende

Es rumort in Rumänien 50

Visteon – eineganz normale Fabrik 53
Streik bei Visteon in Bedford/Indiana 54

Du hast ja wohl geraucht... 57

Was bisher geschah...
Wildcat-Streiks in England 58
Wilder Streik in der Ford-Endmontage/Köln 59
HBB-Streik – Keine Bewegung 60
Wilder Streik bei der Berliner S-Bahn 60
Lustig ist das Studentenleben? 61
Skoda-Produktion in China? 62
Umstrukturierungen in Krankenhäusern
und Pflegeeinrichtungen 63

Besetzte Betriebe in Argentinien 64

The Art of Rebellion 66
Buchbesprechung

Man driven Trance from outer Space 67
Moers 2004

Das Leben komplett ein ungeheurer Lärm 68
Industrial zwischen inhaltsleerer Provokation
und musikalischem Experiment

DMCA on Steroids 72

Joe Hill, die IWW und revolutionäre Gegenkultur 73
Buchbesprechung

Die vielköpfige Hydra 76
Seeleute, Sklaven, Gemeine und die verborgene
Geschichte des revolutionären Atlantik
Buchbesprechung

Impressum 79

Wo liegt die Strategie?

Ein Hausprojekt in einer deutschen Kleinstadt – in sechs Jahren fünf Besitzer, die alle mit dem wertvollen Altbau spekulieren wollen und dazu die BewohnerInnen loswerden müssen. Jedesmal Dutzende Hausplena, Diskussionen: »sollen wir offensiv?« – Irgendwie hat sich immer die »Strategie« durchgesetzt: alles aussitzen, Termine rauszögern, abwarten ... nicht, weil wir so kluge Köpfe gewesen wären oder weil wir das für die beste Lösung gehalten hätten – eher, weil wir Schwierigkeiten hatten, uns auf was anderes zu einigen und weil wir die allgemeine gesellschaftspolitische Situation nicht so eingeschätzt haben, dass wir mit einer Demo viel reißen oder eine Besetzung lange halten könnten. Nach sechs Jahren wohnen wir immer noch drin, zahlen immer noch sehr niedrige Mieten ... Die Revolution haben wir nicht gemacht, sooo falsch war unser Verhalten andererseits auch nicht. Aber: war es »Strategie«?

Zoom: die Arbeiterklasse. Sie hat in der zweiten Hälfte der 60er Jahre weltweit mächtig zugeschlagen. Damals hatten die allermeisten »Strategen« sie bereits aufgegeben oder als »Mittelschicht« abgeschrieben – alle, außer ein paar OperaistInnen in Italien, die ganz frech behaupteten: »die Strategie liegt in der Klasse« (S. 6).
In der BRD werden die ArbeiterInnen seit mehr als 30 Jahren alle drei bis vier Jahre von irgendwelchen »Strategen« zum letzten Gefecht aufgefordert. Nun sei das Faß endgültig voll, nun drohe die absolute Verelendung, der Weltkrieg, Franz-Josef Strauß, der Faschismus, die Agenda 2010 – alles was noch helfe, sei der Endkampf!
Aber vielleicht ist die Arbeiterklasse ähnlich gut organisiert wie ein Hausplenum: man verbringt die Tage gemeinsam (oder auch mal zwei Wochen lang die Nacht{schichten}, wenn man in Melfi arbeitet – S. 16), man weiß, man ist in derselben Lage, aber man kann sich nicht so richtig auf offensives Vorgehen einigen – und wartet halt ab. Wenn es stimmt, dass die Strategie bei der Klasse liegt – **liegt sie da gut?**

Zoom: die Bewegung. Viele AktivistInnen schieben Frust, der Feind meint triumphieren zu können. Aber die Bewegung, die mit Seattle, Prag und Genua an die Oberfläche getreten ist, ist keineswegs zuende. Eine Phase ist vorbei, neue Fragen stehen an. Diese Bewegung setzt sich aus vielen Bewegungen zusammen. Sie folgt nicht mehr dem Schema: 'entsteht – erreicht den Höhepunkt – geht zurück'. Dieses zyklische Auf und Ab hatte nämlich zwei Voraussetzungen: eine räumliche (lokal, national) und eine vektorale (Teilforderungen). Die Bewegung hat einen qualitativen Sprung gemacht, indem sie zum erstenmal global geworden ist (*ein* Ausdruck davon war die weltweite Demo am 15. Februar 2003). Es geht nicht mehr um »internationale« Solidarität zwischen voneinander getrennten Kämpfen, die Fabrikbesetzungen in Argentinien (S. 64), die Streiks in China sind keine Geschichten aus anderen Zeiten und weit entfernten Kontinenten, sie erzählen von uns selber, von unseren eigenen Problemen, unseren eigenen Begrenzungen... Frühere Bewegungen haben

sich – implizit oder explizit – auf den Nationalstaat bezogen, haben (direkt oder indirekt) mit ihm verhandelt, hatten Verhandlungsergebnisse, Erfolge, Niederlagen, das ergab ein zyklisches Auf und Ab. Die heutige Bewegung hat keine Verhandlungspartner mehr *und:* sie hat radikale Anliegen: Krieg, Arbeit, Wissenschaft, das Recht auf Privateigentum... Diese Unübersichtlichkeit ist eine der Qualitäten dieser Bewegung (man muss sich nur mal klarmachen, wie schnell »'68« zwischen Jusos und Maoismus eingefangen und unschädlich gemacht worden war und wie lange sich die heutige Bewegung schon entwickelt!). Auch wenn die üblichen Verdächtigen wieder heftig dran arbeiten, die Bewegung in gewohntes Gelände zurückzuholen, in mediale *events* und verhandelbare Häppchen zu zerlegen, mit institutionellen »Erfolgen« zu ködern, in der *Selbstverwaltung* des Gettos einzuschließen ... Die wirklichen Fragen im Übergang zur nächsten Phase sind Probleme wie: Woher kommt die Macht, um unsere Feinde zu besiegen? Wie können wir Kriege tatsächlich verhindern? Früher nannte man das »Strategiedebatte« – **hilft sie uns weiter?** – und alle »Revolutionäre« waren diesbezüglich (positiv oder negativ) auf »Was tun?« geeicht. In dieser Schrift hatte Lenin 1902 auf solche Fragen geantwortet: »die Partei aufbauen«. Weil die Massen nur »trade-unionistisches Bewußtsein« entwickeln könnten, brauche es die Partei (»eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation«), die von außen den Massen das »sozialdemokratische Bewußtsein« bringt. Dieser mehrfach gescheiterte Revoluzzer fasziniert bis heute Manager, Philosophen und Staatsstreich-Aspiranten, weil sein Modell am Ende siegreich war. Er konnte »seine« Partei zur Revolution »zwingen«. Die Bolschewiken übernahmen die Räte der – damals sehr minoritären – Arbeiterklasse und zwangen damit dem ganzen Land *ihre* Revolution auf. *Das* ist das Faszinosum Lenin. Andere raten gerade aus diesem Grund von Revolutionen überhaupt ab – man wisse ja, was dabei herausgekommen ist. Und viele wollen bestimmte *Fragen* gar nicht mehr stellen, nur weil Lenin eine bestimmte Antwort darauf gegeben hat. Können wir heute die Machtfrage in einem emanzipatorischen Sinn stellen? Läßt sich Strategie anders als vom Feldherrenhügel denken?

Und haut sie hin?

Negri hat in den 70er Jahren (»Vorlesungen zu Lenin« in Padua) den Begriff *Klassenzusammensetzung* benutzt, um nocheinmal das Modell einer Revolution von oben zu pushen – und damit den Begriff für Libertäre diskreditiert. Ende der 1980er Jahre beendet am anderen Ende der Welt der Libertäre Steve Wright eine umfangreiche Abhandlung zum Operaismus. Er hat das theoretische und politische Konzept *Klassenzusammensetzung* ins Zentrum seiner Überlegungen gerückt, weil er es für *die* Errungenschaft des italienischen Operaismus hält. Zusammen mit der Einsicht, daß es spontane Kämpfe gar nicht gibt, ermöglicht dieses Konzept einen Entwurf von »Mituntersuchung«, der nicht nur ein neues Verhältnis zwischen Revolutionären und ArbeiterInnen ermöglicht, sondern auch tiefe Einsichten in die Entwicklung der Klassenkämpfe.
Bei der Frage, wie sich diese Einsichten in »Intervention« umsetzen ließen, kam der Operaismus jedoch nicht sehr weit. Wegen der Lücke zwischen der Analyse des Bestehenden und dem eigenen Wunsch nach Revolution landete man wieder bei »Lenins Partei« – mit entsprechend katastrophalen Folgen (S. 13). Stattdessen erwacht seit etwa 1972 das Interesse für eine Massenorganisation zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA: die Wobblies. Steve Wright geht in seinem Buch *Storming Heaven* darauf ein – und sieht gerade im materialistischen Bezug auf die Bedürfnisse, der Ablehnung der »pie in the sky« einen Strang von den Wobblies zu den Operaisten. Das Lied des Wobbly Joe Hill, mit dem er den Ausdruck »pie in the sky« unsterblich gemacht hat, wird auf S. 2 vorgestellt, ein Buch über ihn wird auf S. 73 besprochen. Und weil Steves Buch im Herbst auf Deutsch erscheint, haben wir schon mal ein Interview mit ihm gemacht (*part one* auf S. 9). Daß »der Materialismus des Feuerbachkapitels« ganz prächtig zur Untersuchung taugt – aber wenig Handhabe fürs *Eingreifen* gibt, findet auch unser Rezensent des *hotlines*-Buchs von kolinko (S. 26).

Krieg

Der Erste Weltkrieg und die damit verbundene Repression nach innen hat wesentlich zur Zerschlagung der Wobblies beigetragen. Aktuell hat die Arbeiterklasse (nicht nur) in den USA wieder mit massiven Repressionen im Zuge des »war on terror« zu kämpfen. Aber offensichtlich gewinnt sie ihren Kampfesmut zurück – auch wenn viele Streiks derzeit noch mit Niederlagen enden (der Supermarktstreik in Kalifornien {WC 69}; der Streik bei Visteon {S.56}): die Truckers in Kalifornien bringen neues Feuer in den Klassenkampf in den USA (S. 36).
Die Wobblies zerbrachen nicht nur an der Repression im Gefolge des Ersten Weltkriegs, sie hatten auch der »Wissenschaftlichen Betriebsführung« eines Taylor nichts mehr entgegenzusetzen, einige ihrer Theoretiker wurden sogar – ganz ähnlich wie Lenin – zu glühenden Verfechtern der neuen Produktionsweise (Fließband). Deshalb enden die historischen Parallelen an dieser Stelle: der Erste und der Zweite Weltkrieg setzten eine Produktionsweise gegen die Arbeiterklasse durch, die es bereits gab – der heutige Krieg setzt keinen »new deal«, »american way of life« o.ä. auf die Tagesordnung, sondern ist Ausdruck der kapitalistischen Krise. (S. 30)
Die hochgepushte Debatte um die Auslagerung ist ein weiteres Beispiel, wie das Kapital seine Krise aggressiv gegen die ArbeiterInnen zu wenden versucht. Zwar gehen sehr viel mehr Ar-

beitsplätze durch Konkurse und sinkende Umsätze verloren als durch Auslagerung – propagandistisch funktioniert es aber viel besser, wenn der Unternehmer droht: »Entweder Ihr akzeptiert meine Bedingungen, oder ich verlagere den Betrieb nach Osten ...« (S. 40)
Die Fiat-ArbeiterInnen haben mit ihrem dreiwöchigen Streik gezeigt, daß man heutzutage nicht nur defensiv (gegen Verschlechterungen und Betriebsschließungen), sondern durchaus auch offensiv kämpfen und seine Bedingungen verbessern kann. »Die soziale Frage wird nicht im Diskurs entschieden«. (S. 16) Im Gegenteil! Nachdem wir 2001 zum antifa-kongress behauptet hatten: *The revolution will not be napsterized!* (*www.wildcat-www.de/zirkular/59/z59napst.htm*), gehen wir heute einen Schritt weiter und versichern Euch:

The revolution will be unblogged!

(Einen netten Beitrag dazu findet Ihr auf:
www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/on/17694/1.html)

(wer nicht weiß, was ein »blog« ist, kann hier nachlesen:
http://www.heise.de/tp/deutsch/special/med/16308/1.html)

20. Juni

P.S. Wir experimentieren noch ein bisschen: Was packt man auf Papier, was stellt man ins Internet? Bei dem Interview zu SUD (S. 24) haben wir nur einen kleinen Ausschnitt ins Heft genommen und stellen den gesamten Text gleichzeitig mit dem Erscheinen dieses Hefts auf unsere Website.

P.P.S. Das *Erdölproletariat* ist nicht besiegt! Weder im Iran, Irak noch in Nigeria (S. 35) – und als wir schon drucken erreicht uns die Nachricht: Streik auf zwei norwegischen Bohrinseln. Es geht um höhere Renten, bessere Vorruhestandsregelung und mehr gewerkschaftliche Mitspracherechte bei Zeitverträgen.
»Der Rohölpreis ist wegen eines Ölarbeiter-Streiks auf norwegischen Bohrinseln in der Nordsee gestern auf den höchsten Stand seit Anfang Juni gestiegen. 207 Bohrinsel-Arbeiter streiken, insgesamt wird die Produktion dadurch um täglich knapp 300 000 Barrel, das sind gut 10 Prozent der norwegischen Förderung, gedrosselt. Die Aktion könne nach Ablauf einer Woche ausgeweitet werden, hieß es weiter. Branchenexperten rechnen jedoch mit einer schnellen Lösung des Konflikts. Aufwärtsdruck auf die Preise übten erneut Nachrichten aus dem Irak aus. Die Reparatur der bei Anschlägen sabotierten Pipelines verzögerte sich. « (dpa 21.6.2004)

Abonniert die Wildcat!

Wir brauchen mehr AbonnentInnen! Durch Abos können wir die Auflage besser kalkulieren. Abos ermöglichen uns, direkt mit unseren LeserInnen zu kommunizieren. Sprecht deshalb auch Freunde, die die Wildcat ab und zu kaufen, darauf an: Im Abo habt Ihr die Wildcat immer gleich nach Erscheinen – und sie ist sogar billiger als im Buchladen: nämlich 6 Ausgaben für 15 Euro.

Unser Bestellformular im Internet fidnet ihr unter:
http://www.wildcat-www.de/aboform.htm

Oder schreibt an *versand@wildcat-www.de*

Oder per snail mail: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

Bitte gebt an, ab welcher Nummer das Abo laufen soll. Natürlich könnt Ihr auch zwei oder mehr Hefte pro Ausgabe abonnieren.

Über Förder-Abos freuen wir uns natürlich besonders: 30 Euro für 6 Hefte.

Und hier noch ein **»ich-mach-das-jetzt«**-Argument: wer bis zum 1.9.2004 abonniert, kriegt wahlweise eine *Wildcat 66* oder *67* dazu geschenkt.

Operaismus:

Vom Schimpfwort zum Hype zum toten Hund?

Renaissance des Operaismus, Teil I, Wildcat 64/65, März 1995
www.wildcat-www.de/wildcat/64/64opera.htm

Renaissance des Operaismus, Teil II, Wildcat 66, Juli 2003
www.wildcat-www.de/wildcat/66/w66opera.htm

Seit dem Bestseller *Empire* (2000) von Michael Hardt und Toni Negri ist der Begriff *Operaismus* wieder in aller Munde – wobei den meisten gar nicht klar zu sein scheint, dass es dabei mal um ArbeiterInnen gegangen war (*Operaio* = Arbeiter, also »Arbeiterismus«). Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre entstand in Italien um die Zeitschrift *Quaderni Rossi* (Rote Hefte) und später *Classe Operaia* (Arbeiterklasse) herum eine linksradikale politische Strömung, die den Sozialdemokratismus von PCI und PSI und deren Politik des nationalen Wiederaufbaus ablehnte. Um alle Verhältnisse revolutionär umzustürzen, brauchten sie auch theoretische Waffen – sie haben sehr viel zur Erneuerung des Marxismus beigetragen. Vor allem aber brauchten sie eine politische Praxis, die sich an den tatsächlichen Kämpfen der Arbeiterklasse orientiert. Sie gingen in die Arbeiterstadt Turin, um in den dortigen Fabriken *Arbeiteruntersuchungen* zu machen. Bei Fiat trafen sie dabei auf eine Situation im Umbruch: alte kommunistische Arbeiter, die politisch kaltgestellt waren, junge, unzufriedene Facharbeiter und neu vom Land und vor allem aus dem Süden in die Fabrik gekommene, ungelernte Arbeiter, die vorher Bauern gewesen waren. 1962 fanden die ersten Kämpfe statt, in Kontakt dazu entwickelten die Genossen einen theoretischen Ansatz, der die *Marx'sche Methode* benutzte, um radikal vom *Arbeiterstandpunkt* auszugehen.

Wohl niemand würde sich heute für den theoretischen Ansatz dieser kleinen Gruppe interessieren, hätten sich nicht ihre Thesen im Heißen Herbst 1969 so eindrucksvoll bestätigt. Allerdings konnten die AktivistInnen diese »Verifizierung« ihrer Thesen nicht adäquat umsetzen. Die Gruppe hatte sich mehrfach gespalten. Ein Teil ging in die KP zurück, um von dort aus Einfluss zu nehmen, andere machten sich daran, selber eine »richtige« Organisation aufzubauen: *Potere Operaio* (Arbeitermacht). Was sie vorschlugen (»Lenin wiederentdecken«), fiel weit hinter das zurück, was die ArbeiterInnen in ihren Kämpfen entwickelt hatten. *PotOp* löste sich 1973 in mehrere lokale und politisch verfeindete Strömungen der späteren *Autonomia* auf. Die Verhaftungswelle 1979/80, die Tausende von Militanten für Jahre in den Knast brachte, und die große Niederlage der Fiat-Arbeiter 1980 beendeten die operaistische Erfahrung.

Classe Operaia
1964-67, Abspaltung von *Quaderni Rossi*, die »Zeitschrift von Tronti« (zusammen mit Negri, Bologna, Alquati...) Ihr Gründungsmanifest, Trontis programmatischer Artikel *Lenin in England*, erschien als Editorial der ersten Nummer. Es ist eine Skizze der neuen *Arbeiterwissenschaft*, Tronti versucht, die revolutionäre Subjektivität der Arbeiterklasse materialistisch zu begründen. Panzieri hatte diesen Aufsatz bereits 1963 als »hegelianisch« und »Arbeiterphilosophie« kritisiert. Mit *Classe Operaia* beginnt die eigentlich *operaistische* Phase; hiermit beginnt auch die »kopernikanische Wende« (die Arbeiterklasse geht dem Kapital voraus), die Zentralität des Lohnkampfs usw.. Trontis Denken dreht sich immer stärker um die Partei. Ende 1966 sind die Redaktion im Veneto und diejenige in Rom (Asor Rosa, Mario Tronti) verfeindete Fraktionen. Am Ende treten die Römer wieder in den PCI ein, *Classe Operaia* wird eingestellt – die anderen gründen später PotOp.

1962

Im Frühjahr 2004 bricht bei Fiat in Süditalien ein spektakulärer Kampf aus – ausgerechnet in *Melfi*, Modellprojekt für *just in time*, für Auslagerung und Spaltung der ArbeiterInnen in unterschiedliche Belegschaften. Innerhalb von Tagen legen die Streikenden die gesamte italienische Autoproduktion lahm. Vittorio Rieser, gewerkschaftsnaher Industriesoziologe, von Anfang bis Ende in der Redaktion der *Quaderni Rossi*, wies auf historische Parallelen zwischen dem Streik in Melfi und dem in Turin 1962 hin. Wohl gemerkt: 1962, nicht 1969. Er will sagen: die Bedeutung dieses Streiks haben damals auch nur wir erkannt *und:* da kann noch mehr kommen.

Turin 1962: nach langer Lähmung – die Fiat-Arbeiter haben sich jahrelang nicht mehr an Gewerkschaftsstreiks beteiligt – bricht sich unerwartet eine Revolte Bahn. Die Fiat-Arbeiter beteiligen sich am Generalstreik für den nationalen Tarifvertrag, ziehen zum Gewerkschaftshaus, um gegen den Separat-Tarifvertrag der rechten Gewerkschaft UIL zu protestieren. Die Polizei greift ein. Auf der Piazza Statuto entwickelt sich eine tagelange Straßenschlacht, in der die Bewohner der umliegenden Viertel kräftig mitmischen. Rock'n Roll! Zornige junge Männer in Ringelpullis werden zu Protagonisten der Geschichte.

Melfi 2004: Zehn Jahre haben die ArbeiterInnen die Hölle im modernsten Fiat-Werk ertragen, sich lange nicht gewehrt, als sie dann aber kämpfen, sprengen sie die gewerkschaftlichen Verhandlungsrituale. Zusammen mit den wilden Streiks im Dezember 2003 im Öffentlichen Nahverkehr und dem Kampf bei Alitalia schlägt der Streik bei Fiat ein neues Kapitel im Klassenkampf auf.

Die Untersuchung ...

Wenn Linke in den letzten Jahren von Postfordismus oder vom Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion sprachen, wollten die meisten damit nur sagen: den *Klassenkampf* gibt es nicht mehr. Melfi zeigt, dass Geschichte nicht in starre Phasen eingeteilt werden kann. Sind die ArbeiterInnen in Melfi *Massenarbeiter* oder *immaterielle Arbeiter*? Kann man eine Fabrik *posttayloristisch* nennen, in der nur leicht abgewandelte MTM-Zeitmessungsverfahren das Arbeitstempo diktieren? Können Autofabriken überhaupt post-fordistisch sein?

Die Gruppe um die *Quaderni Rossi* wollte mit ihrer Untersuchungsarbeit bei Fiat und Olivetti eine neue politische Beziehung zur Arbeiterklasse herstellen. Ihre Probleme und Kämpfe sollten wieder zentraler Bezugspunkt von revolutionärer Politik werden. Das hieß, alle Fragen neu zu stellen und vor allem: die reale Arbeiterklasse zu (unter-) suchen. Die tiefgreifenden Umwälzungen der 50er Jahre – Umstellung von Kohle auf Erdöl, Ausweitung der Fließbandproduktion, Durchsetzung des Autos, große Landflucht – hatten auch die Arbeiterklasse verändert. Die Gewerkschafter bei Olivetti sahen die Neuen vom Land nicht einmal als richtige ArbeiterInnen, und diese selbst sahen ihre Arbeit zunächst gar nicht als richtige Arbeit, sondern als »Knöpfe drücken«.

Die Untersuchungen von 1961 versuchen das herauszuarbeiten: die Herkunft der ArbeiterInnen, ihre bisherigen Arbeitserfahrungen, ihre Wohnungsprobleme, ihre Freizeitbeschäftigungen, ihre Sichtweise auf die Machtverhältnisse in der Fabrik. Ganz im Gegensatz zu dem *Fabrikismus*, der viele spätere »Betriebsinterventionen« von Linken auszeichnet, nämlich die Reduktion der ArbeiterInnen auf ihre Probleme im Betrieb, auf Fragen von Lohn, Arbeitszeit, Pausen, Arbeitsorganisation – standen in diesen ersten *Mituntersuchungen* die ArbeiterInnen als ganze Menschen im Mittelpunkt.

... braucht theoretische Instrumente

Die Fragen an die ArbeiterInnen zeigen die politischen Ideen der Untersucher. Anfangs waren sie noch auf der Suche nach einer kollektiven Arbeiterintelligenz, die sowohl das Bedürfnis als auch die Fähigkeit hat, die Fabriken selber zu leiten im Sinne einer *Arbeiterkontrolle* über die Produktion. Bei der Olivetti-Untersuchung sind die Fragen offener und radikaler, denn da hatten sie, ausgehend von Marx, auf theoretischer Ebene schon eine Kritik der kapitalistischen Maschinerie entwickelt.

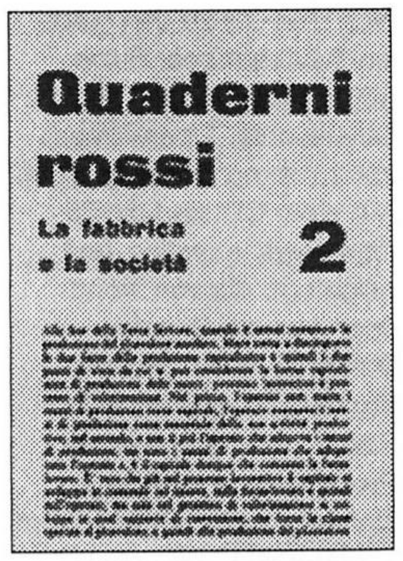
Klassenzusammensetzung

Die *Quaderni Rossi* hatten die These, dass es zu einer *Neuzusammensetzung* der Arbeiterklasse kommen würde, d.h. dass sich die Arbeiter auch gegen die Ausbeutung in den neuen Fabriken zur Wehr setzen und kämpfen. *Klassenzusammensetzung* ist eher eine Kampfparole als ein soziologischer Begriff, nämlich die Behauptung, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Produktionsweise und Bedürfnissen, Arbeitsorganisation und Organisation der Kämpfe, der direkten Tätigkeit der ArbeiterInnen und ihren Verhaltensweisen.

In seinen Texten, die später in dem Band »Arbeiter und Kapital« zusammengefasst wurden, stellte Tronti zum ersten Mal *Arbeitskraft* und *Arbeiterklasse* antagonistisch gegenüber. *Arbeitskraft* bezeichnet die ArbeiterInnen als variables Kapital, Produktionsfaktor, der ausgebeutet wird. *Arbeiterklasse* hingegen ist die Eroberung einer kollektiven politischen Macht durch die Verweigerung der Verausgabung von Arbeit. Diese Unterscheidung bildet die Voraussetzung für die methodologische Unterscheidung zwischen *technischer* und *politischer Zusammensetzung*.

Indem er radikal von der Arbeiterseite ausging, drehte Tronti das Verhältnis von »Kapital und Arbeit«, wie es die Orthodoxie vertrat, um: Die Klassenzusammensetzung ist historisch gegeben, mit ihr muss sich das Kapital auseinandersetzen. »Das Klassenverhältnis geht dem Kapitalverhältnis voraus«. Das heißt, die Arbeiterklasse ist der Entwicklung des Kapitals voraus. Und die Maschinerie ist die kapitalistische Antwort. So wurde der Arbeiterkampf als Angriffskraft herausgearbeitet, und nicht als Reaktion auf die erlittene Ausbeutung. Das machte Trontis Texte ungeheuer attraktiv. Sie wirkten wie eine Droge auf die jungen Militanten der 60er und 70er Jahre, weil sie die Möglichkeit (und »Machbarkeit«!) der Revolution vor Augen führten.

Klassenzusammensetzung bedeutete die Kristallisation von Verhaltensweisen, Bedürfnissen und Kampftraditionen. Es war ein materialistischer Ansatz, der das Konzept »Klassenbewusstsein« er-



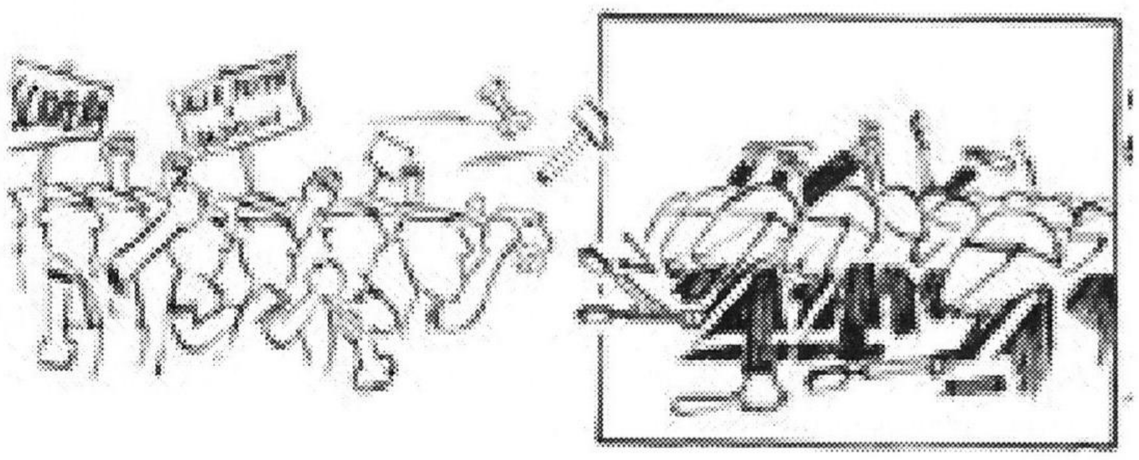
Die Olivetti-Untersuchung von **Alquati** und Texte von **Panzieri** findet Ihr auf *www.wildcat-www.de*

Mario Tronti
Arbeiter und Kapital.
Frankfurt 1974.

Futuro Anteriore
(Vorweggenommene Zukunft)
Guido Borio, Fancesca Pozzi, Gigi Roggero: **Futuro Anteriore – Dai »Quaderni Rossi« ai movimenti globali: ricchezze e limiti dell'operaismo italiano**, (Von den QR zu den globalen Bewegungen: Reichtümer und Grenzen des italienischen Operaismus), 2002, Verlag *DeriveApprodi*. Auf einer CD sind die 58 Interviews im vollen Text beigelegt, die von Tronti über Alquati, Cacciari, Bologna, Negri, Moulier Boutang, Gambino, Bifo, Rieser usw. die gesamte Prominenz, aber auch weniger bekannte Personen versammeln, mit politischen Biographien und Stellungnahmen zu den Ereignissen und Zerwürfnissen der 60er und 70er Jahre. Eine Fundgrube für Operaismus-Forscher.

setzte, das von außen in die Klasse hineingetragen werden muss. Klassenzusammensetzung soll beides fassen: die technische Struktur der Klasse und wie sie sich selbst (politisch) in ihren Kämpfen konsolidiert. Aber *wie* aus Arbeitskraft Arbeiterklasse wird, bleibt auch bei Tronti widersprüchlich: Zuweilen fasst er es beinahe als mechanischen Prozess, an anderen Stellen wird voluntaristisch eine neue politische Zusammensetzung konstruiert. Der Wechsel zwischen beiden Interpretationen kennzeichnet den Operaismus von Anfang an.

Aufgrund der Zuspitzungen Trontis wurden die Schlussfolgerungen teilweise beliebig, aus den größten Niederlagen kann man Siege machen (»Die Arbeiter verweigern den Kampf.«) Der »Operaismus als Philosophie« taugt nicht als Theorie für defensive Situationen. Es gibt aber auch ein methodisches Problem: Wenn jede Aktion des Kapitals als Re-Aktion auf den Klassenkampf begriffen wird, gibt man implizit den inneren Zusammenhang zwischen Klasse und Kapital auf. Das Kapitalverhältnis als Machtverhältnis zu sehen läuft Gefahr, Arbeiterklasse und Kapitals als voneinander getrennte Mächte zu begreifen, die sich im unerbittlichen Kampf gegenüber stehen. Tronti schreibt von der »inneren Geschichte der Arbeiterklasse ..., die neben der des Kapitals zu rekonstruieren ist«. Dann haben wir es aber mit zwei getrennten Geschichten zu tun. Hier waren bereits die Fudamente gelegt für die ontologische Herleitung der Multitude, wie Negri sie in *Empire* betreibt.



Zyklen – Arbeiterfiguren – Massenarbeiter

Das Konzept *Klassenzusammensetzung* wurde auch benutzt, um die historischen Klassenkämpfe besser zu verstehen. Wenn sich der Kapitalismus in Zyklen entwickelt hat, dann musste jeweils vor dem Zyklus des Kapitals ein *Arbeiterkampfzyklus* rekonstruiert werden. Im Zentrum jedes kapitalistischen Zyklus steht eine bestimmte *Arbeiterfigur.*

Das zentrale Subjekt in den Fabrikkämpfen der 60er/70er Jahre war »der Massenarbeiter«: die ungelernten ArbeiterInnen, die in den Montagehallen und an den Fließbändern immer gleiche Handgriffe verrichten mussten, weit entfernt von altem Produzenten- und Facharbeiterstolz. Als Sergio Bologna den Begriff zum ersten Mal 1967 auf einem Seminar in Padua benutzte, wollte er damit gegen neu-aufgelegte leninistische Organisationsvorstellungen argumentieren und zeigen, dass die Klassenzusammensetzung des Massenarbeiters diese längst überholt hatte. (Die ersten Massenarbeiterkämpfe hatten in den 30er Jahren in den USA stattgefunden.) Im Heißen Herbst 1969 bestätigte sich die *Massenarbeiterthese* in Italien.

Im Gefolge wurde aber auf der Basis dieser speziellen Figur eine allgemeine Geschichtsphilosophie erstellt, mit der die weitere Untersuchungsarbeit in einen Käfig gezwungen wurde. Es tauchten nun Formulierungen auf wie »die Gesetze der Bewegung der Arbeiterklasse« oder »einer bestimmten technischen Zusammensetzung der Arbeitskraft entspricht notwendigerweise ein System von sozialen Verhaltensweisen, die als typisch angesehen werden können. Ihr muss eine bestimmte politische Ausdrucksweise entsprechen ...«. Die Fortsetzung war dann, eine Organisation zu gründen, die diese *repräsentieren* sollte – was dem ursprünglichen Gedanken der Arbeiteruntersuchung diametral entgegengesetzt war.

Die theoretische und organisatorische Diskussion in den 60er Jahren hatte ihr Korrektiv immer in der Arbeiteruntersuchung. Viele der damaligen Thesen sind offene Baustellen geblieben. Was damals ambivalent war, konnte von den Epigonen – ohne bezug auf reale ArbeiterInnen - in die eine oder andere Richtung gebogen werden.

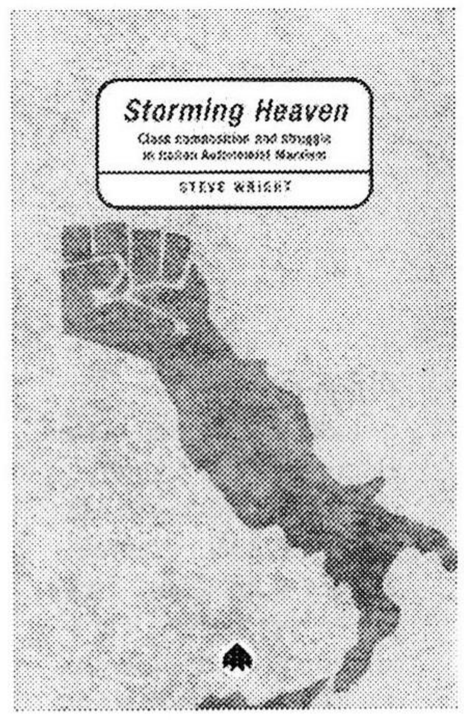
Die einfache »Ableitung« der Kampfformen aus der technischen Klassenzusammensetzung hat beim Massenarbeiter noch funktioniert, danach nicht mehr. Seit über 30 Jahren gibt es keinen kapitalistischen »Zyklus« mehr, der ähnliche Charakteristiken hätte wie die vorangegangenen. Damit platzen die Periodisierungsversuche. Mit dem Begriff *Postfordismus* treiben *Postoperaisten* die Periodisierung im schlechtesten Sinne weiter. Sie machen damit aus einer defensiven Situation ein historisches Gesetz: Klassenkampf ist nicht mehr – und geht nicht mehr.

In den letzten zehn Jahren galt die Fiat-Fabrik in Melfi allenfalls als Untersuchungsobjekt für Soziologen und Managementberater. In der Modellfabrik auf der grünen Wiese konnte man die kapitalistische Restrukturierung und ihre Auswirkungen auf die Arbeitskraft studieren. Das Projekt schien für die Kapitalseite wunderbar zu funktionieren. Nun haben sich die »postfordistischen« ArbeiterInnen zu Wort gemeldet und lassen die Idee der *Mituntersuchung* wieder attraktiv erscheinen: eine Untersuchung, wo die Beschreibung der Struktur der Arbeitskraft nur der Ausgangspunkt, aber noch lange nicht das Resultat ist. ■

»Storming Heaven«
– Part one –

Interview mit Steve Wright

Das Interview mit dem Autor des Buches wurde über zwei Wochen per e-mail geführt.



Erscheint im Herbst auf Deutsch.

Wir hatten im *Wildcat Zirkular 40* bereits ein Kapitel (Kritik an Negris »gesellschaftlichem Arbeiter«) veröffentlicht: *www.wildcat-www.de/zirkular/40/z40wrigh.htm*

Was hast Du vor dem Buch gemacht? Wovon lebst Du?

Als Teenager interessierte ich mich für Anarchismus und dann Rätekommunismus, Ende der Siebziger entdeckte ich den Operaismus. Da war ich Student an der Uni Melbourne in Australien, wo ich immer noch lebe. Später wurde ich in der Anti-Atomkraftbewegung aktiv, danach als Gewerkschaftsdelegierter im Öffentlichen Dienst. Ende der Neunziger wurde ich Mitglied bei einer Ortsgruppe der IWW (*Industrial Workers of the World*). Als die sich vor einigen Jahren auflöste, war ich wieder ein »herrenloser Hund« ohne politische Heimat.

Während der Neunziger und Anfang der Nuller Jahre hatte ich eine Reihe von befristeten Uni-Jobs, erst seit diesem Jahr habe ich eine unbefristete Stelle als Dozent für Informationsmanagement (z.B. Theorie der Klassifizierung und Informationsrecherche) an der Monash University.

Was willst Du mit Deinem Buch »Storming Heaven« politisch erreichen?

Hauptsächlich zwei Sachen: ich will GenossInnen, die mehr über die Tradition des italienischen Operaismus wissen möchten, eine Art historischen Kontext liefern (der Operaismus ist heute, wenn überhaupt, als der politische Hintergrund der Autoren von *Empire* bekannt). Zum anderen möchte ich die Entwicklung des Begriffs Klassenzusammensetzung dokumentieren, denn das ist der besondere Beitrag des Operaismus zu unserem Verständnis der Klassendynamik.

Das Buch ist eine aktualisierte Version meiner Dissertation (Dr. phil.), abgeschlossen gegen Ende der 80er Jahre. Damals bestand in der englischsprachigen Welt anscheinend kein Interesse am Operaismus, trotz der Bemühungen von *Red Notes* oder *ZeroWork*. Erst im vergangenen Jahrzehnt hat sich eine wachsende Wissbegier auf die italienische Bewegung gerichtet, parallel zu der Aufmerksamkeit, die Negri erregte (was wohl teilweise seinem Zusammengehen mit gewissen Strömungen des französischen Denkens geschuldet war).

Welche Reaktionen hast Du auf das Buch erhalten?

Der Verkauf läuft bescheiden, aber immerhin hat jemand eine gescannte Kopie des Buchs ins Netz gestellt, was mir doch schmeichelt. Ich hätte mir nur gewünscht, das Scannen wäre besser gelungen.

Dieses Jahr soll eine deutsche Ausgabe herauskommen, das freut mich sehr. Auch haben GenossInnen angefragt wegen Übersetzungen ins Türkische und Französische.

Einige Freunde und deren Freunde haben das Buch gelesen und anscheinend für nützlich befunden. Die Rezensionen, die mir am wichtigsten waren, kamen von Leuten wie Sergio Bologna, Damiano Palano und Patrick Cuninghame, Leuten, die den Operaismus kennen wie ihre Westentasche und somit beurteilen können, ob *Storming Heaven* wirklich als Einführung in diese Geschichte taugt.

Sergio Bologna und Damiano Palano haben Dir dafür gedankt, dass Du die »Komplexität« des Operaismus erkannt »und dadurch mit der vorherrschenden Tendenz gebrochen ha[s]t, den Operaismus entweder zu diskreditieren oder zu idealisieren.« Wie macht man das bei einer Strömung, die sich einerseits immer völlig radikal gegen Institutionen wie Staat und Gewerkschaften positionierte, während viele ihrer Exponenten Teil dieser Institutionen waren? Bei einer Denkrichtung, die berühmt war für die Einsicht, die Strategie liege in der Arbeiterklasse – und das nach nur wenigen Jahren umdrehte in: 'Die Strategie liegt in der Partei?'

Zur Antwort gehört wohl, dass viele Operaisten ein wahrhaft radikales Gespür hatten und dann davor zurückschreckten, das durchzubuchstabieren, und stattdessen Abkürzungen versuchten. Das ist eines der Themen meines Buchs: dass so viele, die ursprünglich eine systematische Herangehensweise an die Klassenzusammensetzung suchten, unfähig waren, das konsequent durchzuziehen, was sie begonnen hatten. Ich hatte keinen Zugang zu den Dutzenden von Interviews mit Operaisten, die dem Buch *Futuro Anteriore* zugrundeliegen, das auch

Sergio Bologna: *Der Operaismus als Objekt der historischen Forschung;* in:Sozial.Geschichte, Heft 3, 2003, S.132-147. Leider nicht online verfügbar

Empire
Michael Hardt/Toni Negri: Empire. Die neue Weltordnung. Ffm 2002. (USA 2000)

Red Notes
Ed Emery machte als erster seit den 70er Jahren in seinen vervielfältigten Blättern *Red Notes* italienische operaistische Texte in englischer Übersetzung verfügbar.

ZeroWork
Operaistische Zeitschrift in den USA. Nr. 1 (1974) und Nr. 2 (1977). Vollständig ins Deutsche übersetzt von Wildcat als *Thekla10* (noch erhältlich!!)

Anfang 2002 herauskam. Vielleicht bringen uns diese Interviews einen Schritt weiter ...

Du packst das Problem so, dass du verschiedene Tendenzen innerhalb des Operaismus ausmachst, eine nennst Du die »rationale« Komponente« ...

Für mich waren die »Rationalen« (ein Begriff von Primo Moroni?) diejenigen, die in den Siebzigern weiterhin versuchten, »innerhalb der Klassenzusammensetzung nach dem politischen Inhalt und der politischen Strategie zu suchen« – im Gegensatz zu Negri und Konsorten, die »ihre Träume für die Wirklichkeit hielten«. Natürlich liegen meine Sympathien bei Sergio Bologna u.a. und der selbstgeformten »Schule der Klassenzusammensetzung«, sowie bei Zirkeln jüngeren Datums wie *Collegamenti*, die von ihnen beeinflußt wurden (wer *Collegamenti* kennt, sieht sofort, wie deren Arbeit wiederum mein eigenes Verständnis beeinflusst hat). Ich habe Respekt vor den »Rationalen«, weil sie versuchten, die schwierigen Fragen zu stellen, zu sagen »Ja, aber...«, statt triumphalistische Phrasen zu dreschen, wie man sie auf den Seiten von *Rosso* findet. In diesem Sinne schienen die »Rationalen« weiterhin die eher spielerische, ironische und sich selbst infrage stellende Stimme innerhalb des Operaismus zu verkörpern ...

Auch in bezug auf das »Wertgesetz« könnte man unter den Operaisten verschiedene Schulen ausmachen – Negri, Marazzi, Montano usw. haben den Begriff des »Werts« eindeutig fallengelassen, auch wenn Negri immer wieder behauptet, dass seine jeweiligen »Arbeiterfiguren« Mehrwert produzierten! In ihrer großen Mehrheit halten die »Irrationalen« den Wert nicht mehr für zentral für das Kapitalverhältnis.

Ich bin nicht so sicher, ob die Differenzierungen in dieser Frage so klar sind, am wenigsten in den Siebzigern. Ich selber kann mir ohne Wertgesetz keine Kritik der politischen Ökonomie vorstellen. Wenn das Kapital nicht mehr mit dem Wertgesetz verbunden wäre, dann hätte es sich per Definition in eine ganz andere Art gesellschaftlicher Herrschaft verwandelt. Einige Leute hat die Tatsache, dass das Kapital immer noch Wege findet, gewisse Auswirkungen des Wertgesetzes (für immer längere Zeit) vor sich her zu schieben, zu dem falschen Schluss geführt, das Kapital hätte sich irgendwie von seiner Verankerung gelöst.

Heute haben wir so eine Art déjà-vu: Wie in den Siebzigern übertönen die »Irrationalen« alles andere. Zwar ist »der Operaismus« in aller Munde – aber die meisten scheinen nicht zu verstehen, dass Operaismus »etwas« mit Arbeitern zu tun hatte. Eine Mischung aus Operaismus und »französischem Denken« ist in Mode ... Wie können wir da eingreifen? Was können wir »Empire« entgegensetzen?

Bei aller Kritik an *Empire* denke ich, es war ganz nützlich gegen diejenigen, denen es reicht, Lenin nachzudrucken. Ich bin nicht sicher, wieviel wir - also diejenigen von uns, die die Arbeit der »Schule der Klassenzusammensetzung« der Siebziger fortführen wollen – im Moment tatsächlich am Start haben, um es *Empire* entgegen zu setzen. Ich kann kein Deutsch, aber mir scheint, dass einige bei *Wildcat* in letzter Zeit genau wie ich die Beiträge der Weltsystemanalyse, z.B. von Arrighi und Silver, wieder schätzen. Vielleicht ergibt eine kritische Lektüre dieser Arbeiten etwas, was wir selbst bisher nicht entwickeln konnten.

Ich halte Beverly Silvers Buch *Forces of Labor* aus verschiedenen Gründen für sehr wichtig: Es geht darin um die gesamte Welt; es arbeitet heraus, wie sich Kampfzyklen über Raum und Zeit schieben; aus den zentralen Argumenten erwächst ein vorsichtiger Optimismus. Es ist kein erschöpfendes Werk, und es gibt einiges an dem auszusetzen, was Silver behandelt und was nicht. Wenn wir es aber als einen Satz von Hypothesen nehmen, bietet es viel Stoff für eine neuerliche Diskussion dessen, was Neuzusammensetzung in einem weltweiten Maßstab bedeuten könnte. Zudem ist es sehr klar geschrieben und auch für Leute verständlich, denen die Weltsystemanalyse neu ist, die einen oft doch recht komplexen Satz von Sichtweisen darstellt. So gesehen erinnert es mich an ein Zitat von Sergio Bologna: »Klarheit ist wichtiger als Optimismus oder Pessimismus«.

Lass uns zum zentralen Argument deines Buchs kommen. Indem Du den Begriff »Klassenzusammensetzung« als zentrale Errungenschaft des Operaismus herausstellst, bürstest Du seine Geschichte gegen die Verballhornungen eines Negri. Was ist der Kern der Arbeiteruntersuchung? Das Verhältnis von »technischer Zusammensetzung des Kapitals« zu »politischer Zusammensetzung der Klasse«? Oder die Feststellung, dass es »Spontaneität« gar nicht gibt (denn wenn wir uns

Primo Moroni
gründete 1971 den ersten Buchladen der Bewegung, die *Calusca* in Mailand. Von allen (untereinander zerstrittenen) Fraktionen der radikalen Linken respektierter Genosse. War in der Redaktion von *Primo Maggio*. Hat zusammen mit Nanni Balestrini *Die Goldene Horde* verfasst, die Geschichte der 60/70er Jahre in Italien. Leider viel zu früh gestorben.

Collegamenti
linkskommunistisch-libertäre Zeitschrift, in der ersten Hälfte der 70er Jahre in Mailand zunächst als Bulletin zur Koordinierung vieler autonomer Fabrik- und Stadtteilkomitees erschienen. In der zweiten Hälfte der 70er Zeitschrift mit Kontakten in ganz Italien und international. In den 80ern Zusatztitel *Wobbly*, um die Bedeutung der Dezentralisierung der Produktion, der Prekarisierung und der Kämpfe, die sich darin entwickelten, herauszustellen. Trotz mehrerer redaktioneller Mißerfolge (es dürfte inzwischen die dritte [?] »Neue Folge« sein) ist es nach wie vor der wichtigste Ausdruck einer Untersuchungsrichtung, die man als *libertären Operaismus* bezeichnen könnte.

Christian Marazzi (Primo Maggio) und Mario Montano veröffentlichten Artikel in **ZeroWork.** Während Montano sich danach aus der Politik zurückzog, veröffentlicht Marazzi weiterhin krude Theorien zum Geld, die teilweise sogar ÜbersetzerInnen ins Deutsche finden (»Der Platz für die Socken«, »Fetisch Geld«).

Beverly Silver/Giovanni Arrighi:
Forces of Labour.
Ausführliche Besprechung in der Wildcat 67
www.wildcat-www.de/wildcat/67/w67_silver.pdf
Das Buch erscheint im Herbst auf Deutsch.

die Vorgeschichte »spontaner Kämpfe« ansehen, finden wir immer die geduldige Arbeit von Basismilitanten)? Ich denke, dass beides in den Sechzigern in eins fiel und sich in den Siebzigern in zwei Fraktionen trennte: die eine war davon besessen, die »zentrale Klassenzusammensetzung« zu finden, die andere wandte sich der »oral history« zu, der mündlichen Geschichtsschreibung, verlor dabei aber ihren Bezug auf »Revolution«.

Die Erfahrung der *Quaderni Rossi* war insofern faszinierend, als es für eine kurze Zeit an den Rändern der offiziellen Arbeiterbewegung eine Offenheit für Argumente gab, die in Richtung der Sichtweisen von *Socialisme ou Barbarie* oder *Correspondence* gingen. Ich denke, wir sollten die Bedeutung dieser Begegnung für eine Generation von Genossen, die damals im PSI oder PCI waren, nicht unterschätzen. So gesehen waren die Umstände damals sehr spezifisch. So etwas kann man woanders nicht so leicht kopieren.

Als Bologna und andere in den Siebzigern die kulturelle Dimension der Neuzusammensetzung der Klasse thematisierten, meinten sie unter anderem dies: Formen der Selbstorganisation der Klasse haben ihre eigene Geschichte, und die Basismilitanten spielen dabei eine wesentliche Rolle. Das hat sicher auch Alquati in den Sechzigern fasziniert. Die »Wende« hin zur oral history um die Zeitschrift *Primo Maggio* sehe ich nicht so negativ. Im besten Fall war das ein sehr wirkungsvolles Instrument zum Verständnis der Prozesse von Neuzusammensetzung und Zersetzung bis zu einer Genauigkeit, die ein Studium der technischen Zusammensetzung nicht liefern kann.

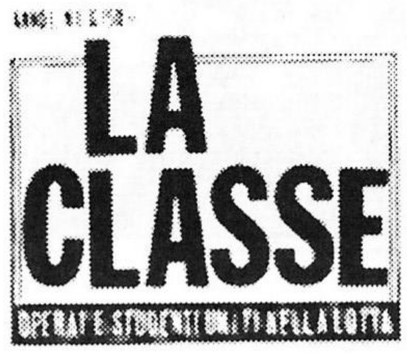
Was »Primo Maggio« angeht, hast du zum großen Teil recht – aber die letzte Ausgabe erschien 1988, und von da an gibt es sehr schematisch zwei »Äste«: Negri und Konsorten mit ihrer Besessenheit von der jeweils »hegemonialen Arbeiterfigur«, in jedem Buch eine »Neuzusammensetzung«! Auf der anderen Seite Leute, die wirklich Untersuchung machen, aber den »revolutionären« Impuls verloren haben oder an Institutionen gebunden sind wie z.B. an Rifondazione Comunista. Der politische Kern der »conricerca«, wie die Quaderni Rossi sie vorgeschlagen hatte, ging verloren. »Conricerca« ohne Begriff von Zentralität, geht das? Kann man von Klassenzusammensetzung sprechen, ohne die Vorstellung von einem »zentralen Sektor« des Kapitals? Hier bleibt Dein Buch meiner Ansicht nach unklar.

Diesbezüglich gefällt mir Dario Lanzardos Aussage gut, Mit-Untersuchung verkörpere »eine Methode der politischen Arbeit, die in der Kritik der politischen Ökonomie stillschweigend inbegriffen ist«, namentlich wo sie sich als Selbstemanzipation der Arbeiterklasse versteht. Das soll keineswegs heißen, dass konventionelle soziologische Studien keine brauchbaren Einblicke liefern können oder umgekehrt jede »selbstorganisierte« Untersuchung von Haus aus »überlegene« Ergebnisse produziert. Wir brauchen eine kritische Geschichte der verschiedenen Versuche von Mit-Untersuchung, die es über die Jahre in Italien oder anderswo gab.

Nocheinmal: Kann es Mit-Untersuchung geben ohne den Begriff der Zentralität? Kann man von Klassenzusammensetzung sprechen ohne die Idee, es gäbe einen »zentralen Sektor« des Kapitals?

Mein Problem mit dem Begriff der Zentralität besteht darin, dass einige Operaisten darunter die Dominanz einer bestimmten Schicht von Arbeitern über andere verstanden. In den Sechzigern hieß es oft, der Massenarbeiter müsse die gesamte Klasse »führen«. Kein Zweifel, dass die Verhaltensweisen des italienischen Massenarbeiters damals eine bestimmte Hegemonie erreichten – teils durch die Wirkung des Beispiels, teils weil die Ausweitung der tayloristischen und fordistischen Prinzipien auf Sektoren außerhalb der Massenproduktion von langlebigen Konsumgütern dazu führte, dass die Taktiken des Massenarbeiters oft für andere Arbeiter eine praktische Bedeutung hatten. Daraus folgt aber nicht, dass man dieser Schicht andere Schichten der Klassenzusammensetzung subsumieren könnte, was viele bei *Potere Operaio* dachten.

Für mich ist es eine Verzerrung, wenn man sagt, eine bestimmte Schicht Arbeiter »müsse« führen! Im vorhinein kann »Zentralität« nur als Problem formuliert werden. Auch die Quaderni Rossi lagen falsch, als sie behaupteten, die »neuen Kräfte«, die Techniker bei Fiat, würden die Avantgarde bilden. Dass eine bestimmte Schicht »zentral« wird, können wir wahrscheinlich erst sehen, wenn die Kämpfe sich entwickeln. Aber das führt zur nächsten Frage: Kann man das Instrument der »Klassenzusammensetzung« nur im nachhinein anwenden? An einigen Stellen in deinem Buch scheinst Du genau das zu sagen.



conricerca
Von der Zeitschrift *Quaderni Rossi* (wahrscheinlich von Romano Alquati) geprägter Begriff für den Versuch, eine Arbeiteruntersuchung gemeinsam mit den ArbeiterInnen durchzuführen.
Siehe auch »Die Renaissance des Operaismus«, *www.wildcat-www.de/wildcat/64/64opera.htm*

Correspondence
war in den 50er Jahren die Zeitschrift der *Johnson/Forest-Tendency,* 1941aus der trotzkistischen *Socialist Workers Party* in den USA abgespalten. Sie suchten den Kontakt mit den ArbeiterInnen, arbeiteten auch selber in Fabriken und hatten sehr offene Augen für die reale Klassenzusammensetzung (schwarze Arbeiter, Frauen, Fließbandarbeiter). Kritik an Gewerkschaften und traditionellen Avantgarde-Vorstellungen: »Der Arbeiter braucht keine revolutionären Parteien, die ihn (...) lehren. Der Arbeitsprozess ist seine revolutionäre Erziehung.« (CLR James, 1946)

Socialisme ou Barbarie
(Sozialismus oder Barbarei) entsteht Anfang der 50er Jahre in Frankreich aus einer trotzkistischen Abspaltung, Die bekanntesten Namen sind Lefort, Castoriadis, Mothé und Henri Simon. Sie nahmen in den 50er Jahren vieles vorweg, was später in Italien als *Arbeiteruntersuchung* thematisiert wurde. Lefort regte eine Untersuchung an, um die heutigen Formen gesellschaftlicher Zusammenarbeit zu begreifen, die auf eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise anspielen.
Siehe Andrea Gablers Aufsatz in: Archiv zur Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 16.

I Volsci

Monatszeitung und Name der *Comitati Operai Autonomi* in Rom, benannt nach der Straße ihres Sitzes (*i volsci* war ein Stamm, der früher gegen die Römer gekämpft hatte). Von 1978-81 erschienen 11 Nummern. Themen: Kämpfe im Krankenhaus, Knast, Dienstleistung. Sie organisierten in den 70er Jahren vor allem Arbeiteruntersuchungen und das Reduzieren von Stromrechnungen.

Stamm der Maulwürfe

Sergio Bologna: La tribù delle talpe Feltrinelli 1978, (dt. Der Stamm der Maulwürfe, in: Mai-Gruppe/ Theoriefraktion (Hrsg.): Wissenschaft kaputt, Münster 1980, S. 251-301.

Rosso

wurde nach dem Ausstieg der *volsci* die Zeitung der Negri-Strömung in Mailand, mit der sie ihre Parolen in die 1977er Bewegung hinein trug: den Abschied vom Massenarbeiter, den Triumph des *Gesellschaftlichen Arbeiters*, die Selbstverwertung, Massenillegalität usw. War mit den Verhaftungen 1979 zuende.

Paduaner

Eigentlich *colletivi politici veneti*. Organisierte Struktur der *Autonomia*, die weiter bestand, als die meisten Gruppen schon im Niedergang waren. Ihre Zeitung Autonomia erschien 1978/9, dann sporadisch bis in die 90er Jahre. Mit *Radio Sherwood* und *ecn.org* konnten sie sich erfolgreich in die Anti-AKW-Bewegung, Migrantenorganisierung und die *Centri Sociali* einmischen. Die *Tute Bianche* bzw. die *Disobbedienti* kommen von hier, die Strukturen und die Streitereien mit Linksradikalen und Libertären in Italien sind seit 30 Jahren dieselben.

Ich denke, eine Analyse der Klassenzusammensetzung kann manchmal etwas vorwegnehmen. Vielleicht nicht in dem großartigen Sinn, dass wir komplette Neuzusammensetzungen vorhersagen – obwohl natürlich zu jedem Zeitpunkt eine Bandbreite wahrscheinlicher zukünftiger Szenarien skizziert werden kann –, sondern eher im engeren Sinn, wie es Alquati zu Beginn der sechziger Jahre mit den »neuen Kräften« machte, als er darlegte, dass bei Fiat wahrscheinlich bald Massenkämpfe ausbrechen würden – eine Behauptung, die viele in der italienischen Linken ziemlich frevelhaft fanden.

Was ich am wenigsten erträglich finde, sind Rechthabereien über Veränderungen in der Klassenzusammensetzung im nachhinein, z.B. Negris Versicherung, die er in den letzten 20, 25 Jahren diverse Male wiederholt hat, er habe schon zu Beginn der siebziger Jahre gesehen, dass es mit dem Massenarbeiter abwärts ging. Im Buch versuche ich zu zeigen, dass die Haltungen von *Potere-Operaio*-Mitgliedern gegenüber dem Massenarbeiter durchaus komplexer – und widersprüchlicher – waren. Und ich habe den Verdacht, dass viele Zweifel über den Massenarbeiter, die ab 1970 in diesen Zirkeln herrschten, weniger von Voraussicht herrührten als von Frustration darüber, wie viele dieser Protagonisten Dinge taten, die sie nicht hätten tun sollen.

Auf Seite 208 erwähnst Du Lapo Bertis Kritik an »Der Stamm der Maulwürfe« von Sergio Bologna: »Seiner Ansicht nach (...) stellte die Krise der Fabrik als Prüfstein der Klassenpolitik die weitere Bedeutung dieser Verknüpfung zwischen technischer und politischer Zusammensetzung infrage, die der Operaismus traditionell behauptet hatte.« Ist das eine grundlegende Kritik oder hinken da die Begriffe einer sich verändernden Wirklichkeit hinterher? In Deinem Fazit sagst Du auf Seite 225: »Eine Schwäche[n] des italienischen Operaismus (...) ist eine zu enge Konzentration auf das, was Marx den unmittelbaren Produktionsprozess nannte...«. Das stimmt doch nicht! Das versuchten die Operaisten doch nur ganz am Anfang. Seit Potere Operaio waren die meisten von ihnen damit beschäftigt, »die Partei aufzubauen«, sie wandten sich an die Linke und nicht mehr an die Arbeiter. Es gab einige Ausnahmen (»Primo Maggio« hast Du bereits genannt, im Buch nennst Du meiner Ansicht nach zurecht auch einige Kollektive der »Volsci«...), Genossen, die in den Siebzigern die Untersuchung weiterführten, aber gerade auf die trifft Deine Kritik nicht zu. Und die bekannteren Strömungen des Operaismus (Negri, die Paduaner...) scherten sich doch gar nicht um Untersuchung geschweige denn um den Produktionsprozess!

Du hast recht: Was Lapo Berti betrifft, schüttete er (und viele andere nach ihm) das Kind mit dem Bade aus, indem er den Ansatz der Klassenzusammensetzung komplett verwarf. Zu deinem anderen Kritikpunkt: Ich habe, glaube ich, in derselben Passage, die du zitierst, klargestellt, dass die »zu enge« Konzentration der Operaisten auf den unmittelbaren Produktionsprozess nur für die sechziger Jahre zutraf.

Aber schon in den allerersten Texten von Alquati findet man Überlegungen zur Reproduktion der Arbeiter (Familie, Schulbildung der Kinder, das Auto, welche Zeitung lesen sie ...).

Ja, Alquati reißt diese Fragen an, doch das Hauptaugenmerk liegt auf dem, was das für die Subjektivität der Arbeiter am Arbeitsplatz bedeutet. Sein Text zu *Olivetti* endet genau an diesem Punkt, wo er die Frage nach dem weiter gefaßten sozialen Geflecht der Arbeiter stellt, aber nicht durchhält. Und ich habe nicht den Eindruck, als wären viele von Alquatis Gefährten bei *Quaderni Rossi* oder *Classe Operaia* an diesen Fragen so interessiert gewesen wie er.

In welchem Sinn kann »Storming Heaven« dazu dienen – wie du es ausdrückst – »über die Hindernisse nachzudenken, die der Neuzusammensetzung der Klasse entgegenstehen, und auf welche Weise diese überwunden werden können, ohne dass die Effektivität oder die gesellschaftliche Selbstorganisation Schaden nehmen«?

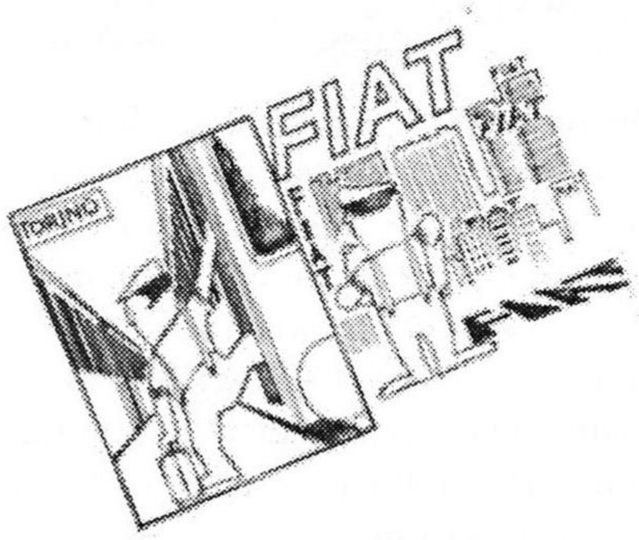
Weil es einige erfolgreiche Bemühungen dokumentiert, auch wenn diese auf die jeweilige Situation in Raum und Zeit beschränkt sind und daher nicht als leicht nachahmbare Modelle für heute dienen können. Außerdem bietet es einige Hinweise darauf, was besser unterbleiben sollte. Möglicherweise stellen die *Volsci* eine Ausnahme dar, aber im Übrigen ist die Erfahrungsgeschichte der *Autonomia Organizzata* als »Wegbereiter der Neuzusammensetzung der Klasse« kaum nachahmenswert – und selbst einige der erfolgreicheren früheren Versuche von »Intervention« wie etwa bei Fiat 1969 müssen wir kritisch unter die Lupe nehmen. ■

Gewerkschaft, Chefs... mit wem verhandeln wir zuerst?

Fiat in Arbeiterhand

Der heiße Herbst 1969

Diego Giachetti, Marco Scavino:
La Fiat in Mano agli Operai, L'Autunno Caldo del 1969, Pisa 1999



Das im folgenden besprochene Buch ist eins von vielen, die in den letzten Jahren erschienen sind und die Steve nicht mehr verarbeiten konnte. Es behandelt zwei Mythen: den Heißen Herbst bei Fiat und die Organisationen *Lotta Continua* (LC – Der Kampf geht weiter) und *Potere Operaio (*PotOp – Arbeitermacht*)*. Im Hinblick auf die Kämpfe bei Fiat Melfi wird übrigens deutlich, dass Melfi genau das zurücknahm, was die Arbeiter damals erkämpft hatten.

1969 gingen in Italien 300 Mio. Arbeitsstunden durch Streik verloren (davon 230 Mio. in der Industrie). Nach Zahl der ausgefallenen Stunden war es die drittgrößte Mobilisierung überhaupt (nach dem Mai 68 in Frankreich und dem Generalstreik 1926 in Britannien). Weit über solche statistischen Aspekte hinaus markiert der Heiße Herbst 69 eine Wende in der gesamten italienischen Gesellschaft.

1969 hatte Fiat Tausende neuer Arbeiter eingestellt – vor alle junge Männer aus dem Süden. Die Situation in den großen Werken glich einem Pulverfass: unerträgliche Arbeitsbedingungen, weiter intensivierte Arbeit, sehr hohe Fluktuation (da in Turin praktisch Vollbeschäftigung herrschte, fanden die Leute sehr schnell neue Arbeit). Die Situation auf dem Wohnungsmarkt war für die neu Angekommenen katastrophal. Die Gewerkschaften waren äußerst schwach, der Organisierungsgrad war – vor allem in Folge der neuen Arbeiterzusammensetzung – zurückgegangen. In Mirafiori kamen auf 50 000 Arbeiter 18 Betriebsräte (»Commissione interna«).

Erst nach einigen erfolgreichen Streiks im Frühjahr erwachte auch bei den außerparlamentarischen Gruppen an den Unis, wo im Jahr zuvor – 1968 – große Mobilisierungen gelaufen waren, Interesse für die Fabrik. Als absehbar war, dass Fiat zu brodeln begann, zog Adriano Sofri (später LC-Chef) mit seiner Gruppe von Pisa nach Turin, kümmerten sich auch Studentenführer wie Guido Viale, Luigi Bobbio u.a. um die Fabrik. Dazu kamen Leute aus der Studentenbewegung in Rom, Mailand und dem Veneto, die operaistischen Gruppen, die seit Anfang Mai die Zeitschrift »La classe« herausgaben (Sergio Bologna, Emilio Vesce, Franco Piperno, Oreste Scalzone), kurz: alle wichtigen Kader des späteren PotOp pendelten nach Turin, um Einfluss auf die Kämpfe zu nehmen.

Es entstand eine tägliche Versammlung der Arbeiter und Studenten, in der nach jeder Schicht Arbeiter mit den Führern der außerparlamentarischen Gruppen diskutierten, wo Flugblätter verfasst, gedruckt und vor den Fabriktoren verteilt wurden. Unterschrieben waren sie anfangs mit »Arbeiter und Studenten«, dann mit »la lotta continua«, ein Slogan, den die Arbeiter benutzten.

Geschildert werden in dem Buch die Kämpfe vom Frühjahr 1969 bis hin zum 3. Juli, der Schlacht auf dem Corso Traiano, und die Kämpfe nach der Sommerpause bis zum Dezember (am 21.12. wurde der Tarifvertrag unterschrieben). Die Autoren gehen der Frage nach, wie die Gewerkschaften aus einer Situation der totalen Schwäche innerhalb so kurzer Zeit über die Delegierten einen gewaltigen Aufschwung hinlegen konnten. V.a. die Fim, die Mellarbeitergewerkschaft der Cisl, verwandelte sich von einer christlichen, ständisch orientierten Gewerkschaft zu einer »Gewerkschaft neuen Typs«, die in der heißen Phase auch illegale Arbeiteraktionen deckte und ihre Strukturen scheinbar uneigennützig den Arbeitern zur Verfügung stellte. Es war der Chef der Turiner Fim, der als erster den Lohn(kampf) als unabhängige Variable bezeichnete – d.h. dass Forderungen nicht mehr in Abhängigkeit von Produktivitätszuwachs, Inflation usw.

Die Schlacht auf dem Corso Traiano:
Am 3. Juli 1969 wurde eine in Turin eine Arbeiterdemonstration gegen die schlechten Wohnbedingungen frontal von der Polizei angegriffen. Daraus entwickelte sich eine bis in die Nacht dauernde Straßenschlacht.

gestellt, sondern von den ArbeiterInnen selbst festgesetzt wurden, nach ihren Lebensbedürfnissen.

Das Buch geht v.a. der Frage nach, wieso die »Gruppen« (LC und v.a. PotOp) gerade dann am Ende ihres Lateins waren, als ihre Hypothesen sich bewahrheiteten. LC kommt dabei relativ schlecht weg: sogar die Parole der Arbeiter »La lotta continua«, haben sie geklaut und als Namen ihrer Nicht-Partei entführt! Die späteren Chefs von LC verhielten sich oft als extremistische Abenteurer, sie hatten viel mehr Anhang als die anderen Gruppen, da sie in der Turiner Studentenbewegung führend waren. Die Zeitung *Lotta Continua* erscheint ab November 69, und es spricht vieles dafür, dass LC rechtzeitig zu diesem Termin eine (sehr minoritäre) Fabrikbesetzung losgetreten hat, weil sie gerne die historische Konstellation wollten: 1920 Fabrikbesetzungen in Turin und Gründung der KP, 1969 Fabrikbesetzung in Turin und Gründung von LC.

In Konkurrenz dazu erschien PotOp ab Mitte September als Wochenzeitung. Die Gruppe tat sich sehr schwer damit, ihre Ausgangshypothese in die Praxis umzusetzen: die Spontaneität der Massen habe ein solches Niveau erreicht, dass die Gründung von Basiskomitees oder -organisationen überflüssig sei, stattdessen müsse man Massen-Arbeiteravantgarden initiieren, welche die allgemeinen politischen Aufgaben anpacken könnten, die der immer allgemeinere soziale Zusammenstoß stellte. Die Gründung von PotOp glich teilweise einem Kopfstand: man stellte Thesen auf, die der Bewegung bisher völlig fremd gewesen waren (z.B. »Beginnen wir, von Lenin zu reden«, *Potere Operaio* Nr. 3, Oktober 1969, wo Sachen standen wie: »die italienischen Arbeiter sind Marxisten-Leninisten«).

Beide Gruppen waren überzeugt davon, dass die Gewerkschaften ausgespielt hatten und die (technologische) Entwicklung über sie hinweggegangen sei, beide denunzierten den Tarifvertrag vom Dezember 69 als Verarschung, als Falle für die Kämpfe usw.. Sie maßen den realen Verbesserungen keinerlei Bedeutung zu – schwach für eine Organisation, die soviel von Klassenzusammensetzung redete! Sie erkannten v.a. nicht, dass dieser Abschluss die Gewerkschaften über die Delegierten, und v.a. durch die realen Verbesserungen wieder ins Spiel brachte; für die Arbeiter sah es so aus, dass »die Gruppen« zwar einen Kampf auslösen und teilweise auch führen konnten, dass man aber die Gewerkschaften brauchte, um auch etwas Dauerhaftes erreichen zu können.

POTERE OPERAIO

Intervento di massa
contro il padrone
contro il suo stato
contro il riformismo

»Durch die neue Gewerkschaftslinie kamen die spontanen Gruppen in die Krise: sie mussten ihre Funktion der rein destruktiven Kritik verlassen ... und sich positiv mit den neuen gewerkschaftlichen Zielen und Forderungen messen ... Dazu gezwungen, die revolutionären Parolen aufzugeben und sich mit heute und morgen auseinanderzusetzen, haben sie denselben Fehler gemacht, den sie vorher den Gewerkschaften vorgeworfen hatten: sie konzentrierten sich allein auf die ökonomischen Forderungen.« (Ausschnitt aus einem langen Gewerkschafts(!)papier vom November '69)

Die Autoren des Buches sehen v.a. in der Verallgemeinerung der Turiner Situation auf das nationale Terrain den Fehler der beiden Gruppen [das berührt eine schwierige Frage: PotOp hat natürlich versucht, vom »fortgeschrittensten Punkt der Kämpfe« aus zu intervenieren!]. In Turin hatten vor allem die neueingestellten Arbeiter aus dem Süden einen Hass auf die Gewerkschaften. In Mailand sah die Situation anders aus. In der Erklärung eines Basiskomitees heißt es beispielsweise: »Wir organisieren uns, um in der Fabrik zu kämpfen, dafür brauchen wir die Basisorganismen; für andere Dinge brauchen wir die Gewerkschaft, und wir hüten uns, die beiden Sachen durcheinanderzuwerfen.« Im Veneto ebenfalls, wo teilweise langjährige und hochrangige Gewerkschaftsaktivisten zu den »Gruppen« überliefen – was in Turin nie der Fall war, sogar der Vorzeigearbeiter von LC, Luciano

Parlanti, hatte vor seinem Auftauchen in den Kämpfen '69 keinerlei Rolle gespielt oder organisatorische Erfahrungen gesammelt. Dennoch war die Radikalität keine Kopfgeburt der »Gruppen«, die Autoren sehen darin eher »eine natürliche Verschmelzung zwischen dem Rebellentum der jungen Arbeiter und der anti-institutionellen Ausrichtung der studentischen Kader« .

Durch die Kämpfe 1969 wurde das ganze System der Fabrikdisziplin, der strengen Kapo-Hierarchie zerschlagen. Im Mittelpunkt dieser Kämpfe standen die einfachen Arbeiter an den Bändern oder an den Maschinen, ohne jede berufliche Qualifikation, viele von ihnen erst vor kurzem eingestellt und noch sehr jung. Allerdings waren sie im Werk Mirafiori nicht die ersten, die sich bewegt hatten: zwischen Ende '68 und Anfang '69 hatten die Gewerkschaften eine massive Propaganda zur Qualifikation begonnen, die v.a. andere Arbeitergruppen betraf: Wartungsarbeiter, Qualitätskontrolle, Technikerarbeiter der Kategorie 1, Angestellte. Die Montagearbeiter am Band hatten erst Ende Mai '69 den Kampf aufgenommen, nachdem andere bereits die Kampfbedingungen verändert hatten und durch ihre Streiks eine allgemeine Unordnung im Produktionsfluss herbeigeführt hatten. Aber als die Montagearbeiter in den Kampf eingriffen, radikalisierte sich alles - und weil die Gewerkschaften in Turin so schwach waren, konnten sie ihre Revolte sehr weit treiben. In vieler Hinsicht bedeutete der Kampf bei Fiat eine regelrechte Kulturrevolution im Innern der Arbeiterklasse: wie man sich zum Unternehmen und zur Arbeit verhält, wie man die eigenen Bedürfnisse ausdrückt, wie man sich organisiert..., alles wurde radikal umgekrempelt. Oft wird dabei vergessen, dass diese »Kulturrevolution« mit heftigen Konflikten der Arbeiter untereinander verbunden war: Gleiche Lohnerhöhungen für alle z.B. benachteiligte natürlich die höheren Lohngruppen, »Kategorie 2 für alle« brachte denen nichts, die bereits in dieser Lohngruppe waren. Dies erklärt, warum Arbeitergruppen, die zu Beginn der Kämpfe sehr aktiv gewesen waren, danach in die zweite Reihe traten und eher abwarteten; und im Verlauf von 1969 auch keine bedeutende Rolle mehr spielten – und warum weder die Techniker noch die Angestellten eine aktive Rolle spielten, obwohl die Gewerkschaften und die »Gruppen« genau das erwartet hatten.

Gerade in der Phase, in der sich die Arbeiterkämpfe verallgemeinerten und ein Teil der Fabrikavantgarden zu Gewerkschaftsdelegierten wurden, gründeten sich die Organisationen LC und PotOp. Gerade in dem Moment, als die Verhaltensweisen des Massenarbeiters und das Ausmaß des Zusammenpralls ihre Thesen und ihre Vorhersagen bestätigten, rutschte ihnen die Leitung der Bewegung komplett aus der Hand. Die »Gruppen« und die Arbeiter-Studenten-Versammlung waren für die Fabrikavantgarden ein nützliches Instrument gewesen, um gewaltsam gewisse Gleichgewichte in der Fabrik aufzubrechen, neue Kampfformen und -ziele durchzusetzen und um ein anderes Verhältnis zu den Gewerkschaften zu erzwingen (»ihr verhandelt, wir streiken«); aber sobald der Kampf eine allgemeine politische Bedeutung annahm, wurden diese Instrumente zu zerbrechlich - und durch den Konkurrenzkampf zwischen verschiedenen Fraktionen auch unglaubwürdig.

Die Gewerkschaften und die Linksparteien (vor allem der PCI) konnten verhindern, dass die Bewegung radikalere Formen annahm, es kam nicht zum offenen Zusammenstoß mit den Institutionen. Der Generalsekretär der Fiom, Trentin sagte im Februar '70 im Führungsgremium: »Wir haben bewusst jede Konzeption bekämpft, die aus dem Tarifkampf einen französischen Mai machen wollte.« Diese komplexe politische Operation hatte einen viel längeren Atem als »die Gruppen«, weil sie einerseits die Basisforderungen unterstützte und sich teilweise zu eigen machte (»Syndikalisierung des Protests«), und andererseits der Arbeitermobilisierung glaubhafte und konkrete Ziele setzte. Die Gruppen konnten zwar einzelne Kämpfe führen, aber der Bewegung kein realistisches politisches Ziel setzen.

Die Kämpfe erreichten das ganze Jahr über schrittweise Verbesserungen. Ab dem 1. September 1969 wurde der Akkord zum erstenmal danach berechnet, wie viele Arbeiter anwesend waren, so dass das Krankfeiern keinen Schaden für die Kollegen mehr brachte. Und in Reaktion auf die Kämpfe begann Fiat im Februar 1970 zum erstenmal damit, massenhaft Frauen einzustellen.

Die Autoren bestreiten explizit den u.a. von Negri behaupteten roten Faden von den *Quaderni Rossi* bis zum heißen Herbst. Einerseits ließe sich in den alten Artikeln von QR keine solche Voraussicht finden, QR habe auch nicht in diesem Ausmaß über die einfachen Arbeiter nachgedacht. Gerade die damalige Turiner Redaktion der QR war äußerst kritisch gegenüber der spontaneistischen und der Bewegungs-Seite.

Das Buch bringt allerdings wenig über den Zusammenhang zwischen Arbeitsorganisation und Organisation der Kämpfe. Es ist eine gute historische Kritik der Politik der »Gruppen« – zu den anderen im Interview mit Steve Wright aufgeworfenen Fragen von Untersuchung, Zusammensetzung der Arbeiter usw. erfahren wir so gut wie nichts – offensichtlich weil das 1969 auch nicht Thema von LC und PotOp war. ■

Wir haben Arbeiterkämpfe in fortgeschrittenen Gebieten und in zurückgebliebenen Gebieten erlebt: Das Interessante dabei ist, dass die Arbeiterkämpfe in fortgeschrittenen und in zurückgebliebenen Gebieten sich sehr oft gleichen, d.h. dass sie eben tendenziell – und sei es auch nur über gewerkschaftliche Inhalte – das Gesamtverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital sichtbar machen.

(Raniero Panzieri, »Arbeiterkämpfe in der kapitalistischen Entwicklung«, März 1962)

Fiat Melfi: Streik gegen die Modellfabrik

Von Mitte April bis Anfang Mai streikten in Melfi (Süditalien) die Fiat-ArbeiterInnen sowohl im Hauptwerk (Sata) als auch in den darum liegenden Zulieferbetrieben. Nach der dramatischen Niederlage bei Fiat/Turin im Jahr 1980 war es für eine ganze Arbeitergeneration der erste Vollstreik, in dem sie sich gegen Unternehmer, Gewerkschaften, Bullen und die Regierung durchsetzen mussten. Die allgemeine politische Bedeutung dieses Streiks reicht weit über Italien hinaus. Die Zusammensetzung der ArbeiterInnen (ein Werk auf der »grünen Wiese«) und die hauptsächlichen Gründe für den Streik (niedrigere Löhne und mörderische Schichtmodelle im Zeichen der »Flexibilisierung«) sind zum Beispiel hoch interessant angesichts neuer Autowerke im Osten wie dem Smart-Motorenwerk in Thüringen, wo es um genau dieselben Punkte geht! Den Artikel haben wir aus Berichten von italienischen GenossInnen und Mouvement Communiste und gemeinsam mit ihnen zusammengebastelt.

Das Ende der Arbeiterklasse ...

In den letzten Jahren war viel die Rede vom Ende der alten Arbeiterklasse, Ende der Zentralität des Großbetriebs, von Dezentralisierung, Auslagerung und Dienstleistungsgesellschaft. Wie ein roter Faden zieht sich durch diese – mittlerweile Allgemeingut gewordenen – Überlegungen die Überzeugung, auch der Klassenkampf sei überholt. In der »postindustriellen« Produktion habe sich die Arbeiterklasse aufgelöst und könne höchstens noch als Interessengruppe im »Verteilungskonflikt« agieren. Man könnte das Thema abhaken mit dem alten Witz von dem Arbeiter, dem jemand erzählt, der Klassenkampf sei vorbei, und der antwortet: »Habt ihr den Unternehmern auch Bescheid gesagt?« Aber die soziale Frage wird natürlich nicht im Diskurs entschieden. Und die Bewegungen der ArbeiterInnen sind keine mechanische Antwort auf den »Klassenkampf von oben«, sondern Ergebnis einer individuellen und kollektiven Verarbeitung, mit der sie die aktuellen Umbrüche in Beziehung setzen zu ihren vergangenen Erfahrungen.

Die auftretenden Institutionen:

Gewerkschaften

FIOM: Metallarbeitergewerkschaft der CGIL

FIM: Metallarbeitergewerkschaft der CISL

UILM: Metallarbeitergewerkschaft der UIL

CGIL: linker, d.h. Rifondazione und DS nahestehender Gewerkschaftsverband

CISL: katholischer Gewerkschaftsverband

UIL: rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsverband

CGIL-CISL-UIL werden als die »konföderierten Gewerkschaften« bezeichnet; diese Konföderation war zuvor geplatzt, funktionierte aber bei dem Streik in Melfi plötzlich wieder

FISMIC: klassische »gelbe« Betriebsgewerkschaft bei Fiat

... ein toyotistischer Traum

Die Fiat-Fabrik in Melfi wurde bei ihrer Einweihung vor zehn Jahren als postfordistische Modellfabrik präsentiert. Nachdem die Konzernspitze von Fiat die Verlagerung nach Portugal, Großbritannien oder Polen angedacht hatte, entschied man sich letztendlich für die grüne Wiese von San Nicola di Melfi in der Basilikata im äußersten Süditalien – inzwischen arbeiten übrigens zwei Drittel aller italienischen Fiat-Arbeiter in Süd-Italien; in den 60er und 70er Jahren arbeiteten hingegen drei Viertel im Norden.

Melfi bot drei wichtige Vorteile. Fiat konnte Subventionen vom italienischen Staat und der europäischen Gemeinschaft in Höhe von einem Drittel der Gesamtinvestitionen einstreichen. Die Mafia ist hier nicht so stark wie in den Nachbarregionen Kalabrien und Apulien, die durchschnittliche Schulbildung deutlich besser. Und die regionale Arbeitslosenquote von über 20 Prozent machte ein drastisches Sieben der Beschäftigten möglich: von 80 000 BewerberInnen wurden am Ende weniger als 7000 eingestellt, die zunächst eine lange »Anlernphase« absolvieren mussten. Jung (Höchstalter: 32 Jahre) und keine Arbeitserfahrung in der Industrie waren die wichtigsten Einstellungskriterien. Noch bevor die ersten Arbeitsverträge unterschrieben waren, wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, von einer Gewerkschaft, die sozialpartnerschaftlich zu nennen noch eine Beschönigung wäre.

Alles sollte neu sein, nichts an alte Zeiten erinnern, sogar ein neuer Name musste her: die Fabrik in Melfi heißt *Sata* (Società Automobilistica

Ein wilder Streik bei Fiat legt die Produktion lahm

Die Arbeiter im süditalienischen Melfi kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen – Roms Regierung schickt Polizei

Mühsam beginnt der Fiat-Konzern nach schwerer Krise wieder Tritt zu fassen, da ...rt ein wilder Streik im Vorzeigewerk ...fi die ganze Produktion still. Italiens ...rung lässt die Polizei einschreiten.

Kreiner, Rom

... in Süditalien, in Lukanien; nachts ...t Wölfe durch die Wälder, und zu ...len sind früher die Menschen ...t, weil sie keine Arbeit fanden. ...rt. Vor zehn Jahren setzte der ...nzern eine Fabrik mitten in ...nd den Bewohnern einer ...ie sie sagen, als hätten ...en Fingern berührt". ...Kleinwagens Punto ...ten Fiat und 22 ...ischen Melfi ... Fabrik ge- ...traditio- ...produk- ...

Tecnologie Avanzate – Automobilgesellschaft fortgeschrittener Technologien), und um sie nicht mit alten, »schlechten Gewohnheiten« zu belasten, hatte Fiat auch möglichst wenige Verwaltungsangestellte und Techniker aus seinen anderen Werken nach Melfi versetzt, insgesamt nur etwa fünfzig.

Melfi war die Abkehr der Fiat-Spitze vom Konzept der totalen Automatisierung. Die lebendige Arbeit rückte wieder ins Zentrum des Produktionsprozesses. Die »toyotistische Arbeitsorganisation« in Melfi bedeutete Flexibilität, Just-in-Time und Nullfehler (»totale Qualität« in der Sprache von Fiat). Über ein Drittel der Industriebeschäftigten in Melfi arbeitet in über 20 Zulieferbetrieben auf dem Werksgelände oder unmittelbar daneben. Melfi sollte Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen im ganzen Fiat-Konzern ausüben (schon vor der »Melfisierung Fiats« waren die einzelnen Standorte systematisch gegeneinander ausgespielt worden).

Die Melfisierung Fiats

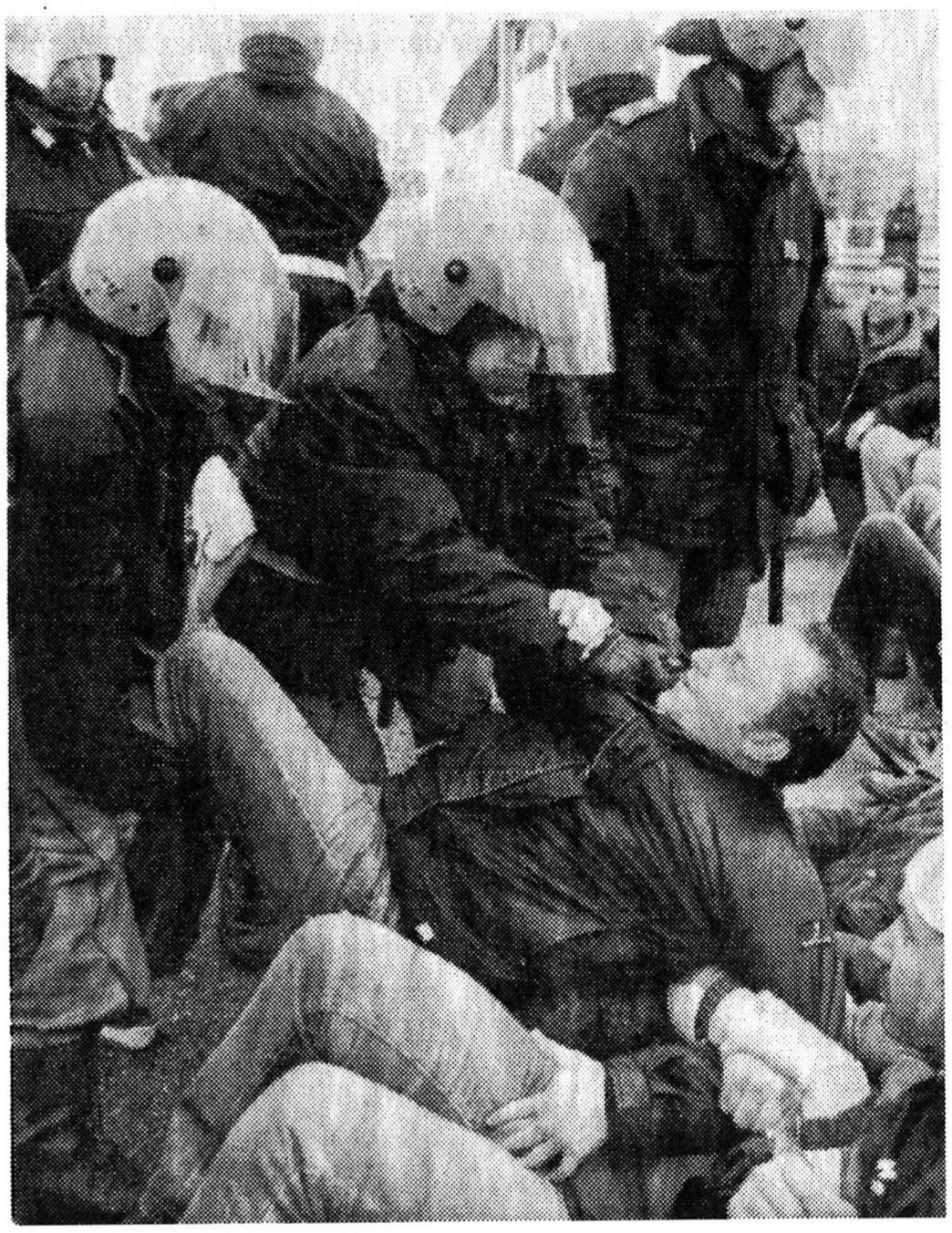
Im September 1993 läuft die Produktion des Punto an, seine Massenfertigung und Vermarktung beginnt im Januar 1994. Die Fabrik kann bis zu 450 000 Autos im Jahr produzieren – eine Zahl, die allerdings bis heute nicht erreicht wurde. Ursprünglich sollten 7000 Leute eingestellt werden – auch diese Zahl wurde nie erreicht. 1996 waren 5900 Menschen beschäftigt, die 360 000 Autos jährlich herstellten. Mit einer durchschnittlichen Produktivität von 61 Autos pro Beschäftigten ist das Werk trotzdem eines der produktivsten in Europa (an zweiter Stelle hinter Opel Rüsselsheim). Das wurde vor allem durch Intensivierung der Arbeit erreicht, in Fiats Begriffen: die »Saturation« (das ist das Verhältnis von »produktiver Tätigkeit« zu Anwesenheit in der Fabrik) wurde auf 94,3 Prozent hochgetrieben.

Die Lohnkosten in der Automobilindustrie haben sich in den letzten Jahren fortlaufend verringert. Im Durchschnitt machen sie zur Zeit nur noch 10 Prozent des Marktwerts eines Autos aus – 1995 waren es noch 19,1 Prozent. Das ist einerseits das Ergebnis von Investitionen in die Maschinerie, wodurch die Produktivität der Arbeitskraft noch weiter gestiegen ist, andererseits des ständigen Drucks auf die Löhne (Streichen von Lohnbestandteilen; Kopplung der Löhne ans Betriebsergebnis; Auslagern in Niedriglohngebiete; Outsourcing). In Melfi wurden z.B. die Zulagen für Spät- und Nachtschicht gesenkt und die Löhne an Qualität, Anwesenheitsquote und Arbeitsergebnisse sowohl der Gruppe wie der gesamten Abteilung gebunden. In die Berechnung der tatsächlichen Anwesenheit in der Fabrik fließen Absentismus, Mutterschaftsurlaub und die Ausfallzeiten durch Arbeitsunfälle ein! Im Ergebnis lagen die Löhne

traditionell sperrige, am linken Rand angesiedelte Metallerorganisation Fiom durchsetzen. Die Regierung legt es laut ausdrücklicher Erklärung von Staatssekretär Maurizio Sacconi auf eine „politische Niederlage" der Fiom an, die ihrerseits bei Ministerpräsident Silvio Berlusconi um Hilfe ruft, und das Innenministerium hat – seit 35 Jahren ist das in Italien nicht mehr passiert – die Polizei losgeschickt, die Blockade gewaltsam zu durchbrechen. Dabei sind auch Steine geflogen; mehr als ein Dutzend Streikender wurden verletzt.

Vier große und etliche kleinere Metallgewerkschaften werben bei Fiat um die Arbeiter; mit dreien hat die Unternehmensführung inzwischen Tarifverhandlungen über die Arbeitsbedingungen in Melfi vereinbart. Die Fiom als größte Einzelgewerkschaft, die vor Beginn der Gespräche nicht zu einem Abbruch der Blockade bereit war, ist oder hat sich selbst ausgeschlossen. Sie ruft im Gegenzug für heute alle Metaller Italiens zu einem vierstündigen Generalstreik auf. Die Fiat-Beschäftigten in Turin wiederum, unter Führung einer anderen Gewerkschaft, haben schriftlich an ihre Kollegen in Melfi appelliert, zum Arbeitsfrieden zurückzukehren: „Wir", so schreiben die Turiner an ihre Kolle... „haben (für die Unternehmenssanie... schon einen sehr hohen Preis bezahlt. ... Arbeit liegt jetzt in eurer Hand. Und ...rbessert seine Lage, wenn er ande... ...n schadet."

... Unternehmensführung hat ein... ...den wirtschaftlichen Schaden ... dem Konzern durch den ...he. Mehr als 16 000 Fiats, ...as hätten nicht produ... ... Präsident Umberto ...k an die Konkur... Morchio, erst ...ls Sanierer ... offenen ...r Aus... ...anze ...ik- ...s



UGL: den Postfaschisten (Alleanza Nazionale) nahestehender Gewerkschaftsverband

CISAL: traditionell gelbe, korporatistische Gewerkschaft

Parteien

Alleanza Nazionale (AN): Regierungspartei, aus der früheren faschistischen Partei MSI hervorgegangen

Lega Nord: Regierungspartei, fremdenfeindlich, norditalienisch, strebt die regionale Autonomie an

in Melfi um 15 Prozent (ca. 2000 Euro pro Jahr durchschnittlich) unter den Durchschnittslöhnen im Fiatkonzern in Italien – und die Arbeitsverausgabung 20 Prozent darüber.

Außerdem wurden die Arbeitszeiten an die tatsächlichen Verkaufszahlen gekoppelt, um die Lagerbestände auf ein Minimum drücken zu können. Die ArbeiterInnen (darunter auch zehn Prozent Frauen, eine absolute Neuheit im Fiat-Konzern) mussten in einem Dreischicht-System mit gleitenden Pausen das Werk 6 mal 24 Stunden am Laufen halten – und konnten gleichwohl in unbezahlte Kurzarbeit geschickt werden.

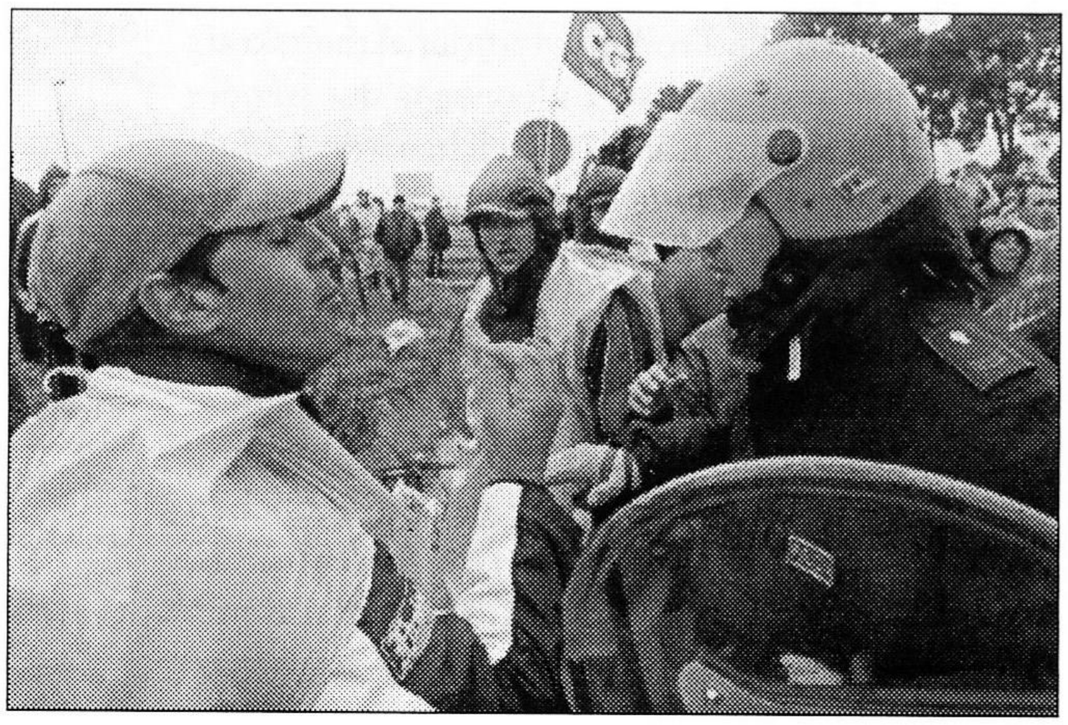
*

Die Fiatisierung Melfis

Melfi hatte von Anfang an mit einer hohen Fluktuation zu kämpfen. In einer Gegend, wo es schwierig ist, überhaupt eine feste Anstellung zu finden, und wo viele ArbeiterInnen täglich 100 km zur Arbeit fahren, sagen die Hunderte von Eigen-Kündigungen einiges über die Schwierigkeiten der jungen ProletarierInnen aus, sich an die flexibilisierte Fabrik mit ihrem mörderischen Schichtsystem anzupassen (noch dazu in einer Region mit über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit!)

Sehr schnell war aus dem »toyotistischen Traum« ein verschärfter Fabrikknast geworden: die Qualitätszirkel hatte man als »Zeitverschwendung« abgeschafft, alle Neueingestellten wurden befristet eingestellt und danach nur in der untersten Lohngruppe übernommen. Die Disziplin wurde mit drakonischen Strafen durchgesetzt. Im Laufe von zehn Jahren hatte es 9000 Disziplinarmaßnahmen (Suspendierungen und Lohnabzüge) gegeben, davon 2500 während des letzten Jahres.

Und trotzdem war es nicht zu Kämpfen gekommen. Die Belegschaft der Fabrik hat sich nicht beteiligt an dem, was sich traditionelle Gewerkschafter unter einer »Bewegung« vorstellen. Noch vor zwei Jahren zeigten die Melfi-ArbeiterInnen ihren KollegInnen der Fiat-Fabrik in Termini-Imerese (Sizilien), die sie während ihres Kampfes gegen die Schließung besuchten, massiv die kalte Schulter. Und all die Jahre hatten sie rechte und gelbe Gewerkschaften in den Betriebsrat gewählt. Es ist eine sehr interessante Frage, warum gerade diese Belegschaft ein mehr als zwei Jahrzehnte währendes Klassentrauma bei Fiat beendet hat. Aber darauf können wir heute noch keine Antwort geben.



Der Streik beginnt...

Das Sata-Werk besteht aus vier Abteilungen: Presswerk, Schweißerei, Lackiererei und Montage. Die Antriebsblöcke kommen aus der Fabrik von Termoli. Die Zahl der Beschäftigten im Hauptwerk hat sich bei rund 5000 stabilisiert, in den Zulieferbetrieben arbeiten zur Zeit 3500 Leute. Die 25 Zulieferer ersten Rangs sind im Konsortium Autocomponentistica del Mezzogiorno (ACM) zusammengeschlossen. Ein Zehntel dieser Firmen gehört zum Fiat-Konzern (z.B. *Magneti Marelli),* es sind aber auch ausländische Multis darunter (z.B. *Johnson Controls*, *Lear*, *Valeo*, *Ti-Automotive* und *Benteler-Automotive)*. Im Innern der Fabrik sind sämtliche Lade- und Transportarbeiten an *TNT-Arvil* vergeben. Deren ArbeiterInnen haben den Streik angefangen.

Innerhalb weniger Stunden haben sich die ArbeiterInnen des gesamten Produktionszyklus in Melfi angeschlossen. Zunächst hatte die FIOM zu begrenzten Streiks aufgerufen mit der Forderung, die Tage von Kurzarbeit zu bezahlen, die seit Anfang des Jahres ständig zugenommen hatten. Ziemlich rasch hielten sich die ArbeiterInnen aber nicht mehr an diesen Rahmen und forderten die Verhandlung dreier zentraler Punkte:

- Abschaffung der Arbeitszeitenregelung (Drei-Schicht-System inkl. Samstagsarbeit, wobei die ArbeiterInnen zwei Wochen hintereinander dieselbe Schicht fahren – auch Nachtschicht!).
- Angleichung der Löhne an die anderen Fiatwerke in Italien.
- Abschaffung des Disziplinarsystems.

Nach zehn Tagen Streik hatte Fiat Produktionseinbußen von 16 300 Fahrzeugen (allein in Melfi werden am Tag bis zu 1200 Fiat Punto und Lancia Y montiert und Bleche für andere Fiat-Werke hergestellt). Die »Null-Lager«-Strategie kehrte sich gegen ihre Urheber, 95 Prozent der italienischen Autoproduktion stand still. Am 26. April griffen die Bullen sehr hart die Streikposten an. Es gab mehrere schwerverletzte ArbeiterInnen (auch die Einsatzleiterin der Bullen musste ins Krankenhaus).

Fortsetzung folgt auf S. 21

Chronologie des Kampfes in Melfi

zusammengestellt nach
Lettre 13 de Mouvement Communiste

Während des ganzen Monats Februar. Disziplinarische Kündigungen bei Sata und bei den Zulieferern.

25. Februar. Rotierende Zwei-Stunden-Streiks bei *TNT Arvil* (Logistik und betriebliche Instandhaltung) und bei *Magneti Marelli* (Federungen). Die Unruhe legt alle Tätigkeiten im Werk lahm. Zum ersten Mal fordern die ArbeiterInnen die Abschaffung der doppelten Nachtschicht und Lohnerhöhungen.

26. Februar. Arbeitsniederlegungen bei *Sata* als Antwort auf die wiederholte Kurzarbeit.

1. bis 5. März. Mehrere tausend Beschäftigte werden in Kurzarbeit geschickt. Selbständige LKW-Fahrer blockieren das Werk. Sie protestieren dagegen, dass *Fiat* alle Transportarbeiten an die Firma *TNT* vergeben hat.

26. März. Generalstreik in Italien, ausgerufen von den drei Gewerkschaftsverbänden. In Melfi steht eins der beiden Montagebänder.

7. April. 45 von 80 Arbeitern bei *Mecoflex*, einem Subunternehmen im Zuliefererpark, werden in Kurzarbeit geschickt. Alle Gewerkschaften protestieren gegen die Produktionsverlagerung ins Ausland.

14. April. Der Ausrüster *Valeo* schickt 160 von 190 Beschäftigten in Kurzarbeit. Ein anderer Ausrüster, *IMAM Melfi*, kündigt an, dass er für 90 seiner 121 Beschäftigten vom 26. April an für drei Wochen keine Arbeit hat.

16. April. Die Fiom ruft die 630 ArbeiterInnen des Ausrüsters *Lear* zu einem achtstündigen Streik auf. *Lear* hat die Übernahme einer Lohnerhöhung für das Werk Melfi verweigert, die von den anderen Beschäftigten der Gruppe in Italien durchgesetzt worden war. In der Woche zuvor hatten die ArbeiterInnen bei *Magneti Marelli* für Lohnerhöhungen gestreikt.

17. April. Die Beschäftigten von *TNT Arvil* treten in den Streik. Ca. 800 weitere Arbeitskräfte werden nach Hause geschickt.

18. April. Die Nachtschicht bei *Lear* legt die Arbeit nieder.

19. April. Das Fiat-Werk von Melfi steht zum dritten Mal still. Wieder treten die Beschäftigten von *TNT Arvil* in den Streik. Fiat beurlaubt alle, die noch am Standort arbeiten. Daraufhin beschließen die *Sata*-ArbeiterInnen in einer Vollversammlung den Streik. *Johnson Controls* kündigt für seine Beschäftigten die Verlängerung der Kurzarbeit um dreizehn Wochen an. Die Delegierten, die mit zum Kampf trommeln, verlangen eine sofortige Zusammenkunft mit der Geschäftsleitung, um Arbeitszeiten und -bedingungen neu auszuhandeln. Die Betriebsräte der Uilm, der Fim und der Fismic distanzieren sich von den praktizierten Kampfformen, die ihnen zu hart erscheinen. Einige hundert Arbeiter blockieren die Werkstore. Die LKWs der Zulieferer können nicht hinein, die Fahrzeugtransporter nicht heraus. In einer Vollversammlung beschließen die Arbeiter bei *Lear* die Fortsetzung ihres Streiks.

20. April. Das Werk wird weiter blockiert. Der Metall-Unternehmerverband verurteilt die Aktionen der Streikenden als illegal. Die Direktion von Fiat lehnt es ab, sich mit der Fiom oder mit den anderen Gewerkschaften zu treffen, die am Kampf festhalten (Ugl, Slai-Cobas, Cisal und Failms [eine unabhängige Betriebsgewerkschaft]), und sie sagt ein Treffen mit der Regionalregierung der Basilikata ab, bei dem über die Zukunft des Werks gesprochen werden sollte. Von Rom aus lässt jedoch Giuseppe Morchio, der von Fiat beauftragte Geschäftsleiter, bei der jährlichen Bekanntgabe der Betriebsergebnisse die Tür für Gespräche einen Spalt weit offen.

21. April. Aufgrund des Streiks in Melfi steht die Produktion in Mirafiori. Maroni, Sozialminister und Chef der Lega Nord, kündigt das Eingreifen der Regierung an, was von ca. hundert Parlamentariern aus allen politischen Parteien unterstützt wird. An den blockierten Werkstoren steigt die Spannung zwischen den massiven Streikposten und den Bullen. Letzteren gelingt es trotz aller Anstrengungen nicht, die wenigen Streikbrecher-Busse durchzuschleusen, in denen zudem kaum ein Arbeiter zu sehen ist. Die Gewerkschaften Cisl und Uil bekräftigen ihre Unterstützung der aufgestellten Forderungen, lehnen die massiven Kampfmittel jedoch kategorisch ab.

22. April. Weitere Betriebe sind von den Streiks bei *Sata* betroffen. Die Gewerkschaften Uilm, Fim und Fismic machen eine Demo für das Recht (der Streikbrecher) auf Arbeit. Nach Angaben der Veranstalter nehmen 1500 teil, 150 zählt die Polizei.

23. April. Zusammenkunft zwischen dem Fiat-Vorstand und den Metallergewerkschaften. Die Fiom verlässt den Verhandlungstisch bald, weil sie sich weigert, zur Beendigung der Werkstor-Blockaden als Vorbedingung für offizielle Gespräche zwischen Sozialpartnern aufzurufen. Fiat, Uilm, Fim und Fismic stellen daraufhin einen Zeitplan für gemeinsame Konferenzen zur Lage in sämtlichen Werken des Konzerns auf. Der Generalsekretär der Cgil, Guglielmo Epifani, mahnt zur Mäßigung. In Melfi weigern sich die mit dem Streik sympathisierenden Gewerkschaften und die Streikenden, die Streikposten vor Erfüllung der Forderungen abzuziehen.

24. April. Demo in Melfi gegen die Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und denjenigen Gewerkschaften, die gegen den Kampf sind. Der Generalsekretär der Fiom, Gianni Rinaldini, kündigt die Fortsetzung der Blockaden und einen Streik für den 27. in allen italienischen Werken von Fiat an.

24. April. Der Vorstand der Fiat-Gruppe gibt an, infolge des Konflikts 12 000 Autos verloren zu haben. Um die Produktion in den von Melfi abhängigen Fabriken aufrecht zu erhalten, musste die Firma Hubschrauber zum Teiletransport einsetzen. In Pomigliano d'Arco bei Neapel, wo 9000 ArbeiterInnen Alfa Romeos produzieren, erklärt die Uilm, man befürchte den Ausbruch eines zweiten Melfi. Diese traditionell kampfstarke Fabrik, mit starkem Einfluss der Cobas [Basisgewerkschaften], müsste am 26. den Betrieb wegen Teilemangel unterbrechen. Jeden Morgen machen sich zwei Busse mit ArbeiterInnen aus dem neapolitanischen Werk auf den Weg zu den Streikposten von Melfi und kommen erst abends zurück.

26. April. Ab vier Uhr morgens bilden die Arbeiter Streikpostenketten. Aus mehreren Kasernen zusammengezogen erscheinen ca. 450 Carabinieri und Polizisten in Kampfmontur vor den Werkstoren. Die ersten Busse mit Streikbrechern tauchen um 5.30 Uhr auf. Um 6.15 Uhr nähern sich die Repressionskräfte den Blockadelinien. Trotz der stillschweigenden Übereinkunft, wonach LKW und Busse zum Nachbarwerk von Barilla ebenso wie Streikbrecher frei passieren konnten, beginnt die Polizei, die Arbeiter wegzuzerren, die sitzen bleiben und »pace!« (Frieden) rufen. Nach ihrer Freilassung machen die Streikenden kehrt und bilden die Blockade neu. Um zwei Bussen mit 40 Streikbrechern Durchlass zu verschaffen, greifen gegen 9 Uhr auf Anweisung aus Rom die Repressionskräfte an und knüppeln eine Bresche in die Barrikade aus Menschenkörpern. Bilanz: Fünfzehn Verletzte. Unter den drei verletzten Bullen ist auch

die Kommissarin, die den Angriff befohlen hatte, sie hat einen Kieselstein abgekriegt. Ein weiterer Bus trifft ein, aber diesmal handelt ein Parlamentarier der Linken einen Waffenstillstand mit dem Innenminister aus, und der Bus dreht wieder um. Am Nachmittag ein zweiter Angriff der Polizei, weniger brutal als der am Morgen. Inzwischen sind sämtliche Fertigungsstätten von Fiat lahmgelegt. Fiat verliert an jedem Streiktag 4300 Autos, 1200 davon in Melfi. Insgesamt sind bei Fiat und seinen Zulieferern 80 000 ArbeiterInnen von den Streikfolgen betroffen. Leider wird die bei Mirafiori von der Fiom organisierte Arbeitsniederlegung nur schwach befolgt. In Arese hingegen, am Stadtrand von Mailand, folgen Fiat-Arbeiter aus dem vormals großen Alfa-Romeo-Werk dem Aufruf von Fiom, Slai-Cobas und Fimu-Cub [Basisgewerkschaft mit starker Verankerung in Arese] und blockieren die nahe Autobahn. In Arese sind ca. 550 der 2000 Beschäftigten bis zum Jahresende in Kurzarbeit.

27. April. Der Amtsrichter von Melfi fordert die Fiom auf, die Blokkaden aufzuheben. Diese erklärt, das seien keine Blockaden, sondern Kundgebungen. An den Blockadelinien bleibt die Position klar: kein Abzug der Streikposten ohne Erfüllung der Forderungen. Trotzdem haben die Gewerkschaftsdelegierten beschlossen, die Posten in eine Versammlung umzuwandeln (d.h. in massive Präsenz ohne Behinderung der Durchfahrt). Somit können alle, die es wünschen, in die Fabrik zurück. Als Folge des Drucks von Seiten der Alleanza Nazionale kündigt die Ugl an, sich nicht weiter an den Blockaden zu beteiligen, stellt diese Entscheidung aber kurz darauf wieder in Frage. Die Cgil drängt die Fiom, ihre Haltung zu mäßigen. Letztere spricht daraufhin von der Beendigung der Blockade, falls »ernsthafte Verhandlungen« beginnen – sprich: falls sie an solchen Gesprächen teilnehmen darf. Die Spitzen von Cgil, Cisl und Uil treffen sich mit Giuseppe Morchio. Die »Konföderierten« akzeptieren die Vorbedingung, alle Blockaden aufzuheben. Im Gegenzug bestätigt die Firma vorgesehene Investitionen in Höhe von 630 Mio. Euro für das Werk Melfi, verteilt über drei Jahre. Die drei Verbände treffen sich mit der Fiom, die aber vor irgendeiner Entscheidung mit ihren Delegierten sprechen will. Inzwischen hat Fiat 21 000 Autos verloren.

28. April. Der in ganz Italien ausgerufene vierstündige Streik der Metallarbeiter hat keinen durchschlagenden Erfolg. Die Angaben über die Teilnehmerzahlen sind je nach Quelle recht unterschiedlich. Jedenfalls bleibt die Demonstration der Turiner Fiom vor Mirafiori äußerst dürftig. Jetzt setzt sich die Fiom von Melfi auch für die Beendigung der Blockaden ein. Gianni Rinaldini, Generalsekretär der Fiom, erklärt, man müsse zu anderen Kampfformen finden.

29. April. Unter den Buh-Rufen der Streikenden passiert ein Bus das Werkstor. Drinnen sitzen nur drei Fahrgäste. Die Streikfront steht. Die führenden Sekretäre der Fiom jedoch mahnen zur Beachtung des für Fiat günstigen Gerichtsurteils, wonach der Zugang zum Werk freizuhalten ist, und schlagen in einer Streikversammlung vor, die Beendigung der Blockade zu beschließen. Gegen die Meinung der autonomen Gewerkschaften und der Cobas beharrt die Fiom darauf, man habe einen ersten Sieg errungen: die Aufnahme von Verhandlungen. Nach einer erregten Diskussion beschließt die Versammlung einstimmig, die Belagerung der Werkstore zu beenden. Cobas und Autonome wagen es nicht, sich frontal entgegenzustellen, und enthalten sich der Stimme. Darüber hinaus wird ein Streik beschlossen, dessen Fortsetzung bei jedem Schichtwechsel von einer Streikversammlung zu beschließen ist. Nun können die Arbeitswilligen arbeiten. An diesem Tag gehen jedoch aus den drei Schichten nur insgesamt 200 zurück an die Maschinen. LKWs mit Fahrzeugen und mit Teilen werden aber durchgelassen. In Cassino und anderen Werken läuft die Produktion wieder an. Doch um 10 Uhr abends stehen immer noch tausend streikende Arbeiter vor den Toren. Die große Zahl macht Ein- und Ausfahrt weiterhin schwierig.

30. April. Der Streik wird Schicht um Schicht fortgeführt. Die Verhandlungen zwischen dem Fiat-Vorstand und den Gewerkschaften kommen endlich in Gang, da steigt die Fim in schroffer Form aus den Gesprächen aus. Sie beklagt ein ungesundes Klima, in dem Drohungen und Einschüchterungen gegenüber ihren Delegierten gediehen, einer sei bei der Erfüllung seiner Pflichten von Streikenden misshandelt und beleidigt worden. Der Fiat-Vorstand muss nun seinen Plan zur Beendigung der doppelten Nachtschicht den einzelnen Gewerkschaften gesondert vorlegen. Zur Frage der Löhne erklärt das Unternehmen, seine Möglichkeiten seien sehr begrenzt. Die drei Verbände verständigen sich darauf, trotz der Angriffe auf die Fim-Delegierten weiterhin gemeinsam zu verhandeln und am 1. Mai gemeinsam zu demonstrieren.

1. Mai. Zu einem Fest mit Folk und Jazz versammeln sich ca. 1000 Leute vor dem Werk. Zu den ArbeiterInnen gesellen sich ihre Familien und Leute aus dem Attac-Spektrum. Uil und Cisl fehlen.

2. Mai. Ein Sonntag. Bei Sata erscheinen die Instandhaltungsarbeiter von *TNT Arvil*, die als einzige auch an Feiertagen Dienst haben, nicht an den Werkstoren. Auch die Nachtschicht bleibt weg, die sonntags um 22 Uhr das Werk anfährt. Keiner der Betriebe im Zulieferpark arbeitet bisher. Fiat hat 30 000 Autos verloren.

3. Mai. Das Wiederanlaufen der Produktion in den anderen Fiat-Werken hat neue Aussetzer zur Folge. Die fertigen Teile sind verbraucht. Fehlende Vorräte führen zu neuer massiver Kurzarbeit. Kein Betrieb läuft rund. Der von Cassino muss angehalten werden. Bei einem Treffen in Melfi beschließen die Gewerkschaftsspitzen, dass die Verhandlungen umgehend wiederaufgenommen werden müssen, ihrer Meinung nach ist eine Lösung in greifbare Nähe gerückt.

4. Mai. Vor dem römischen Sitz von Fiat findet eine Demonstration statt, zu der Fiom und Cobas aufgerufen haben. Die Polizei spricht von 1000 Teilnehmern, die Organisatoren von 3000. Die Demonstranten fordern die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen ohne Unterbrechung. Laut Fiat haben in Melfi ungefähr 500 Beschäftigte ihren Platz an den Maschinen wieder eingenommen. Das klassische Schema: Die entschiedensten Kräfte gehen in Rom spazieren und überlassen daheim das Feld den Gelben. Aber die Produktion bleibt symbolisch: 70 produzierte Fahrzeuge posaunt die Werksleitung stolz heraus.

5. Mai. Die Fim macht in Melfi einen Umzug »für ein gutes Verhandlungsergebnis und gegen Intoleranz«. Vor den Werkstoren stößt eine Gruppe von Streikenden, die wieder Postenketten bilden will, auf lebhaften Widerspruch von Seiten der Fiom, die auf die bevorstehenden Verhandlungen in Melfi hinweist. In Rom treffen sich Metallerverbände und Fiat-Vorstand, um Gespräche am nächsten Tag vorzubereiten, die auch das Thema Löhne behandeln sollen. Fiat beklagt 40 000 verlorene Fahrzeuge seit Streikbeginn, behauptet aber, in Melfi an diesem Tag 140 Stück produziert zu haben.

6. Mai. Um 14 Uhr beginnen in Melfi die Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und dem Fiat-Vorstand. Ab 18 Uhr nehmen auch die Vertreter des ACM an der Gesprächsrunde teil, des Konsortiums, dem 25 der 28 Firmen im Zuliefererpark angehören. Fiat bietet an, die doppelte Nachtschicht zu beenden und die Löhne erst nach und nach zu erhöhen, und das auch noch an die Entwicklung der Profite zu binden. Die Gewerkschaften betrachten die Vorschläge als unzureichend. Der Diskussionspunkt Arbeitsbedingungen, d.h. disziplinarische Verfahren, wird auf später vertagt. In Melfi haben laut Fiat ca. 700 Arbeiter 160 Automobile produziert, während laut Fiom noch 90 Prozent der Beschäftigten im Streik sind.

7. Mai. In Melfi wird der Streik alle acht Stunden weiter verlängert. In Pomigliano d'Arco ruft Slai-Cobas zu einem achtstündigen Streik mit Streikposten auf: Solidarität mit den Streikenden von Melfi und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Nach Angaben von Slai-Cobas ist die Teilnahme an der Arbeitsniederlegung praktisch hundertprozentig, während die Fiom sie mit 40 Prozent angibt. Die Verhandlungen in Melfi dauern an. Gegen Abend legt der Fiat-Vorstand den Gewerkschaften ein Konsensdokument vor: Abschaffung der doppelten Nachtschicht ab Juli, durchschnittliche Lohnerhöhung um 92 Euro im Monat, gestaffelt über mehr als zwei Jahre. Die Gewerkschaften betrachten das Lohnangebot als unzureichend. Laut Fiat arbeiten 750 Beschäftigte wieder – allerdings produzieren sie nur 160 Autos.

8. Mai. Die Streikenden, die vor den Toren ihr Lager aufgeschlagen haben, verlangen von den Vertretern in der Verhandlungskommission Erklärungen vor ihrer Abreise nach Rom. Die Fiom predigt Geduld und betont, die Direktion habe sich bereit gefunden, trotz Andauer des Streiks zu verhandeln. Die Verhandlungen ziehen sich in Rom am Sitz des Unternehmerverbands *Confindustria* über das ganze Wochenende hin, zunächst getrennt, dann in gemeinsamer Sitzung. In der Nacht werden die Vertreter des Betriebsrats hinzugezogen.

9. Mai. Um 6.40 Uhr wird die Vereinbarung unterzeichnet. »Das ist ein großer Sieg der Arbeiter im Mezzogiorno«, jauchzt der Landwirtschaftsminister, Wortführer der »sozialen Rechten« der Alleanza Nazionale (Flügel mit der stärksten Bindung an die faschistische Tradition). Die konföderierten Gewerkschaften und die Ugl beglückwünschen sich zu diesem »großen Sieg«. Nur die Cobas und die autonomen Gewerkschaften lehnen die Vereinbarung ab und versuchen einen neuen vierstündigen Streik.

10. Mai. Der von den Cobas und autonomen Gewerkschaften ausgerufene Streik wird zu einer Schlappe. Bei Sata läuft die Arbeit wieder an. Um 11.45 Uhr wird eine Vollversammlung an den Werkstoren abgehalten. Die Vertreter von Fim und Uilm werden ausgebuht, als sie versuchen, über die Vereinbarung Bericht zu erstatten. Angewidert verlassen fünfzig Arbeiter die Versammlung. Cobas und autonome Gewerkschaften nehmen um 14 Uhr an der Versammlung der Schicht teil, die den Streik am 19. April auf den Weg gebracht hat. Der regionale Beauftragte der Fim lässt sich nicht blicken. Gleichwohl können die Cobas keine neue Unterstützung sammeln. Da Melfi zum Teil wieder arbeitet, kann die Produktion in Termoli wieder angefahren werden.

11. Mai. Die Urabstimmung ist auf den Zeitraum zwischen dem 14. und 17. Mai festgelegt worden. Die Unternehmen im Zuliefererpark schicken sich an, eine ähnliche Befragung abzuhalten.

15. Mai. Slai-Cobas und Alternativa Sindacale (eine kleine Gruppe von Dissidenten, die sich vor ein paar Jahren von der Fiom getrennt haben) zweifeln die ordnungsgemäße Durchführung der Abstimmung über das Ende des Streiks an und vergleichen die Verfahren mit denen einer »Bananenrepublik«.

17. Mai. Die Urabstimmung ergibt: 3740 Arbeiterinnen und Arbeiter sprechen sich für das Ergebnis vom 9. Mai aus (77,4 Prozent der abgegebenen Stimmen) und 1089 lehnen es ab (22,6 Prozent). 4831 haben an der Abstimmung teilgenommen (entsprechend 85,5 Prozent der Stimmberechtigten). 4249 gehören zur Fiat-Belegschaft, 582 zu internen Subunternehmern. Der Umfang der Ablehnung ist signifikant und weit größer als der Einfluss der Basisgewerkschaften.

18. Mai. In Melfi sind die Spuren der Blockade beseitigt und die LKWs rollen wieder. Doch in den Werkshallen bestehen die Spannungen weiter. Die Delegierten, die am Streik nicht teilgenommen haben, werden mit Pfiffen begrüßt. Die Fiom verlangt Betriebsrats-Neuwahlen. Bei FMA d'Avellino, einem Gemeinschaftsunternehmen von Fiat und General Motors, unterzeichnen die örtlichen Gewerkschaften ohne Andeutung eines Kampfes Vereinbarungen, die die Angleichung der Löhne nach dem Modell von Melfi enthalten. Offenbar möchte die Leitung von Fiat Ansteckung um jeden Preis vermeiden.

19. Mai. Die Gewerkschaften unterzeichnen einzeln die abschließende Vereinbarung mit dem Fiat-Vorstand.

21. Mai. Die Verhandlungen für die Firmen im Zuliefererpark beginnen. Neben den in der Sata-Vereinbarung geregelten Punkten wird auch eine Beschäftigungsgarantie diskutiert. Schließlich ging der Streik von den Arbeitsniederlegungen aus, mit denen sich die ArbeiterInnen der Subunternehmen von *Sata* gegen die Kurzarbeit wehrten!

Fortsetzung von S. 18

... eine rasante Dynamik

Kämpfe, die von zugespitzten Punkten des gesellschaftlichen Widerspruchs ausgehen, bekommen meist eine rasante Dynamik. So auch in Melfi: Sehr schnell haben die ArbeiterInnen zwei präzise Ziele auf die Tagesordnung gesetzt. Die Angleichung der Löhne an die der anderen ArbeiterInnen im Konzern und die Überwindung einer mörderischen Arbeitsorganisation.

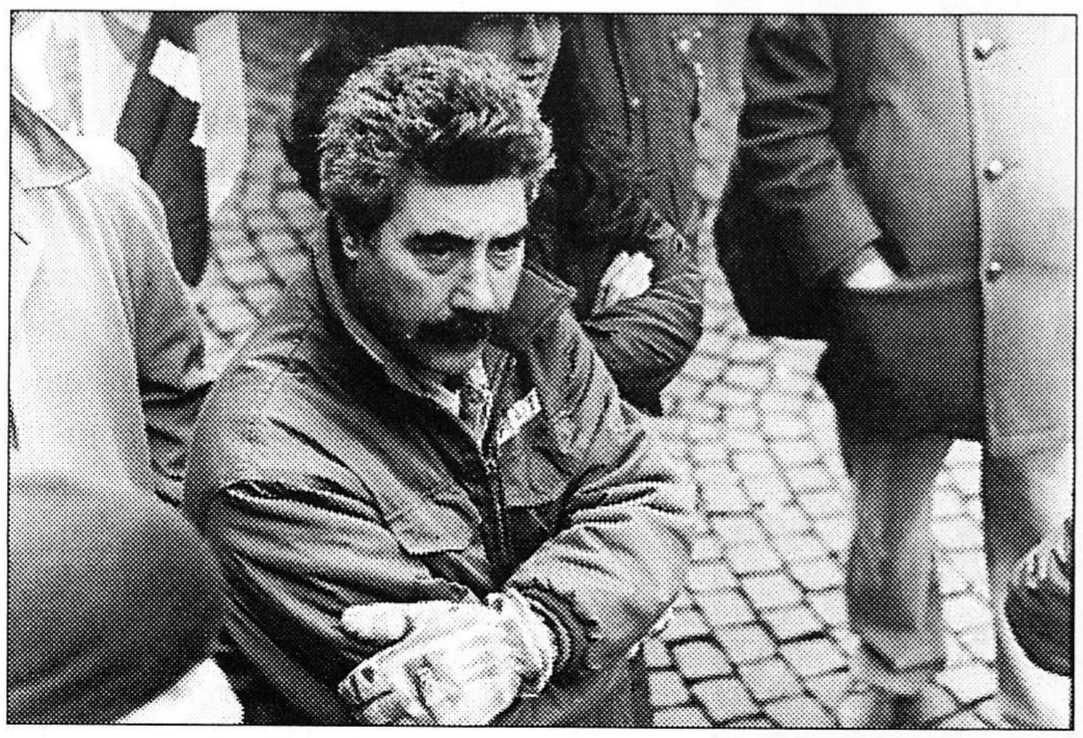
Sie haben außerordentlich hart und entschlossen gekämpft und damit faktisch den »gelben« Betriebsrat (in dem Fim, Uilm und Fismic die Mehrheit haben) und die Gewerkschaften ausgehebelt. Sie haben die Anfälligkeit der Just-in-Time-

Arbeitsorganisation für sich ausgenutzt. Die »integrierte Fabrik« ohne Puffer ist darauf angewiesen, dass der Produktionszyklus, an dem verschiedene Werke und Unternehmen beteiligt sind, wie am Schnürchen funktioniert. Die ArbeiterInnen haben den Zersetzungsprozess der alten fordistischen Fabrik, mit dem ihre Verhandlungsmacht geschwächt werden sollte, gegen die Unternehmer gewendet und klar gemacht, dass auch in der postfordistischen Fabrik gekämpft werden kann.

Sie konnten dabei auf Kampferfahrungen der letzten Jahre zurückgreifen. Im Sommer 2003 hatte es große Mobilisierungen gegen Atommülldeponien gegeben: Menschenmassen hatten mit Straßenblockaden »ganz Lukanien« (alter Name der Basilikata) lahmgelegt. Dabei handelte es sich um eine klassenübergreifende Volksbewegung, aber sie zeigte sehr deutlich, dass man mit direkten Aktionen etwas durchsetzen kann. Bereits im Winter 2002/2003 waren in den Auseinandersetzungen um die Kurzarbeit bei Fiat Straßenblockaden zum Massenphänomen geworden – auch wenn dieser Kampf mit einer klaren Niederlage endete. Die wilden Streiks der Busfahrer und des Flughafenpersonals im Winter 2003/2004 stellten dann einen Qualitätssprung dar, weil sie von Blockaden von außen zu Aktionen im Produktionsprozess selbst übergingen. All diese Kampfformen tauchten jetzt im Fiat-Streik wieder auf.

Abschluss?

Nach 20 Tagen Kampf und etwa 35 000 nicht produzierten Autos (mehr als 1,5 Prozent der Fiat-Jahresproduktion) haben Fim, Fiom, Uilm, Fismic und Ugl eine Einigung mit Fiat erreicht, und der Arbeitskampf wurde zunächst beendet. In Rom wurden die Verhandlungen in der Schlussphase von den nationalen Vorständen der Gewerkschaften geführt, die damit wieder gemeinsam aufgetreten sind, nachdem das Tischtuch kurz vorher noch endgültig zerschnitten schien.



Wenn ein Abschluss von Gianni Alemanno von der postfaschistischen Regierungspartei Alleanza Nazionale als »großer Sieg der Arbeiter des Mezzogiorno« eingeschätzt und von Rifondazione Comunista-Chef Fausto Bertinotti begrüßt wird, dann ist er entweder wirklich gut, oder alle beteiligten Institutionen hatten ihn bitter nötig.

Kritik kam von Giorgio Santini, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft CISL, die wie UIL und FISMIC gegen die Blockade von Sata war: »Es ist das eine, eine regierbare Fabrik zu haben, und etwas anderes, zu entdecken, dass die Fabrik unregierbar ist. (...) Ich fürchte, dass das Projekt Melfi jetzt auch von Fiat anders gesehen werden könnte.« (*Corriere della Sera,* 10. Mai 2004).

Der zwölfseitige Abschluss lässt sich ungefähr so zusammenfassen:

1. Ab Juli wird der sogenannte Doppelklopper, d.h. zwei Wochen Nachtschicht in Folge, abgeschafft. Auf eine 6-Tage-Woche soll nun eine 4-Tage-Woche mit zwei zusammenhängenden Ruhetagen folgen. Gleichzeitig wird die tägliche Arbeitszeit von 7:15 Stunden auf 7:30 Stunden verlängert. Die zusätzlichen 15 Minuten ergeben 7 zusätzliche arbeitsfreie Tage. Die Nachtschichtzulage wird bis Juli 2006 von 45 auf 60,5 Prozent (wie in den anderen Werken) erhöht.

   Die ArbeiterInnen haben viel erreicht, aber Samstags- und Sonntagsarbeit und die nur 30-minütige Mittagspause bleiben.

2. Die Löhne der ArbeiterInnen in Melfi werden erst nach und nach an die der anderen Fiat-Beschäftigten angeglichen (die Hälfte der Angleichung kommt ab Juli 2004, ein weiteres Viertel im Juli 2005 und der Rest ab Juli 2006).

   Das hätte sofort geschehen müssen.

3. Ein weiterer Auslöser des Streiks war das harte Fabrikregime: Nun wird eine »Versöhnungs- und Vorsorgekommission« eingerichtet, die die in den letzten 12 Monaten verhängten Sanktionen untersuchen soll.

Hier wird es wirklich heikel. Im Streik gab es extrem harte Auseinandersetzungen, und die Untersuchung der Disziplinarstrafen einer gemischten Kommission aus Unternehmern und Gewerkschaften zu überlassen, die zum großen Teil gegen den Kampf waren, ist letztlich selbstmörderisch. Dahinter steckt ganz klar der Versuch, die vom Kampf untergrabene Macht der Unternehmer und Gewerkschaften wiederherzustellen, indem man auf Zeit spielt, auf den Rückgang der Mobilisierung setzt usw..

Die Rückkehr der Arbeiterklasse

- Der Kampf von Melfi zeigt, dass eine starke und entschlossene Mobilisierung nötig ist, um etwas zu erreichen – und dass die ArbeiterInnen das verstanden haben.
- Gerade die entschiedensten Feinde der Bewegung im Gewerkschaftslager haben den wesentlichen Punkt begriffen, wenn sie feststellen, dass die Fabrikdisziplin ernsthaft bedroht wurde und dass das bequeme Leben für die Abteilungsleiter und die Gewerkschaftsbürokraten zumindest vorläufig vorbei ist.
- Die ArbeiterInnen von Melfi haben alle wichtigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte gezwungen, für oder gegen den Kampf Stellung zu beziehen. Sie haben im höchsten und wahrsten Sinne des Wortes »Politik gemacht«, nämlich die Fragen, die uns alle angehen, in den Mittelpunkt gestellt.
- Von diesen Überlegungen ausgehend müssen wir das Abkommen beurteilen, mit dem der Kampf beendet werden soll. Es wäre falsch, jetzt nur zu sagen: »Naja, es hätte noch mehr herauskommen können, aber Fiat musste nachgeben, und das ist schon ein außerordentliches Ergebnis«. Für Millionen von ArbeiterInnen war dieser Kampf ein klares Zeichen, das mehr wert ist als tausend Reden, er hat offengelegt, dass man sich nur mit Stärke durchsetzt.
- Last but not least haben die ArbeiterInnen in Melfi gezeigt, dass sie in der Lage sind, den ganzen Produktionszyklus zu mobilisieren, die ArbeiterInnen von Fiat und den Zulieferfirmen jenseits von Eigentums- und Beschäftigungsverhältnissen zu vereinheitlichen und durch das Lahmlegen der Produktion an den strategischen Punkten die Flaschenhälse des Zyklus gegen die Unternehmer auszuspielen.

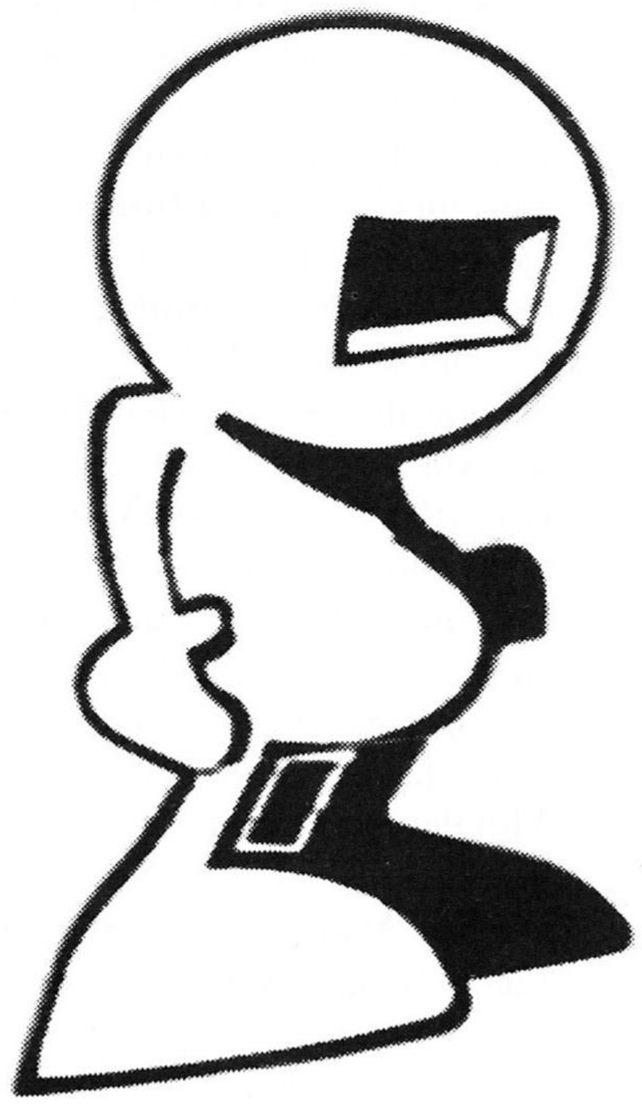
Die Frage nach der *Klasse* ist keine soziologische. Klasse ist keine statische Gruppe von Personen, die alle Lohnabhängigen oder alle Arbeiter umfasst. Klasse ist auch nicht durch eine gemeinsame Ideologie definiert, sondern ein Prozess, ein gemeinsames Selbstverständnis, das erobert werden muss. Dafür sind Kämpfe wesentlich, eben weil die Beteiligten in ihnen ihre Autonomie erproben und sich selbst als Subjekte und nicht nur als Rädchen der gesellschaftlichen Maschine wahrnehmen können.

Es hat sich wieder herumgesprochen, dass diese Gesellschaft auf dem Klassenkampf basiert und dass man kämpfen muss, um Verschlechterungen abzuwehren, oder – wie im Fall von Melfi – um etwas Besseres zu bekommen. ■

Fiat Mirafiori, Turin 1962

Im Süden nichts Neues:

Von der Unmöglichkeit radikaler Gewerkschafterei



In letzter Zeit ist in der BRD eine Debatte um neue gewerkschaftliche Organisationsformen aufgebrochen: bei Gewerkschaftslinken, aber auch bei Linksradikalen, die sich der »sozialen Frage« annähern. Dabei schiebt sich der Gedanke in den Vordergrund, man müsse »andere« Gewerkschaften gründen. Hier können die Überlegungen von Yann Brault vielleicht den Blick schärfen. Er war von 1989 bis Ende 2001 bei der Gewerkschaft SUD (Solidarité Unité Démocratie) aktiv, ab 1995 als freigestellter Gewerkschaftsvertreter bei der Post. Im Interview schildert er zunächst die Hoffnungen, die er und viele seiner KollegInnen Ende der 80er in die neue Gewerkschaft setzten, die für lebendige Basisdemokratie stand. Bereits bei den ersten betrieblichen Gewerkschaftswahlen bekamen sie im Postbereich (PTT – Postes Télégraphes Téléphones) viele Stimmen im Großraum Paris. Ab 1990 baut Yann die SUD in Rennes auf. Er erzählt von den gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen die Privatisierung bei der Post und zur 35-Stundenwoche.

Das Interview erschien in der französischen Zeitschrift Oiseau-Tempete im Frühjahr 2003.

www.oiseautempete.internetdown.org

Ab sofort könnt Ihr die komplette Übersetzung auf unserer website lesen, wir veröffentlichen hier nur Yanns Gedanken zur *Organisationsform Gewerkschaft* und zu *Organisierungsversuchen außerhalb von Gewerkschaften*.

Uns gefällt an dem Interview, dass es ohne große Sensationen die Rolle von Gewerkschaften charakterisiert: Ihre Stärke dient der Regulierung und Normalisierung der Ausbeutung. Auch »alternative« Gewerkschaften sind grundsätzlich der Aufrechterhaltung des produktiven Friedens verpflichtet und verhandeln nichts anderes als die Bedingungen der Ausbeutung – die sie nötigenfalls auch gegen die ArbeiterInnen durchsetzen müssen.

Hemmen Gewerkschaften durch ihre Rücksichtnahme auf den Unternehmenserfolg die Lust der Beschäftigten auf Organisierung?

Die Ereignisse um die Streiks im Jahr 2000 gegen die Arbeitszeitverkürzung und die hinter den Streiks stehende recht außergewöhnliche Bewegung haben mir diese Frage geradezu aufgedrängt. 250, an den besten Tagen 600 Menschen haben in Rennes während der 15-tägigen Besetzung vor den Toren der Postdirektion kampiert. Die gewerkschaftliche Verbindung CGT SUD CFDT hatte die Ereignisse bestens im Griff, und die Menschen waren abwartend. Bei Post und France-Télécom ist SUD stark verankert. Selbst die CGT hat sich dem Verfahren allgemeiner Betriebsversammlungen unterworfen – es macht sich gut, die Beschäftigten zu konsultieren. Wir von SUD haben verstärkt die Initiative ergriffen und regelmäßig Vorschläge gemacht, die auf harte Aktionen hinausliefen. Nach zehn Tagen haben die Betriebsvollversammlungen beschlossen, ein Postverteilzentrum zu besetzen. Die meiste Zeit waren wir es gewesen, die Besetzungen von Postämtern etc. vorgeschlagen haben, sogar noch am letzten, dem 15. Streiktag.

Heute erscheint es mir so, als hätte die Lenkung des Geschehens durch die Gewerkschaften – einschließlich durch uns, die AktivistInnen von SUD – einen Teil der Beschäftigten nach etwa der ersten Streikwoche dahingehend beeinflusst, ihrerseits nicht mehr über Aktionen nachzudenken und sich für den Streik nicht mehr verantwortlich zu fühlen. Die Repräsentation der Beschäftigten durch eine Organisation bringt anscheinend selbständiges Handeln zum Erliegen.

Heute ist SUD wie die Mehrheitsgewerkschaften eine Reformbegleitungsgewerkschaft geworden, da sie – geringfügige – »Vorteile« im sozialen Bereich aushandelt, damit die großen und bitteren Pillen leichter geschluckt werden. SUD hat einen neuartigen, Illusionen nährenden, (medial) spektakulären Aktivismus geschaffen, der das Funktionieren der Maschine, Restrukturierungen oder den Wegfall von Arbeitsplatzen nicht durch die kollektive Aktion der Beschäftigten in Frage stellt. Ich hatte mir vor gut einem Dutzend Jahren innig gewünscht, durch eine Gewerkschaft wie SUD eine Organisationsform zu finden, die institutionelle Gegebenheiten zwar nutzt, dabei jedoch vermeiden kann, selbst gewinnbringend genutzt, normalisiert zu werden. Wir hatten die Illusion, eine dauerhafte Protestorganisation zu schaffen. Etwas Geeigneteres als die gewerkschaftliche Form der Organisation fanden wir nicht. Denn Gewerkschaften bieten die sichere Aufrechterhaltung eines konkreten technischen Gerüsts, das die Beschäftigten miteinander verbindet und die Wachsamkeit fördert, um erforderlichenfalls schnell reagieren zu können. Tatsächlich aber siegen die Zwänge institutionel-

ler Prozeduren innerhalb kürzester Zeit. Teilnahme an den Wahlen, Mitarbeit in den Gremien für Gesundheit und Arbeitssicherheit bzw. in den paritätisch besetzten Instanzen, die Verwaltung der Kantine unter kapitalistischen Vorzeichen – *all das gehört zur Falle der Institutionen!*

Nur in Phasen scharfer sozialer Kämpfe können die Belegschaften die Fähigkeit zur Selbstorganisation entwickeln. Wer dauerhafte Strukturen sucht, mit denen sich die Schwächeperioden der proletarischen Bewegung überbrücken lassen, sollte sie außerhalb der Gewerkschaften schaffen, auch wenn sie bescheiden bleiben.

Ende 2001 hast Du mit einigen anderen die SUD verlassen: wie viele seid Ihr heute und was macht Ihr zusammen?

Wir sind 15 Aktive bei der Post und France-Télécom, die in der Bretagne aus SUD ausgetreten sind. Wir versuchen eine Art Organisationskollektiv aufrechtzuerhalten, um nicht in die individuelle Atomisierung zurückzufallen. Unser Kollektiv tritt unter der Bezeichnung NADA auf, denn wir repräsentieren NICHTS außer uns selbst. Wir sind versucht zu sagen, dass es in dieser Art mehrere Arbeiterkollektive geben sollte, zunächst von eher kleinem Umfang. Wenn sich diese Formen entwikkeln, würde der Repräsentationsanspruch der Gewerkschaften einschließlich der CNT und der SUD ins Wanken geraten. Im Falle eines wichtigen sozialen Konflikts wären diese Kollektive selbst schon in bescheidenem Maße eine Schule direkter Demokratie, um zu lernen, sich gleichberechtigt oder an Stelle der Gewerkschaften auszudrücken.

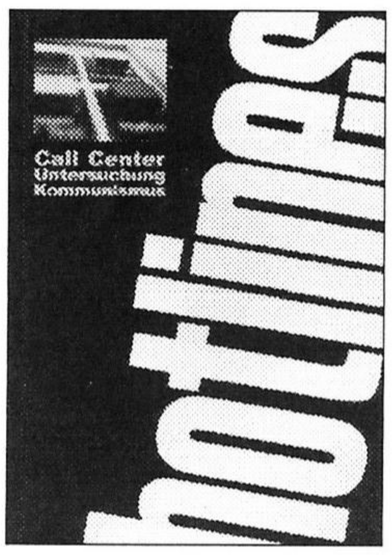
Wir haben immer noch das Bedürfnis, eine Kampfgemeinschaft zu bleiben. Wir treffen uns weiterhin einmal im Monat. Wir besprechen, wie jeder an seinem Arbeitsplatz alles für einen heftigeren Widerstand der Arbeiter tut. Die untätigen gewerkschaftlichen Organisationen wirken zur Zeit wie ein Bleideckel, so dass eher ein gewisser Defätismus vorherrscht. Wir treffen täglich auf das Hindernis der »Integration der Arbeiter in den Kapitalismus«. Die fixe Idee, in den Vorruhestand zu kommen, ist am einen Ende der Alterspyramide genauso stark wie am anderen Ende die Quasi-Lähmung durch die Prekarität/Flexibilität. Paradoxerweise ist den Leuten die Belanglosigkeit der Gewerkschaften bewusst, sie sind aber davon durchdrungen, dass dennoch diese Gewerkschaften für ihre Angelegenheiten verantwortlich seien und das Monopol hätten, sie zu verteidigen, berufliche Entwicklung und Beförderungsperspektiven oder Lohnkrümel auszuhandeln. Obwohl die Privatisierungen ihre gewohnten Jobs zerstören, hat die Mehrheit der Leute noch nicht genug verloren, dass sie den Arsch bewegen und ihre Interessen selbst in die Hand nehmen würden. Trotzdem wenden wir uns seit eineinhalb Jahren weiter an unsere KollegInnen mit Flugblättern am Eingang der Postkantine, mit Diskussionen beim Job, bei jeder günstigen Gelegenheit: gegen die Abschaffung der Telekom-Schalter für Leute mit beschränktem Bankzugang; gegen die Bestrebungen, uns jeden Samstag schuften zu lassen; gegen den Arbeitsplatzabbau und Umstrukturierungen.

Gibt es typisch gewerkschaftliche Klippen, die Ihr zu vermeiden versucht?

Im vergangenen Februar gab es einen Briefbotenstreik in meiner Dienststelle, der sich gegen die Abschaffung des bisher garantierten einen arbeitsfreien Samstags in drei Arbeitswochen und gegen drei Verteiltouren richtete. In den vorangegangenen Wochen hatte unser Kollektiv zusammen mit der lokalen CNT und einem Teil von SUD zum Streik ermutigt. Aber weil er sich nicht auf andere Abteilungen ausbreitete und es Scheinverhandlungen gab, brach der Streik nach drei Tagen zusammen. Es gab eine typisch gewerkschaftliche Klippe, die man grundsätzlich vermeiden muss: Unsere Chefs werden in allen Methoden antisozialen Kampfes bestens geschult, »Verhandlungsrunden« sind ein Teil davon, besonders bei einem Streik, der nach bestimmten Regeln abläuft. Eine Streikbewegung darf niemals die mindeste Verhandlung suchen, sonst lässt man sich auf die schiefe Bahn bringen und verliert vor allem Zeit und Elan. ■

Untersuchung + Selbstorganisation = Kommunismus?

1999 rief *kolinko* zu einer »kollektiven Untersuchung der Ausbeutungssituation in Call Centern« auf. Drei Jahre, mehrere (Selbst-) Interviews, viele Diskussionen und Tausende Arbeitsstunden in Call Centern später liegt ein Buch vor: »*hotlines – Call Center | Untersuchung | Kommunismus*«, das sehr ausführlich die Arbeit und ihre Bedingungen in Call Centern dokumentiert und kommentiert.



kolinko (2002)
»hotlines – Call Center | Untersuchung | Kommunismus«; 223 S.; mit CD-ROM (kompletter Text Englisch/Deutsch, Kopie der »hotlines«-WebSite (*www.motkraft.net/hotlines*) und weiteren Texten von *kolinko*; Oberhausen: September 2002; 9,- Euro;

unter *www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/lebuk/d_bukla2.htm* findet sich eine Liste von Buchläden, die es vorrätig haben. Das Buch gibt's elektronisch auch gratis: *www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/lebuk/d_lebuk.htm*

kolinko (1999)
»Vorschlag zu einer Untersuchung der Call Center«; www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/deut/d_ccvor.htm

[1] *www.callcenteroffensive.de*

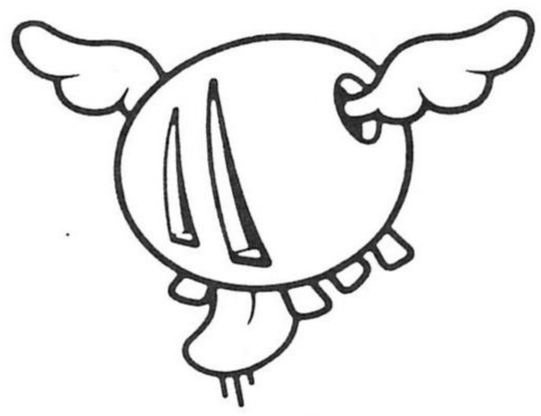
Mitte der 90er kam der Call Center Boom in der BRD an. Unternehmer interessierte jährlich zweistelliges Umsatzwachstum, Gewerkschaften und Politik rechneten mit *jährlich* 20-30 % mehr Arbeitsplätzen, das Feuilleton phantasierte von konflikt- und gewerkschaftsfreien Arbeitsbeziehungen, einige mit Interesse an Arbeitskämpfen sahen den Umstand, dass in Call Centern wieder viele ArbeiterInnen unter einem Dach konzentriert wurden und also zusammen kämpfen können sollten.
1998 fand der erste größere Streik in einem deutschen Call Center statt (Citibank/Bochum). Praktisch zeitgleich mit *kolinko*, aber unabhängig von einander, versuchte die »Call Center Offensive«[1] (CCO) eine arbeitspolitische Praxis zu Call Centern – einer der Agents davon war ich.

Inzwischen ist die New Economy abgestürzt, Call Center stagnieren eher – genaueres weiß niemand, weil keine Marktforschung mehr betrieben wird, seit sich keine Jubelmeldungen mehr daraus machen lassen, um damit Call Center-Ausrüstungen und -Beratungen zu verkaufen.

Zur Bedeutung der Call Center steht in »*hotlines*« nicht sehr viel. Kapitel 4.2 stellt den Boom dar, zitiert Statistiken aus den 90ern über ihre Bedeutung und kritisiert den Hype darum, Kapitel 4.3 widmet sich der Auswirkung »der Krise« auf die Call Center und lässt die Frage nach der aktuellen und zukünftigen Bedeutung weitgehend offen. Da liegt freilich ein Widerspruch, denn zu Beginn der Untersuchung ging es darum, dass Call Center wichtig sind, sich zumindest viele Mythen um sie ranken.

Hier liegt ein Unterschied in der Arbeit der CCO im Vergleich zu *kolinko*: Unterm Strich ging es der CCO weniger darum, den besonders wichtigen Ansatzpunkt für Veränderung zu suchen/gefunden zu haben, sondern mehr um die Propaganda der Möglichkeit, auch in solchen Jobs Konflikte austragen zu können.

Wer den entscheidenden Sektor sucht, für den kommt »*hotlines*« zu spät – wer hingegen nach einer gründlichen Untersuchung von Call-Center-Arbeit sucht, der sollte hier nachlesen.



Subjekte?

Im Buch finden sich viele Beispiele und Zitate aus Flugblättern, Artikeln und von Webseiten. Dadurch entsteht zwar ein lebendiger Eindruck, die Ergebnisse der Untersuchung werden aber teilweise wenig verallgemeinert, sondern als Auswahl von Interviewausschnitten präsentiert. Da die Interviewten nicht sozial charakterisiert werden und die Selbstinterviews nicht als solche gekennzeichnet sind, ist es unmöglich einzuschätzen, welche Interviews als ›unabhängige‹ Belege der Darstellung gelten können bzw. welche Verzerrungen in der Auswahl liegen. Es entsteht der Eindruck, dass unter Call Center Agents besonders viele klassenkämpferische Leute sind. Das deckt sich nicht mit

> »Die Bedeutung, die ein Call Center für den Akkumulationsprozess hat, bildet eine wichtige Koordinate bei der möglichen Herausbildung von ArbeiterInnenmacht!«

meinen Erfahrungen. Allerdings sind in Call Centern häufig sehr junge Leute beschäftigt, denen es vielleicht einfacher fällt, sich kritisch zu äußern, weil sie sich in den Verhältnissen noch nicht eingerichtet haben (z. B. Studierende, die den Job zu Recht als vorübergehend ansehen und sich dort auch nicht qualifizieren wollen).

Besonders aussagekräftig ist das Buch dort, wo es um die konkrete Arbeit von Call Center Agents und deren subjektive Verarbeitung geht:

> **»Outbound: Terminvereinbarung Rentenfondverkauf** [...] *Ich rufe also den ersten an: Rainer. Die so heißen, sind meist berufstätig, 35 und recht nett.* [...] *Ausländische Namen werden grundsätzlich übersprungen. Die Gefahr ist zu groß, dass wir uns nicht verstehen, und das kostet nur Zeit. Alle Adolfs und Alberts und Heinze oder Ottilie werden auch links liegen gelassen. Daniels und Sarahs sind meistens faule Studenten, und WGs lohnen sich auch nicht. Rainer und Volker, Sabine und Claudia, an die muss man sich halten, die kümmern sich um ihre Rente. Der erste ist an der Strippe, berufstätig und vierzig.* [...] *Jetzt muss ich ihm Angst machen, mit der neuen Gesetzgebung,* [...]. *Doch er ist Beamter.*« (S. 62, Hervorh. i. O.)

Hier sieht man, wie der Job den Agent zwingt, sich Gedanken über die Verwertbarkeit der Kommunikation mit bestimmten Kunden zu machen – vielleicht wird sie auf Provisionsbasis bezahlt. Aber gerade auch zu diesen, das Subjekt betreffenden Aspekten der Call Center-Arbeit bietet das Buch zwar viel Material, arbeitet es aber wenig durch. Die Frage, warum die Agents (wieder) diesen Job machen und wer ins Call Center geht, wird in Kapitel 5.1 auf zwei Seiten bearbeitet. Aber auch dabei kommen interessante Ergebnisse raus, wie z. B. dass erstaunlich viele Arzthelferinnen unter den Agents sind.

Klassenverhältnisse?

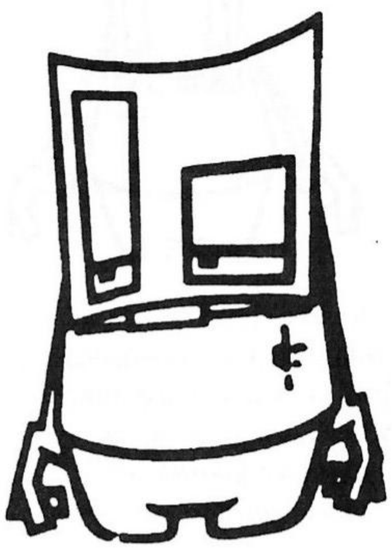
Der Blick ›von unten‹ ist freilich auch begrenzt: So kommt in »*hotlines*« das Verhältnis zwischen Agents und (unmittelbaren) Vorgesetzten ausschließlich aus der Perspektive der Agents in den Blick. TeamleiterInnen werden fast durchgängig als KontrolleurInnen beschrieben. An nur einer Stelle erscheinen sie als für das Ausbeutungsregime funktionale »Puffer« zwischen Agents und Management (S. 76); und nur einmal taucht in einem Zitat auf, dass auch TeamleiterInnen der Vertrag nicht verlängert wurde (S. 115). Sie kommen nie als potentiell Verbündete, als ebenfalls Ausgebeutete, oder gar als FreundIn vor.[2]

Auch die Funktion des Managements wird verkürzt und gar mit Couponschneiden verwechselt: »So entsteht eine Situation, wo einerseits viele ArbeiterInnen ständig mit ihren Teamleitern über Pausenzeiten, Schichtpläne und unzureichende Informationen streiten, während das Management ›drüber steht‹ und getrost weiter Geld zählen kann« (S. 76). Dabei ist, insbesondere in vielen Call Center-Agenturen[3], die Personaldecke oft so dünn, dass auch Verwaltung und Management unter relativ hohem Arbeitsdruck stehen.

Dass TeamleiterInnen nicht nur als Spitzel, und KundInnen nicht nur als »richtige Säcke, die dich am Telefon vollschlammen und denen du am liebsten eine verpassen würdest« (S. 104), sondern auch als Teil der zu befreienden Klasse wahrgenommen werden, taucht im Fall der TeamleiterInnen nur in einem Zitat, im Fall der KundInnen als moralisches Dilemma in einem eigenen Abschnitt auf.

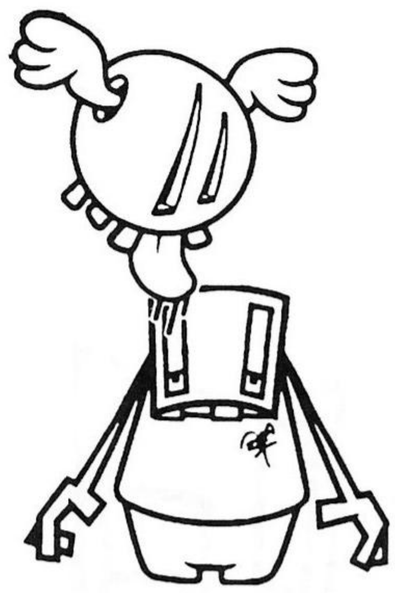
Es fehlen auch Unterschiede, Widersprüche und Konflikte zwischen den Agents selbst. Das ist erstaunlich, da in den im Anhang des Buches dokumentierten Fragebögen Fragen nach Konflikten zwischen den Arbeiterinnen vorkommen. Im Buch hingegen gibt es nur eine Stelle, wieder ein Zitat, in dem Diebstahl und Zurückhalten von Informationen bzw. absichtliche Fehlinformationen unter Agents, *erwähnt* werden. ›Mobbing‹ taucht nebenbei einmal als Instrument der Geschäftsführung gegen aufmüpfige Agents, zweimal als mögliches Verhalten zwischen Agents und einmal oben-unten-indifferent auf. Konflikte und Auseinandersetzungen scheinen immer zwischen oben und unten zu verlaufen. Dass die ArbeiterInnen immer wieder vor der realen *Entscheidung* stehen, ihr je einzelnes Interesse entsprechend den je eigenen Vorstellungen von einem besserem Leben entweder solidarisch gegen die Arbeit/Ausbeutung oder aber im Gerangel um die besseren Plätze gegeneinander zu vertreten und dass diese Entscheidung auch von den jeweiligen »Erfolgswahrscheinlichkeitsvermutungen« abhängt, taucht nicht auf. Auch geschlechtliche Arbeitsteilung und unterschiedliche Betroffenheit bei sexistischer Anmache sind nur Randnotizen im Buch. Wenn die – kein bisschen repräsentativen – Recherchen der CCO zutreffen, dann ist sexistische Anmache am Telefon durch Kunden weit verbreitet und bei einigen Hotlines sogar alltäglich.

Allgemein wollen Kunden (Fleischfachverkäuferin, Immobilienmaklersgehilfe oder selbst Agent) schnell, gut, billig bedient werden, die Agents wollen ordentlich verdienen und sich nicht hetzen. Dieser Interessengegensatz – typisch für personen-



[2] Freilich bemerkt ›hotlines‹ modernen Führungsstil, das Duzen und die legeren Umgangsweisen, die in vielen Call Centern üblich sind. Auch der Umstand, dass viele TeamleiterInnen als Agents angefangen haben und deswegen teils enge Beziehungen bestehen, wird bemerkt: nämlich als Problem der TeamleiterInnen, ihre Autorität durchzusetzen (S. 76).

[3] Call Center-Agenturen sind rechtlich und ökonomisch eigenständige Call Center, die als Dienstleister an einem Markt für Telekommunikationsdienstleistungen auftreten und für zahlende Auftraggeber solche abwickeln.



orientierte Dienstleistungen – wird im Buch nirgends thematisiert. Dabei wäre er nicht erst in Hinblick auf die Aufhebung der Klassengegensätze interessant, sondern bereits, wenn es um die Frage von Kämpfen in Call Centern geht: Ist es bei einem Streik von Bedeutung, wenn die Kunden auf der Seite der Agents stehen? In welchen Fällen kann das erreicht werden? Die Kunden machen wahrscheinlich dann einen Unterschied aus, wenn es gelingt, die Konkurrenz der Unternehmen (oder im Fall der Call Center Agenturen: ihrer Auftraggeber) in einem Arbeitskampf zu nutzen. In der Anordnung ›Arbeit gegen Kapital‹ geht die Konkurrenz der Kapitale und die der ArbeiterInnen unter.

[4] kolinko (2001): »Klassenzusammensetzung« [mit Diskussionsprotokoll]; *www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/deut/d_klazu.htm*

[5] »Untersuchung bedeutet, den Zusammenhang zwischen der täglichen Kooperation der ArbeiterInnen und ihren Kampfformen zu verstehen und die Tendenzen einer neuen (kommunistischen) Gesellschaftlichkeit darin zu finden.« (S. 11)

Materialismus

kolinko versteht die/ihre Untersuchung als »Methode, [...] die kommunistischen Tendenzen zu erkennen« (S. 141). Der »Vorschlag zu einer Untersuchung der Call Center« und mehr noch »Klassenzusammensetzung«[4] sind Texte, die klar geprägt sind von einem Materialismus, wie er etwa im Feuerbachkapitel der »Deutsche[n] Ideologie« von Marx und Engels vorkommt: *alle* geschichtlichen

»Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«
(Marx, Karl; Engels, Friedrich: »Feuerbach. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung«; in: MEW 3, S.35)

Entwicklungen, auch die der Bewusstseinsformen, werden auf die »wirklichen«, materiellen Bedingungen zurückgeführt, unter denen die Menschen leben. ›Materielle Bedingungen‹ sind nicht (nur) stofflich-gegenständlich-anfassbare Dinge, sondern (vor allem) gesellschaftliche Praxen und besonders die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Deshalb macht *kolinko* keine *Umfrage* unter Agents, z. B. ob sie den Kapitalismus abschaffen wollen, sondern *untersucht* die Bedingungen, unter denen die Agents arbeiten, in der Arbeit kooperieren und sich wehren (könnten).

»*hotlines*« folgt diesem materialistischen Programm, insofern es ausführlich die Entwicklung der Maschinerie, den Arbeitsablauf und die Kooperation in diesem Arbeitsablauf sowie die Konflikte zwischen ArbeiterInnen und Vorgesetzten darstellt. Das ist soweit ganz prima und angenehm ›unideologisch‹. Es gibt nur zwei Probleme: Zum einen hat *kolinko* zwar gründlich gesucht, aber keine »kommunistischen Tendenzen« gefunden. Ein Moment von potentieller Stärke, das *kolinko* in den technischen Arbeitsbedingungen und der Kooperation in Call Centern fand, sind die Kommunikationsbedingungen. Call Center Agents lernen in der alltäglichen Kooperation mit verschiedenen Teilen des produktiven Zusammenhanges, in dem sie stehen, schnell und informell Kontakt aufzunehmen. Sie könnten dies und die Informations- und Kommunikationstechnologie, die sie umgibt, zur Koordination von Kämpfen nutzen.

»Die ArbeiterInnen in den Call Centern haben bisher keine Formen des Kampfes gefunden, die sich aus den konkreten Möglichkeiten im Call Center als Zentren der Kommunikation ergeben.« (S. 138)

Ein Moment von Schwäche hingegen ist, dass die Telefongespräche zu einem Call Center sich weitgehend ohne Zeitverluste und Kostenprobleme zu einem anderen Call Center »umrouten« lassen, was bedeutet, dass ein Unternehmen mit mehreren Standorten die Arbeit, die durch einen Streik im einen ›Werk‹ ausfällt, leicht durch einen nicht bestreikten Betrieb erledigen lassen kann. Ausserdem stellen Call Center auch keine ›Zwischenprodukte‹ her, ein Streik legt somit keine anderen Werke lahm, denen ihr Vorprodukt fehlt. Und die konkrete Arbeit im Call Center ist weitgehend nebeneinander angeordnet, im Gegensatz zu einem Fließband steht also die Produktion nicht, wenn einige aufhören zu arbeiten. Zuschlechterletzt ist das im Call Center hergestellte Produkt allermeist nicht sehr teuer oder wichtig, d. h. ein zeitlich begrenzter Produktionsausfall kratzt das Unternehmen oder seine Auftraggeber wenig. Unterm Strich scheinen die Agents im Schnitt in einer genau so schwachen Situation sich zu befinden, wie ihre Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen und das Ansehen ihrer Arbeit vermuten lassen.

Zum anderen lassen sich kommunistische Tendenzen – das können doch nur solche sein, die die gesamte Gesellschaft betreffen – nicht aus der Untersuchung einer Branche allein ableiten. Die oben genannten Stärken und (eher) Schwächen in der Situation der Agents haben eher den Charakter von (fehlender) Verhandlungsmacht als von kommunistischer Tendenz. Um etwas als »kommunistische Tendenz« bezeichnen zu können, müsste dessen *Bedeutung,* d. h. die Wirkung auf die Gesellschaft, beschrieben werden. Genau diese Verallgemeinerung findet man in »*hotlines*« aber nicht.[5]

Damit sind wir beim nächsten Problem. Der Materialismus (des Feuerbachkapitels) ist eine Leitlinie für die *Untersuchung* von gesellschaftlichen Entwicklungen. Daraus folgt noch nicht, wie man (revolutionär) in die untersuchten Verhältnisse eingreifen könnte. In der CCO war immer unklar,

warum *kolinko* sich mit Interventionen und Organisation (nicht von Leuten, mit Mitgliedsausweis und so, aber von Treffen oder dergleichen) so sehr zurück hielt. Statt dessen verteilte *kolinko* vor Call Centern Flugblätter, die m. E. in erster Linie einen aufklärerischen Charakter haben (vgl. S. 161-194): Sie sind in der Frühphase der Untersuchung konzipiert, nicht das Ergebnis eines Diskussionsprozesses unter ArbeiterInnen, die nicht schon in der untersuchenden Gruppe sind, es gibt keine systematische Auswertung der Erfahrungen beim Flugblattverteilen... Ein einfacher Grund mag sein, dass es dort wo die *kalinkas* waren, nicht geknallt hat, während es in Berlin innerhalb von über einem Jahr drei auffällige Konflikte gab (freilich nur in der Phase des Call Center Hype, d. h. als die Agents sich selbst als Teil der New Economy als besonders wichtig wahrnehmen konnten und es einfach schien, in einem anderen Call Center wieder einen Job zu finden. Später war tote Hose).

Verändern sollen sich in der Untersuchung sowohl die ArbeiterInnen als auch, in Folge der die Untersuchung begleitenden oder folgenden (kämpferischen) Praxis, das Kapitalverhältnis. Tatsächlich tauchen die beiden Begriffe »Untersuchung« und »Intervention« immer wieder im Doppelpack in »*hotlines*« auf.[6] Untersuchung, (Selbst-) Organisation und Intervention fallen in »*hotlines*« dem Anspruch nach in eigentümlicher Weise in eins. Das scheint mir eine Überfrachtung der Untersuchung mit Ansprüchen zu sein, die insbesondere in bewegungsarmen Zeiten kaum zu erfüllen sind.

Kommunismus

Eigentümlich unklar bleibt die Bedeutung des Kommunismus als Teil des Untertitels, des Untersuchungsprojektes und des Vorschlags zur weiteren Untersuchung und Vernetzung. Einerseits findet sich in »*hotlines*« eine stichwortartige Aufzählung theoretischer Bezugspunkte (hauptsächlich Positionen antistalinistischer, linkskommunistischer Strömungen; S. 5), die deutlich machen, in welche politische Tradition »*hotlines*« sich stellt. Andererseits taucht der Begriff – abgesehen von schlagwortartigen Abgrenzungen von anderen politischen Positionen – nur an einer Stelle völlig unbestimmt als Diskussionsgegenstand auf.[7] Darüber hinaus gibt es drei Stellen, in denen der Begriff »kommunistische Tendenzen« auftaucht[8], die an das Feuerbachkapitel der »Deutschen Ideologie« von Marx und Engels erinnern. An allen vier Stellen stehen die fraglichen Begriffe im Zusammenhang mit »Untersuchung«. Beides ist offenbar nicht von einander zu trennen.

Warum auf dem Umschlag des Buches neben »Call Center« und »Untersuchung« auch »Kommunismus« steht, bleibt am Ende unklar.

Verkaufsoffensive

Wer das Buch

hotlines
call center | untersuchung | kommunismus

gern hätte, kann es bei uns bestellen.

Die ersten zwanzig Leute, die uns unter Angabe des Kennwortes ›Verkaufsoffensive‹ schreiben, erhalten das Buch zum Sonderpreis von 5,-Euro (zzgl. Versand). Die Bestelladresse entnehmt ihr bitte dem Impressum auf Seite 79.

Aktionsvorschlag

Im Schlusskapitel schlägt *kolinko* vor, »weitere Kerne zu bilden, die Untersuchungen machen und in Auseinandersetzungen eingreifen« (S. 141). Dabei fällt bei der groben Skizze der Gemeinsamkeiten dieser Untersuchungen zweierlei auf: Erstens macht sich die Untersuchung nicht davon abhängig, ob andere ArbeiterInnen ›mitziehen‹ (S. 143). Zweitens wird in der Skizze noch einmal deutlicher, dass es einen Unterschied zwischen den Mitgliedern der untersuchenden Gruppen und anderen ArbeiterInnen gibt. Ansonsten schweigt sich »*hotlines*« über diese »Andersartigkeit« weitgehend aus. Die beteiligten Gruppen sollen die Diskussion auf zwei Ebenen führen: »regionale proletarische Runden« (S. 145) und in weltweiter (elektronischer) Vernetzung über die WebSite *www.prol-position.net*.

Das Buch verdeutlicht, welch angenehm entideologisierende Wirkung es hat, mit Fragen auf die Welt zu zugehen, statt (wie in der radikalen Linken verbreitet) vorgefertigte Wahrheiten unter die Leute bringen zu wollen. Die Lektüre lohnt in jedem Fall!

Max Müller

[6] »..., dass wir Untersuchung weder als gewerkschaftliche Ergänzung zu den sonstigen politischen Aktivitäten vorschlagen noch als Betriebsarbeit ..., sondern als eigenständige Methode ..., sich ... gegen die Klassengesellschaft zu organisieren. Eine Methode, in der sich die Trennungen zwischen politischem und ökonomischem Kampf und Aktivist und Proletarierin aufheben.« (S. 24f.)

»Wir sehen momentan keine Dynamik oder Bewegung in den Klassenauseinandersetzungen, bei der wir ein *konkretes und gemeinsames* Untersuchungsprojekt vorschlagen könnten. Aber hier geht es uns um eine Methode, die gegenwärtige Lage zu kapieren, die kommunistischen Tendenzen zu erkennen und in den Kämpfen mitzumischen.« (S. 141; Hervorh. i.O.)

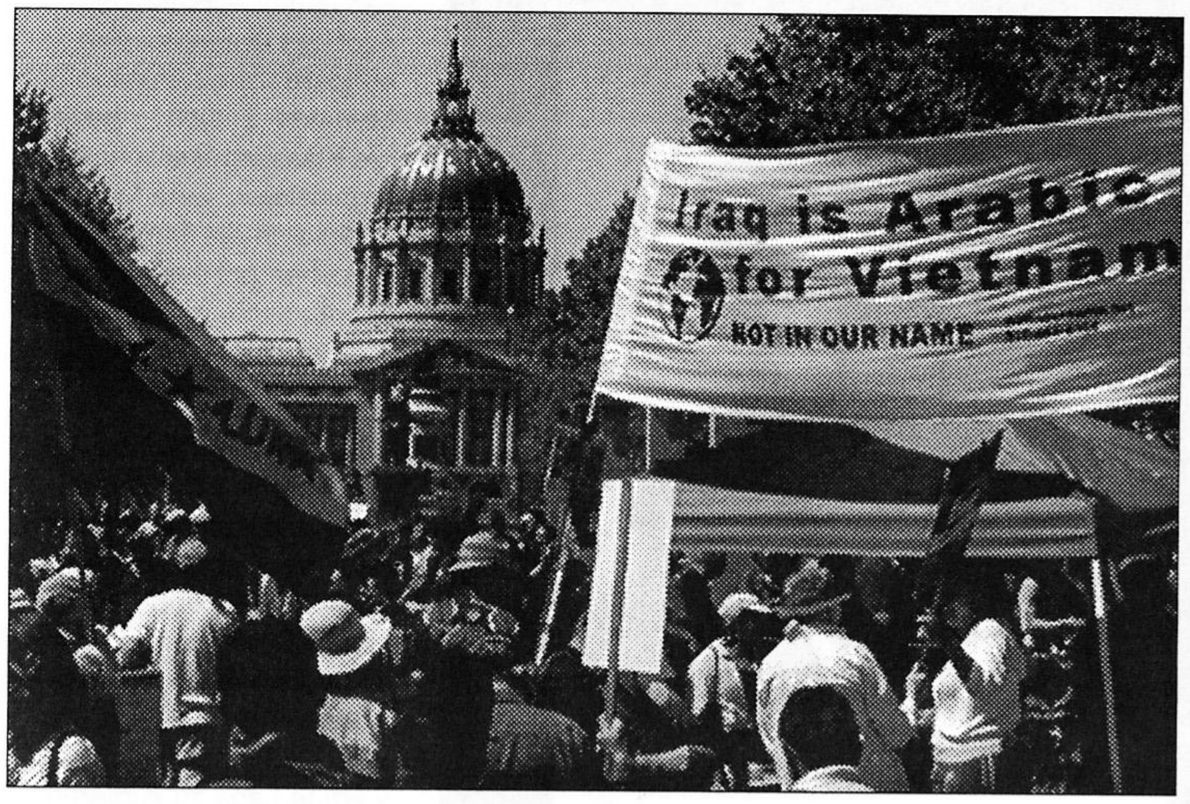
[7] »*Die Untersuchung wird da Teil des revolutionären Prozesses, wo sie die Auseinandersetzungen über Kapitalismus, Klassenkampf und Kommunismus innerhalb der Ausbeutung voranbringt und selbst Anfang der politischen Selbstorganisierung wird!*« (S. 151, Hervorh. i.O.)

[8] »Wir wollen eingreifen, wo es gilt, die kommunistischen Tendenzen in den Kämpfen zu unterstützen, und verhindern, dass diese an den Fallstricken der kapitalistischen Versprechen und Illusionen hängen bleiben.«(S. 5f.)

»Untersuchung bedeutet, den Zusammenhang zwischen der täglichen Kooperation der ArbeiterInnen und ihren Kampfformen zu verstehen und die Tendenzen einer neuen (kommunistischen) Gesellschaftlichkeit darin zu finden.« (S. 11)

»... hier geht es uns um eine Methode, die gegenwärtige Lage zu kapieren, die kommunistischen Tendenzen zu erkennen und in den Kämpfen mitzumischen.« (S. 141)

dead end im irak



Die US-Regierung steckt in der Klemme: Sie muss diesen Krieg führen, kann ihn aber weder politisch noch militärisch gewinnen.
Was heißt das für die Antikriegsbewegung?

»Der Lehrling ist weg, nun kommt der Meister«
(Redensart aus Bagdad: die Marionette Saddam ist weg...)

Die USA haben im März 2003 den Irak-Krieg begonnen – trotz einer weltweiten Antikriegsbewegung und gegen Vorbehalte in den eigenen Reihen, die militärische Besetzung eines Landes von der Größe des Irak würde ganz andere Probleme mit sich bringen als die »Interventionen« in Jugoslawien das Massaker im Irak 1991. Der *Imperator ohne Imperium* (*Wildcat* 69, S.38ff) hatte viele Gründe zum Krieg, aber einer sticht heraus: die USA haben keine andere Alternative mehr – es sei denn das kampflose Abtreten als Hegemon des globalen kapitalistischen Systems.

Heute ist die Ausbreitung des *american way of life* nicht mehr wie nach dem Zweiten Weltkrieg eine realisierbare Hoffnung auf Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt, sondern bedeutet Verarmung und Proletarisierung. Die Vorherrschaft der USA stützt sich nicht mehr auf ihre Wirtschaftsmacht und weltweit produktivste Industrie, sondern auf ihre militärischen Kapazitäten (u.a. über 350 000 Berufs-SoldatInnen auf 725 Militärbasen weltweit) und den Dollar als Weltwährung. Beide »Säulen« hängen am Tropf gigantischer Kapitalzuflüsse aus dem Ausland.

Die Grenzen des kapitalistischen Weltsystems sind auch immer die Grenzen des jeweiligen Hegemons und umgekehrt. Die Kriege der USA zur Verteidigung ihrer Position sind zugleich Kriege zur Absicherung des kapitalistischen Weltsystems. Der Streit zwischen dem »alten Europa« und den USA geht nicht um Krieg *oder* Frieden – Russland führt Krieg in Tschetschenien, Frankreich interveniert in Afrika – , sondern darum, *wie* und *welche* Kriege zu führen sind, wer sich dabei in welche Position bringen kann und wer die Kosten trägt.

Im Krieg selber liegt keine Perspektive kapitalistischer *Entwicklung* – wie etwa in den kolonialen Raubzügen, wo Rohstoffe, Absatzmärkte und Arbeitskräfte für einen kapitalistischen Entwicklungssprung erobert wurden. Krieg wird immer stärker zum Kampf um versiegende Rohstoffe. Die gesamte US-amerikanische Außenpolitik nach 1989 lässt sich als Versuch entschlüsseln, den europäischen und asiatischen Konkurrenten den direkten Zugang zum Erdöl abzuschneiden.

Eine »Allianz der Willigen« zu schaffen, war deswegen für die USA noch nie so schwer und gleichzeitig so nötig wie in den Monaten vor Beginn des Irakkriegs. Dass die Begründungen des Bush-Regimes (Massenvernichtungswaffen, Verbindungen zwischen Saddam Hussein und Bin Laden) wie ein Kartenhaus zusammenfielen, lag an dieser Konstellation und einer weltweiten Antikriegsbewegung. Die Entlarvung der Lügen Powells vor der UNO, die politische Krise der Blair-Regierung, der Wahlsieg der spanischen Sozialisten spitzten die Situation weiter zu. Die allerletzte Begründung, auf die Bush sich zurückzog: ›jetzt herrscht Demokratie und die Menschen werden nicht mehr gefoltert‹, brach im Abu Ghraib-Skandal zusammen.

Im November 2002 schrieben wir: »Es steht in den Sternen, ob die USA ihre Dominanz durch Kriegspolitik sichern können, oder ob diese ihren Niedergang nur noch beschleunigt – so wie das Britische Empire seine Dominanz durch den Ersten Weltkrieg endgültig einbüßte.«. Inzwischen sieht es nach Beschleunigung des Niedergangs aus.

www.wildcat-www.de/aktuell/a020war1.htm

Zehn Tage, die den Irak erschütterten – Der Aufstand im Irak 1991: *www.wildcat-www.de/wildcat/57/w57irakt.htm*

»Rekolonisierung der Ölfelder«: *www.wildcat-www.de/thekla/17/t17rekol.htm*

Weitere Lesehinweise zu den Kriegen in der Golfregion *www.wildcat-www.de/dossiers/krieg/krieg.htm*

Die Bewegung gegen den Krieg 2003

Lassen wir beiseite, dass »die Antikriegsbewegung« aus vielen Bewegungen besteht, dann gab es 2003 zum ersten Mal in der Geschichte eine wirklich globale Bewegung gegen den Krieg. Auch in den USA waren schon vor Kriegsbeginn so viele Menschen auf den Straßen wie gegen den Vietnamkrieg erst nach Jahren. Die Bewegung kämpft gegen einen Feind, der schwach, gespalten und unsicher über die Möglichkeiten seines Machterhalts ist. Er stößt überall an die Grenzen seiner Macht. Er ist deswegen nicht weniger gefährlich, sondern aus seiner Ausweglosigkeit heraus zu allem entschlossen. Die Antikriegsbewegung hatte erkannt, dass es nach dem Ende der Aufteilung der Welt in zwei Machtblöcke wieder um Geostrategie, um den Raum geht. Der Irak liegt zwischen den Großmächten Russland, Indien, China und Westeuropa und verfügt über das – technisch gesehen – am billigsten zu fördernde Erdöl weltweit (würden die Besatzungkosten auf das geförderte Öl umgelegt, läge der Preis pro Barrel weit über 200 Dollar). Mit der Kontrolle über die Ölvorkommen des Irak wollten die USA die Rolle der OPEC untergraben und den innenpolitisch taumelnden *swing producer* Saudi-Arabien ablösen.

Es gibt einen weiteren Zusammenhang, den herzustellen sowohl der schwierigste als auch der potentiell mächtigste Punkt der Antikriegsbewegung ist: nicht nur in den USA wird immer deutlicher, wie sehr die Herrschenden den Krieg nach außen brauchen, um die innere Krise zu managen.

Irak 2004

Die meisten IrakerInnen begrüßten die »Absetzung« Saddam Husseins, sind aber gegen die Anwesenheit von US-Truppen. Die Besatzungspolitik bedeutet für sie nach dem Irak-Iran-Krieg der 80er Jahre, dem Massaker von 1991, den Sanktionen der 90er Jahre und dem Bombenkrieg vom Frühjahr 2003 eine weitere Zuspitzung der verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Situation. Die Anzahl toter irakischer Zivilisten während der Bombardierungen im März 2003 wird auf ungefähr 10 000 geschätzt, die Zahl toter irakischer Soldaten auf 15 000 bis 40 000. Seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen sollen weitere 5000 IrakerInnen getötet worden sein. Die Entwicklung nach dem Mai 2003 hat auch die letzten Illusionen über die »Befreiung« beseitigt – wenn es die je gegeben hat. Kein oder nur stundenweise Wasser und Strom, eine in weiten Teilen nicht funktionierende Infrastruktur, hohe Arbeitslosigkeit, ein Großteil der Leute muss sich noch immer mit den Notrationen aus UN-Programmen ernähren. Dies ist in erster Linie nicht fehlender Planung oder bloßen Fehleinschätzungen geschuldet, sondern der Umsetzung bereits vor dem Krieg gefasster Pläne. So formulierte ein hundertseitiges Papier des US State Departement »Richtlinien für den Wiederaufbau« sehr detailliert Vorgaben für die kapitalistische Durchdringung des Irak: Kontrolle über das Öl, Übernahme der Banken, Privatisierung der Betriebe, bis hin zur zukünfigen Steuergesetzgebung und Copyright-Bestimmungen. Im September 2003 wurde durch eine Verfügung der Besatzungsbehörde die hundertprozentige Übernahme irakischer Unternehmen durch ausländische Firmen ermöglicht. Längst vor Beginn der Bombardierungen waren die wichtigsten Pfründe an US-Firmen vergeben: *Bechtel* erhielt den Auftrag, die kommunale Wasserversorgung, Krankenhäuser, Schulen und Ministerien wieder instand zu setzen. (Die Firma ist für ihre rigorose Privatisierungspolitik bekannt; in Bolivien z.B. musste sie ihr Projekt nach massenhaften Protesten zurückziehen.) *Halliburton* und ihre Tochter *KBR* erhielten Aufträge für die Kontrolle der irakischen Ölbohrungen und Raffinerien. Dam Amstutz (Präsident der *Nordamerikanischen Getreideexport Vereinigung*) soll die irakische Landwirtschaft entlang den Handelsinteressen der US-Landwirtschaft ausrichten: die weitere Liberalisierung des Agrarmarktes wird die Abhängigkeit von amerikanischen und/oder europäischen Agrarexporten erhöhen.

Phönix im Irak?

Amnesty International berichtete im Juli 2003 über Tote bei Demonstrationen und Razzien, über Misshandlungen und Folter von Tausenden Gefangenen, über »willkürliche oder grundlose« Erschießungen. Bereits im Juni 2003 hatten US-Soldaten einen Aufstand gegen die Haftbedingungen in Abu Ghraib niedergeschossen. Andererseits waren bis Ende September 2003 über 1500 britische und amerikanische Soldaten getötet oder verwundet worden (im pfälzischen Landstuhl landeten bisher 7000 Soldaten im Militärkrankenhaus, die in den Lazaretten im Irak nicht versorgt werden konnten; über 5000 davon nach dem »Ende der Kampfhandlungen«).

Vor diesem Hintergrund denkt man seit dem Sommer 2003 im Pentagon über eine »neue Strategie

Das Phönix-Programm in Vietnam

In den Jahren 1966-1970 versuchte die US-Regierung, durch Geheimdienstaktionen und mit dem Einsatz von Spezialtruppen die drohende Niederlage in Vietnam zu verhindern. Ziel war, den Widerstand zu schwächen, die Infrastruktur zu zerstören, die Verankerung in der Bevölkerung zu erschweren, indem schon auf Verdacht »bestraft« wurde, und mittels Folter Informationen über Strukturen und Personen zu erpressen. In speziell eingerichteten PICs – *Province Interrogation Center* – (Provinz-Verhörzentren) wurden die Gefangenen sexuell misshandelt, vergewaltigt, mit Elektroschocks gefoltert. Zwischen 20-40 000 Vietnamesen sollen im Rahmen des Phönix-Programms umgebracht worden sein. Die Geheimdienstmitarbeiter hatten bestimmte *kill rates* als Vorgaben. Colin Powell war Stabsoffizier der Einheit, die das Massaker in dem südvietnamesischen Dorf *My Lai* ausführte, wo am 16.3.1968 über 500 VietnamesInnen niedergemetzelt wurden. Er war verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die nach 1970 den Skandal um *My Lai* und das Phönix-Programm vertuschen sollte: *»Es mag vereinzelte Fehler gegeben haben, aber diese stehen nicht für das Verhalten der Truppe insgesamt.«* Die *Powell Doctrine* besagt, dass *My Lai* und die Niederlage in Vietnam vor allem eins zeigen: die USA haben den Krieg nicht aufgrund des Phönix-Programms verloren oder weil die Geheimdienstaktionen aus dem Ruder gelaufen sind, sondern nur deswegen, weil es *rausgekommen* ist.

im Irak« nach. Man gab die Sichtweise auf, dass nur ein paar Übriggebliebene aus Saddam-Zeiten und Islamisten gegen die Besatzungstruppen kämpfen. Rumsfeld und Cambone schickten eine neue »Taskforce«, die härter vorgehen und mehr Verhaftungen durchziehen soll, um die Infrastruktur des Widerstands zu zerstören. Dafür werden auch die israelischen Erfahrungen herangezogen, im Juli 2003 ließen sich US-Einheiten in Israel in die »urbane Kriegsführung« einweisen, im Dezember 2003 wurde das Training in Fort Bragg, North Carolina,

»Privatisierung« des Kriegs

Die USA und die Briten gleichen mit Söldnern die Knappheit an Soldaten aus: 1991 hatte das US-Heer noch 711 000 aktive Soldaten zur Verfügung, heute sind es unter 500 000. 1991 war das Verhältnis zwischen dem Personal privater Militärfirmen und dem US-Heer ungefähr 1:50, heute kommt auf 10 Soldaten ein »Firmenangestellter«, 30 Mrd. Dollar (acht Prozent des Gesamtverteidigungshaushaltes) vergab das Pentagon im Jahr 2003 an private Militärfirmen. Schon an der Vorbereitung von Kriegseinsätzen wird gut verdient: wenn amerikanische Panzer im *Joint Readiness Training Center* des Heeres in Fort Polk, Louisiana, durch die Straßen rattern und plötzlich Zivilisten im Gefechtsgetümmel auftauchen, dann ist dies keineswegs eine ungewollte Störung des Trainings. Vielmehr hatte man die Firma *Cubic* beauftragt, so realistisch wie möglich den Einmarsch der Truppen in Bagdad zu simulieren. Während *MPRI* die ameri-

fortgesetzt. Zudem sollten die Verhörmethoden in den Gefängnissen im Irak »angezogen« werden, um an Informationen zu kommen, bereits Mitte 2003 wurde ein 30-köpfiges Team unter der Leitung von General Geoffrey Millers von Guantanamo in den Irak geschickt, um die dort gelernten »Lektionen« anzuwenden.

Eskalation im April

Die Besetzung des Irak hat das Öl verteuert, den Mittleren Osten weiter destabilisiert (Pakistan, Palästina/Israel, Saudi-Arabien scheint auf der Kippe zu stehen), Al Qaida in den Irak gebracht und die Position der iranischen Mullahs gestärkt.

Im April kommt es schließlich zu zwei Aufständen, die den Besatzungstruppen ihre Grenzen aufzeigen. Der Skandal um die Folterungen in den Gefängnissen spitzt die Situation weiter zu. Bis Anfang Juni haben die amerikanischen Truppen die Kontrolle über einige Städte und wichtige Zufahrtstraßen verloren: an eine »städtische Guerilla«, die von keinem Staat abhängt, keine ländlichen Rückzugsgebiete oder funktionierenden Nachschublinien hat, keine nach außen auftretende politische Kraft mit einem einheitlichen Programm ist, keine einheitliche Strategie oder Taktik hat. Der Widerstand erscheint wie eine »unsichtbare vielköpfige Schlange«. Er stoppt die Privatisierung der irakischen Industrie und gefährdet die Kontrolle über das Öl. Fast die Hälfte der Ölpipelines ist durch Sabotage nur teilweise benutzbar. Am 16. Juni kommt nach mehreren Anschlägen der Ölexport aus dem Irak zeitweise komplett zum Erliegen.

»a sniper's dream - Traum eines Heckenschützen«
Die Belagerung von Falludscha im April 2004

Falludscha gilt als Hochburg von Anhängern Saddam Husseins und radikalen Sunniten. Die Eskalation begann, als US-Truppen im April 2003 eine Schule besetzten, um sie als Militärstützpunkt zu nutzen. Dagegen demonstrierten mehrere hundert Leute, die Soldaten schossen in die Menge, es gab 15 Tote und über 70 Verletzte. Seitdem wurde die Stadt zu einem Zentrum des Widerstands. Als Antwort auf die Hinrichtung und Verstümmelung von vier amerikanischen Söldnern Ende März 2004 versuchen die US-Truppen mit brutalen Methoden die Stadt zu besetzen. Die Situation eskaliert.

Fast 600 Menschen fallen Scharfschützen zum Opfer, die Einsatztruppen der USA beschießen Krankenwagen, das Krankenhaus wird durch Bomben zerstört, Scharfschützen schießen auf unbewaffnete Zivilisten. Viele Menschen sind in ihren Häusern eingeschlossen, Tote liegen auf den Straßen, die niemand zu bestatten wagt. Das Gemetzel geht unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit und der Medien vor sich. Die Kämpfe endeten damit, dass sich die Besatzungstruppen aus Falludscha zurückzogen.

Aufstand der Al-Sadr-Milizen

Die Besatzungsbehörde verbietet die Wochenzeitung des schiitischen Sektenpredigers Al-Sadr. Bei einer Protestdemonstration dagegen kommen fast 50 Menschen zu Tode. Nun greifen die Milizen von Al-Sadr ein – ein Zweifrontenkrieg für die Besatzungstruppen. Al-Sadr gehört nicht zum schiitischen Klerus, seine Basis hat er in den armen Vorstädten (v.a. Bagdads). Die USA und das mit ihnen zusammenhängende »schiitische Establishment« schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter zu: eine Mischung aus militärischem Druck und Verhandlungsangeboten. Zeitweise war unklar, ob Al-Sadr die Situation in den Städten überhaupt noch unter Kontrolle hat, oder ob Jugendliche entgegen seinen Befehlen gegen die Besatzungstruppen kämpften. Die militärische Konfrontation endete mit einer Pattsituation, amerikanische Truppen mußten sich aus bestimmten Städten zurückziehen. Inzwischen (Mitte Juni) will Al-Sadr eine Partei gründen und sich an den Wahlen beteiligen – Bush hat nichts dagegen.

Krieg in den Städten

Für die Besatzungstruppen ist das *worst case scenario* eingetreten. In Bagdad, Falludscha, Ramadi, Kerbela, Amara, Kirkuk, Nasiriya entwickelt sich gerade das, was Planer im Pentagon das »Schlachtfeld der Zukunft« nennen: In den Städten der »Dritten Welt« wird die Urbanisierung der Armut zu einer »Urbanisierung der Aufstände« (so der Titel einer Studie der *RAND Corporation*, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges über Kriegsszenarien »nachdenkt«)

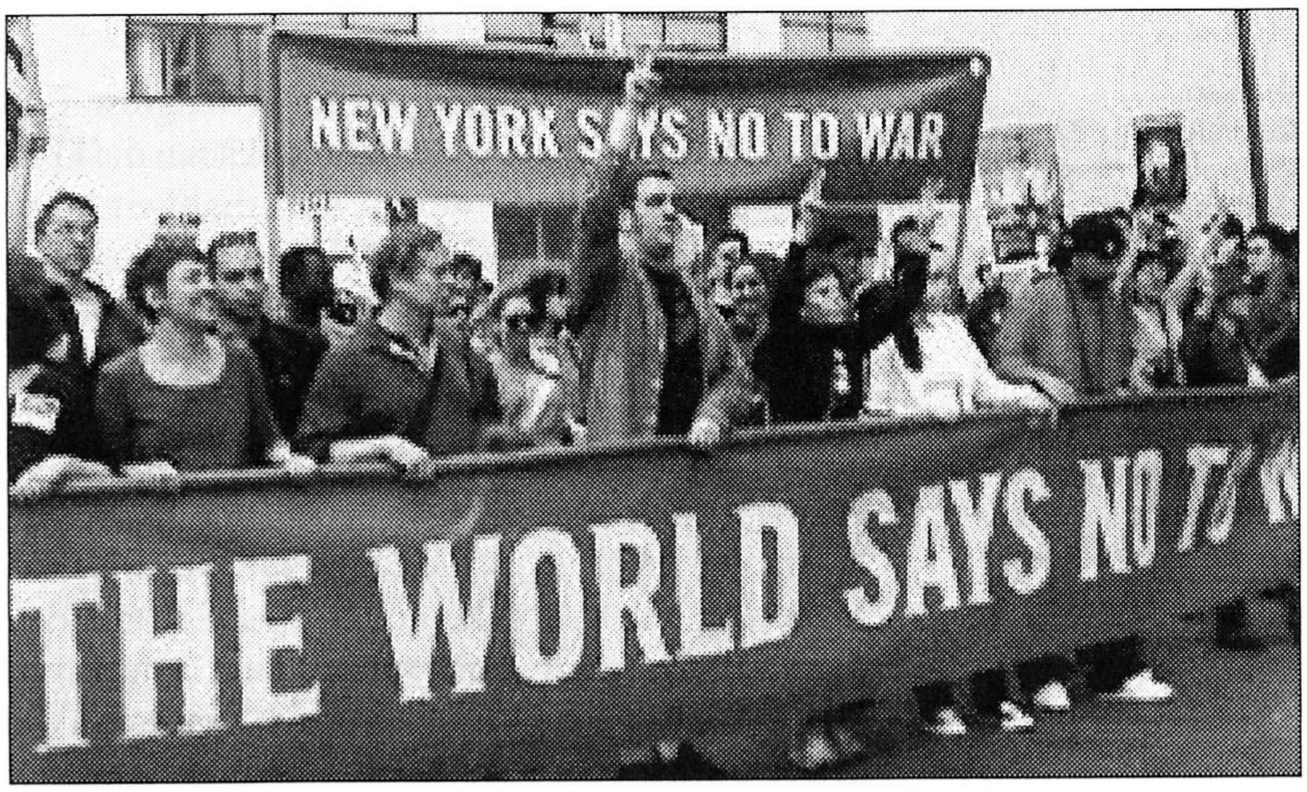
Abu Ghraib – »Vor unseren Wohnungen haben sie unsere Ärsche unter Strom gesetzt«

Dann tauchen im April auch noch Bilder und Videos aus dem Gefängnis Abu Ghraib auf, mit Gefangenen, die gedemütigt, gefoltert und sexuell missbraucht werden. Das Bush-Regime versucht den *Skandal* auf einzelne »faule Äpfel« in der Armee zu lenken, hatte aber von Anfang an mit der Festlegung des Status »feindlicher Kämpfer« eine Willkürjustiz aufgebaut. Die Folter wurde von ganz oben gebilligt und angeordnet.

Die Haftbedingungen in Guantánamo waren bekannt, das Massaker an afghanischen Kriegsgefangenen in Kundus war vielfach brutaler – warum hatten die Bilder diesmal so starke Auswirkungen? Weil man Leichen sah? Die triumphierenden Fratzen der Täter? Ist die politische Konstellation eine andere? Panik, weil der Krieg sehr viel schneller verloren geht als in Vietnam? Versucht gar eine Fraktion innerhalb der amerikanischen Elite, einen schnellen Abzug durchzusetzen? Oder soll die Skandalisierung die Brutalität der ganz normalen Kriegsführung legimitieren (das angeblich versehentliche Massaker an einer Hochzeitsgesellschaft im April mit 40 Toten löste sehr viel weniger Empörung aus)?

Steine, Boden-Boden-Raketen, Autobomben – welcher Widerstand?

Vom Widerstand gegen die Besatzung transportieren die hiesigen Medien nur die mörderischen und spektakulären Aktionen, wie den Anschlag auf das UN-Gebäude in Bagdad, den Beschuss des Raschid-Hotels im Oktober 2003 (den der stellvertretende US-Verteidigungsminister Wolfowitz knapp überstand), oder den Anschlag auf SCIRI-Chef Ayatollah Al-Hakim, bei dem über 80 Menschen starben. Aber es gibt auch einen *alltäglichen Widerstand*: Die Militärbasen der USA werden fast jede Nacht angegriffen, die Ölpipelines werden sabotiert, Jugendliche werfen Steine auf die Soldaten. Und sicherlich mischen hinter und neben den



Milizen und islamistischen Gruppen auch Staaten und ihre Geheimdienste auf dem irakischen Schlachtfeld mit. Die bewaffneten Aktionen gehen von gezielten Angriffen auf Regierungsmitglieder bis zum gezielt »ungezielten« Abschlachten von ProletarierInnen.

Zwischen dem Terror der Besatzungstruppen und dem Terror baathistischer und islamistischer Gruppierungen drohen die sozialen Kämpfe zerrieben zu werden. In der *Wildcat* 69 hatten wir über Streiks und die Bildung neuer Gewerkschaften berichtet. Bereits im Mai 2003 war eine Vereinigung neuer Arbeiter- und Arbeitslosenräte gegründet worden. Diese Aktivitäten sind weitergegangen, bis zum April 2004 kam es immer wieder zu Streiks und Demonstrationen. Nach einem dreimonatigen Streik bei der *Southern Oil Company* in Basra wurden im Februar höhere Löhne vereinbart – die für den ganzen Ölsektor übernommen werden sollen. Mitte Januar demonstrierten mehrere tausend Arbeitslose in Basra, Imara und Kut. In Kut besetzten sie kurzzeitig das Gebäude der Besatzungsverwaltung CPA. Im März 2004 demonstrierten mehrere hundert Arbeitslose vor dem Verwaltungsgebäude der CPA in Najaf und warfen Steine auf das Gebäude. Anfang April haben sich in Al-Nasiria ArbeiterInnen aus den Aluminium-Fabriken und aus dem Gesundheitsbereich gegen die Al-Sadr-Milizen gestellt und sich geweigert, die Fabriken zu räumen (die von den Milizen wohl zu Militärstützpunkten umfunktioniert werden sollten). Inzwischen sollen über 100 000 Leute in die Arbeitslosengewerkschaft eingetreten sein...

Seit dem April 2004 kommen allerdings kaum noch solche Nachrichten aus dem Irak – das *worst case scenario* für die Besatzungsmächte scheint die Situation für die Arbeiterklasse und die sozialen Bewegungen weiter zu verschlimmern. Es wäre aber falsch, deswegen den Medien zu glauben und jeden (bewaffneten) Widerstand im Irak unmittelbar »den Baath'isten« oder »den Islamisten« zuzuschlagen.

kanischen GIs in Camp Doha in Kuwait im Nahkampf ausbildete, flog *Cubic* bosnische Flüchtlinge aus den ganzen USA nach Fort Polk, um die Kriegserfahrungen möglichst realistisch nachzuspielen. Über 600 Cubic-Beschäftigte waren nötig, um eine Übung für 6500 Soldaten durchzuführen.

Im Irak sollen ungefähr 20 000 »private Sicherheitskräfte« beschäftigt sein. Zu ihren Aufgaben gehören die Absicherung von Militärkonvois, der Schutz besonders gefährdeter Anlagen wie z.B. Öl-Pipelines, Personenschutz... Teilweise ist das moderne Kriegsgerät ohne dieses speziell ausgebildete Personal nicht einsetzbar. Insgesamt umfasst das Aufgabengebiet die Beratung und Ausbildung, logistische und technische Dienstleistungen, aber auch Kampfeinsätze. Es sind also Firmen, die den Finger am Abzug haben – »guns for hire«.

(nach Herbert Wulf, Rent-a-Soldier, Wissenschaft und Frieden 2/2003)

Quellen:
Der Irak, Krieg, Besetzung, Widerstand, Hrsg. Göbel, Guillard, Schiffman. PapyRossa 2004

ICG: Governing Irak, August 2003 und andere Veröffentlichungen.

G. Caffentzis: »Is Truth Enough? The Bush Administration's Lies and the Anti-War Movement's Truths«, April 2004

Webseiten:
www.counterpunch.org
www.occupationwatch.org

Irakische Gewerkschaftsföderation (IFTU)
www.iraqitradeunions.org

Gewerkschaft der Arbeitslosen im Irak (UUI)
www.uuiraq.org

Arbeiterkommunistische Partei des Irak
www.wpiraq.org

Die irakische Gesellschaft ist keine religiöse Gesellschaft. Noch in den 80er Jahren fanden die Freitagsgebete praktisch ohne Öffentlichkeit statt. Auch der Aufstand im Südirak 1991 war kein »schiitisches« Ereignis, fast alle Teile der dortigen Bevölkerung haben daran teilgenommen. »Schiit« war und ist im Irak eher ein Synonym für »arm«. Die irakischen Stämme sind nicht nach Religionszugehörigkeit bestimmt. Seit dem Ende des Golfkriegs von 1991 ist es allerdings zu einer Re-Islamisierung im Irak gekommen, was viel mit den durch das Embargo geschaffenen Bedingungen zu tun hat. Islamische Gruppierungen konnten (wie in der Türkei oder Jugoslawien) finanzielle Mittel aus dem Ausland mobilisieren und über den Aufbau eines Versorgungsnetzes für Arme viele Menschen an sich binden. Im Gegensatz dazu sind die ca. 70-150 irakischen Oppositionsgruppen, die sich während der 90er Jahre teilweise im Exil, teilweise im Irak, teilweise im Iran gebildet haben, einem Großteil der IrakerInnen bis heute unbekannt.

Die Zeit nach dem 30. Juni

Auch nach der offiziellen Machtübergabe an die irakische Übergangsregierung werden die USA die Ausbeutung irakischer Ressourcen weiterzutreiben versuchen, die 14 US-Militärbasen bleiben bestehen, die US-Botschaft soll mit 4000 Beschäftigten zum weltweit größten Außenposten ausgebaut und unter John Negroponte die Speerspitze der US-Außenpolitik in der Region werden. Die neue UN-Resolution Anfang Juni hat die Anwesenheit der »Multinationalen Friedenstruppe« unter Führung der USA zunächst bis 2006 festgeschrieben. Wahlen sind erst mal ausgesetzt, bei militärischen Fragen und der Verwaltung des aus den Öleinnahmen gespeisten Entwicklungsfonds hat die Übergangsregierung wenig zu melden. Formal soll sie das Recht haben, den Abzug der US-Truppen zu verlangen, was sie schon deswegen nicht tun wird, weil sie diesen Abzug wahrscheinlich nur um wenige Tage überleben würde. Bereits jetzt scheint diese Regierung weggeschossen zu werden, Rückhalt in der Bevölkerung hat sie sowieso keinen. Viele IrakerInnen haben für die UN-Resolution nur Zynismus übrig – Marionettenregierungen kennt man im Irak noch aus den 20er Jahren, der Zeit der britischen Mandatsherrschaft. Und von der UNO, die die Embargopolitik der 90er Jahre getragen hat, erwartet man sowieso nichts Gutes. Der »Widerstand« wird weiter an Zulauf gewinnen.

John Dimitri Negroponte

1964-68 Beamter für politische Angelegenheiten in Saigon, 1971-1973 Leiter von Operationen des Nationalen Sicherheitsrats in Vietnam.
1981-1985 US-Botschafter in Honduras, das damals die Unterstützungsbasis der USA für die Contra in Nicaragua war, das Zentrum der CIA-Operationen im Krieg gegen die Sandinisten, der 50 000 Menschen das Leben kostete.

zuviel versprochen

Noch nie war die militärische Überlegenheit einer Supermacht so groß wie heute die der USA – während sich Probleme auf unterschiedlichen Ebenen fast zur Unmöglichkeit summieren, Kriege tatsächlich zu führen. *Ein* Ausdruck des »imperial overstretch« ist, dass die USA nicht mehr genügend SoldatInnen haben. Nachdem im Zweiten Weltkrieg 400 000 Amerikaner gefallen waren, gehörte zum »Nachkriegsdeal« auch das Versprechen an die Arbeiterklasse, in Kriegen nicht als Kanonenfutter zu sterben – ein Versprechen, das in Vietnam nicht gehalten werden konnte (56 000 tote GIs). Der Vietnam-Krieg wurde nicht nur in den Dschungeln Südost-Asiens, sondern auch in den Hörsälen und auf den Straßen der USA verloren. Deshalb mussten seither Verluste auf amerikanischer Seite mit allen Mitteln vermieden werden. Kriege der USA waren Bombardierungen aus der Luft.

Ein zweites Problem sind die Kosten. Im Gegensatz zum Golfkrieg 1991 gelingt es den USA heute nicht mehr, diese auf »Bündnispartner« abzuwälzen. Allein die Stationierungskosten für die 150 000 Soldaten im Irak und in Afghanistan. betragen monatlich über fünf Mrd. Dollar. Der Irakkrieg hat »den amerikanischen Steuerzahler« bisher offiziell 186 Mrd. Dollar gekostet – nicht gerechnet sind dabei die Kosten für die geheimen Programme. Daneben läuft ein gigantisches futuristisches Rüstungsprogramm, von Spöttern als *Bush's toll collect* belächelt.

...und die Antikriegsbewegung?

Obwohl die Anti-Kriegs-Bewegung den Krieg nicht verhindern konnte, zeigt(e) sie Wirkung! Ihre Stärke hat von Beginn an die Kriegsführung »mitbestimmt«: zum Zwang, den Krieg führen zu müssen, kam der Zwang, ihn schnell zu gewinnen. Die USA stehen da als »Imperator ohne Imperium«, während die Vasallen Wahlen gewinnen können, weil sie sich gegen den Krieg aussprechen (Spanien, BRD). In der Antikriegsbewegung scheint eine abwartende Haltung zu überwiegen, verständlich angesichts der massiven Probleme der Besatzungsmächte und angesichts eines bewaffneten Widerstands mit undurchsichtigen bis gefährlichen Prota-

gonisten. Es ist deshalb richtig, die Kämpfe der ArbeiterInnen in den Blick zu bekommen und Kontakte in den Irak aufzubauen, anstatt in eine falsche jubelnde Solidaritätsarbeit zu verfallen.

Der zweite Schritt muss sein, dass die Antikriegsbewegung ihre Analyse radikalisiert und wieder auf die Straße trägt. Dazu müssen wir die richtige These, dass der Krieg nach außen und der Krieg nach innen zwei Seiten derselben Medaille sind, konkreter machen. Wie? Sehr deutlich ist der Zusammenhang zwischen Krieg und innerstaatlicher Aufrüstung (Überwachung auf allen Ebenen, Verschärfung der Einwanderungsbedingungen, entführte Flugzeuge dürfen abgeschossen werden usw.). Aber noch können Rüstungsarbeiter, Autobesitzer, Berufskraftfahrer... Mittelschichten, die Angst vor der Globalisierung haben, glauben, dass die Kriegsführung ihren Lebensstandard absichert und die verschärfte Überwachung sie schützt. Für andere Menschen hier – v.a. MigrantInnen – gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Krieg und dem Angriff auf ihre Lebensbedingungen. Wenig überzeugend sind aber Parolen, in denen die Bombardierung eines Wohnviertels mit den Härten der Agenda 2010 gleichgesetzt wird. In unseren Flugis wird der Knackpunkt sein, ob wir es hinkriegen, die Vergänglichkeit der kapitalistischen Vergesellschaftung in ihrer Kriegführung aufscheinen zu lassen – und in unserer Praxis, ob wir wieder zu Initiativen gegen die Ausbeutung kommen, statt uns in Konkurrenz um die letzten Krümel jagen zu lassen. Für die streikenden *troqueros* in den USA war es selbstverständlich, Transparente gegen den Krieg hochzuhalten, als sie die Straßen blockierten, um Tariferhöhungen wegen gestiegener Dieselpreise durchzusetzen. ■

Anti-Kriegsdemonstration in Los Angeles

»Ein Drittel Heizöl, ein Drittel Benzin...« – auch Mollies werden teurer

Der in den letzten Monaten massiv gestiegene Spritpreis hat zwei direkte Folgen: Er greift unmittelbar die Einkommen der vielen Selbständigen im weltweit deregulierten Transportsektor an und innerhalb der weltweit organisierten Produktion steigen die Lebenshaltungskosten allgemein.

Im **Libanon** organisierte die Gewerkschaft GLC (General Labor Confederation) am 27. Mai einen Generalstreik gegen höhere Benzinpreise – der öffentliche Verkehr stand weitgehend still. Daraus entstanden heftige Auseinandersetzungen der Proletarier aus Beiruts Armenviertel Hay al-Sellom mit der Armee. Sechs Leute wurden getötet, über fünfzig verletzt. Die Armen aus den Vorstädten wehrten sich mit Steinen und brennenden Straßenblockaden gegen die Soldaten. Ein paar Dutzend Soldaten wurden verletzt, mehrere Militärautos zerstört, das Arbeitsministerium ging in Flammen auf. Es wurden Gerüchte über einen »Putschversuch der USA« geschürt, die Hizbollah forderte die GLC auf, die Unruhen abzubrechen (!). Eine libanesische Zeitung titelte »Where are the institutions...?« (Wo bleiben die Institutionen...?) – ganz schön panisch nach einem Tag Straßenkampf...

Am 9.6. begann in **Nigeria** ein Generalstreik gegen die drastisch gestiegenen Benzinpreise. Ölexport und damit 90 Prozent des Gesamtexports Nigerias waren gefährdet – bereits nach einem Tag senkte die Regierung die Preise um 20 Prozent. Nach drei Tagen wurde der Generalstreik beendet – der Spritpreis war auf Anordnung des Obersten Gerichts von 36 auf 29 Cents je Liter gesenkt worden. Trotz großer eigener Ölvorkommen ist Nigeria auf importiertes Benzin angewiesen. Die Raffinerien sind in desolatem Zustand. Bei der triumphalen Verkündung des Streik-Endes durch den Gewerkschaftsvorsitzenden Oshiomhole am Hauptquartier des *Nigerian Labor Congress* (NLC) attackierte eine Gruppe von »Area Boys« das Gebäude – sie verlangten Bezahlung für ihre handfeste Unterstützung der Kampagne. Gleichzeitig warfen NLC-Militante beim staatlichen Fernsehsender NTA Scheiben ein, weil er einseitig zu Gunsten der Staatsführung über den Streik berichtet habe. Das radikale *National Democratic Movement* beschuldigte später Oshiomhole, durch den Abbruch des Streiks die Chance für weitergehende soziale Reformen verpasst zu haben. Der Streik galt dennoch als friedfertig, verglichen mit den vielen Todesopfern bei früheren Streiks der Erdölarbeiter.

Fahrrad-Kuriere lassen die Luft raus

Streik bei Veloce in Wien

Kontakt zu den Veloce-FahrerInnen über einen ihrer Fahrervertreter: *hanno.ponocny@chello.at*

Eine Kurierzentrale wie *Veloce* in Wien hat verschiedene Funktionen. Neben der Auftragsvermittlung über Funk oder Handy tritt sie als Inkassounternehmen auf. Nicht der einzelne Kurierunternehmer stellt seine Rechnung an die Auftraggeber, das übernimmt die Zentrale.

Selbständige Kuriere verdienen wie Taxifahrer festgelegte Prozente vom Umsatz. Seit Jahren waren die Kuriere bei *Veloce* mit den undurchsichtigen Abrechnungen unzufrieden, es gab entsprechend viele Auseinandersetzungen. Bei der Euro-Einführung wurde des gesamte Preissystem umgekrempelt, für die FahrerInnen bedeutet dies ein Minus von ca. 10 Prozent. Auch an anderen Stellen fühlen sich die FahrerInnen betrogen: Die Kuriertasche muss neu bei *Veloce* gekauft werden. Angeblich ist das eine Kaution. Bei Beendigung des Jobs wird jedoch nicht der volle Preis erstattet, sondern die Abnutzung abgezogen. Bei anderen Kurierfirmen werden gebrauchte Kuriertaschen ausgegeben und die Kaution komplett zurückgezahlt.

Ende März 2004 mündeten diese Auseinandersetzungen in einen offenen Streik von 35 Fahrradkurieren bei *Veloce*. Die nichtproportionale Weitergabe einer Preiserhöhung für Kurierfahrten an die Boten hatte das Fass zum Überlaufen gebracht.

Nachdem der Firmeneigner während des Streiks nicht mit den FahrervertreterInnen reden wollte, weitete sich der Streik aus. Daraufhin wurde einem Vertreter der Kuriervertrag gekündigt und allen anderen das gleiche angedroht und später ausgesprochen. Aushänge zu einer Betriebsratswahl wurden abgerissen. Damit eskalierte die Situation weiter.

Die FahrerInnen erreichten, dass die studentische Jobvermittlung die Arbeitsangebote von *Veloce*, also Streikbrecherarbeit, aus ihrem Computer rausnahm. Nachdem alle Streikenden in die Gewerkschaft eingetreten waren, bekamen sie von dieser auch Streikgeld. Die Gewerkschaft war sogar auf die Streikenden zugekommen, denn sie hat großes Interesse an Beispielen dafür, dass auch *atypisch Beschäftigte* sich organisieren können. Einige Kunden kündigten an, die Kurierfirma zu wechseln. Der Firmeninhaber bot dann den Streikenden, nun Gekündigten, einen neuen Vertrag an. Dieser Vertrag ging auf die Forderung der Streikenden nicht ein und war insofern unannehmbar. Die aktuelle Preiserhöhung hatte also einiges in Gang gesetzt.

Anfang Mai lenkte der Geschäftsführer von Veloce ein. Er nahm die Kündigungen zurück, erklärte einen Einstellungsstopp für neue Fahrerinnen und wollte nun doch wieder verhandeln. Die Kuriere brachen daraufhin den Streik ab. Bezüglich Versicherungen und Ausrüstung wurde einiges erreicht. Fahrervertreter sagten, der Firma scheint es im Moment wirklich schlecht zu gehen. Der Abbruch des Streiks wurde von den FahrerInnen mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Zumal die Hauptforderung, die proportionale Weitergabe der Preiserhöhung an die Fahrer, nicht erfüllt worden war. Andere Betriebe, z.B. die Österreichischen Post-Busfahrer, hatten sich solidarisch gezeigt, und insgesamt war der Streik in der Öffentlichkeit wohlwollend unterstützt worden.

t.s.

Oft werden Selbständige als »Schein«-Selbständige definiert. Dafür werden einige Kriterien aufgestellt: Keine freie Auftragsannahme, keine freie Verfügung über die Arbeitszeit, kein eigener Besitz der Arbeitsmittel, Arbeitsort beim Auftraggeber. So sinnvoll solche Gesichtspunkte für ein genaueres Verständnis der Arbeitsbedingungen sein können, so sehr können sie doch zu Missverständnissen führen, denn Selbständige wie »Festangestellte« unterliegen in diesem Fall ganz ähnlichen Bedingungen. Ob man sich organisiert, hängt nicht von der Vertragsform ab. In den USA gab es in den letzten Jahren ähnliche Arbeitskämpfe von Kurieren wie in Wien. Dort sind die Kuriere »fest« angestellt. Ihre Arbeit ist die gleiche, und die Willkür der Firma ebenso.

Ein weiteres Beispiel für die Organisierung von Selbständigen findet Ihr auf unserer website: die Gewerkschaft der Motorradkuriere in Buenos Aires, SIMeCa. Einfach simeca in die Suchfunktion des Archivs eingeben.

Unruhe in kalifornischen Häfen

Die »Troqueros« streiken

Kaum war der mehrmonatige Streik der Supermarktangestellten in Südkalifornien im Februar zu Ende – das Ergebnis war für die Angestellten allerdings nicht sehr erfolgreich –, da entwickelte sich in Kalifornien ein neuer Konflikt im Transportsektor, einer der am meisten deregulierten Branchen in den USA. Seit um 1980 herum die Macht der Teamstergewerkschaft vor allem im Bereich der Kurzstreckenfahrer zerschlagen wurde, rekrutieren sich die Arbeiter in diesem Bereich größtenteils aus Immigranten, die meist als Selbständige arbeiten. Die Entgelte sind nicht zentral festgelegt. Die Fahrer leasen die Trucks entweder von den Speditionen und schließen individuelle Verträge mit ihnen ab, oder sie kaufen mit Bankkrediten selbst einen LKW und schließen Tagesverträge mit Brokern, also Vermittlungsagenturen, ab.

Diese Arbeiter werden von keiner Gewerkschaft vertreten. Zum einen dauerte es lange, bis sich die Gewerkschaftsbürokratien damit anfreundeten, auf die »Billigkonkurrenz« ihrer eigenen Klientel zuzugehen. Zum anderen fallen alle Versuche einer kollektiven Interessenvertretung unter den Bann der Anti-Trust-Gesetze. Diese sollen offiziell Preisabsprachen von Großkonzernen unter Ausnutzung ihrer marktbeherrschenden Stellung verhindern. Faktisch werden sie aber meist zur Kriminalisierung der selbständigen Arbeiter eingesetzt. Nichtsdestotrotz wird dieser »Deregulierungsprozess« immer wieder von heftigen Auseinandersetzungen begleitet, die meist nur kurz andauern und relativ militant geführt werden. Die Situation als gering bezahlte Selbständige macht lang andauernde Streiks unmöglich. Die Fixkosten für die LKW sind zu hoch, als dass eine eigene Streikkasse dafür aufkommen könnte. Zudem hat der Transportsektor auch für die Produktion eine derartig wichtige strategische Bedeutung, dass ein Arbeitskampf sehr schnell eskaliert.

Der jetzige Streik fand vor allem in den Häfen und bei Bahnumschlagsterminals statt. Die Trukker, die in den amerikanischen Häfen Container zu Lagerhäusern, Packstationen und zu den Bahnterminals transportieren, sind in der Mehrzahl selbständig und in Kalifornien in der überwältigenden Mehrheit Immigranten aus Mittelamerika, im Norden auch aus Osteuropa und Indien. Anfang der 90er Jahre gab es in Los Angeles eine breite und militante Bewegung mit gewerkschaftsunabhängigen Organisationen wie der *Latin American Truckers Association*. Aus der Niederschlagung dieser Bewegung zogen viele Aktivisten den Schluss, dass eine Zusammenarbeit mit der Teamstergewerkschaft unabdingbar sei, um mit deren (auch finanziellen) Rückhalt einen Kampf um Anerkennung ihrer Rechte führen zu können. Seitdem versucht die damals neu gegründete *Port Truckers Division* der Teamsters in den Häfen Fuß zu fassen.

Die Teamsters üben einerseits politisch Druck aus für eine Anerkennung der Selbständigen als Arbeiter. Andererseits versuchen sie, sich selbst als Vermittlungsinstanz gegenüber der staatlichen Hafenaufsicht, den Unternehmern und deren Verbänden zu profilieren.

Auslöser der jetzigen Auseinandersetzungen sind die im April in Kalifornien massiv gestiegenen Spritpreise. Der Staat hatte zur Luftreinhaltung neue Qualitätsauflagen an den verkauften Kraftstoff erlassen, was sich in höheren Preisen niederschlug. Während in benachbarten Bundesstaaten eine Gallone ca. 1,75 Dollar kostet, sind die Preise in Kalifornien auf bis zu 2,40 Dollar geklettert. Für die selbständigen Fahrer bedeutet dies einen enormen Einkommensverlust. Auch andere Kosten sind massiv gestiegen, z.B. die medizinischen Ausgaben. Nach Aussagen eines Truckers kann man als Selbständiger etwa 8-9 Dollar pro Stunde verdienen – Tendenz sinkend.

Die Spritpreiserhöhungen waren ein Katalysator für die Wut der Trucker: die Arbeitsbedingungen sind in den letzten Jahren permanent schlechter geworden; überlange Arbeitszeiten, um die sinkenden Frachtraten auszugleichen, unbezahlte Wartezeiten an den Terminals, massiv gestiegene Preise für Krankenversicherung, erhöhte technische Auflagen an die LKW, die Arbeit mit z.T. hochgiftigen Substanzen, vermehrte Kontrollen auf Grund des »Antiterror«kampfs usw.

Nach wochenlangen Diskussionen über CB-Funk und Flugblätter machen Fahrer für Bahnverladestationen den Anfang. Am Montag, den 26.4., legen Trucker in Stockton östlich von San Francis-

Die meisten Trucker sind mittlerweile Immigranten aus Mittelamerika – ***troqueros*** ...

Siehe: »Burning wheels... Die Kämpfe kanadischer und US-amerikanischer Trucker«, *Wildcat-Zirkular* Nr.58, Dezember 2000, *www.wildcat-www.de*

co die Arbeit nieder. Die Bahngesellschaften *Union Pacific* (UP) und *Burlington Northern Santa Fe* (BNSF) melden in manchen Terminals einen Rückgang um 95 Prozent.

Am nächsten Tag folgen Fahrer in Lathrop im Süden von San Francisco. Auch hier kommt der Güterverkehr fast völlig zum Erliegen. Nachdem der Streik weitergeht, verhängt in den nächsten Tagen *UP* als Reaktion ein Embargo gegen acht Terminals, demzufolge keine Container mehr angeliefert werden sollen. Neben Stockton und Lathrop sind sechs Stationen in und um Los Angeles betroffen, da auch hier mit Aktionen der Fahrer gerechnet wird.

Die Teamstergewerkschaft ruft für den 28.4. zu einer Protestversammlung im Hafen von L.A. auf, in deren Verlauf eine Petition an die Hafenbehörde übergeben werden soll. Ziel ist die Einrichtung eines Gremiums aus Behörde, Reedereien, Spditionen und Gewerkschaft. Dieses Gremium soll Spritpreiszuschläge der Reedereien an die Spditionen und deren Weiterleitung an die Trucker beschließen und überwachen.

Allerdings kommen nur vier (!!) Trucker. Zwei Tage vorher fand eine Versammlung statt, die von Einzelpersonen innerhalb der mexikanischen Community organisiert wurde. »Altgediente« Aktivisten berichten, dass auf der Versammlung überwiegend junge Fahrer anwesend waren, die von den gewerkschaftlichen Diskussionen der letzten Jahre nicht viel mitgekriegt haben. In Gruppen wird das weitere Vorgehen diskutiert. Als lokale spanischsprachige Radio- und TV-Stationen die Versammlung zum Topthema der Abendnachrichten machen, wird für den 30.4. zum Streik aufgerufen.

An Morgen des 30. blockieren zunächst einige Fahrer einen Freeway im Bereich des Vorortes Commerce, indem sie ihre Trucks auf der Fahrbahn parken, abschließen und in PKWs wegfahren. Sie werden später verhaftet. Ab 9 Uhr sammeln sich ca. 700 Trucker in der Nähe eines Parks. Als vorbeifahrende Trucks angeblich mit Steinen und Flaschen beworfen werden, riegelt die Polizei die Versammlung ab. Ein Konvoi von Trucks zur Versammlung wird angehalten und mit Bußgeldern belegt. Nach offiziellen Angaben kommt der Umschlag in den Häfen von Los Angeles und Long Beach nahezu zum Erliegen. Lediglich etwa zehn Prozent der sonst arbeitenden Fahrer hätten sich an diesem Tag zur Arbeit gemeldet.

Ähnliches passiert im Hafen von Oakland, wo der Streik weitergeführt wird, während sich die Lage in Los Angeles über das Wochenende »normalisiert«. Mehrere hundert Trucker bestreiken die Terminals, und hier kommt es angeblich auch zu Gewalt gegen Streikbrecher.

Die Gewerkschafter bestreiten zwar, dass sie mit den Aktionen etwas zu tun hätten, wollen diese aber unterstützen. Am Mittwoch legen sie den streikenden Fahrern ein Abkommen vor, das sie mit den Reedereien, den Terminalbetreibern, den Spediteuren und den Agenturen getroffen haben. Wenn die Fahrer ab Donnerstag morgen die Arbeit wieder aufnehmen, werde am Abend ein Treffen mit den o.g. Verbänden durchgeführt, auf dem über Lösungen diskutiert werden soll. Die Arbeiter lehnen das ab und wollen erst abwarten, was auf diesem Treffen für sie rumkommt. Natürlich wird dort keine konkrete Verbesserung, sondern lediglich die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe beschlos-

sen. Als Reaktion auf die Weigerung, die Arbeit wieder aufzunehmen, erwirkt die Hafenaufsichtsbehörde eine gerichtliche Verfügung, welche die Streikposten als »Einschüchterung und Schikanierung« der Arbeitswilligen wertet. Auf die Drohung mit Polizei und Gerichtsverfahren hin ziehen sich am Abend die verbliebenen 150 Trucker zurück.

In L.A. ist es dagegen insgesamt eher ruhig. Am Mittwoch beschließt die Mehrheit der Fahrer der Firma *Land Truck*, die für die Reederei *Yang Ming* fährt, dass sie streiken werden, um die Wiederbeschäftigung von vier Kollegen zu erreichen.

Ab Donnerstag, 6. Mai, weiteten sich die Proteste auch auf die US-Ostküste aus: Hafen-Fahrer in Hampton Roads (Virginia) legten die Arbeit für zwei Tage nieder. Freitag früh streikten Fahrer in den Häfen von New York/New Jersey, um Petitionen an den Gouverneur zu übergeben. Fahrer in Miami, New Orleans, Baltimore und in Hamilton (Kanada) diskutierten über Aktionen.

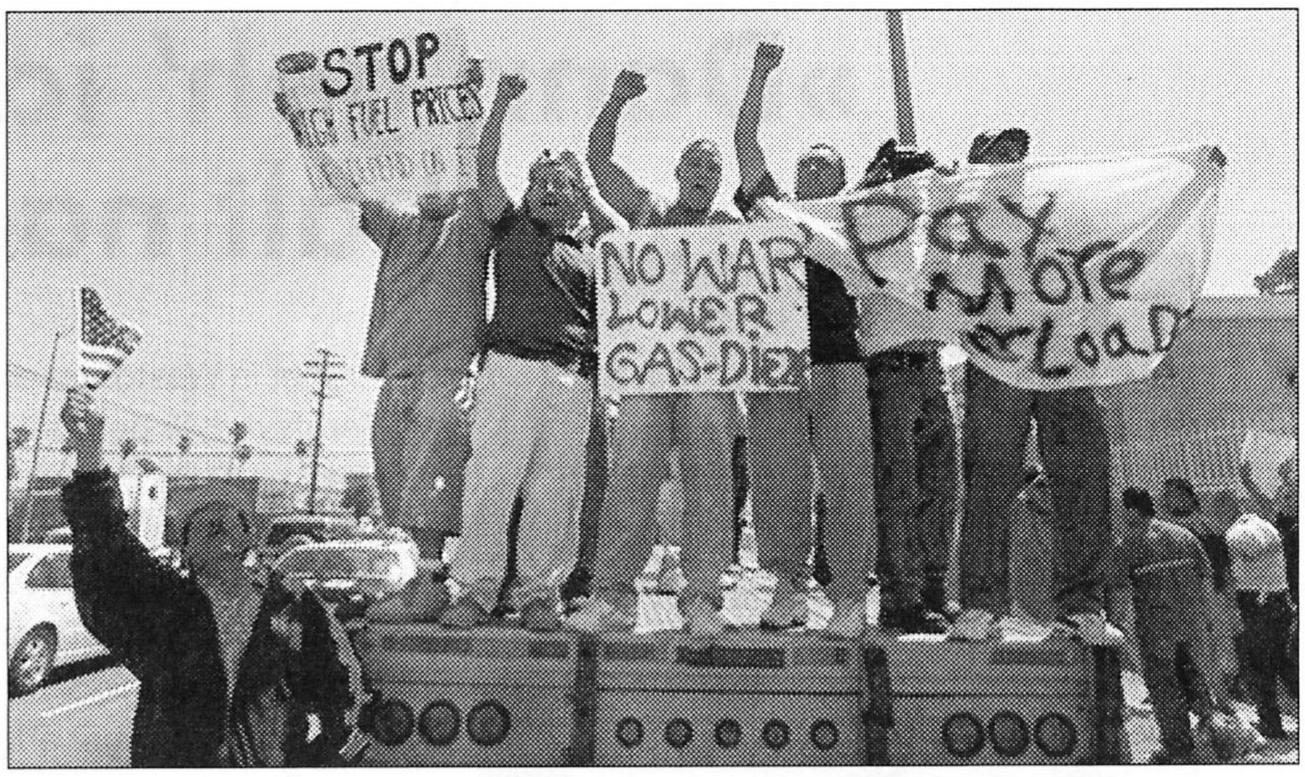
Spontaner Protest unter erschwerten Bedingungen

Die Einschätzungen sind (wie meistens) unterschiedlich. Kurzfristig »gewonnen« haben wohl nur die Fahrer der Bahnterminals – sie haben eine Erhöhung der Frachtraten zwischen 15 und 20 Prozent plus einer zehnprozentigen Zulage für Sprit und Bezahlung von Wartezeit bei der Abfertigung ereicht. In den Häfen hat es keine Einigung gegeben. In dem Moment, wo erste Produktionsausfälle durch die Störung des Transports drohten, z.B. in den Autofabriken, wurde mit der Polizei gedroht, und Streikbrecher aus anderen Bundesstaaten wurden unter Polizeischutz in die Terminals gebracht.

Bemerkenswert ist auf jeden Fall der spontane Charakter der Proteste. Ein (Gewerkschafts-) Aktivist schreibt über die erste Versammlung: »Die ›Organisierung‹ kam soweit von unten, wie es nur möglich ist. Es gab keinen Ruf nach einer Wahl von Vertretern oder Direktoren, es gab nicht mal einen Namen, mit dem man sich identifizieren wollte. Es ist eine Bewegung, die sich allein auf den Zusammenhalt einiger *Troqueros* stützt und auf die sozialen Strukturen, die sie in diesem Segment der Industrie entwickelt haben.«

Deutlich werden aber auch die Schwierigkeiten: Die Fahrer sind dazu gezwungen, kurz und effektiv zu blockieren. Da fällt es aber schwer, über die betroffene Community hinaus Öffentlichkeit herzustellen. So hat die Antikriegsbewegung erst spät von dem Streik Notiz genommen – während die Fahrer selber sich auf ihren Transparenten oft auf den Irakkrieg bezogen haben.

Zugleich wurden in den USA in den letzten Jahren die gesetzlichen Rahmenbedingungen für



Arbeitskämpfe verschärft. Gerade bei strategisch wichtigen Industrien wie der Transportindustrie greift der Staat heute sehr viel frühzeitiger und massiver auf Seiten der Unternehmer ein. Darauf steht eine Antwort seitens der Arbeiter noch aus.

Eine Antwort könnte eine Ausweitung der Kämpfe sein. Derartiges scheint sich anzudeuten: Die Hafentrucker planen für den Juli koordinierte Aktionen auch an der Ostküste. Zum anderen hat sich ab Mitte Mai der Streik auch auf andere Bereiche des Transportsektors ausgeweitet, z.B. innerhalb der Bauindustrie. Nachdem mobile »Kommandos« von Truckern die Baustellen Kaliforniens besuchten, um die (noch) Arbeitenden von ihrer Beschäftigung abzuhalten, wird in Zeitungen beklagt, dass viele Projekte vor allem im Straßenbau nicht oder nur eingeschränkt weiter geführt werden können. Das Interessante dabei ist, dass die Unternehmer in der Presse vermitteln wollen, sie seien gesprächsbereit, aber sie hätten keine Verhandlungspartner – Forderungen der Trucker seien nur auf handgeschriebenen Zetteln zu lesen. Ob nun Zeitungsberichte über Schusswaffengebrauch gegenüber Arbeitswilligen den Tatsachen entsprechen oder Schreckenspropaganda darstellen: dass sie glaubhaft erscheinen, deutet auf die große Wut der Trucker hin.

Wie es weitergeht, ist noch nicht abzusehen, immerhin scheinen sich die Unternehmer soweit unter Druck zu fühlen, dass sie »Lösungen« anstreben. Diese Lösungen können nicht mehr nur technischer Art sein, wie z.B. rationellere Abfertigungsprozeduren zur Vermeidung von Wartezeiten oder der Bau spezieller Autobahnen ausschließlich für superlange Trucks ähnlich den »Road Rails« in Australien. Sie werden die Arbeitsbedingungen der Trucker nicht länger ignorieren können.

Wie gesagt, für Anfang Juli sind die nächsten Proteste angekündigt ... ■

»Dann geh' ich halt nach drüben!!«

Was früher in Westdeutschland vielleicht ein trotziger Aufschrei enttäuschter und mit Berufsverbot bedrohter DKP-Lehrer war, wird nun vom »Klassenfeind« aufgegriffen und umgesetzt.
Im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung wurde die Debatte um die Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen noch einmal richtig angeheizt, das berühmte Kanzlerzitat von den »vaterlandslosen« Unternehmern machte den Ernst der Lage allen nochmal richtig klar. Neu ist diese Debatte nicht – der Spruch »Wenn ihr nicht billiger arbeitet, gehe ich in den Osten!« gehört seit einigen Jahren zum Standardrepertoire jedes Unternehmers.
Begleitet wird dieser Vers melodisch vom Unternehmer-Blues: Die Arbeiter hier verdienen im globalen Maßstab zu viel, haben soviel Freizeit wie nirgendwo sonst, werden immer dümmer, wollen am Wochenende nicht arbeiten und lassen sich zuguterletzt noch vom Staat subventionieren. »Subventionen« bedeuten auf Neudeutsch nicht mehr staatliche Geschenke für Unternehmen, sondern geringfügige steuerliche Abschläge auf Kosten für lange Anfahrtswege und Zuschläge für Nachtarbeit. Komisch nur, dass alle Unternehmer dieses Lied singen, in Tschechien, in Rumänien, Italien, Frankreich...

Osteuropa Institut München: »Deutsche Direktinvestitionen in Osteuropa weiter rückläufig – Arbeitsplatzverlagerung geringer als befürchtet«, Juli 2002

www.lrz-muenchen.de/~oeim/info3.pdf

Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), »Auslandsproduktion – Chance oder Risiko für den Produktionsstandort Deutschland? Stand, Entwicklung und Effekte von Produktionsverlagerungen im Verarbeitenden Gewerbe«

www.isi.fhg.de/pi/dokumente/pi26.pdf

Wenn das alles stimmen sollte, dann dürfte hier kaum noch ein Schornstein rauchen. Da das aber nicht zu beobachten ist, haben wir uns angesehen, welche konkreten Daten die herrschende Volkswirtschaftslehre über Produktionsauslagerungen nach Osteuropa zu bieten hat – statistische Daten liefern aber nur Anhaltspunkte um Fragen zu formulieren, was wir im zweiten Teil tun.

Das Erstaunliche an Statistik ist, dass sie selbst in vermeintlich einfachen Fällen Schwierigkeiten hat, zu eindeutigen Ergebnissen zu kommen. So auch hier. Es gibt keine eindeutigen Zahlen, die belegen könnten, soundso viele Arbeitsplätze sind in den letzten zehn Jahren in Deutschland weggefallen und anschließend in anderen Ländern wieder geschaffen worden. Es lassen sich lediglich Parameter bestimmen, aus denen indirekt Rückschlüsse gezogen werden können. Solche Parameter sind vor allem Zahlen über deutsche Direkinvestitionen im Ausland, Arbeitsplatzstatistiken in Bezug auf Deutschland und auf Firmen mit deutscher Beteiligung in den jeweiligen Ländern und Import-/Exportstatistiken. Wie diese Schlussfolgerungen ausfallen, hängt wesentlich von den beabsichtigten politischen Aussagen ab. Andere Untersuchungen basieren auf repräsentativen Befragungen deutscher Unternehmen.

Direktinvestitionen im Ausland werden von der Bundesbank erfasst. Deren Zahlen hat z.B. das Osteuropa Institut in München in einer Analyse vom Juli 2002 verwendet (»Deutsche Direktinvestitionen in Osteuropa weiter rückläufig – Arbeitsplatzverlagerung geringer als befürchtet«). Daraus ergibt sich, dass es Mitte der neunziger Jahre eine Welle von Direktinvestitionen gab, deren Höhepunkt 1999 überschritten wurde. Seitdem gehen die Direktinvestitionen zurück. Begründet wird dies mit der Privatisierungspolitik in den osteuropäischen Ländern. Als das ehemalige Staatseigentum verkauft wurde, griffen viele deutsche Unternehmen zu und sicherten sich einen Teil des Kuchens. Nachdem der Kuchen weitgehend verteilt ist, zeigt sich, »dass der Aufholprozess nach der Öffnung zu Anfang der neunziger Jahre weitgehend abgeschlossen ist und das Kapital in Zukunft nur noch in Relation zu den Wirtschaftspotentialen der MOE-Länder fließen wird« (MOE = mittelosteuropäisch). Dieser Kuchen besteht aber nur zum kleineren Teil in Produktionsanlagen, zum größeren im Aufkauf dortiger Infrastruktur (Stromnetze, Telekommunikationsstrukturen etc.).

Anders ausgedrückt, zukünftige Direktinvestitionen werden vor allem auf eine Bedienung der dortigen Märkte gerichtet sein und weniger auf einen Ersatz hiesiger Produktion. Zudem wird am Beispiel Ungarns als der »reifsten Volkswirtschaft« Osteuropas gezeigt, dass in den letzten Jahren dort soviel Kapital akkumuliert wurde, dass es nur teilweise im Land selber reinvestiert, sondern auch im Ausland angelegt wird. Kapitalzuflüssen stehen nun also auch Kapitalabflüsse gegenüber.

Zur Größenberechnung der von deutschen Firmen geschaffenen und erhaltenen Arbeitsplätze verwendet das Osteuropa-Institut Statistiken von MOE-Staaten über Arbeitsplätze von Firmen mit deutscher Beteiligung. Bereinigt um mehrere Faktoren wird als Obergrenze für den Bestand an exportrelevanten Arbeitsplätzen eine Zahl von etwa 300 000 Jobs in den MOE-Ländern und GUS für das Jahr 2000 angenommen.

Diesem maximalen Verlust an Arbeitsplätzen müsste nun die tasächliche Entwicklung der Zahl industrieller Arbeitsplätze in Deutschland entgegengehalten werden. Hier wird allgemein festgestellt, dass die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland in der Industrie sinke, während sie im Dienstleistungsbereich steige. Insgesamt gebe es aber mehr Arbeitsplätze als vor zehn Jahren. Eine in der betriebswirtschaftlichen Literatur mit am häufigsten zitierte Studie des Fraunhofer-Instituts *Systemtechnik und Innovationsforschung* unter dem Titel: »Auslandsproduktion – Chance oder Risiko für den Produktionsstandort Deutschland? Stand, Entwicklung und Effekte von Produktionsverlagerungen im Produzierenden Gewerbe« beziffert den Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1998 und 2000 auf netto lediglich 10.000 (!) – von 6,267 auf 6,257 Millionen. Um das Verhalten deutscher Unternehmer und Konsequenzen für die Wirtschaft insgesamt zu untersuchen, hat das Fraunhofer Institut eine Repräsentativbefragung unter 1600 Firmen im Verarbeitenden Gewerbe durchgeführt.

Im Ergebnis stellt das Fraunhofer Institut fest, dass vor allem große Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten, die Serienproduktion mit hohen Stückzahlen betreiben, über Produktionsstätten im Ausland verfügen. Allerdings spielt für diese Firmen Osteuropa nicht die zentrale Rolle – die westlichen Industriestaaten und Asien stehen im Vordergrund. Personalintensive Produktion, wo es stark auf das Facharbeiterwissen ankommt, verbleibt eher in Deutschland, bspw. Maschinenbau. Die Wahl des Standortes ist stark von dem zu erschließenden Markt bestimmt. Und der ist (noch) nicht in Osteuropa.

Für kapitalintensive Produktion, die auf Massenausstoß setzt, ist das Preisargument wichtiger, hier ist Osteuropa interessant. Dies deckt sich mit einer vom selben Institut durchgeführten Studie zur Politik deutscher Automobilzulieferer bezüglich Auslandsproduktion.[1]

Hier ergibt sich, dass die direkt mit den Automontagefirmen zusammen arbeitenden Zulieferer (sog. »first tier supplier«) denen nachfolgen – ihr Auslandsengagement richtet sich vor allem auf die Erschließung von Märkten. Die Zulieferer der Zulieferer (»second tier supplier«) sind weniger international tätig; wenn sie denn im Ausland produzieren, dann vor allem aus Kostengründen.

Es gibt also eine Reihe besonders von Großfirmen, die Produktionskapazitäten in Osteuropa aufgebaut haben. Wie passt das aber mit dem Befund zusammen, dass die Autoindustrie in Deutschland heute etwa 20 Prozent mehr Menschen beschäftigt bzw. ausbeutet, als vor zehn Jahren?[2]

Das hängt neben einem konjunkturellen Aufschwung mit der Rückverlagerung von Produktion zusammen. Beide Untersuchungen des Fraunhofer Instituts kommen zu dem Schluss, dass die Firmen, die mittlerweile global über Produktionskapazitäten verfügen, diese flexibel nutzen und somit die Belegschaften gegeneinander ausspielen können. Sogenannte »Modernisierungpotenziale« seien hier aber noch weiter zu nutzen, das würde weitere Arbeitsplätze in Deutschland sichern und schaffen helfen. Schon jetzt seien aber »Fortschritte« auf dem Gebiet der Flexibilität und Lohnhöhe zu verzeichnen, so dass die Quote der Firmen, die in den letzten Jahren Produktion nach Deutschland zurückgeholt haben, angestiegen ist. Im Jahre 2001 haben 12 Prozent der Autozulieferer rückverlagert – gegenüber 25 Prozent, die im selben Jahr Produktion ins Ausland verlagerten. Auffällig sind die steigenden Kosten pro Arbeitsplatz in den MOE-Ländern durch den zunehmenden Einsatz von Maschinerie in diesen Ländern.

Zudem wird festgestellt, dass Firmen, die sowohl in Deutschland, als auch im Ausland Produktionskapazitäten aufgebaut haben, überdurchschnittlich viele Arbeiter in Deutschland eingestellt haben. In diesem Zusammenhang wird von »Veredelungseffekten« gesprochen, d.h., dass einfache Arbeiten ins Ausland verlagert werden, die Profitibalität des Konzerns dadurch steigt und dadurch höher bezahlte Jobs in Deutschland geschaffen werden.

Neben den niedrigeren Löhnen als Grund für eine Verlagerung ins Ausland gibt es aber auch Gründe, die gegen solche Verlagerungen sprechen. In einer Befragung, die das *Institut für Wirtschaft* in Köln im Auftrag der Unternehmerverbände *Gesamtmetall* und *M+E Forum* durchgeführt hat, geben die angesprochenen Firmen an, dass die Vorteile des »Standortes D« in der guten Infrastruktur, Logistik, Ausbildung, sicheren Versorgung mit Energie, Wasser usw. bestünden.[3]

Natürlich jammern sie und beklagen die »Wohlstandsmentalität«, Unflexibilität, nachlassende Bildung der Arbeiter sowie staatliche Bürokratie (sprich Arbeitsrecht und Umweltschutzauflagen und natürlich zu hohe Steuern), aber das scheint in vielen Bereichen noch nicht so schlimm zu sein, dass sie tatsächlich auf die Vorteile verzichten möchten.

[1] »Automobilzulieferer in der Klemme. Vom Spagat zwischen strategischer Ausrichtung und Auslandsorientierung«

[2] Financial Times Deutschland vom 16.4.2004

[3] »Wieviel Deutschland verträgt die M+E Industrie? Auslandserfahrungen der deutschen M+E Industrie. Eine empirische Bestandsaufnahme und Fallstudien«, IW-Consult, 2004

Soweit die Statistik. Was können wir daraus schließen? Zunächst einmal, dass die Gleichsetzung von »Direktinvestitionen« mit »Auslagerungen« nicht hinhaut; ein wesentlicher Teil der Direktinvestitionens in den Jahren nach der Öffnung bestand im Aufkauf von strategischer Infrastruktur. Es gibt zweifellos einen Trend zu Produktionsverlagerungen, der aber nur bestimmte Bereiche betrifft und nicht den Umfang hat, den ihm die allgemeine Propaganda andichtet. Demgegenüber steht ein zunehmender Trend von Rückverlagerungen. Dies heißt meist nicht, dass sich Firmen komplett aus den neuen EU-Ländern zurückziehen, sondern deutet auf eine flexible Ausnutzung von Produktionskapazitäten auf beiden Seiten des ehemaligen »Eisernen Vorhangs« hin.

Aus den allgemeinen Statistiken lässt sich nur bedingt erkennen, in welchen Branchen tatsächlich dauerhaft Arbeitsplätze verlagert werden, vermutlich betrifft es weniger den Maschinenbau als vielmehr Chemie-, Druck- und Elektroindustrie. Aber auch diese Sektoren, in denen vor allem angelernte Arbeiter tätig sind, scheinen weiterzuwandern, fragt sich nur wohin – weiter nach Osten? Ukraine, GUS, vielleicht ..., Südosteuropa, China?

Wie hat nun die Arbeiterklasse in den Ländern Osteuropas auf die Globalisierung und das Eindringen großer Konzerne reagiert? Eine Antwort ließe sich aus Zahlen über Lohnentwicklung, Feiertage, Streiks, Migration usw. ableiten. Steigende Kapitalausstattung der Arbeitsplätze in Mittelosteuropa ließe sich als Hinweis auf Arbeitskämpfe interpretieren ...

Die Konsequenzen für die ArbeiterInnen hier wurden oben schon angedeutet; das deutsche Kapital, so es denn nicht allein neue Märkte erobern will, würde gerne hier bleiben, drängt aber massiv auf eine Verbilligung der Arbeitskraft. Die Firmen, die auf eine Auslagerung »verzichten« bzw. wieder zurückverlagern, haben die Arbeitshetze verschärft und die Löhne gesenkt.[4] Zudem haben die Verlagerungen von niedrig qualifizierter Arbeit oftmals zu einer »Veredelung« der Arbeitsplätze in Deutschland geführt, d.h. hier sind höher qualifizierte Jobs entstanden, mit entsprechenden Lohnzuwächsen der Betroffenen. Die aktuelle Diskussion um die Verlagerung von »hochwertigen« Jobs soll auch diesen Arbeitern und Angestellten zeigen, dass sie ersetzbar sind: »entweder Verlagerung oder Einwanderung von billigen Fachkräften«.[5]

Neu eröffnet wurde die Debatte um die Verlagerung von Dienstleistungsarbeiten. So hat die Deutsche Bank eine Studie veröffentlicht, in der sie propagiert, dass nach der Industrie nun der Finanz- und Versicherungsbereich »reif« sei – immerhin habe dieser Sektor noch eine »Fertigungstiefe« von 80 Prozent, verglichen mit 20-25 Prozent bei der Elektro-/Autoindustrie. Hiermit wird vor allem den IT-Abteilungen gedroht. Eine Frage wäre denn auch, was sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungsbereich für konkrete Veränderungen in den Fabriken und Büros stattgefunden haben, was ist genau unter »Veredelung« zu verstehen?

Hat sich in Deutschland die Angst vor der »Billigkonkurrenz« bereits in den Köpfen festgefressen und bei der Durchsetzung von immer weiteren tariflichen Verschlechterungen geholfen, so interessiert uns, wie sich in den Zielländern der Großkonzerne die ArbeiterInnen angesichts neuer Formen der Ausbeutung verhalten.

Wir haben GenossInnen aus Deutschland und Italien gefragt, die sich mit Rumänien beschäftigen – Devi Sacchetto schreibt seit Jahren über die Auslagerung von Industriearbeit von Italien nach Osteuropa; ein wichtiger Teil seiner Untersuchungsarbeit besteht darin, in diese Länder zu fahren und Interviews mit ArbeiterInnen zu machen – außerdem die tschechische Gruppe *Solidaritan*. Unsere Auswahl ist eher zufällig, nach Ungarn und Polen fehlen uns einfach die Kontakte. Die Beiträge zu Rumänien und Tschechien können nur ein Anfang zu einer Diskussion um eine mindestens europäische Perspektive von Arbeiterkampf darstellen. Meldet Euch also ruhig, wenn ihr Kontakte nach Osteuropa habt!

Da eine solche Diskussion aber auch aus der Perspektive der ArbeiterInnen hier geführt werden muss, bringen wir schließlich einen Bericht über eine Wuppertaler Fabrik von Visteon. Visteon ist ein international agierender Autozulieferer, der praktisch im Ford-Werk die Produktion der Lenksysteme übernommen hat. Unter dem Druck der angedrohten Jobverlagerungen hat sich hier allerhand (zum Schlechten) verändert. Kurz vor Redaktions erreichte uns noch die Nachricht, dass Anfang Juni im Visteon-Werk in Bedford (Indiana, USA) ein hart geführter Streik stattgefunden hat, in dem die ArbeiterInnen sich nicht durchsetzen konnten; ein Teil der Jobs wird ausgelagert werden.

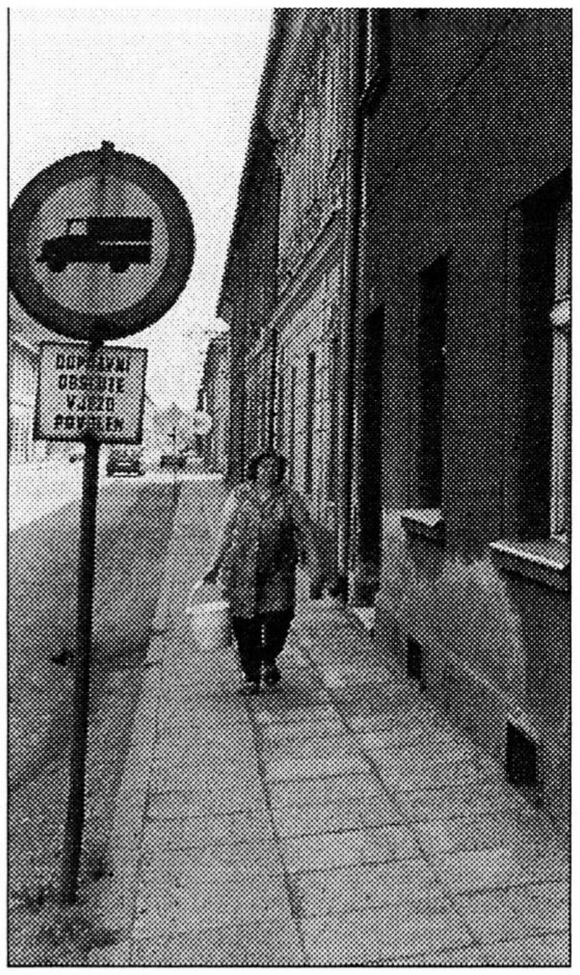
■

[4] Im discussion paper nr. 385 des Deutschen Institutes für Wirtschaft Berlin vom März 2004 (»Winners and Losers: Fragmentation, Trade and Wages revisited«) wird festgestellt, dass in den letzten Jahren die Löhne in den unteren Lohnkategorien um 1,8% zurückgegangen sind, während die in den oberen um 3,3% zugewonnen haben.

[5] »Laut Studie (des ›renommierten Londoner Forschungsinstituts CEPR‹) werden künftig vor allem hochwertige Jobs von einer möglichen Verlagerung betroffen sein. Grund sei, dass in Deutschland ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften herrsche. Nötig sei deshalb mehr Einwanderung.« (FTD vom 1.4.2004)

Investitionen in Tschechien:

Aufschwung oder Absturz?



Die Transformation nach 1989 in Richtung Privatkapitalismus wurde zunächst vor allem vom Kampf innerhalb der herrschenden Klasse um den Charakter dieses Wandels beeinflußt. Eine Fraktion der tschechischen Bourgeoisie unter Führung des späteren Präsidenten Vaclav Klaus setzte sich schon 1990 in diesem Machtkampf durch. Als Chef der *ODS (Bürgerlich-Demokratische Partei)* befürwortete er den sogenannten »Tschechischen Weg« der Privatisierung. Dieser beruhte hauptsächlich darauf, einheimische Investoren – meist Mitglieder der Partei-Nomenklatura des vorherigen Regimes – zu bevorzugen. Diese Leute waren eher an der Mehrung des eigenen Geldbeutels interessiert als an einer produktiven Verwertung des Kapitals – durch die »Gutschein-Privatisierung« häuften sie große Vermögen an und transferierten sie auf Bankkonten im Ausland.

Zu erwähnenswerten ausländischen Investitionen kam es erst 1995, als die Regierung 27 Prozent des Monopolunternehmens *SPT Telecom* an das schweizerisch-niederländische Konsortium *TelSource* verkaufte. Dies war zwar die erste bedeutende ausländische Investition, aber es ging nicht so sehr um die Veränderung der Produktion selbst, sondern lediglich um die Übernahme bereits bestehender Strukturen und Produktionskapazitäten. Zu Investitionen in den Bau neuer Fabriken kam es noch nicht. Die Beteiligung von *Volkswagen* am Skodawerk *Mlada Boleslav* 1991 hatte etwa denselben Charakter, genauso die Übernahme der tschechischen Tabakindustrie durch *Philip Morris*, die Investitionen des Energiekonzerns *E.ON* im südböhmischen Kraftwerksbau und vor allem die größte deutsche Investition, die Beteiligung des Gaskonzerns *RWE* am tschechischen Gas-Monopolisten *Transgas* im Jahr 2002. Es gab noch weitere Investitionen dieser Art, z.B. die Übernahme der Kontrolle im tschechischen Bankenwesen, das nach einer Reihe von Bankrotten im Jahr 1990 völlig am Boden lag, durch ausländisches Kapital.

Der eigentliche Boom an ausländischen Direktinvestitionen in Tschechien begann 1999, ein Jahr nach dem Wahlsieg der tschechischen Sozialdemokraten (*CSSD*). Diese neue Regierung führte viele Vorteile und Anreize ein, um neue Investoren anzuziehen. Neu gegründete Firmen oder Firmen, die in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit investierten, erhielten zehn Jahre Steuerfreiheit, verbilligte Grundstückspreise und Subventionen für den Aufbau der Infrastruktur.

Der Umfang der nach Tschechien fließenden Gelder schwoll in der Folge an; während 1998 noch 2,64 Mrd. US-Dollar nach Tschechien flossen, waren es ein Jahr später bereits fast doppelt so viel. Im Jahr 2002 wurde mit mehr als neun Mrd. US-Dollar der Höhepunkt erreicht. In den Jahren 1999 bis 2001 machten ausländische Investitionen zehn Prozent des tschechischen Bruttoinlandsprodukts aus.

In dieser Phase konzentrierten sich die internationalen Konzerne auf den Aufbau neuer Fabriken und Produktionskapazitäten. Vor allem die Automobil- und Elektroindustrie baute neue Fabriken; fast die Hälfte allen ausländischen Kapitals ist im Auto- und 20 Prozent in der Elektroindustrie angelegt. Die meisten dieser Großkonzerne stammen aus der EU, allein ein Viertel aus Deutschland. Außerdem investieren zunehmend Firmen aus Asien, die nach Tschechiens EU-Beitritt einen leichteren Zugang in die EU erreichen wollen.

Der Anstieg an Investitionen im Bereich strategischer Dienstleistungen kam im Jahr 2003. Die mittlerweile zur Deutschen Post-Tochter gehörende Logistikfirma *DHL* begann in diesem Jahr, ihr Europazentrum für Dienstleistungen und Informationstechnologie in Prag zu bauen. Auch andere Logistikkonzerne wie *Air France* folgten mit Großinvestitionen. Einen ähnlichen Trend sehen wir in der Slowakei, wo nach den großen Investitionen von *VW*, *Peugeot, Hyundai/KIA* und der Elektronikfirma *Samsung* letztere ein Logistikzentrum für

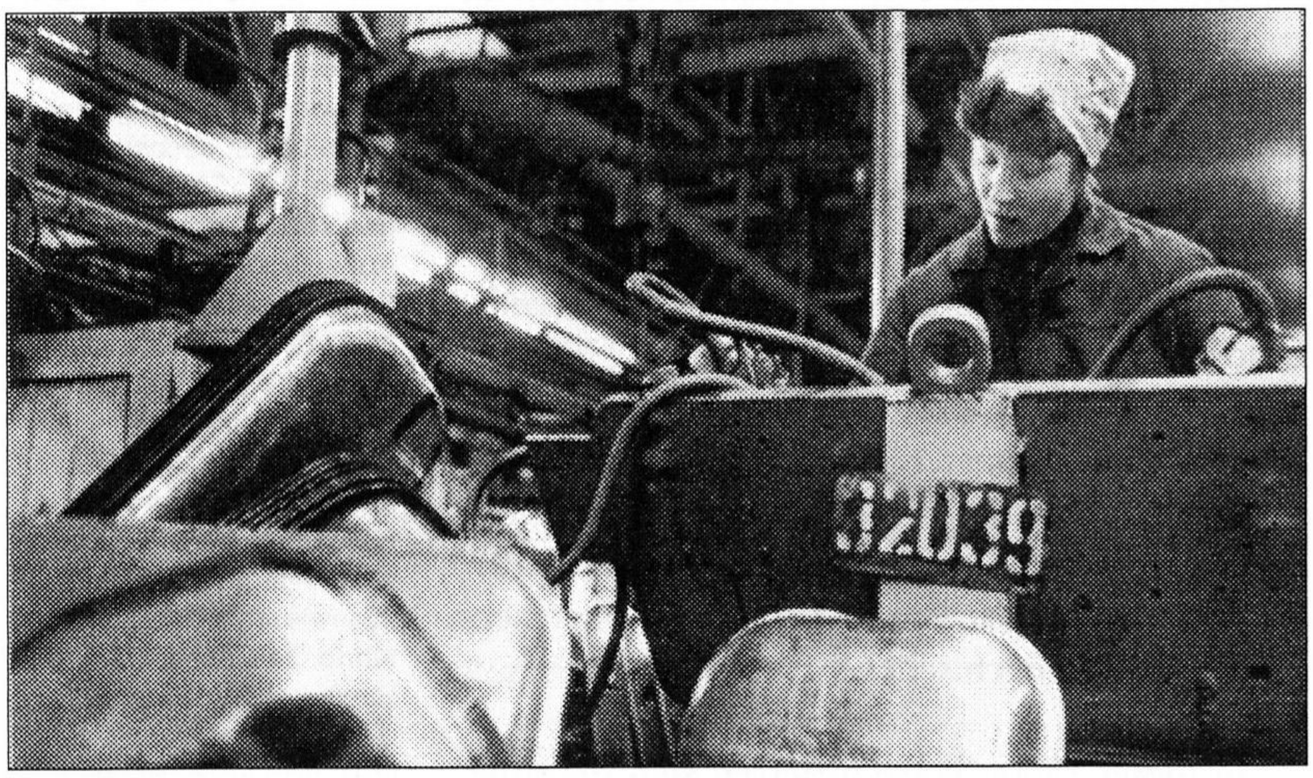
Dräxlmaier
Clever war der VW-Zulieferer *Dräxlmaier* in Emden. Dort werden – fast ausschließlich von Frauen – Kabelbäume für den Passat produziert und just-in-time geliefert. Hier ist die Produktionsverlagerung nach Polen schon beschlossene Sache. Die IGM wollte über den sozialverträglichen Abbau von 120 der 160 Stellen verhandeln. Am 2. Juni 2004 wurde die Lieferung der Kabelbäume ans benachbarte VW-Werk von der Speditionsfirma *Weets* übernommen, den 40 ArbeiterInnen bei Dräxlmaier wurden andere Arbeiten zugewiesen. Als Argument führte die Geschäftsleitung Streikdrohung an, welches die IGM empört von sich wies. (Die Angst ist verständlich, ein echter Streik würde binnen Stunden die Produktion im VW-Werk zum Erliegen bringen.) Nun wird befürchtet, dass auch die Logistik mit den letzten 40 Arbeitsplätzen dauerhaft outgesourct werden soll und somit das gesamte Werk in Emden geschlossen wird. Vollkommen überrumpelt führte die IGM am 7. Juni 2004 einen dreieinhalbstündigen Warnstreik mit 120 ArbeiterInnen vor der Spedition durch. Am 14. Juni 2004 begannen die Sozialplanverhandlungen um Abfindungen und Qualifizierungen.

Rodenstock
Deutschlands größter Brillenhersteller will die Produktion von Regen (Bayern) nach Klatovy (Tschechien) verlagern. Die Verlagerung betrifft 400-420 ArbeiterInnen des bayerischen Werkes. Die Einsparvorschläge von 30 Mio. Euro (u.a. 20 Prozent Lohnverzicht) des Betriebsrats waren dem Unternehmen zu gering. Die IGM darf nun Abfindungen und Qualifizierungsmaßnahmen fordern und erinnert gar daran, dass sie auch streiken könnten. Ernsthafte Gefahr droht dem Unternehmen von anderer Seite: Sie könnte das Label *Made in Germany* verlieren, da die Wertschöpfung nur noch zu ca. 50 Prozent in Deutschland stattfindet.

Mitteleuropa aufbaut. Die Investitionen in Entwicklungszentren und strategische Dienstleistungen bleiben meist auf Prag und Brno begrenzt.

Die Grenzen dieses Trends zu Großinvestitionen in Tschechien werden aber bereits sichtbar. Das Jahr 2003 brachte einen drastischen Absturz der Gesamtinvestitionen auf den niedrigsten Wert seit 1997. Auch das tschechische Amt für Statistik muss zugeben, dass »die Weltrekorde an ausländischen Direktinvestitionen, die Tschechien in den letzten Jahren hielt, jetzt Vergangenheit sind«. Im Jahr 2003 kam es auch zum ersten Mal zu einem Rückgang der wiederinvestierten Profite in Tschechien.

Einer der Gründe für diesen Rückgang mag darin liegen, dass Teile der tschechischen Bourgeoisie, bzw. des Staatsapparates, ihre angehäuften Vermögen nun auch vermehrt zum Rückkauf veräußerter Anteile benutzt haben – in Erwartung eines weitergehenden Booms. Hier wäre bspw. der Rückkauf von 49 Prozent der Anteile an der Mobiltelefonfirma *Eurotel* von amerikanischen Investoren zurück an die *Cesky Telecom* zu nennen. Diese Transaktion sollte die Möglichkeiten zum Verkauf der gesamten staatlichen Anteile an *Cesky Telecom* verbessern, den die Regierung für 2005 plant. Das gleiche gilt für den Rückkauf der Anteile von *TelSource* an *Cesky Telecom* seitens tschechischer Investoren.



Ein anderer Grund wird in mangelnder Produktivität und fehlenden Fachkräften gesehen. In Reaktion darauf versucht die Regierung, Hochqualifizierte aus verschiedenen Ländern Osteuropas, wie z.B. aus der Ukraine, Weißrussland und Bulgarien, nach Tschechien zu holen. Und Vertreter der Auto- und Elektroindustrie haben die Regierung aufgefordert, das Ausbildungssystem zu reformieren, damit genug qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Sie warnen davor, dass die gegenwärtige Lage zu einem Ende des Investitionsflusses und zu Unterbrechungen der bereits laufenden Produktion führen könnte.

Die Autoindustrie

Wie gesagt ist die Autoindustrie zum wichtigsten industriellen Sektor in Tschechien geworden. 85 Prozent ihrer Produktion gehen in den Export, das macht 21 Prozent des gesamten tschechischen Exports aus. 130 000 ArbeiterInnen sind in der Autoindustrie Tschechiens beschäftigt. Es gibt Regionen wie Liberec im Süden Tschechiens, die zu fast 90 Prozent abhängig von der Autoindustrie sind.

Es gibt aber trotz der Bedeutung dieses Sektors dort kaum wichtige Kämpfe. Es gab einige Warnstreiks bei *Skoda Mlada Boleslav* und den Zweigniederlassungen im mährischen Kvasiny und in Vrchlabi. Sie standen im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Tarifvertragsverhandlungen, die von den Gewerkschaftsbossen angekündigt waren und so geführt wurden, dass kein offener Streik ausbrach. In den letzten Jahren kam es einige Male zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen wegen der hohen Geschwindigkeit der Fließbänder oder gegen irregulär angesetzte Nachtschichten. Aber gerade beim letzten Beispiel handelte es sich eher um einen Teil der gewerkschaftlichen Verhandlungsstrategie als um autonome Arbeiterkämpfe, wenn wir den uns zugänglichen Informationen vertrauen dürfen.

Der Ausbruch offener Konflikte bei *Skoda* wird u.a. durch effektive ›Puffer‹-Taktiken seitens des Managements und der Gewerkschaften verhindert. Einen solchen Puffer stellen die von der Slowakei aus operierenden Zeitarbeitsfirmen dar. Stehen Entlassungen an, betrifft es zunächst deren ArbeiterInnen. Neben solchen Taktiken zur Abfederung der Konflikte für die tschechischen Arbeiter – natürlich auf Kosten der ausländischen Arbeiter – werden sie zunehmend durch Drohungen mit einer Verlagerung der Produktion in die Ukraine unter Druck gesetzt. *VW* hat dort bereits eine Fabrik gebaut.

Anfang letzten Jahres wurden bei der zur amerikanischen *Terex Corporation* gehörenden LKW-Fabrik *Tatra Koprivnice* Massenentlassungen angekündigt, aber es gab keine Streiks. Die ArbeiterInnen dieser Fabrik traf es hart, in ihrer Region Nordböhmen liegt die Arbeitslosigkeit bereits bei 20 Prozent. Es gab eine Demonstration, an der viele solidarische Einwohner von Koprivnice teilnahmen und sogar einige ArbeiterInnen von *Skoda* aus dem nahegelegenen Kvasiny. Die ArbeiterInnen buhten den Gewerkschaftsboss aus, als er sie davon zu überzeugen versuchte, dass die Entlassungen die Aussichten für die Fabrik verbessern würden. Es gab sogar Stimmen, die für radikalere Aktionen gegen das Management eintraten, aber die Wut der ArbeiterInnen nahm letzlich nicht die Form offener Kämpfe an.

All diese Konflikte fanden in Firmen statt, die als bereits bestehende Fabriken übernommen worden waren und wo die Gewerkschaft traditionell mehr Einfluss hat, und bisher hatten die Gewerkschaften die Ereignisse völlig unter Kontrolle. In den neuen Autofabriken gibt es meist keine Gewerkschaften. Das heißt einerseits, dass Konflikte in diesen Fabriken nicht an die Öffentlichkeit dringen und vielleicht verdeckt bleiben. Andererseits kann es aber auch heißen, dass das Fehlen von Vermittlungsinstitutionen Platz läßt für mögliche autonome Kämpfe, die sich nicht in deren Netzen verfangen müssten.

Die Elektroindustrie

Im Gegensatz zur Autoindustrie hat die tschechische Elektroindustrie mit einer schweren Krise zu kämpfen. Auf Grund »zu hoher« Löhne verließ bspw. *Flextronics* Tschechien in Richtung Ungarn und China, *Philips* stoppte weitere Investitionen usw.. Für die übertriebenen Hoffnungen auf den Elektroindustriesektor ist *Flextronics* ein ideales Beispiel. *Flextronics* kam im Jahr 2000 nach Brno, gelockt von den o.a. staatlichen Beihilfen, und versprach, in den kommenden fünf Jahren 3000 ArbeiterInnen einzustellen. Die Firma investierte 12,58 Mio Euro in neue Fertigungslinien, und 2001 waren dort 2400 ArbeiterInnen angestellt – das war aber schon der Höhepunkt der Firmengeschichte in Brno. Im Sommer 2002 verkündete das Management die Schließung der Fabrik und die Verlagerung der Produktion nach Ungarn und China. In Brno blieb nur ein winziges Zentrum für Design zurück.

Ähnliche Signale kommen auch von anderen Firmen dieser Branche. *Philips* baute für 240 Mio. Euro eine Fabrik in Hranice in Mähren, strich aber geplante Investitionen in Höhe von 400 Mio. Euro. Zuerst hieß es von *Philips*, man wolle 3250 Menschen beschäftigen, aber heute arbeiten in der Fabrik lediglich 1270 Leute. Noch weist *Philips* Unterstellungen zurück, sie wollten die Fabrik schließen, aber die Erfahrungen mit *Flextronics* zeigen, dass eine solche Entscheidung ohne jede Vorwarnung kommen kann. Auch der amerikanische Batteriehersteller *Energizer* beschloss dieses Jahr, Tschechien wieder zu verlassen. Für viele Regionen bedeutet diese Entwicklung wirtschaftlich ein Desaster – in der Region um Plzen flossen bis zu drei Viertel aller Investitionen in den Elektroniksektor.

Auch aus diesem Sektor haben wir keinerlei Informationen über bedeutende Kämpfe. Allerdings stellt sich die Situation aus gewerkschaftlicher Sicht anders dar als in der Autoindustrie. Während dort in vielen Fällen alte Fabriken mit

ihren Belegschaften und auch den gewerkschaftlichen Strukturen übernommen wurden, wurden die Elektronikfabriken auf der »grünen Wiese« gebaut und arbeiten mit neu ausgebildeten und angelernten ArbeiterInnen. Ob dieses Fehlen institutionalisierter Strukturen eher einen Vorteil darstellt oder nicht, werden wir sehen.

Migration, Prekarisierung und Löhne

Laut Statistik beträgt der Durchschnittslohn in ausländischen Betrieben in Tschechien 17.000 Kc (534 Euro) – das wäre etwa 13 Prozent mehr als in Betrieben in tschechischem Besitz. In Wirklichkeit verdienen aber 65 Prozent aller ArbeiterInnen weniger als den Durchschnittlohn – auch in den Betrieben mit ausländischem Kapital. So verdienen (tschechische) ArbeiterInnen bei *Flextronics* 11.000 Kc (ca. 346 Euro) einschließlich Überstunden. Die ArbeiterInnen aus der Slowakei haben dort noch weniger, da sie Gebühren an die Leiharbeitsfirmen zahlen müssen. Nicht nur in der Autoindustrie, auch in anderen Bereichen wird vermehrt auf ausländische Arbeitskräfte zurückgegriffen. Sie arbeiten natürlich für weniger Lohn.

Der Einsatz von Leiharbeitsfirmen, die ihr Personal oftmals aus dem Ausland, bevorzugt aus der Slowakei und der Ukraine rekrutieren, ist mittlerweile üblich geworden. Ausländische Konzerne waren hier als Auftraggeber Vorreiter, aber die »heimischen« Firmen lernen schnell. Im *Skoda* Auto-Werk sind von 22.800 ArbeiterInnen mehr als 10 Prozent prekär, bei *Celestica* sogar 20 Prozent. Diese Art von Prekarisierung gibt es nicht nur in der Automobil- oder Elektroindustrie, sondern auch im Einzelhandel, dem Bergbau, in der IT- und Touristikbranche.

Durch die Medien gingen in den letzten Monaten Berichte über einige hundert Arbeiterinnen aus Nordkorea, die in der Textilfabrik der italienischen Firma *Kreata* und einigen anderen Betrieben arbeiten. Sie verdienen nicht mehr als 6000 Kc (188 Euro) und müssen den vollen Lohn der nordkoreanischen Botschaft in Prag übergeben. Dass dieser »Fall« in den offiziellen Medien soviel Auf-

Daimler-Chrysler
In Mannheim ist die Auslagerung der Kabelfertigung zu einem japanischen Unternehmen, das in Tschechien produzieren lässt, beschlossene Sache. Etwa Mitte 2004 sind die über 800 Arbeitsplätze definitiv weg. Die Belegschaft hat die Unzufriedenheit nicht in Gegenwehr umgesetzt. Der Betriebsrat hat kampflos zugestimmt. Mit der Zusicherung einer Beschäftigungsgarantie bis 2007 und dem vagen Versprechen, es solle neue Arbeit nach Mannheim geholt werden, wurden die Leute vertröstet und stillgehalten...

http://www.kollegeninfo.de/extras/DC%20Worker%20News.html

heben verursachte, hat damit zu tun, dass er als besonders »außerordentlich« dargestellt werden konnte und dass »wir« nichts damit zu tun haben. Das »Üble« sei nur ein Ausdruck des nordkoreanischen Regimes, die tschechischen ArbeiterInnen haben demgegenüber ja wohl keinen Grund, sich zu beschweren... In Wirklichkeit ist aber die Arbeit für den Mindestlohn, nicht bezahlte Überstunden, mit befristeten Arbeitsverträgen etc. in Tschechien schon üblich. Gerade ausländische Firmen versuchen, den Arbeitern Druck zu machen – Absentismus ist bei tschechischen ArbeiterInnen sehr verbreitet und für private Konzerne nicht zu dulden. Das spiegelt sich auch in der Produktivität wider: Die Betriebe unter ausländischer Kontrolle haben eine um 53,9 Prozent höhere Produktivität als die im Besitz des tschechischen Kapitals. Diese größere Arbeitshetze wird durch etwas höhere Löhne erkauft.

Aufschwung oder Absturz

Die bürgerlichen Medien und die Regierung versuchen es so aussehen zu lassen, als sei der Rückgang an Investitionen im letzten Jahr lediglich eine kurzzeitige Abweichung vom Kurs und der Abzug von Firmen wie *Flextronics* oder *Energizer* eine Ausnahme. Bestätigt wird dieser Eindruck auch durch Erklärungen, Tschechien werde in den kommenden zehn Jahren eines der zehn attraktivsten Länder für Investitionen sein. Selbst wenn das so wäre, bedeutete das nur eine weitere ›Globalisierung‹ der tschechischen Wirtschaft. Aber die gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaft ist nicht nur ein Problem – möglicherweise werden dadurch Bedingungen geschaffen, die einen neuen Raum für einen Klassenkampf schaffen, der auf staatliche Grenzen keine Rücksicht nimmt.

Solidaritan

Gelobtes Land und Klassenkampf:

Rumänien nach der Wende

Alle Zahlen, soweit nicht anders angegeben:
Romanian Statistical Yearbook, National Institute of Statistics (2000), Bucharest (CD-ROM)

Die Umstrukturierung von Produktion und Gesellschaft, die in Rumänien gelaufen ist, wirft auch ein neues Licht auf die Veränderungen in den EU-Ländern. Rumänien ist integraler Bestandteil des Großraums Europa mit seinen neuen und alten Formen von Arbeit und Arbeiterkämpfen. Die Integration Rumäniens in das europäische Beschäftigungssystem hat durch die Veränderungen in den rumänischen Betrieben und durch die Migration einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zwischen rumänischen und ausländischen Unternehmen, aber auch zwischen rumänischen und ausländischen ArbeiterInnen ermöglicht.

Eine ganze Reihe von sozialen und politischen Erscheinungen haben Rumänien in den letzten Jahren verändert: Der Einstieg ausländischen Kapitals, bei dem es oft um die reine Ausbeutung der lokalen Arbeitskraft ging, die allmähliche Zunahme von Arbeiterkämpfen sowohl in Verbindung mit den offiziellen Gewerkschaften als auch komplett unabhängig von ihnen, der Anfang von freier Migration, besonders von Frauen, und schließlich eine zunehmende Verarmung, die überwiegend Alte und Frauen trifft.

Verländlichung als Ausdruck wachsender Arbeitslosigkeit

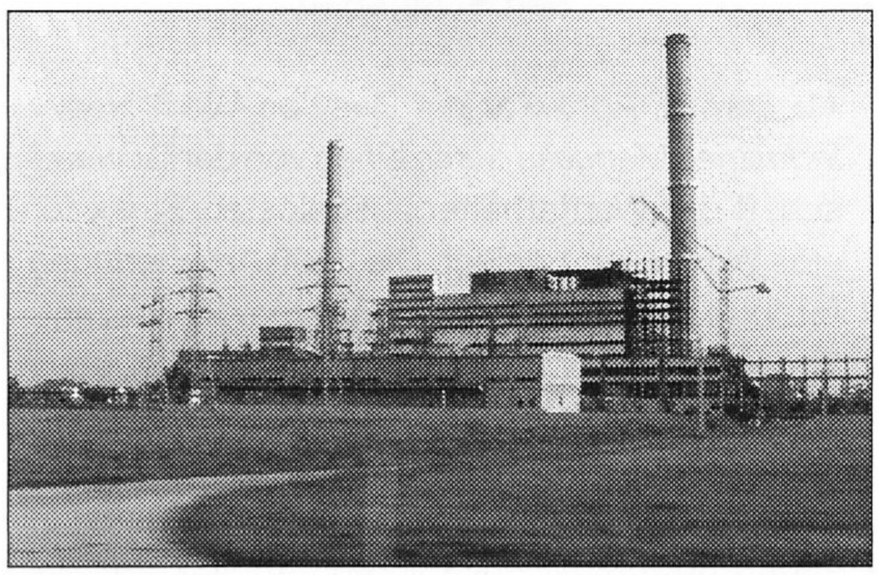
Die ökonomischen und politischen Umstrukturierungen seit 1990 haben die materiellen regionalen Unterschiede verschärft. Besonders in den ersten Jahren flossen die Auslandsinvestitionen in die

Regionen mit den günstigsten politischen Bedingungen. Dabei hat der Zustrom internationalen Kapitals auch teilweise schon vorhandene Migrationsmodelle verstärkt, die sich heute im Vergleich zu früher freier und massenhafter darstellen und die bürokratischen Hindernisse gegenüber der inneren Mobilität überwinden. Zu den beeindruckendsten Erscheinungen im rumänischen neuen Kurs gehört der seit Mitte der 90er Jahre zunehmende Verländlichungsprozess. Hinter der Rückkehr aufs Land stehen der Verlust der Arbeitsplätze, das Gefühl der Unsicherheit, die höheren Lebenshaltungskosten und das Fehlen von beruflichen Möglichkeiten. Die Flucht aus der Stadt steht im Widerspruch zu den Sehnsüchten vieler Jugendlicher, denen die Lichter der Großstadt lieber wären, die aber nicht genug fürs tägliche Leben verdienen. Wer aufs Land zurückkehrt, lebt wegen der Einsparungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln oft isoliert. Eine weitere Ursache für die Bewegung zurück aufs Land sind die Bodenprivatisierungsgesetze der 90er Jahre, durch die Tausende von Menschen kleine Grundstücke praktisch geschenkt bekommen haben.[1] Auf dem Land überlebt man mit Arbeit auf den Feldern und in der Viehzucht und tauscht das Nötige.

Die ausländischen Investitionen in Mittel- und Osteuropa konzentrierten sich zunächst auf Ungarn, Tschechien und Polen und fließen erst seit 1997, als die Investitionen 1,215 Milliarden Dollar[2] erreichten, verstärkt nach Rumänien. Die Beschleunigung der Auslandsinvestitionen ging auch in den folgenden Jahren weiter. Ende 2003 lagen sie bei 10,4 Milliarden Dollar. Es handelt sich dabei vor allem um niederländisches (17,3%), französisches (10,5%), deutsches (8,5%), US-amerikanisches (6,7%) und italienisches (6%) Kapital. Deutschland und Italien haben ähnliche Charakteristiken: viele Investoren (fast 11.000 aus Deutschland, über 14.000 aus Italien) und ein relativ niedriges Investitionsvolumen. Investiert wurde vor allem in Industrie (54,4%), professionelle Dienstleistungen (15,8%) und Handel (16,6%).[3] Es handelt sich um internationales Kapital, das vor allem neue Werke auf der grünen Wiese errichtet, aber auch in einige der wichtigen, gerade privatisierten staatlichen Firmen fließt.[4] Die Investitionen auf der grünen Wiese gehen in bisher landwirtschaftlich oder vom Bergbau genutzte Gegenden und nutzen die Einrichtung von »Sonderexportzonen«. Hier herrschen besondere Regeln wie Steuerbefreiung für Ausrüstungen und die Möglichkeit für die Firmen, besonders günstige Arbeitsverträge abzuschließen. Zur Zeit gehen die Auslandsinvestitionen außer in die Hauptstadt Bukarest vor allem in den Nordosten um Timisoara und Arad und in die Mitte um Brasov, Sibiu und Cluj.

Fabriken auf der grünen Wiese

Besonders in sehr arbeitsintensiven Sektoren mit großen Investitionen von ausländischem Kapital und starker Exportorientierung hat sich die Produktion von Grund auf verändert: Fast die Hälfte des rumänischen Im- und Exports wird von ganz oder teilweise in ausländischem Besitz befindlichen Firmen in Bukarest und den Provinzen Timis, Arad,



Sibiu und Bihor kontrolliert. Die ökonomische Integration hat also de facto schon stattgefunden: Der wichtigste Wirtschaftspartner ist Italien, gefolgt von Deutschland, Russland und Frankreich.[5]

Anders als im Nachbarland Ungarn haben die verschiedenen rumänischen Regierungen vor allem die passive Lohnveredelung gefördert, bei der zur Vermeidung von Einfuhrzöllen Rohstoffe und Halbfertigwaren importiert und dann Fertigwaren exportiert werden: Zoll wird dabei nur für die Differenz zwischen diesen beiden Werten fällig. Dabei werden die Produktionskosten nachhaltig gesenkt, aber die Souveränität über das eigene Territorium geht verloren.[6]

Die Produktion in Rumänien beruht im wesentlichen auf importierten Rohstoffen und ausländischen Maschinen, und die mittleren und großen internationalen Unternehmen fahren die Produktion je nach Arbeiterprotesten und Abhängigkeit der örtlichen ArbeiterInnen von einem Einkommen hoch und runter.

Durch die starke Umstrukturierung der Produktion ist die Zahl der LohnarbeiterInnen von 8,3 Millionen im Jahr 1989 auf wenig mehr als 4,7 Millionen im Jahr 1999 gesunken, besonders in der Industrie (von 4 auf 2 Millionen), auf dem Bau (von 706.000 auf 338.000) und im Transportsektor (von 667.000 auf 310.000). In der Industrie hat die Umstrukturierung sehr unterschiedlich zugeschlagen: geschrumpft sind besonders Bereiche mit hohem Fixkapital wie Textilindustrie und Maschinenbau, während die Bekleidungsindustrie, wo während der Umstrukturierungen Mitte der 90er Jahre nicht mal ein Viertel der Beschäftigten entlassen wurde, heute mit 243.000 ArbeiterInnen den beschäftigungsstärksten industriellen Sektor darstellt.

[1] Das Gesetz von 1990 sah die Rückübertrag von Grundstücken an Alteigentümer bis zu einer Höchstgrenze von 10 ha Ackerland und 1 ha Wald vor. Durch die Reform von 2000 hat sich die Grenze auf 50 ha Acker und 10 ha Wald erhöht.

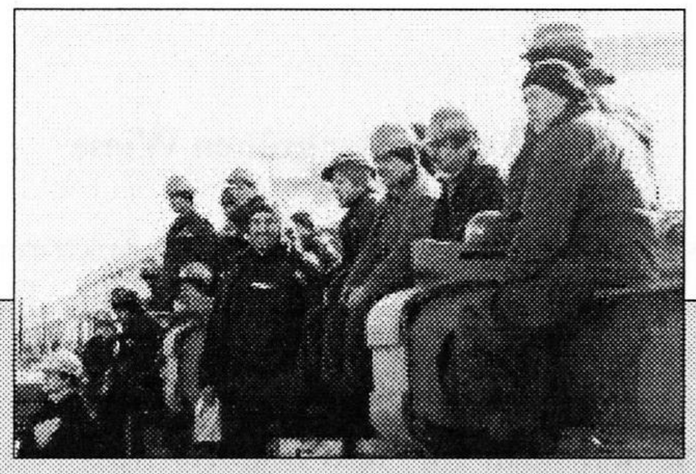
[2] Gemessen in Aktienwert am Jahresende betrugen die Auslandsinvestitionen in Rumänien 1990: 87 Mio., 1991: 217 Mio., 1993: 621 Mio., 1994: 1,271 Mrd., 1995: 1,595 Mrd. und 1996: 2,209 Mrd.US-Dollar.

[3] Verglichen mit Ländern wie Tschechien, Polen und Ungarn handelt es sich trotzdem um niedrige Summen.

[4] So hat Renault z.B. 1999 Dacia übernommen und den Kauf direkt mit der staatlichen Privatisierungsbehörde verhandelt. »Renault redécouvre Billancourt dans les Carpates«, *Le Monde*, 13.07.2001.

[5] 2001 gingen 67,8% der rumänischen Exporte in EU-Länder und verteilten sich wie folgt:
Italien 24,9%,
Deutschland 15,6%,
Frankreich 8,1%,
Großbritannien 5,2%,
Niederlande 3,4%
Österreich 3%.
Es handelt sich um Textil- und Kleidungsprodukte (26,2%) vor allem aus der passiven Veredelung, mechanische Maschinen und Vorrichtungen, elektrische Maschinen und Geräte.
Beim Import sind die Länder im wesentlichen dieselben (Italien 20%, Deutschland 15,5%), wobei Russland seine wichtige Stellung den Erdölprodukten verdankt; Ice (Hg.), *Romania. Congiuntura economica* 2001, Bucarest 2002

[6] Das passive Veredelungsgeschäft wird vor allem in der Textil-, Kleidungs- und Schuhproduktion betrieben, hat aber auch auf andere Bereiche wie z.B. Holz und Maschinenbau übergegriffen.



Werftarbeiter in Mangalia stoppen den Schiffsbau

Ab dem 1. April war die Daewoo-Werft *Heavy Industries Mangalia* durch einen von der Gewerkschaft der Werftarbeiter ausgelösten Streik für eine Woche lahmgelegt. Die 2300 ArbeiterInnen forderten eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Ein Werftarbeiter verdient 6,5 Millionen Lei, etwa 160 Euro. Die Geschäftsführung der Werft bietet nur sechs Prozent sowie eine Prämie in Höhe eines halben Monatslohnes. Die Verhandlungen waren mehrmals gescheitert. An der Auszeit beteiligten sich 900 der 1.400 Arbeiter der Tagesschicht, genug, um den Produktionsprozess zu stoppen. Die Geschäftsführung der Werft behauptete, dass die Streikenden einige Schweißapparate in der Reparaturhalle der Werft zerstört und die Bremsen einiger Kräne blockiert hatten, um die Arbeit anderer Werftarbeiter zu verhindern, was aber von Gewerkschaftsseite zurückgewiesen wurde.
Der Streik dauerte nach neun Tagen noch an. Die Werftarbeiter hielten ihre Forderung nach Lohnerhöhung aufrecht, da sie nicht damit einverstanden waren, dass der Konzern immer höhere Profite machte und eine Lohnerhöhung verweigerte. Das Unternehmen verzeichnete mit jedem Streiktag enorme Verluste.

Inzwischen arbeiten fast zwei Drittel der Industriebeschäftigten in Privatunternehmen, wobei die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen auch ein Indikator für den jeweiligen Vormarsch des internationalen Kapitals sind: 97% in der Bekleidungs- und 80,6% in der Textilindustrie gegenüber 25,3% im Maschinen- und Anlagenbau und 24,2% in der Metallindustrie - Sektoren, von denen sich das Privatkapital ferngehalten hat.[7]

Arbeiterproteste

Die rumänischen ArbeiterInnen konnten in den 90er Jahren ihre Proteste endlich mit weniger Angst als früher inszenieren. Die verschiedenen Regierungen haben auf verschiedene Weise versucht, die sozialen Auseinandersetzungen zu entschärfen, und sie dabei auch gesetzlich geregelt: Vor Beginn eines Arbeitskonflikts müssen heute erstmal Schlichtungsversuche stattfinden.[8] Mit solchen Instrumenten versuchen die Regierungen, den gewerkschaftlichen Waffen die Spitze zu nehmen, auch weil die ArbeiterInnen, die in den ersten Jahren nichts von den Gewerkschaften wissen wollten, jetzt wieder nach einem vereinigenden Moment zu suchen scheinen. Das 2003 verabschiedete neue Arbeitsgesetz scheint erst einmal günstig für die Arbeiterklasse zu sein, und die Arbeitgeberschaft ist dagegen Sturm gelaufen.[9]

Die Zahl der gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe hat von 1990 bis 1999 um 235% auf 653 zugenommen, an denen sich über eine Million ArbeiterInnen beteiligten. Diese Arbeitskämpfe haben überwiegend im öffentlichen Sektor (Bergbau, Gas, Wasser, Raffinerien, Transportwesen, Post und Telekommunikation, Gesundheits- und Sozialwesen) stattgefunden, teilweise aber auch dort, wo das private und internationale Kapital besonders präsent ist (Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie). Dabei ging es zunehmend um Löhne, um Arbeitsbedingungen, Umstrukturierungen und Entlassungen, aber auch um neue Schichtregelungen oder Arbeitsverdichtungen. Schwerpunkte der Arbeitskämpfe sind die vom Bergbau geprägte Provinz Hunedoara im Süden und die Provinzen Sibiu im Zentrum und Timis im Nordwesten, wo sich die Industrie und das internationale Kapital konzentrieren. In letzter Zeit machte besonders der Streik der 60.000 ArbeiterInnen der Nationalen Braunkohlegesellschaft Oltenia von sich reden, die im Februar 2004 eine Woche lang den Abbau komplett lahmlegten.

Lohn und Arbeitszeit

Die größten sozialen Konflikte werden vom niedrigen Lohnniveau und den Arbeitsbedingungen in den Fabriken ausgelöst. Der Mindestlohn, der Anfang 2004 auf 2,8 Millionen Lei (ca. 70 Euro) angehoben wurde, wird regelmäßig an die Inflation angepasst; dazu kommen nur noch Prämien und die in Rumänien weit verbreiteten Essensgutscheine. Der Durchschnittslohn liegt aber bei ca. 100 bis 150 Euro, auch wenn die Lohnunterschiede sich derart verschärfen, dass man kaum noch von einem Durchschnitt sprechen kann. Dabei schneiden die Beschäftigten im Finanz- und Bankwesen, im Post- und Telekommunikationsbereich und im Öffentlichen Dienst im Vergleich am besten ab. Am

[7] Der Maschinenbau war mit 600.000 Beschäftigten der größte Sektor und ist heute praktisch halbiert; die Textilindustrie ist um zwei Drittel geschrumpft und hatte 1999 noch 98.000 Beschäftigte;

[8] Eine vom Arbeitsministerium durchgeführte Untersuchung über 1507 Arbeitskämpfe zwischen 1992 und 1996, an denen etwa 3 Millionen ArbeiterInnen beteiligt waren, kam zu dem Schluss, dass 35% dieser Arbeitskämpfe von den Konfliktparteien (Vertreter von Gewerkschaft und Unternehmen und z.T. auch der Regierung) während der Schlichtung beigelegt wurden; Casale G., *The Settlement of Labour Disputes in Central and Eastern Europe, ILO-CEET Report* No. 22, Genf, 1997, p. 17.

[9] Das neue Arbeitsgesetz schafft unter anderem die befristeten Arbeitsverträge ab. Diese können nur noch in gesetzlich festgelegten Ausnahmefällen abgeschlossen werden. Protest von den Arbeitgebern gab es gegen die Regelungen zu den Arbeitsverträgen, den Kündigungsschutz und die fehlende Flexibilität bei der Verhandlung um Arbeitsprogramme. Der Vorsitzende des rumänischen Unternehmerverbands (AOAR) behauptet, »tendenziell [werde] die soziale Sicherheit vom Staat auf den Arbeitgeber verlagert«; Mediafax, »Il Governo ed i sindacati sono giunti ad un'intesa sul Codice del lavoro«, *Il Gazzettino romeno*, n. 79 (4.-10. Dezember 2002), p. 11.

höchsten liegen die Löhne in den staatlichen Unternehmen und vor allem im Bergbau, wo sie um 50% über dem allgemeinen Durchschnitt liegen.[10] Vor allem unter den IndustriearbeiterInnen haben sich die Unterschiede verschärft. Im produzierenden Gewerbe (Textil, Bekleidung, Schuhe, Leder und Holz) wird viel schlechter gezahlt als im Bergbau und im Energiebereich: Von 1990 bis 1999 haben die Unterschiede von 28% auf 42% zugenommen. Starke Ungleichheiten bestehen auch zwischen FabrikarbeiterInnen und Handwerkern wie Elektrikern und Installateuren.

Zwar gibt es im staatlichen Sektor mehr gewerkschaftliche Arbeitskämpfe als im privaten, aber auch unter dem internationalen Kapital nehmen die Kämpfe zu. Bei dem italienischen Textunternehmen Radici gab es einen mehrtägigen Produktionsstillstand, als bekannt wurde, dass die Firma wegen der schlechten internationalen Marktlage etwa 200 Menschen entlassen wollte. Am verbreitetsten ist jedoch nach wie vor der stille und individuelle Kampf: So ist der Absentismus von 5 oder 6 auf 10 Prozent gestiegen, und vor allem gibt es eine hohe Fluktuation, denn auf der Suche nach höheren Löhnen wechseln die Leute ihren Arbeitsplatz, sobald sie nur können. In den ersten zehn Jahren nach der Wende (1989-99) haben über 40 Prozent der Beschäftigten den Arbeitsplatz oder den Beruf oder beides gewechselt. Das betraf vor allem die unqualifizierten ArbeiterInnen: Von denen, die direkt nach der Revolution gearbeitet haben, ist etwa ein Viertel arbeitslos geworden, ein Zehntel ist aufgrund von Umstrukturierungen entlassen worden und ein weiteres Zehntel, vor allem diejenigen, die umgezogen sind, hat sich aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen. Allgemein sind die berufliche Mobilität und der Marginalisierungsprozess in der Stadt ausgeprägter als auf dem Land.

Die Mittel, mit denen versucht wird, die Streiks zu verhindern, sind die gleichen wie früher: Abklemmen von Telefonen, Desinformation, Entlassung von Gewerkschaftsführern.[11] Aber auch das ausländische Kapital ist stark von diesen Kämpfen betroffen; denn in den Fabriken mit ausländischem Management hat die Arbeitsintensität zugenommen: In einer Art Neo-Taylorismus werden präzise Takte ohne Spielräume vorgegeben. Die Einführung neuer Arbeitsmethoden stößt auf größeren Widerstand in den alten rumänischen Fabriken, während sie in den Werken auf der grünen Wiese auf dem Land leichter durchgeht, da es weder ein historisches Gedächtnis noch praktische Alternativen gibt. Andererseits hat es die rumänische Arbeiterklasse heute mit Maschinen zu tun, wie sie in den stärker industrialisierten Ländern nicht mehr in Gebrauch sind und an denen sich schon die Arbeiterklasse – und die Arbeitgeberschaft – anderer Länder konfrontiert haben.

Die Frauen wandern aus

Auch die Jugendlichen passen sich nur mühsam an schnelle Arbeitsrhythmen bei niedrigen Löhnen an, was einen besonders guten Auswanderungsgrund darstellt. Statt der offiziell geschätzten 300.000 dürfte es in Wirklichkeit um die 1,7 Millionen AuswandererInnen geben. Überwiegend gehen sie nach Italien, Spanien, Deutschland, Israel, Ungarn, Griechenland, Belgien und Österreich. 72% von ihnen haben Arbeitsverträge, aber oft arbeiten sie auch ohne Arbeitsvertrag und ohne gültige Papiere.[12] Die Auswanderung ist eine Antwort sowohl auf die zunehmenden ausländischen Investitionen in Sektoren mit hoher Arbeitsintensität und niedrigen Löhnen als auch auf die wachsende Verarmung. Und dass vor allem Frauen auswandern, zeigt, dass sie auch eine Antwort ist auf die Wiederkehr von Formen des Patriarchats und der Abwertung der Frauenarbeit im Prozess der Neo-Akkumulation, der gleichzeitig auf der unsichtbaren Frauenarbeit beruht. Je mehr die Frauen aus der Öffentlichkeit verdrängt werden, desto mehr nimmt die individuelle Auswanderung zu. Die Armut, von der auch 1989 schon 7 Prozent der Bevölkerung betroffen waren, hat sich ausgeweitet.[13] Sie trifft heute vor allem große Familien auf dem Land, die dort mit wenig Geld überleben können.

Die Situation in Rumänien ist also sehr kompliziert, und einige ausländische Unternehmer stehen schon in den Startlöchern, um ihre Werke woanders hin zu verlagern, etwa in die nahe Ukraine, wo die Löhne niedriger sind und das Arbeitsrecht mit Sicherheit laxer ist. Andererseits scheint die rumänische Arbeiterklasse trotz großer Schwierigkeiten mit den Löhnen nicht bereit zu sein, auf die Dauer das Spiel einer ausländischen Unternehmerklasse mitzumachen, die ihre Betriebe nach Rumänien verlagert, weil sie denkt, sie könnte hier durchsetzen, was zu Hause politisch nicht mehr durchsetzbar ist.

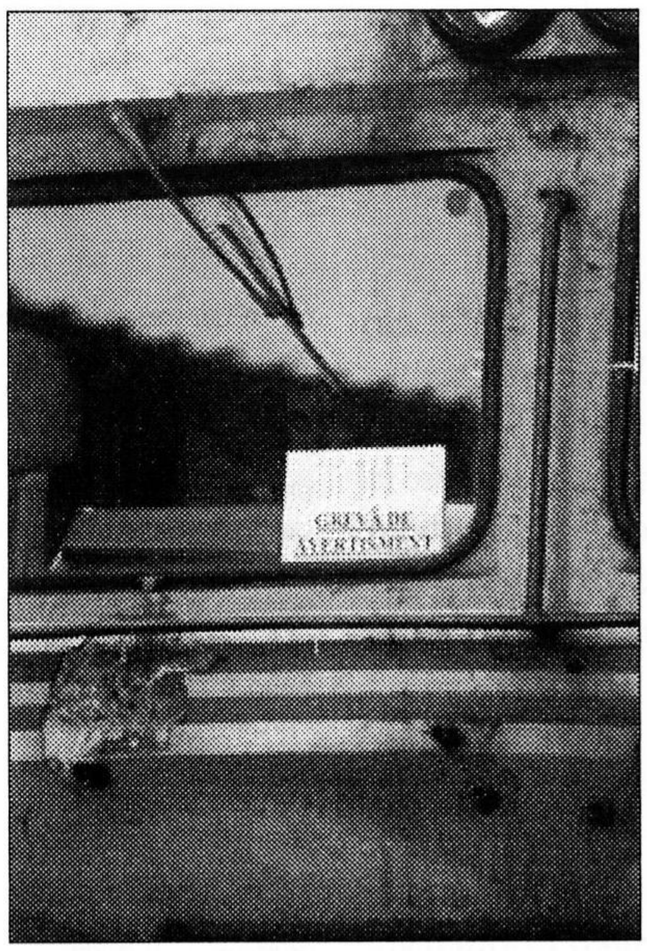
Devi Sacchetto

[10] OECD (ed.), *Economic Surveys Romania*, OECD, Paris, 1998, p. 129.

[11] Nach Protesten der ILO stellte die Geschäftsleitung der Eisenbahnen die entlassenen Gewerkschaftsführer wieder ein. Weitere Proteste bei der Eisenbahn gab es 1998 und 1999 wegen der Forderung nach Lohnerhöhungen von 70%. Die Kämpfe führten zu Lohnerhöhungen von 25% im April 2000, 15% im September 2000 und weiteren 20% im Juni 2001.

[12] Martin P. (2004), *Migration News*, vol. 11, No. 1 (January), *www.migration.ucdavis.edu*

[13] Siehe Research Institute for the Quality of Life, UNDP, (eds.), Poverty in Romania: Causes, Anti-poverty Policies. Recommendations for Action, UNDP, Bucarest, 2001; De Nêve D., »The Political Transformation in Romania since 1989« in Heller W. (ed.), *Romania: Migration, Socio-Economic Transformation and Perspectives of Regional Development*, Südosteuropa-Gesellschaft, München, 1998, pp. 23-35.



Es rumort in Rumänien

Eine Arbeitsstunde kostet in Rumänien im Durchschnitt 1,70 Euro. Niedrige Löhne und Massenentlassungen vor allem bei der Privatisierung oder Umstrukturierung staatlicher Betriebe, aber auch ausstehende Löhne in hochverschuldeten Unternehmen sind Auslöser für die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen, für Protestaktionen oder Streiks. Die Konflikte bewegen sich fast alle im gewerkschaftlichen Rahmen, meist in Bereichen, in denen die Leute vergleichsweise besser verdienen (Lokführer, Piloten, Werftarbeiter). Immer häufiger gibt es aber auch Berichte von nicht gewerkschaftlich organisierten Streiks, die offenbar sehr isoliert bleiben: in der Textilfabrik in Zimnecia, wo Frauen wegen ihres extrem niedrigen Lohnes und unerträglicher Arbeitsbedingungen die Arbeit verweigert haben oder in Timisoara, wo 200 Textilarbeiterinnen wegen der erhöhten Norm in einen wilden Streik traten und in Folge alle entlassen wurden.

Lokomotivführer, Signal- und Fernmeldetechniker im Streik

»Greva de avertisment« – Warnstreik. Diese Ankündigung haben die Lokführer an den Scheiben ihrer Fahrerhäuschen angebracht, kleingedruckt, aber von außen gut sichtbar. Die landesweite Streikaktion zeigte Wirkung: Am 1. März diesen Jahres standen von sieben bis neun Uhr in ganz Rumänien die Züge still. 60.000 Eisenbahner beteiligten sich laut Gewerkschaften daran. Das sollte der Auftakt sein. Mit einem unbefristeten Streik drohten die Lokführer schon seit einigen Monaten.

Ihre Forderungen: Reduzierung der Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden am Tag bei vollem Lohn, Lohnerhöhung um zwölf Prozent sowie Gewährung von Essenmarken.[1] Außerdem protestierten die Eisenbahner gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen: Die Ausrüstung ist zum größten Teil über 30 Jahre alt, es fehlt Schutzbekleidung. Die Lokomotivführer lehnen es zukünftig ab, sich in den nichtbezahlten Ruhezeiten (zwischen zwei Fahrten) in den dafür vorgesehenen Schlafräumen aufzuhalten, in denen sich »nicht einmal ein herumstreunender Hund freiwillig aufhalten würde«. Da die Geschäftsführung der staatlichen Eisenbahngesellschaft (*CFR*) seit Anfang 2003 nichts an der Situation verändert hat, machen die Eisenbahner nun mit Streikaktionen Druck.

Einziges Zugeständnis der Geschäftsführung war eine Lohnerhöhung von drei Prozent. Die beteiligten Gewerkschaften rechneten vor, dass es seit den letzten Lohnverhandlungen eine Inflation von zwölf Prozent gegeben hatte. »Der Lohn ist wie er ist. Wir streiken hier nicht ohne Grund. Sicherheiten hat doch keiner mehr hier in Rumänien«, meinte ein Signaltechniker gegenüber einer Tageszeitung.

Die *CFR* ist ein hochverschuldetes staatliches Unternehmen, mit rund 65.000 ArbeiterInnen in den Bereichen Güter- und Reiseverkehr sowie Infrastruktur einer der größten Arbeitgeber des Landes. Bei Verhandlungen mit dem IWF wurde die Stilllegung von 3000 Streckenkilometern festgelegt, 19.000 Eisenbahnerinnen wurden alleine im vergangenen Jahr entlassen, bis zu 9000 weitere Entlassungen stehen an. Die Arbeit müssen die übriggebliebenen Beschäftigten nun zusätzlich übernehmen. Für diese Arbeitsverdichtung und Produktivitätssteigerung gibt es keinerlei Lohnausgleich. Auch dagegen richtet sich der Protest der Eisenbahner.

Mit dem Warnstreik Anfang März, von dem auch internationale Linien und der Güterverkehr landesweit betroffen waren, erkämpften sich die Lokführer eine Lohnerhöhung von zwölf Prozent. Das ergibt ein Gehalt von sechs Millionen Lei, umgerechnet 150 Euro. Verkehrsminister Mitrea verkündete: »Von nun an ist der Generalstreik der Eisenbahner nicht mehr gerechtfertigt.«

Trotzdem traten am 15. März die Lokomotivführer und Signal- und Fernmeldetechniker der *CFR* in einen unbefristeten Generalstreik. Die Gewerkschaften, die zu dem Streik aufgerufen hatten, hielten sich dabei an die gesetzliche Bestimmung, nach der ein Drittel der Züge (zum Beispiel internationale Züge oder Brennstofftransporte im Güterverkehr) trotz Streik fahren müssen. Die Ei-

[1] Diese Essenmarken im Wert von je 1,50 Euro stellen oft einen »zweiten Lohn« dar. Sie werden in sehr vielen Läden oder Restaurants angenommen, man erhält dafür alle möglichen Nahrungsmittel. In vielen Kämpfen wird von den ArbeiterInnen die Einführung oder eine Erhöhung der Anzahl der Essenmarken gefordert.

Kollektives Krankmachen bei TAROM

Die neue Gesetzesregelung über die Beteiligung bei Tarifverhandlungen war auch Ursache für eine Protestaktion bei der rumänischen Fluggesellschaft TAROM. Am 4. April meldeten sich etwa zwei Drittel aller bei TAROM arbeitenden Piloten krank. Drei Tage lang verweigerten sie auf diese Weise die Arbeit. Damit wollten sie gegen die laufenden Tarifverhandlungen protestieren, an denen sie nicht beteiligt worden waren. Die Gewerkschaft des Bodenpersonals von TAROM, das die erforderliche Mehrheit stellt, sollte den Vertrag auch in ihrem Namen unterzeichnen. Gleichzeitig wollten die Piloten auf ihre Löhne aufmerksam machen, die im internationalen Vergleich lächerlich seien. In Rumänien hat ein Pilot ein Einstiegsgehalt von 12,5 Millionen Lei (etwa 300 Euro), der Flugkommandant einer Boeing verdient etwa 25 Millionen Lei (etwa 600 Euro). Von der Protestaktion waren etliche Inlandsflüge betroffen, aber auch die Flugstrecke Cluj-Sibiu-München.

senbahnerInnen unterstrichen ein weiteres Mal ihre Forderungen nach Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden, die allgemeine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Gewährung von Essenmarken. Noch am selben Tag drohte die Regierung mit gerichtlichen Maßnahmen. In Bukarest, im Gara de Nord, einem der wichtigsten Bahnhöfe des Landes, beteiligte sich kaum jemand an dem Streik. Mit Ausnahme von zwei Personenzügen fuhren dort alle anderen regulär. Die Bukarester Abteilung der *CFR* fungierte als Streikbrecher. Der dort tätige Gewerkschaftsverband, die *CNSLR Fratia* (Nationalverband der freien Gewerkschaften Rumäniens), hatte nicht zum Streik aufgerufen. Anders als der *BNS* (Nationaler Gewerkschaftsblock), der die Lokführer landesweit vertritt, und die Gewerkschaft Elcatel, die sich als Vertreterin der 5000 Signal- und Fernmeldetechniker dem Streik angeschlossen hatte. Die *CNSLR Fratia* steht der Regierungspartei *PSD* nahe und hat sich vertraglich dazu verpflichtet, nicht an Protestaktionen und Streiks teilzunehmen.

Der wirtschaftliche Druck des Streiks war dadurch geringer, dennoch hat sich in einigen Städten, z.B. in der Hafenstadt Constanza, einem verkehrstechnisch wichtigen Knoten, nichts mehr bewegt. Zwei Züge in Richtung Bukarest mussten dort mit Hilfe von extra dafür aus der Hauptstadt angereisten Streikbrechern aus dem Depot geholt werden.

Der Streik fand schon am zweiten Tag ein abruptes Ende. Der Bundesgerichtshof hatte die Aktion für illegal erklärt. Die Zeitungen berichteten nicht mehr darüber, es gab keine einzige Meldung, nichts über Reaktionen der Streikenden.

Drei Wochen später war zu lesen, dass die am Streik beteiligten Gewerkschaften von den laufenden Tarifverhandlungen ausgeschlossen werden sollen. Die Regierung habe eine neue Verordnung erlassen, nach der es möglich ist, dass zwei Drittel der tariflichen Verhandlungspartner für die gesamte Belegschaft unterzeichnen können. Der Tarifvertrag tritt in Kraft, auch wenn ein Drittel nicht einverstanden ist oder an den Verhandlungen nicht teilnimmt oder nicht konsultiert wird. Das deutet auf eine ziemlich harte Gegenmaßnahme der Regierung hin. *CFR*-Unternehmensleitung und das rumänische Transportministerium wollen an den Tarifvertrag für 2004 ein einjähriges Streikverbot koppeln. Die verhandelnde Gewerkschaft *CNSLR Fratia*, die sich zur sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Regierung verpflichtet hat, wird diesen Vertrag auch unterzeichnen.

Migration

Die Attentate im März 2004 in Madrid haben in Rumänien heftige Reaktionen hervorgerufen, da unter den Toten und Verletzten viele RumänInnen waren. Die meisten der Opfer hatten wie zahlreiche andere Leute aus Rumänien das Land verlassen, um in Spanien für höhere Löhne zu arbeiten und ihre Familien zu Hause zu unterstützen. Viele von ihnen leben dort ohne Aufenthaltsgenehmigung und arbeiten schwarz. Die Wut darüber, dass sie in unsicheren Verhältnissen arbeiten müssen und auch noch Anschlägen zum Opfer fallen, war groß. Einige Tage nach den Attentaten erklärte der rumänische Premierminister, dass die Arbeit im Ausland einen positiven Einfluss auf den rumänischen Landeshaushalt habe. Er ermutigte alle RumänInnen, auch weiterhin zum Arbeiten ins Ausland zu gehen. Ihre Einstellung zur Arbeit würde sich dadurch ändern, denn »diejenigen, die im Westen arbeiten, wissen, wie lange eine Kaffeepause ist oder wie viele Zigaretten während der Arbeitszeit geraucht werden können.«

Laut Arbeitsmigrationsbüro haben die Rumänen, die legal im Ausland arbeiteten, im Jahr 2003 insgesamt eine Summe von über 100 Millionen Euro verdient. Die von RumänInnen im Ausland abgeschlossenen Arbeitsverträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (etwa 40.000

Otis
Mitte Mai traten 360 ArbeiterInnen des Fahrtreppenherstellers *Otis* in Stadthagen (Niedersachsen) in Streik. Die Firmenleitung hatte im März die Verlagerung der Produktion nach Braclav (Tschechien) bekannt gegeben. Die IGM forderte eine 36-monatige Qualifizierung, Abfindungen und einen Sozialfonds für Härtefälle. Das Werk erwirtschaftet eine Umsatzrendite von 16 Prozent und produziert aktuell Rolltreppen für die Olympiade in Athen.
Das Einstellen der Produktion gefährdete die fristgerechte Auslieferung: dies hätte den ArbeiterInnen Macht geben können. Allerdings einigte sich die IGM am 18. Mai 2004 auf einen Vergleich, der die Unterbrechung des Streiks für Verhandlungen mit der Geschäftsführung vorsah. Es ist zu vermuten, dass dieses Manöver allein dazu diente, die Rolltreppen rechtzeitig auszuliefern und so den streikenden ArbeiterInnen ihr stärkstes Argument zu nehmen.
Dann ließ Otis die Verhandlungen scheitern und der Streik wurde am 1. Juni wieder aufgenommen. Die nun einsetzenden Verhandlungen zwischen IGM und Otis endeten am 17. Juni mit der »Vereinbarung«, dass der Betrieb tatsächlich geschlossen wird und die vom »Arbeitsplatzabbau Betroffenen« einen zwölfmonatigen Qualifizierungsanspruch, eine Abfindung in Höhe von einem Monatsentgelt pro Beschäftigungsjahr und zusätzlich einheitlich fünf Monatseinkommen bekommen. Nachdem es einen kurzen Solistreik bei Otis in Berlin-Borsigweide gegeben hatte und alle spanischen Werken am Montag streiken wollten, musste wohl schnell ein Abschluss her.

im Jahr 2003). Die meisten von ihnen arbeiteten für vier Monate in Deutschland in der Land- und Forstwirtschaft oder auf dem Rummel. Verträge für 18 Monate gab es im Gesundheitswesen. Weitere 15.000 Leute aus Rumänien haben im Jahr 2003 legal in Spanien gearbeitet, vor allem in der Landwirtschaft und auf dem Bau. Dass dort viele RumänInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung und/oder in illegalen Arbeitsverhältnissen arbeiten, ist nicht erst seit dem Attentat in Madrid im Gespräch. Allein in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres waren 300.000 Ausreisewillige an der rumänischen Grenze abgewiesen worden. Laut Polizeiberichten wollten die meisten von ihnen im Ausland schwarz arbeiten, hatten aber nicht die gesetzlich erforderlichen Papiere für einen Aufenthalt im Schengener Raum dabei: Krankenversicherungsnachweis, Hin- und Rückreiseticket, 100 Euro pro Tag des geplanten Aufenthaltes als eine Art Visumsersatz. Laut Grenzstatistik haben im Januar und Februar 2004 ca. 1,8 Millionen Leute Rumänien verlassen. Bisher ist fast niemand der Ausgereisten zurückgekehrt. Hauptziele sind nach wie vor Spanien und Italien.

In Rumänien verdient man in den meisten Bereichen zwischen 80 und 100 Euro, oft auch weniger. Krankenversichert ist nur, wer eine Festanstellung hat. Das sind nur fünf Millionen von insgesamt 21 Millionen Menschen in Rumänien. Arbeitslosengeld gibt es für sechs Monate im Fall von nicht selbst verschuldetem Arbeitsverlust, danach nichts mehr. Eine Art Sozialhilfe in Höhe von umgerechnet zehn Euro beantragen oft nur kinderreiche Familien. Krankenversichert ist man damit nicht. In jedem Fall müssen aber Medikamente oder Zahnarztbehandlungen aus eigener Tasche bezahlt werden. Grundnahrungsmittel, Kneipe, Kinobesuche oder Bahnfahrten sind vergleichsweise billiger als in Westeuropa, dennoch reicht ein Monatslohn oft nicht aus, um die wichtigsten Sachen abzudecken. Elektrische Geräte, Kaffee, Schuhe oder Kleidung sind oft genauso teuer wie im Westen.

Unter diesen Bedingungen ist es attraktiv, drei Monate in Deutschland in der Spargel- oder Erdbeerernte zu arbeiten, selbst wenn man nur vier Euro in der Stunde verdient. Trotz der Abzüge für Fahrtkosten, Unterkunft, Versicherung verdient man damit mehr als den Jahreslohn in Rumänien. Nur so ist zu erklären, warum in Deutschland so viele Menschen aus Rumänien 10 bis 12 Stunden am Tag, die Wochenenden einbegriffen, bei jedem Wetter auf den Feldern arbeiten. Aber auch darüber wächst die Unzufriedenheit. *a.*

Lohnklau bei der Spargelernte

Nachdem im Jahr 2002 rumänische Saisonarbeiterinnen in Lampertheim (Hessen) in der Spargelernte gearbeitet hatten, verklagten sie den Landwirt vor dem Arbeitsgericht.

Die 18 Frauen hatten einen Vertrag über zwei Monate. Nach einem Monat wurde ihnen jedoch gesagt, dass es keine Arbeit mehr gäbe und sie nach Hause fahren können. Der ausstehende Lohn wurde nicht gezahlt. Die Frauen erhielten willkürlich 250-350 Euro, wobei ihnen nicht bezahlte Sozialversicherungsbeiträge abgezogen wurden.

5,28 Euro pro Stunde ist der gesetzliche Mindestlohn für Saisonarbeiter in Deutschland. Von diesem Mindestlohn werden in der Regel Kost und Logis abgezogen, übrig bleiben ca. 1100 Euro für zwei Monate Arbeit auf dem Spargelfeld. »Wir erhalten nie den festgeschriebenen Mindestlohn. Am Ende gehen wir meistens mit 3,50 Euro Stundenlohn nach Hause. Aber das ist immer noch das siebenfache des Lohns hier in Rumänien,« sagt eine der Frauen. Gemeinsam mit einer Kollegin legt sie beim örtlichen Arbeitsamt Beschwerde über die vorzeitige Kündigung, die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen sowie die geringen Lohnsummen aller Frauen ein. Sie werden an die ZAPO (Zentrale Anlaufstelle für Pendler und Pendlerinnen aus Osteuropa) verwiesen und reichen mit deren Unterstützung Klage vor dem Arbeitsgericht ein. Im Juli 2003 wird Landwirt dazu verpflichtet, zumindest den noch ausstehenden Lohn des ersten Monats, 960 Euro pro Person, auszuzahlen.

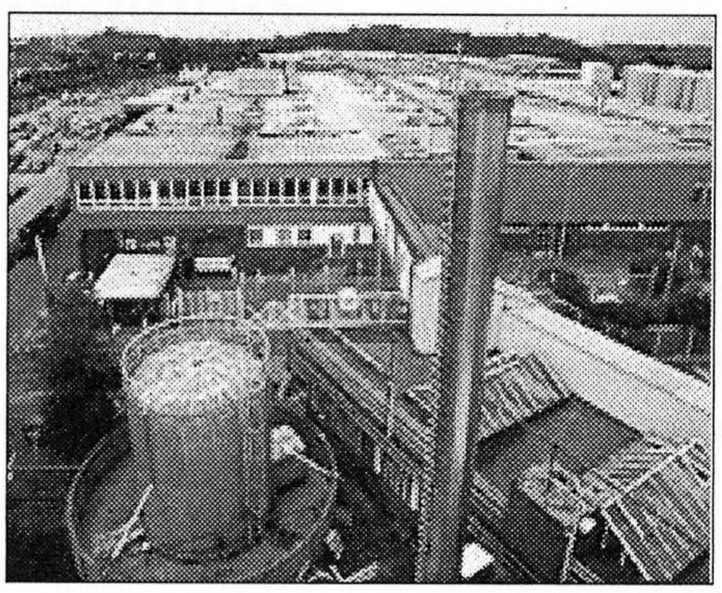
Bericht einer jungen Frau aus Arad

Die Firma, in der ich arbeite, heißt *Aries Textile*. Der höchste Chef hier in Rumänien ist Massimo Ambrosi, die Firma hat ihren Hauptsitz in Italien. In unserem Betrieb arbeiten etwa 150 Frauen und 30 Männer. Wir produzieren Trikots, Hemden und Blusen, die in ganz Italien verkauft werden. Die italienische Firma heißt *Calzedonia*, glaube ich. Ich arbeite seit November 2003 dort. Anfangs habe ich in der Abteilung gearbeitet, wo die Wäsche gebügelt und zusammengelegt wird, inzwischen arbeite ich zeitweise auch woanders. Die Ausstattung des Betriebes ist ziemlich gut. Wir haben einen neu eingerichteten Speisesaal und angenehme Umkleideräume. Normalerweise arbeite ich acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche. Anfangs habe ich zwei Schichten gemacht, aber dann wurde ich in die Frühschicht versetzt. Acht Stunden hintereinander müssen wir auf den Beinen stehen, mit Ausnahme der zwanzig Minuten Mittagspause. Ich habe Kolleginnen, die sehr häufig auf die Toilette gehen, um sich ein wenig hinzusetzen. Das wird aber stark kontrolliert. Die Frauen, die beim Legen / Bügeln arbeiten, machen jeden Tag dasselbe und haben eine ziemlich hohe Norm, die nicht jede von ihnen schafft. Als es hieß, dass wir von nun an zehn Stunden am Tag arbeiten sollen, sind einige von uns nach ein paar Tagen hingegangen und haben gesagt, dass wir mit diesem Arbeitsprogramm nicht einverstanden sind. Danach brauchten wir wieder nur acht Stunden arbeiten. Keine Ahnung, wie sie uns bezahlt hätten, wenn es bei den zehn Stunden geblieben wäre. Ich habe einen Monatslohn in Höhe von 3,5 Millionen Lei (90 Euro) und bekomme zusätzlich für jeden Arbeitstag Essenmarken im Wert von 61.000 Lei (1,50 Euro).
An einem Zahltag waren die Männer unzufrieden mit ihrem Lohn und sind zum Chef gegangen. Die Frauen haben sich ihnen angeschlossen und die Arbeit unterbrochen. Für etwa fünf Minuten. Dann kam Massimo (der Chef) und hat uns eine Lohnerhöhung versprochen, falls das seine Chefs in Italien akzeptieren. Der nächste Lohn, den ich ausgezahlt bekam, war zwölf Prozent höher.

VISTEON

eine ganz normale Fabrik

Weltweit werden mehr Autos produziert als abgesetzt (siehe WC #67). Wie versucht das Kapital aus dieser Krise zu kommen, was heißt das vor Ort? Wie weit kann die (ehemals) starke Bastion der Arbeitermacht geschliffen werden?
Das Kapital nutzt die Situation, um »Kosten zu sparen«. Das heißt nichts anderes als ein andauernder Angriff auf erkämpfte Standards. Durchgreifende Erfolge sind immer noch selten, aber Spaltungen funktionieren schon. Wir haben uns die Veränderungen bei Visteon angeguckt, einem aus dem Ford-Konzern ausgegliederten Automobilzulieferer. Die alte Stammbelegschaft hat noch wenig Einbußen, ist aber zum Teil ersetzt durch Fremdfirmenarbeiter, deren Bedingungen um einiges schlechter sind.
Im folgenden die Ergebnisse von Recherchen und mehreren Gesprächen, die wir in den letzten Monaten mit einem Arbeiter im Wülfrather Visteon-Werk geführt haben.



Das Werk in Wülfrath

Der Automobilzulieferer Visteon wurde im Jahr 2000 aus dem Ford-Konzern ausgegliedert. Beim weltweit drittgrößten Automobil-Zulieferer arbeiten 54.000 Menschen in 52 Werken. In der BRD wird in Düren, Berlin und Wülfrath produziert.

Wülfrath liegt in der Nähe von Solingen an der Grenze zwischen Bergischem Land und Ruhrgebiet, einer Region, die traditionell durch Metallverarbeitung, Werkzeug- und Maschinenbau geprägt ist. Sie ist eines der Zentren der Automobil-Zuliefererindustrie in Deutschland - über 300 Unternehmen dieser Branche unterhalten hier Produktions- und Entwicklungsstätten.

Hergestellt werden Lenksysteme (u. a. exklusiv für die Ford-Modelle Mondeo und Fiesta) sowie Fahrwerkskomponenten. Die Vorprodukte dafür stammen in der Mehrzahl aus der näheren Region. Ein guter Teil der Wülfrather Produktion geht direkt an die Ford-Werke in Köln, als Teil der internationalen Verbundproduktion werden aber auch andere Ford-Fabriken in Europa, Brasilien und den USA beliefert. Die Vorgaben zur Kostensenkung werden gegenüber der Belegschaft auch damit begründet, dass andere Visteon-Werke günstiger produzieren (könnten). Durch diese Firmenpolitik steht der Wülfrather Standort im Wettbewerb mit Visteon-Werken in Brasilien, Spanien sowie der Fabrik in Swansea/Großbritannien.

Kostensenkung als Krisenbewältigung

Ein Ziel der Auslagerung ganzer Produktionsbereiche durch die Automobilkonzerne in die Zuliefererindustrie war, diesen durch neu entstandenen Konkurrenzdruck die Preise zu diktieren und die Belegschaft zu spalten, indem die Arbeiter in rechtlich unabhängigen Unternehmen gegeneinander gestellt werden. Anhand des Visteon-Werks in Wülfrath läßt sich diese Entwicklung genau beschreiben:

- Stellenabbau über Sozialplan
- Schleifen des Visteon-Haustarifvertrags
- Rationalisierung durch Einsatz neuer Technologien und Verdichtung der Arbeit
- Outsourcing und Einsatz von Zeitarbeitsfirmen
- Tatsächliche oder vermeintliche Drohung mit Produktionsverlagerung ins Ausland

Sozialplan

Zur Umsetzung von Kostensenkungen in der Höhe von 7 Mio. Euro wurde im Jahr 2003 ein Sozialplan erstellt. Darin vorgegeben war ein Abbau von 130 Stellen. Mit massiver finanzieller Unterstützung des Landesarbeitsamts wurde eine Personalauffanggesellschaft (PEAG) gegründet. Für viele ältere Kollegen bot sich damit die Möglichkeit, zu relativ günstigen Bedingungen auszusteigen. Für die verbleibenden bedeutet dieses hingegen eine Steigerung des Arbeitsdrucks. Zählen wir das gleichzeitig stattfindende Outsourcing hinzu, betraf der tatsächliche Stellenabbau sogar 180 Arbeitsplätze.

Einige Kollegen, die in der mittlerweile ausgelagerten Materialausgabe und im Versand gearbeitet hatten, schickte man im Zuge der Umsetzung des Sozialplans an die Bänder. Viele von ihnen haben diese Drecksjobs nach einigen Monaten geschmissen und sind ebenfalls zur PEAG gewechselt – was aber nicht unbedingt bedeutet, dass sie der Fließbandhölle tatsächlich entkommen konnten: Mittlerweile werden Arbeiter aus der PEAG an eben diese Arbeitsplätze »zurückgeliehen«.

Im Jahr 1999 kam es vor der Auslagerung zu Streiks bei Ford, an denen sich in den USA 100.000 ArbeiterInnen (von damals fast 200.000) beteiligten. Es wurden Neueinstellungen erkämpft und durchgesetzt, dass für die 25.000 von der Ausgliederung betroffenen Beschäftigten die vergleichsweise hohen Ford-Tarife für eine Periode von zwölf Jahren weiterhin gelten und Visteon-ArbeiterInnen bis zum Eintritt in die Rente als Ford-Beschäftigte zu betrachten sind. Auch in der BRD gilt für die Ex-Ford'ler der höhere Vertrag. Der Strategie der Konzernleitung, über Werksschließungen Angriffe auf bestehende vertragliche Leistungen und Arbeitsbedingungen, Kosten zu senken, wurde durch diese Kämpfe eine Grenze gesetzt.

»It feels like your whole livelihood is going down the drain«
»Es fühlt sich an, als ob dein ganzes Leben den Bach runter geht«

Streik bei Visteon in Bedford/Indiana

Am 14. Juni ging ein zweiwöchiger Streik im Visteon-Werk in Bedford/Indiana zuende. Dort werden komplexe Kraftstoffsysteme produziert, die in fast alle Ford-Modellen eingebaut werden.

Der Anlass des Streiks: der Tarifvertrag war am 14. Mai abgelaufen. Die Firmenleitung drohte, 550 der 1027 Vollzeitstellen nach Mexiko zu verlagern. Außerdem sollten Neueingestellte ArbeiterInnen nur noch einen Stundenlohn von 10 Dollar bekommen – mit einer maximalen Erhöhung auf 11 Dollar und einer Vertragslaufzeit von sechs Jahren. Aktuell beträgt der Lohn 16 Dollar für FließbandarbeiterInnen und 19 Dollar für gelernte ArbeiterInnen. Die Verhandlungskommission der Gewerkschaft IUE-CWA (*International Union of Electrical Workers – Communication Workers of America*) hatte der Belegschaft den Vertrag zur Abstimmung vorgelegt, diese stimmte jedoch am 29. Mai dagegen.

»528 Leute haben gemeint, zwei Wochen sind genug, aber sie taten meiner Frau und unseren drei Kindern nichts Gutes, indem sie dem da zustimmten.« Morgan Lee, 10 Jahre Visteon.

Die Auseinandersetzung um Einstiegslöhne ist nicht neu: die ArbeiterInnen haben schon einmal einer Klausel zugestimmt, nach der Neueingestellte erst nach acht Jahren den vollen Lohn bekommen. Außerdem sollten die Firmenrentner künftig ein Drittel ihrer Rente für die Krankenversicherung ausgeben – ohne Medikamentenkosten. Insgesamt geht es Visteon wohl auch darum, die Gewerkschaft loszuwerden, einige meinen, deswegen habe die Firma den Streik in diesem wichtigen Werk provoziert.

Im Streik wurde sofort mit harten Bandagen gekämpft. ArbeiterInnen streuten Nägel auf die Straße und griffen die Vans an, die voll mit Streikbrechern ins Werk fahren wollten. Daraufhin griff der vom Unternehmer angeheuerte Sicherheitsdienst an, ein Streikposten wurde fast von einem Streikbrecher-Auto überrollt. Wenige Stunden später marschierten Einheiten der Indiana State Police auf und prügelte ein Dutzend ArbeiterInnen krankenhausreif.

Die ArbeiterInnen hatten über das Firmen-Intranet herausbekommen, dass die Produktion nicht nach Mexiko, sondern ins Visteon-Werk in Rawsonville (Michigan) verlagert werden soll, wo die Belegschaft von der UAW (United Auto Workers) vertreten wird. Visteon versuchte, die beiden Standorte gegeneinander auszuspielen, aber solange der Streik in Bedford andauerte, weigerte sich die UAW in Rawsonville, die Anlagen aus Bedford zu benutzen. Der Auftrag wurde an einen gewerkschaftsfreien Betrieb vergeben: Toledo Mold and Die in Ohio.

Die UAW hat schon längst in einem US-weit gültigen Tarifvertrag für Visteon und Delphi (ein Zulieferer, der früher GM gehörte) zugestimmt, dass Neueinstellungen künftig zu einem Stundenlohn von 14 Dollar vorgenommen werden (gegenüber dem bis dato gültigen Tarif von 24 Dollar), mit Höchstsätzen von 18 Dollar. Nun wollen sowohl Visteon als auch Delphi die höher bezahlten UAW-ArbeiterInnen loswerden, indem sie ihnen »erlauben«, zu Ford oder GM zurückzugehen. Auch einer anderen Sektion der Gewerkschaft IUE-CWA im Visteon-Werk in Connersville (Indiana) hat Visteon nun das Messer auf die Brust gesetzt.

In Bedford setzte die Firmenleitung geschickt auf rassistische Spaltung. Sie heuerte fast ausschließlich schwarze Wachleute und StreikbrecherInnen an. Einige ArbeiterInnen reagierten darauf, indem sie ein rassistisches Symbol – eine große Konföderierten-Flagge – zur Streikpostenkette mitbrachten.

Am 2. Juni gab es eine große Unterstützungsaktion, bei der das Werkstor mit erbeuteten Streikbrecher-Autos blockiert wurde, die man anzündete. ArbeiterInnen aus einem Nachbarbetrieb und Gewerkschaftsmitglieder der CWA verstärkten die Streikpostenkette.

»Ich habe zugestimmt, weil ich zu alt bin, mir einen anderen Job zu suchen«, (Pat Cole, 19 Jahre Visteon)

Doch alle Mobilisierungsversuche von Aktivisten waren vergeblich. Am 14. Juni stimmten die ArbeiterInnen mit 528 gegen 410 Stimmen für die Annahme eines abgeänderten Tarifvertrags. Am Tag darauf nahmen sie die Arbeit wieder auf.

Im neuen Tarifvertrag ist der Einstiegslohn von zehn Dollar festgeschrieben. Von den ca. 1000 Jobs werden nun in den nächsten zwei Jahren 300 gestrichen werden, weitere 250 ArbeiterInnen werden eine Abfindung von 25.000 Dollar bekommen. Allen ArbeiterInnen wird der Lohn um 79 Cent pro Stunde gekürzt, ursprünglich sollten es 1,04 Dollar sein. Zukünftige Rentner werden einen Teil ihrer Krankenversicherung selbst bezahlen müssen: acht statt 20 Prozent. Die beiden abgebauten Produktionslinien, sollen wieder aufgebaut werden, die 77 ArbeiterInnen bekommen solange andere Jobs.

Die örtliche Gewerkschaft versucht, das Abkommen als Erfolg zu verkaufen. Immerhin seien 700 Jobs für die nächsten vier Jahre gesichert.

»Ich bin nicht glücklich über den Vertrag, aber ich bin glücklich, dass unsere Mitglieder wieder zur Arbeit gehen können«

Angleichung des IGM-Visteon-Haustarifs

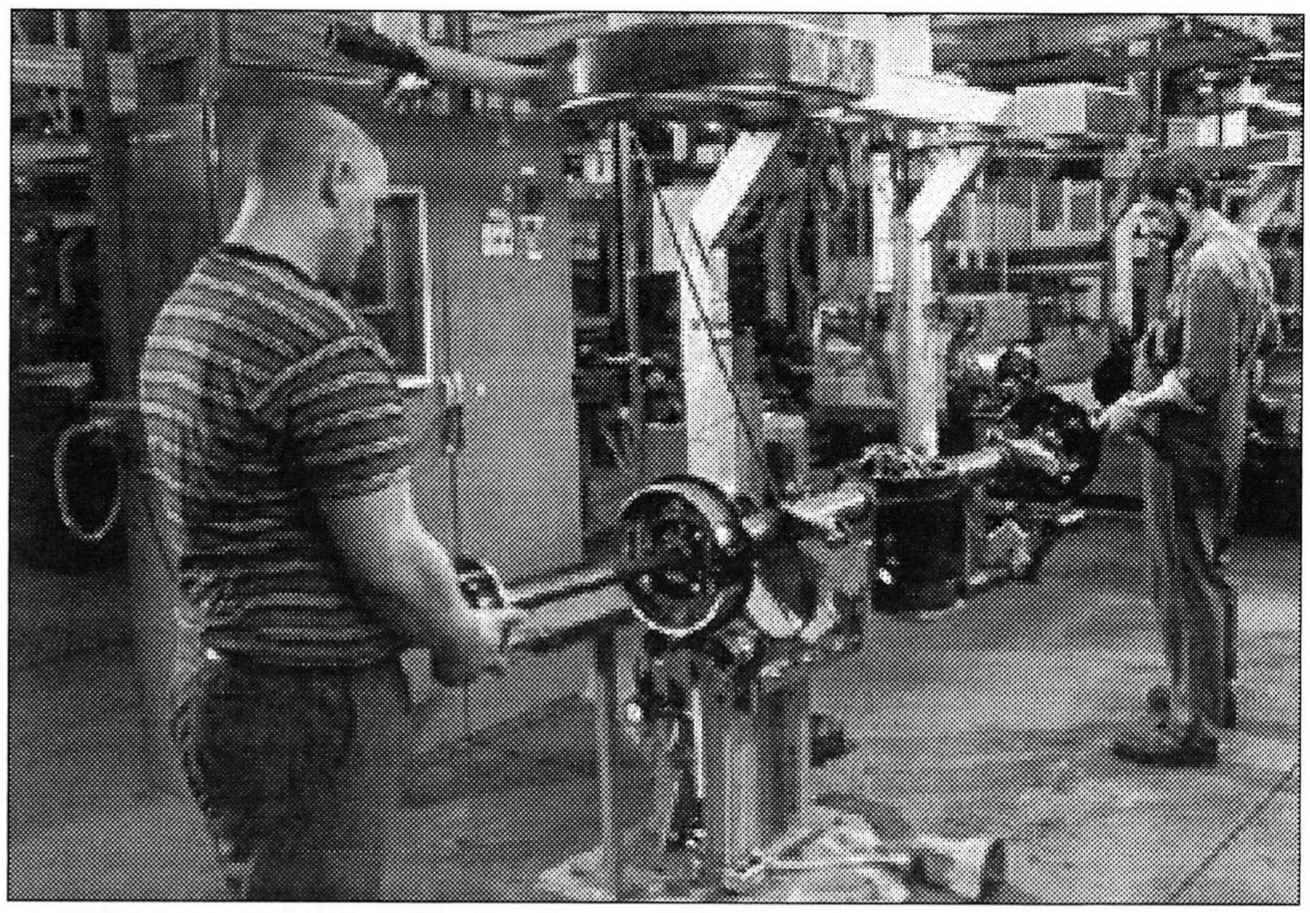
Der Visteon Haustarif liegt zwar wie bei Ford 16 Prozent höher als der normale IG-Metall-Tarif, die Firmenleitung geht aber – mit Hilfe der IG Metall – daran, dies Stück für Stück abzuknapsen. Für 2004 wurde das Weihnachtsgeld auf Metalltarif zurückgestutzt, Lohnerhöhungen beziehen sich nicht mehr auf den Ford-, sondern auf den Metalltarif, durch die im diesjährigen IGM-Streik heroisch verteidigte 35 Std. Woche entfallen die bisher üblichen 1,5 Freischichten pro Jahr etc. ...

Technologische Innovation und Arbeitsverdichtung

Seit den 80er Jahren wird der Arbeitsprozess durch den Einsatz computergesteuerter Maschinen umgebaut. Der aktuelle Renner ist die Einführung der Plattform-Produktion, die es erlaubt, sowohl für den neuen Ford-Mondeo als auch für Volvo- und Mazda zu produzieren. Das Wülfrather Werk hat mittlerweile den Zuschlag für die »CD-Plattform« erhalten, auf dieser sollen in Zukunft Lenkungen Modell-übergreifend produziert werden. Entsprechend dieser Vorgabe wird die Produktion umstrukturiert.

Durch die Modernisierung von Maschinen und Werkzeugen konnte die Arbeitsleistung an den Fräsen vervierfacht werden. Ebenso wurde eine neue Halle gebaut, in der die Abläufe optimiert wurden, das Zeitabnahmesystem stellte schnell fest, dass nun einige ArbeiterInnen überflüssig wurden. An den Produktionsinseln der Dreher wurden im Jahr 2000 die Abpacker eingespart. Als nächstes steht die Einführung von Robotern an, welche die verbliebenen vier Arbeitsplätze pro Drehinsel und Schicht auf zwei halbieren sollen.

Gearbeitet wird in vier Schichten. Wie üblich wurde Gruppenarbeit eingeführt, und so heißen die alten Kolonnenführer nun Gruppensprecher. Während früher Ausfälle durch Springer vertreten wurden, wird heute erwartet, dass der Ersatz intern (in der Regel durch Mehrarbeit) geregelt wird, nur in Notfällen oder in kleinen Gruppen werden zur Vertretung Leiharbeiter eingesetzt. Der Kollege, mit dem wir uns unterhalten haben, berichtete, dass Kolonnenführer während der Pausen leergearbeitete Puffer wieder bestücken. Auf der anderen Seite kann durch eine geschickte Einteilung der produzierten Menge die Maschine auch schon mal eine Stunde früher runtergefahren werden. Das Feld der Arbeitsorganisation bleibt also auch an der Basis umkämpft. Die Kooperation der ArbeiterInnen erkämpft Freiräume, die jedoch permanent durch Umstrukturierungen angegriffen werden.



Outsourcing an Fremdfirmen

Zeitgleich mit der Durchsetzung des Sozialplans wurden massiv Arbeiten ausgelagert. Derzeit arbeiten über 1000 Leute im Werk, davon jedoch 400 über 19 Fremdfirmen.

Einige Beispiele:

- der Kurierdienst- und Logistikonzern *TNT* hat sowohl den Versand als auch alle anfallenden Stapler-Arbeiten übernommen. Der Grundlohn der durch TNT eingesetzten Leute liegt 15 Prozent unter dem entsprechenden Visteon-Lohn, die Zulagen entfallen;
- das Nachfüllen von Öl und Schmierstoffen hat die Bayer-Tochter LOB übernommen, das Labor und die Kontrolle der Schmierstoffe jedoch die Firma Rhenus, die die Filterreinigung wiederum an Hydac vegeben hat;
- die Werkzeugausgabe, vorher an die allgemeine Materialausgabe gebunden, wird jetzt von dem Werkzeughersteller Sandvik betreut;
- teilweise haben auch die »neuen« Subunternehmen die Arbeiten wieder ihrerseits ausgelagert: RWE & Umwelt hat den Zuschlag für Müllabfuhrarbeiten erhalten, beschäftigt aber im Wülfrather Werk keine eigenen Leute, sondern leiht sich die Arbeiter von IDH-Zeitarbeit.

Näher zu betrachten ist auch der Einsatz von Leiharbeitern der Firma *Start* – einem gewerkschaftseigenen Unternehmen. Anfang Februar wurden die ersten 30 *Start*-Leute eingearbeitet. Anfangs hatte das Landesarbeitsamt, welches ja die PEAG mitfinanziert, gegen den Einsatz von Zeitarbeitern Einspruch erhoben, ist aber dann schnell eingeknickt. Vermutlich hat die Werksleitung mit einer Gefährdung der Produktion in Wülfrath gedroht hat.

Ausgelagerte Arbeitsplätze werden als »industriebezogene Dienstleistungsarbeitsplätze« und nicht mehr als »gewerbliche Industriearbeitsplätze« geführt. So verschwindet die Fabrik aus der Statistik und das *Institut für Arbeit und Technik* in Gelsenkirchen stellt im Bergischen Land von 1982 bis 1999 einen Abbau von Industriearbeitsplätzen von 25 Prozent, bei gleichzeitiger Zunahme von Dienstleistungsarbeitsplätzen um 20 Prozent fest.

Genehmigt ist der Einsatz auf drei Monate, er wird aber wohl auf sechs Monate verlängert. Mittlerweile überlegt die Geschäftsführung schon laut, dass ihr der gewerkschaftseigene Sklavenhändler zu teuer sei. Dessen Stundensatz liegt bei 24 Euro – wovon die Arbeiter 10,60 Euro erhalten. Im Gespräch ist nun die Firma *Time Power*, für die Visteon nur 15 Euro abdrücken müsste.

Die Verlagerungsdrohung

Irgendwie muß man den ArbeiterInnen diesen ganzen Scheiß auch noch verkaufen, die Gewerkschaft erhielt dazu von der Geschäftleitung ein überzeugendes Argument, das sie dann erfolgreich einsetzen konnte:

Entweder ihr realisiert die vorgegebenen Kostensenkungen, oder ihr bekommt statt der ausgeschriebenen 550.000 Einheiten der neuen CD-Plattform nur 150.000 Einheiten, den Rest können wir an die Visteon-Fabrik im polnischen Praszka vergeben.

Bei näherer Betrachtung liegt nahe, daß eine solche Vergabe nie ernsthaft im Gespräch gewesen ist. In Praszka werden Antriebsstrang-, Motorkühl- und Cockpitsysteme produziert, vor kurzem wurden größere Investitionen in Fertigungstechnologie für Antriebswellen getätigt. Wülfrath hingegen ist in Europa das einzige Werk, in dem Visteon Lenkungssysteme baut. Eine entsprechende Umrüstung der Produktionsanlagen wäre also keineswegs für lau zu haben, dazu kommen noch andere Nachteile, beispielsweise im Bereich der Logistik.

Visteon-Boss Pfannschmidt erklärt, dass der Konzern mit seinen Filialen in Osteuropa zur Zeit ausreichend positioniert sei, in Westeuropa seien keine Werkschließungen geplant, in Deutschland sind gar zwei neue Just-In-Time Werke in Planung. In Tschechien wurde vor kurzem ein neues Werk für Fahrzeugbeleuchtung in Betrieb genommen, folgen soll ein neues Elektronikwerk sowie die »Möglichkeit zur Softwareentwicklung«. Auf ihrer Homepage redet Visteon gar von einer »Aufwertung des Standorts Wülfrath«.

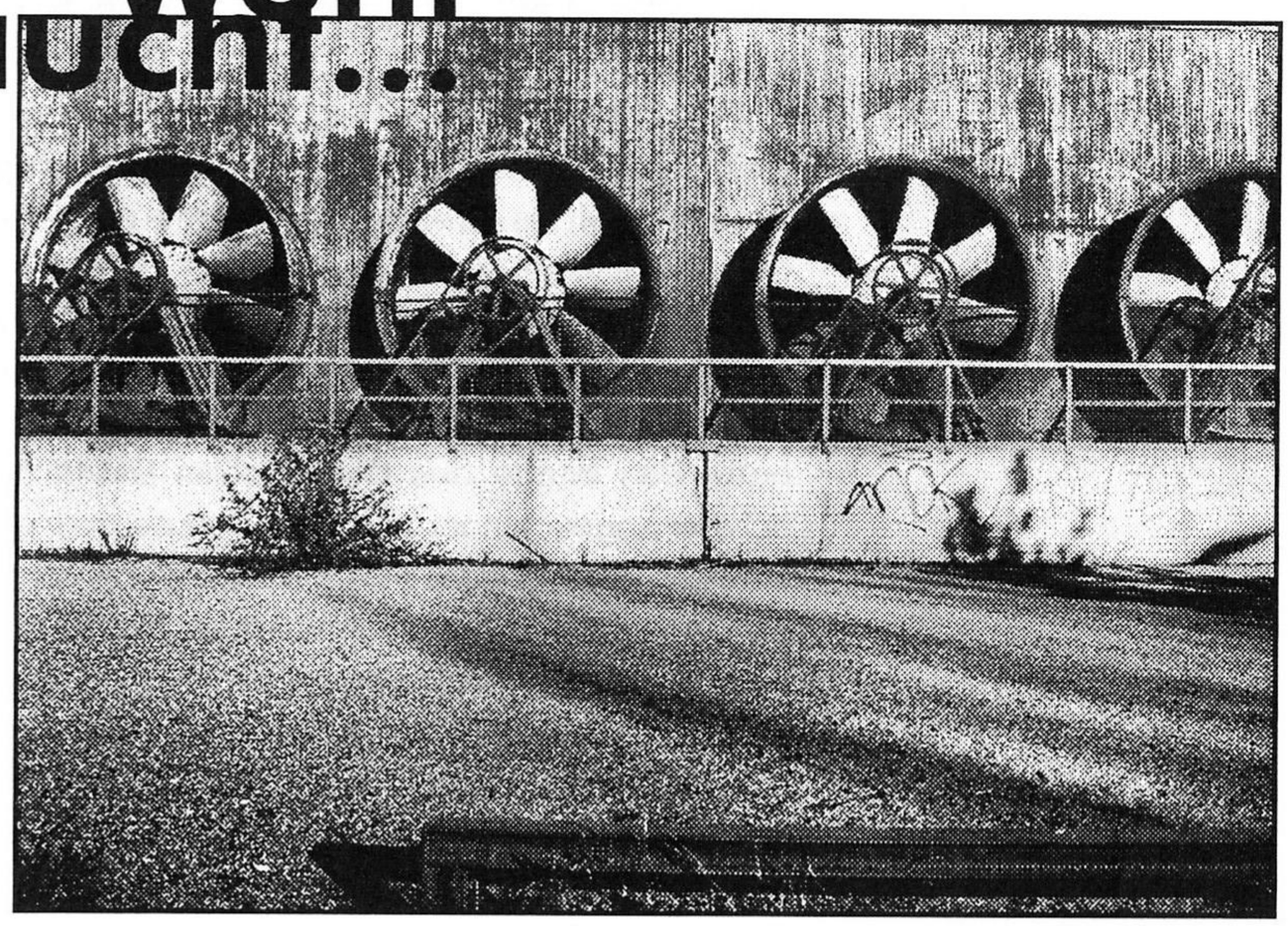
Die Drohung hat gewirkt und ihren Zweck erfüllt, kooperativ haben Gewerkschaft und Betriebsrat den neuen Tarifvertrag ausgehandelt. Von den bescheidenen 2,2% Lohnerhöhung verschwinden 0,7% in der Finanzierung des Entgeltrahmenabkommens, ein Ausgleich der Versteuerung des Jubiläumsgelds nach 25 Jahren Betriebszugehörigkeit wurde nicht durchgesetzt. Outsourcing, Fremdfirmen und Arbeitsbedingungen waren natürlich kein Thema.

Belegschaft: »Stimmung mies, aber phlegmatisch«

Die Stammbelegschaft schluckt seit Jahren eine Kröte nach der anderen. Die erste Unzufriedenheit zeigte sich 2000, als sich um Aktive aus dem Vertrauenskörper eine alternative Liste formierte. Doch seit der Durchsetzung des Sozialplans scheint die Devise »alle gemeinsam!« ausgegeben worden zu sein, die IGM übt sich in radikalerer Rhetorik und will den zur Zeit inaktivierten Vertrauensleutekörper 2004 wieder »kämpferisch« aufbauen. Noch zahlt sich der Organisierungsgrad von über 90% (für Gewerkschaft und Geschäftsleitung) aus.

Die Stimmung ist schlecht, die Leute merken, daß sie ständig verarscht werden, aber sie verharren in einer resignierten Grundhaltung – »Was willste schon groß machen? Hätte ja auch alles schlimmer kommen können...«. Auch die gesamtgesellschaftliche Drohung mit der Arbeitslosigkeit wirkt – so werden die Verschlechterungen zur Zeit akzeptiert, da es insgesamt für Visteon-Leute noch relativ gut aussieht. Die Einschätzung ist gar nicht so falsch. Trotz der Auslagerung Visteons aus dem Ford-Konzern profitieren sie nach wie vor von dem alten Vertrag, und Visteon wagt es nicht, weitere Einschnitte zu vollziehen als der ehemalige Mutterkonzern (siehe Kurznachricht zu Ford-Köln). Eine unsichtbare Grenze hält Ford bzw. Visteon bisher davon ab, die gesteckten Ziele der Auslagerung voll zu realisieren. Für frische Jungarbeiter sind schlechtere Verträge und verstellte Aufstiegschancen zusätzlich demotivierend. Gestiegene Qualitätsprobleme in Wülfrath könnten ein Ausdruck davon sein. ■

Du hast ja wohl geraucht...



Letzte Woche war mal wieder Bayer angesagt. Ziemlich doofe Arbeit, diesmal – wir konnten uns nicht mal verdrücken, um irgendwo zu pennen, sondern mussten die ganze Zeit neben dem LKW stehen bleiben. Wobei drei aufeinander folgende Tage in diesem absterbenden Fabrikknast als Beifahrer für den muffigen Ulf sowieso schon eine Art Grenzerfahrung darstellen.
Unsere Aufgabe bestand darin, ein Regenrückhaltebecken leerzusaugen, damit die Schlosser runterklettern und einen Schieber auswechseln konnten (Schieber: Klappe, mit der im Notfall ein Abflussrohr verschlossen werden kann; ist über eine Gewindestange mit einem Motor verbunden; da das Rohr einen Meter Durchmesser hat und das Becken an die zehn Meter tief ist, eine etwas aufwändigere Arbeit). Für uns bestand während dieser Arbeiten Anwesenheitspflicht, um eventuell nachlaufendes Wasser abzusaugen.
Irgendwann tauchten auch die beiden Schlosser auf, handfeste Ruhrgebietsjungs, besonders der eine namens Jörg. – Ist dir eigentlich mal aufgefallen, wie sehr der allgemeine Trend zur Totalrasur und zum Bodybuilding die männliche Arbeiterklasse verändert hat? Aber Jörg war so richtig alte Schule – Mitte dreißig, wenig Haare, die aber recht lang, nicht besonders groß, aber breit wie hoch, ganz ohne dabei aufgebläht zu wirken, stechender Blick und große Fresse. Das Werkzeug war auch alte Schule: dicke fette Maulschlüssel und sonst nix. Irgendwer fragte von oben, ob sie denn keine Knarre hätten. »Nö – hamwer nicht!« – nach Pressluftwerkzeug zu fragen, war danach wirklich nicht mehr opportun... Die beiden sind dann runter und haben, abgesehen vom folkloristischen Fluchen, straight, aber nicht eben hektisch gearbeitet. Das dauert eben. Nach `ner Stunde kam dann der zuständige Obermotz mal gucken, wie weit das Werk gediehen war. Etwas fassungslos rief er nach in Augenscheinnahme des Fortschritts der Arbeiten runter: »Jörg – weiter seid ihr noch nicht? Wie lang soll das denn noch dauern!?« Und Jörg, nicht auf den Mund gefallen, beschied ihm: »WAT? Dat trauste dich aber auch nur, weil ich grad hier unten bin! *Weiter seid ihr noch nicht?* DU HAST JA WOHL GERAUCHT!«
Ich fand diese Reaktion sehr hübsch – zumal ich die Äußerung der Annahme, eine vorgesetzte Person, die ebenso dumme wie unverschämte Fragen stellt, habe mit Sicherheit vor nicht allzulanger Zeit einen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz begangen, in dieser Form noch nicht kannte. Zweifellos eine zeitgemäßere Version des doch stark abgenutzen »Du bist ja wohl besoffen!«. Dazu kam ja in diesem Fall noch die kaum versteckte Drohung, dieser Person bei geringerem Abstand notfalls auch eins aufs Maul zu geben. Jedenfalls hats gewirkt – der Kerl ist abgezogen und hat für den Rest des Tages nicht mehr genervt. Dazu muss man wissen, dass bis 2007 die Betriebsschlossereien sowohl in Leverkusen als auch in Wuppertal geschlossen werden sollen. Wenn Bayer health-care und Bayer-Chemie überhaupt noch so lange durchhalten. Aber da die meisten nur rumweinen und rumzynen, fand ich Jörg richtig gut. Und vielleicht ist das ja alles der pure Operaismus.

Was bisher geschah

Das Computermagazin *Chip* hat die **Bundesagentur für Arbeit** als **›Bremse des Jahres‹** ausgezeichnet. Diese »Auszeichnung« wird an Unternehmen verliehen, die den Fortschritt der digitalen Welt blokkieren. Die BA wurde ob ihres Online-Stellenmarktes bedacht. Die dilettantisch gestaltete Website habe das Image des IT-Standorts Deutschland schwer angeschlagen. Arbeitsuchende, so hieß es, könnten die mit dem Portal verbundene korruptionsumwitterte Geldverschwendung nur als Zynismus begreifen. Dass die BA ihre Seite als ›virtuellen Arbeitsmarkt‹ bezeichne, unterstreiche den satirischen Charakter: »Der deutsche Arbeitsmarkt ist tatsächlich virtuell. An Stellenbörsen herrscht kein Mangel, was fehlt, sind Arbeitsplätze.« Das Fehlen der Arbeitsplätze kann man natürlich der Bundesagentur nicht zugute schreiben. Insofern ist unsere unverhaltene Schadenfreude anders motiviert. Den Titel ›Bremse des Jahres‹ hätten wir lieber den **bayerischen LehrerInnen** verleihen, über die wir in der letzten Ausgabe der Wildcat geschrieben hatten, sie – das heißt die bayerische GEW – planten einen Streik am 16. Mai. Diese vollmundigen Ankündigungen wurden zurückgenommen und so gab es keinen Lehrerstreik.

Definitiv Kandidat für den zweiten Platz wäre natürlich das IOC, das die **Olympischen Spiele** nun sicher nicht in Leipzig sehen will. Durch das vorzeitige Ausscheiden der ostdeutschen Provinzstadt sind den dortigen AktivistInnen nun jede Menge Möglichkeiten verloren gegangen, spaßige Aktionen, gewalttätige Demos und terroristische Anschläge zu veranstalten. Da nun aber Millionen Euro an Fördergeldern den Bauhaien nicht in die Taschen fließen werden, könnte man dieses Geld doch nun ohne den Umweg Lohnarbeit den glücklichen Arbeitslosen der Region zukommen lassen. ■

Wildcat-Streiks in England

Wild und ohne offizielle Gewerkschaft haben dagegen **britische Feuerwehrleute** gestreikt. Anlass war die Aussperrung von ca. 35 Feuerwehrleuten im nordenglischen Salford, die sich geweigert hatten, an einer Anti-Terror-Übung teilzunehmen. Nach den Feuerwehrstreiks vom Herbst 2002 war die Gewerkschaft der Feuerwehrleute FBU mit der Regierung übereingekommen, eine als »Modernisierung« bezeichnete Aufgabenausweitung zu akzeptieren. Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung zu einer gestaffelten Gehaltserhöhung. Im Zuge der »Modernisierung« sind inzwischen verschiedene Ausweitungen der Aufgabenbereiche der Feuerwehr durchgesetzt worden, etwa die »Antiterrorvorsorge«. Was allerdings ausblieb, war die vereinbarte Gehaltserhöhung.

Ebenfalls in England kam es erneut zu wilden Streiks von **PostarbeiterInnen** (siehe dazu die Artikel in der *Wildcat 67* und *68*). Nachdem in einem Sortierbüro einige Postler in Streik getreten waren, um gegen Einschüchterungsversuche durch das Management zu protestieren, verhängte das Management einen ›overtime ban‹, d.h. die ArbeiterInnen konnten den Lohnausfall nicht durch Überstunden ausgleichen. Gegen illegale Streiks würde standardmäßig so vorgegangen, schließlich müsste sich das Unternehmen davor schützen, dass solche Aktionen sich ausweiteten, sagte ein Managementvertreter. Daraufhin kam es zu Solidaritätsaktionen in mehreren anderen Zweigstellen, wo insgesamt ca. 70 Zusteller streikten. ■

Aber auch in Deutschland kommt es hin und wieder zu nicht kontrollierten, wilden Streiks – so geschehen bei **Ford in Köln**, wo am 21.04. die Bänder für mehrere Stunden stillstanden. Wir hatten in der *Wildcat 68* ausführlich über den Streik bei Ford im belgischen Genk berichtet und dabei auf einen zweitägigen Streik in der Kölner Halle Z (Werkzeugbau) verwiesen. Nun ist es in der Endmontage des Kölner Werks zu neuen Arbeitsniederlegungen gekommen.

Spontane Arbeitsniederlegungen in der Ford-Endmontage in Köln

---

Mit allen Mitteln versucht Ford aus den Verlusten herauszukommen. Letztes Jahr schloß Ford Europa mit 1,1 Mrd. US-Dollar Verlust ab. Zulieferfirmen werden unter Druck gesetzt, am stärksten bekommen es aber die ArbeiterInnen zu spüren. Letztes Jahr sollten bei Ford in Köln 1700 Beschäftigte den Betrieb – »freiwillig« – verlassen. Aber trotz massiven Drucks von Meistern und Vorgesetzen hat Ford bis jetzt nur 1240 Leute mit Abfindungen vor die Tür setzen können. Stattdessen wird jetzt am Lohn gespart. Die letzte Tariflohnerhöhung wird bei Ford auf die übertariflichen Bestandteile angerechnet und das Weihnachtsgeld gekürzt: massive Reallohnverluste! Dafür – so die vage Zusage – könne man nun auf weitere 500 Entlassungen verzichten.

Trotzdem fehlen nun überall Leute und Ford versucht, die Stückzahlen mit dem verringerten Personal hochzutreiben. Am Mittwoch, den 21.4., entlud sich dieser Druck in der Nacht- und Frühschicht der Endmontage. Von 5 bis 6.30 Uhr legte die Nachtschicht die Arbeit nieder und marschierte zum Betriebsratsbüro. Die Frühschicht tat es ihnen gleich und stoppte die Bänder von 9.30 bis 10.30 Uhr. 70 Prozent der etwa 500 ArbeiterInnen pro Schicht beteiligten sich an den Aktionen.

Seit Wochen wurden statt 1600 Fiestas in den drei Schichten 1800 Stück montiert – ohne zusätzliches Personal. Das Management sprach von einer vorübergehenden Produktionssteigerung. Mindestens 90 Leute wären sie zu wenig, sagen die Kollegen. Sie verlangen, die Bandgeschwindigkeit selbst kontrollieren zu können und wollen das Band bei zu hoher Geschwindigkeit abschalten. Zeitweise stieg der Krankenstand in der Y-Halle bis auf 19 Prozent, ohne dass das Produktionstempo gedrosselt wurde. Im Gegenteil, zur Klage über den steigenden Arbeitsdruck kommt noch die Wut über eine neue Urlaubsregelung, nach der lediglich drei Wochen zusammenhängender Urlaub genommen werden dürfen. Gerade für die KollegInnen aus der Türkei stellt dies einen Angriff auf ihren traditionellen Sommerurlaub zu Hause dar. Und um die Arbeitsverdichtung zu legitimieren, wird zur Zeit ein neues Arbeitsmessungs- und individuelles Beurteilungssystem namens ›GPAS‹ eingeführt. Mit diesem System soll die Stückzahl mit der gleichen Arbeiterzahl auf 1860 pro Tag gesteigert werden.

http://www.labournet.de/branchen/auto/ford/de/yhalle.html

Die Arbeitsniederlegungen haben das Management aufgeschreckt. Einige hohe Chefs eilten gleich herbei, um die Arbeiter mit Versprechungen zu beruhigen. Aber nach außen hält sich Ford bedeckt; der Presse gegenüber werden die Arbeitsniederlegungen bestritten – es täte dem ohnehin kränkelnden Aktienkurs der Ford AG wohl auch nicht gut, wenn sich an der Börse herumspräche, dass sich die ArbeiterInnen in Köln die neuen Maßnahmen zur Gewinnsteigerung nicht einfach gefallen lassen.

(Arbeiter Korrespondenz Köln)

In der letzten Ausgabe hatten wir über den **Streik** beim Bus-Subunternehmer **HBB in Leverkusen** berichtet. Seit dem 9.1. streiken die FahrerInnen für die Einführung des Spartentarifvertrags. Der Streik dauert seit mehr als fünf Monaten und ist der längste Tarifstreik in der Geschichte der BRD. Aber das ist alles andere als ein Zeichen von Stärke:

Was bisher geschah

HBB-Streik: Keine Bewegung

Seit das Arbeitsgericht die Solidaritätsstreiks der KollegInnen der Muttergesellschaft Wupsi verboten hat, ist von dem Streik in Leverkusen fast nichts mehr zu spüren. Zwar stieg nach dem Urteil der Krankenstand bei Wupsi. Aber die HBB-Chefs können sich damit brüsten, die Ausfallquote durch den Einsatz von Streikbrechern und Rentnern auf Null gesenkt zu haben. Die HBB-FahrerInnen müssen von ihrem Streikposten aus hilflos zusehen, wie die Busse aus dem Depot rollen. Anders war das nur am 14. April, als 35 Leute die Ausfahrt blockierten, mit Autoreifen und einem Transparent »Gegen Billig-Löhne: Streik!« Die Blockade dauerte von 4.40 Uhr bis nach 6 Uhr, etwa 100 Linienbusse wurden gestoppt, und es kam zu spürbaren Störungen im öffentlichen Nah- und Berufsverkehr. Ver.di war empört über die Aktion; bei den BusfahrerInnen stieß sie auf große Zustimmung. Viele von ihnen sind sauer auf die Streikführung von ver.di, die sie täglich in zwei Schichten vor dem Tor Streikposten stehen lässt und auf die Einhaltung dieser »Arbeitszeiten« achtet, aber nichts dafür tut, den Streik auszuweiten oder ihm zu mehr Effektivität, Dynamik und Öffentlichkeit zu verhelfen. Trotz aller Wut auf ver.di ist es den Streikenden bislang aber nicht gelungen, sich aus der Bevormundung zu lösen. Sie sind in dieser langen Auseinandersetzung vom Streikgeld abhängig, und in der multinationalen Belegschaft (elf Nationalitäten) hat sich kein Kern herausgebildet, der in der Lage wäre, eigene Vorschläge und Aktionen durchzusetzen.

Ein Ende des Streiks ist nicht absehbar. Ein Vorstoß der SPD, Verhandlungen aufzunehmen, wurde am 7.6. im Leverkusener Stadtrat abgelehnt. Wahrscheinlich hat die Stadt Leverkusen mittlerweile mehr für Streikbrecheraufträge gezahlt, als die Unterzeichnung des mageren Spartentarifvertrags kosten würde. Aber hier geht es nicht um Geld, sondern ums Prinzip: den ArbeiterInnen soll gezeigt werden, dass sie ohnmächtig sind und Widerstand zwecklos – und die HBB-FahrerInnen wollen das Gegenteil zeigen. Aber wie? Wie kann unter den Bedingungen von Auslagerungen und Spaltungen ein solcher Kampf effektiv geführt werden, und welche neuen Aktionsformen wären geeignet, die aktuelle Isolierung und Ohnmacht zu durchbrechen? Die Blockade war ein Versuch - die Debatte um eine neue Praxis im Arbeiterkampf steht dringend an... ■

Auch in Berlin gab es einen **Transportarbeiter-Streik** gegen anstehende Verschlechterungen. Das Besondere: nur 20 der 4000 S-Bahn-Beschäftigten streikten – das aber sehr effektiv:

Wilder Streik bei der Berliner S-Bahn: Kurz und effektiv

Am 21. April sorgten nur zwanzig der 4000 S-Bahn-Beschäftigten mit einem einstündigen »wilden« Streik für erhebliches Chaos. 120 Züge blieben stehen, 40.000 Fahrgäste waren betroffen, nachdem zwei Fahrer im Bahnhof Friedrichstraße um 7 Uhr ihre Züge angehalten hatten und die Signale im Nord-Süd-Tunnel auf Rot sprangen, weil ein Fahrdienstleiter streikte. Seit Monaten wurde um einen neuen Tarifvertrag verhandelt, mit dem Verschlechterungen durchgesetzt werden sollten. Die Friedenspflicht lief noch, der Streik galt deshalb als illegal. Die S-Bahn drohte mit Entlassungen und Schadensersatzforderungen und verhängte gegen sechs Beteiligte Suspendierungen, die sie jedoch am nächsten Tag wieder zurücknahm: »Wenn die Suspendierung beibehalten worden wäre, hätten auch wir Gewerkschafter die Lage kaum noch kontrollieren können«, so S-Bahn-Betriebsrat Tannhäuser. Ab da lief der Konflikt kontrolliert: am 23.4. erklärte die S-Bahn die Verhandlungen für gescheitert, und die S-BahnerInnen legten am selben Tag von 18-20 Uhr das gesamte Netz lahm, diesmal als legaler gewerkschaftlicher Warnstreik. Danach ging es in die Schlichtung, die mit einem – laut Transnet – »tragfähigen Kompromiss« endete. ■

Zu unserem Bericht über die **Aktionen der StudentInnen** gegen Studiengebühren und Kürzungen im Bildungswesen in der letzten *Wildcat* erreichte uns folgende Ergänzung:

Lustig ist das Studentenleben?

Eine häufige Kritik an den Hochschulstreiks meint, die streikenden StudentInnen würden sich nur um ihre eigenen schnöden Hochschulinteressen kümmern und sie wollten Elite sein. Eine Verschlechterung der Studienbedingungen zum Anlass zu nehmen zu streiken, ist ja erst mal nicht zu kritisieren. Hier unterscheiden sich die StudentInnen nicht von den Leverkusener Busfahrern, die ja auch nicht gegen die Kürzung des Arbeitslosengeldes streiken. Der Vorwurf des elitären geht völlig an der Realität vieler StudentInnen und derjenigen, die nach dem Studium arbeiten, vorbei. Für die meisten ist das Studium eine Berufsausbildung, von der sie sich einen besseren Job versprechen. Aber gerade für Hochschulabgänger haben sich die Berufsaussichten verschlechtert. Wie viele schlagen sich als Selbstständige in prekären Arbeitsverhältnissen mehr schlecht als recht durchs Leben – z.B. mit Honorarverträgen im sozialen Bereich oder hangeln sich als selbstständige KulturarbeiterIn von Auftrag zu Auftrag? Die Ingenieure bei uns im Betrieb verdienen zwar mehr als Facharbeiter, sie sind aber weit davon entfernt, Elite zu sein. Viele StudentInnen haben sich nicht aktiv am Streik beteiligt, weil sie es sich finanziell nicht leisten konnten – ein Problem, das auch viele der Streikenden hatten. In der Uni Lüneburg wurde der Streik u.a. deswegen abgebrochen, als er gerade effektiv wurde. Studenten, die sich an der Streikbewegung 1999 beteiligt hatten, waren diesmal nicht dabei, weil sie arbeiten mussten.

Eine Schwäche der Streikbewegung war es, diese Seite studentischer Existenz nicht thematisiert zu haben. Das hätte eine Auseinandersetzung mit prekären Arbeitsverhältnissen bedeutet. Ohne studentische Minijobs würde z.B. hier in Lüneburg die Kneipen- und Bioladenwirtschaft zusammenbrechen. Hier wären Begegnungen mit anderen ArbeiterInnen in prekären Arbeitsverhältnissen möglich gewesen. Die Verschärfungen der Hochschulreform wirken sich auf arbeitende StudentInnen noch extremer aus, weil sie weniger Zeit zum Studium haben.

Man kann sagen, die StudentInnen haben sich zu schnell auf die Parolen der (alt-) linken Geisteswissenschaftler und studentischen Politiker eingelassen, die die »Freiheit der Wissenschaften« und »gesellschaftliche Verantwortung der Intelligenz« in den Mittelpunkt stellten. Auch für die linken Hochschulpolitiker hat »soziale Bewegung« mehr mit Gewerkschaften oder Attac zu tun als mit realen Lebensverhältnissen. In Lüneburg galt es als Erfolg, dass der DGB zu einer Demo gegen Sozialabbau und Hochschulreform aufrief – allerdings nicht in den Betrieben.

Die Proteste der StudentInnen gehen auf Sparflamme weiter. Wenn die konkreten Lebensverhältnisse aber weiterhin ausgeklammert bleiben, werden sie zu einer Sache von Politikern auf beiden Seiten – nichts mit sozialer Bewegung. ■

Und um das Kraut fett zu machen, haben 50 StudentInnen am 23.05. die **Hamburger Hochschule für Wirtschaft** und Politik **besetzt**. Sie protestieren damit gegen die Zusammenlegung der Hochschule mit den Fachbereichen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Hamburger Universität. Bereits im September letzten Jahres waren die Studierenden durch den »Moderator« dieser Verhandlungen vom »Centrum für Hochschulentwicklung« (CHE) von den Verhandlungen über die Zukunft der HWP ausgeschlossen worden. Das CHE gehört zum Bertelsmann-Konzern. Während der bundesweiten Proteste gegen die Verschlechterungen der Studienbedingungen im vergangenen Dezember/ Januar streikten die HWP-StudentInnen für den Erhalt ihrer Hochschule.

Nachdem die Verhandlungen nun im Mai mit einem Ergebnis zu Ende gegangen waren, das den Wünschen des Hamburger Senats entsprach, gingen die StudentInnen auf die Barrikaden bzw. direkt in die Büros der Hochschulleitung. In ihrer Erklärung heißt es: »Wir streiten für die bildungs- und sozialpolitische Konzeption der HWP: für einen offenen Hochschulzugang und für eine kritische Wissenschaft in Forschung und Lehre. Wir setzen uns für die interdisziplinären Studiengänge, den Hochschulzugang für Menschen mit und ohne Abitur und die sozialpolitischen Rechte der Studierenden an der HWP ein. Unser sozialer Ungehorsam richtet sich gegen den massiven Abbau von Studienplätzen, gegen Studiengebühren und Zwangsexmatrikulationen sowie die Aushebelung von Mitbestimmungsrechten an den Hamburger Hochschulen.«

Nach den **großen Blackouts** des letzten Sommers in Norditalien und den USA haben wir uns in der *Wildcat 68* mit dem Verfall der Energie-Infrastruktur beschäftigt. Nun kam es zu weiteren - kleineren - **Blackouts in Frankreich**. Ursache für die »Stromausfälle«, die von April bis Juni Teile von Lille, Bordeaux und Grenoble und anderen Städten im Dunkeln ließen, waren aber keine technisch bedingten Probleme, sondern gezielte Abschaltungen durch die Energiearbeiter. Diese protestieren gegen die Privatisierung des französischen Energieversorgers EDF, die von der Regierung vorwärts getrieben wird, um das Unternehmen für den freien Wettbewerb »fit zu machen«, der ab 2007 auf dem europäischen Energiemarkt herrschen soll. Während im April noch Planungen bezüglich eines Verkaufs von EDF-Anteilen geleugnet wurden, geht es inzwischen um 30 Prozent der Anteile an dem Unternehmen, die die Regierung gern versilbern würde, um dringende Investitionen in das französische Energienetz machen zu können. Vom Streik und den Abschaltungen, die immerhin 12 Prozent der Produktion der EDF umfassten, ließ sich die Regierung jedoch nicht beeindrucken. »Die EDF sind ein nationales Unternehmen«, sagt der französische Industrieminister Patrick Devedjian, »also entscheidet das Parlament, denn es repräsentiert die Nation.« Folgerichtig schalteten die Stromwerker genau in den Regionen den Strom ab, deren Abgeordnete den Verkauf unterstützen.

Auch während der **deutsch-chinesischen Hochtechnologiekonferenz** in Berlin kam es am 4. Mai zu einem **Stromausfall**. Ob allerdings die kämpfende chinesische Arbeiterklasse oder deutsche Energiearbeiter oder gar internationale Brigaden hinter diesem Vorkommnis stecken, konnte bis Redaktionsschluss nicht ermittelt werden. ■

...und wenn wir schon mal bei China sind: In den letzten beiden Augaben der *Wildcat* haben wir uns ja intensiv mit dem chinesischen »Wirtschaftswunder« beschäftigt. Die existierenden Überkapazitäten führen offensichtlich zu einem Verdrängungswettbewerb mit weiterem Ausbau der Produktionskapazitäten.

Skoda-Produktion in China?

Skoda will »vielleicht« zukünftig in China 50.000 Octavia jährlich produzieren. Er »schließe nicht aus«, dass Skoda im kommenden Jahr mit der Herstellung beginnen werde, sagte VW-Chef Pischetsrieder am Samstag der Prager Nachrichtenagentur CTK. Zur Produktion würde man vorwiegend lokale Arbeitskräfte nutzen, die in Europa geschult würden. Er schließe nicht aus, dass man vielleicht eventuell könnte. Wird hier mit Verlagerung gedroht, um diesmal in Tschechien die Bedingungen zu schaffen, die VW in China gerne hätte? Immerhin ist der Marktanteil von VW in China in den letzten Jahren von 50 auf 25 Prozent abgesackt.

Bereits heute bauen ZF und andere deutsche Autozulieferer, die in China produzieren, um die chinesische und südkoreanische Autoindustrie zu beliefern, neue Werke nur noch außerhalb der Ballungsräume um Peking und Shanghai, weil dort die Energieversorgungslage schlecht und die Löhne zu hoch sind. ZF zahlt in Shanghai mittlerweile 3,60 Euro brutto pro Stunde, in weniger entwickelten Gegenden seien es nur 2 Euro. Die Lohnspirale hat offensichtlich auch in China bereits eingesetzt.

Eine Studie der US-Unternehmensberatung *Alix Partners* sieht weitere Wolken in China heraufziehen: »Überhitzung«, »Überkapazitäten« und »dramatischer Preisverfall« – das müsste Pischetsrieder eigentlich wissen, schließlich hat VW in China gerade massiv die Preise gesenkt. Nun soll also auf die in China bereits existierenden Überkapazitäten mit neuen Produktionsanlagen reagiert werden – »vielleicht«.

Der Boom in China ist nicht unendlich, nur so richtig wahrhaben wollen es die wenigsten. Zu schön ist der Traum vom Geld, das sich in China verdienen lassen soll. Zu schön ist die Idee des unerschöpflichen Marktes, der die Wunden zu Hause ausgleichen soll.

Bereits im nächsten Jahr werden nach *Alix Partners* in China 5,3 Millionen Fahrzeuge produziert, aber nur 2,2 Millionen verkauft. Der Preisverfall wird sich verschärfen, und 2006 werden die ersten Hersteller statt schwarzen rote Zahlen schreiben. ■

In der *Wildcat 67* vom Oktober 2003 hatten wir einen Blick auf bisherige »Gesundheitsreformen« und die

Umstrukturierungen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

und auf ArbeiterInnenkämpfe in diesem Bereich geworfen.

Diese Umstrukturierungen scheinen in eine »heiße Phase« zu kommen. Bislang waren vor allem kleinere Krankenhäuser unter Druck geraten, das hieß immer öfter Privatisierung, auch wenn oft schon die Drohung wirkte: weniger Personal, schlechtere Bezahlung, flexibilisierte und verlängerte Arbeitszeiten. Die Umsetzung der Fallpauschalen, die sog. »integrierte Versorgung« oder das »Qualitätsmanagement« sind Hebel, mit denen die Angriffe auf die Großkliniken und ambulanten Dienste ausgeweitet werden sollen. Einstellungstopp und Personalabbau einerseits – die Einsaugung billiger neuer Arbeitskräfte andererseits: so werden z.B. Arbeitslose in Kurse geschickt, um ihre »Tauglichkeit« für die Krankenpflege auszutesten, weil es »Bedarf« gibt – Bedarf für billigere Arbeitskräfte.

In der ambulanten Pflege hält die Verdichtung der Arbeit durch sog. Module (feste Zeitvorgaben für bestimmte Tätigkeiten) die Fluktuation weiterhin hoch. Anders in den Krankenhäusern: Bettenabbau, Stellenkürzungen, Privatisierungsdrohungen und der Umstand, dass immer mehr Leute mit befristeten Verträgen eingestellt werden, haben die Fluktuation stark sinken lassen. Gegenüber den 90ern brechen geradezu die Dämme: »Du bist zu alt, wir wollen ein junges Team aufbauen, bewirb dich woanders«, »Du warst zu oft krank, du wirst nicht mit auf die neue Station genommen« – solche Sprüche bekommen z.B. Leute in der **Freiburger Uniklinik** in den letzten Monaten zu hören. Stationen werden geschlossen oder zusammengelegt, um Personal »zu sparen«. Im Mai 2004 wurde die Kündigung der Tarifverträge, die Heraufsetzung der Arbeitszeit auf 41 Stunden, die Streichung des Urlaubsgelds und die Reduzierung des Weihnachtsgelds angekündigt. Bei Neueinstellungen oder Vertragsverlängerungen soll das auch umgesetzt werden. Für die anderen gilt der Tarifvertrag weiter, aber die Bedingungen sollen über einen Haustarifvertrag nach unten »angeglichen« werden.

Privatisierungsdrohung und Lohnverzicht sind auch in Berlin der Grund für die Auseinandersetzung um den landeseigenen Klinikkonzern **Vivantes**. Seit Beginn der 90er stehen hier die Krankenhäuser unter Druck: Schließungen, Betten- und Personalabbau. 2001 wurden 9 Kliniken im neu gegründeten Vivantes Konzern zusammengefasst. Einstellungsstopp und Spardruck haben seitdem die Arbeitsbedingungen verschlechtert: keine Seltenheit sind z.B. Stationen mit fast 40 Betten und nur zwei Leuten pro Schicht. Seit 2001 sind von 16.000 ca. 2000 Stellen abgebaut worden. Seit Beginn des Jahres steht die Insolvenz im Raum, mit einem »Notlagentarifvertrag« will die Geschäftsleitung einen Lohnverzicht erreichen. Ende Mai macht die Rhön-Klinikumskette ein Übernahmeangebot, wenige Tage später wird ein Sanierungskonzept verkündet: das Land übernimmt die Schulden, Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden gestrichen.

Gegen Lohnverzicht und die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat sich in **Berlin** der Kreis **»gesund und munter«** zusammengefunden: Leute, die in den Vivantes- oder anderen Kliniken arbeiten, und UnterstützerInnen. In den Kliniken wurden Flugblätter verteilt und über weitere Aktionen diskutiert. Zum 3.4.04, dem bundesweiten »Aktionstag gegen die Agenda 2010«, wurde ein »Gesundheitsblock« organisiert, um einen Anlaufpunkt für die Klinik-ArbeiterInnen zu haben. Ende Mai wurde auf einer Veranstaltung über Aktionen auf der für den 3. Juni angesetzten Personalversammlung von Vivantes diskutiert, auf der Gewerkschaft und Geschäftsleitung der Belegschaft den Lohnverzicht beizubiegen versuchten. Ver.di legte einen unterschriftsfertigen Tarifvertrag vor: Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld bis 2008, keine betriebsbedingten Kündigungen bis 2010, weitere 1500 Stellen sollen »sozialverträglich« abgebaut werden. Auf der Versammlung waren mit etwa 1300 Leuten viel weniger als erwartet. Nach der Inszenierung der letzten Wochen – Übernahmeangebot der Rhöngruppe, die »Sanierungspläne« des Senats und der »Notlagentarifvertrag« von ver.di – ist die Sache für viele anscheinend entschieden. Die Stimmung auf der Versammlung war widersprüchlich: »Wer übernimmt die Arbeit für die gestrichenen Stellen?«, »Wieso weiter Betten abbauen, wenn wir jetzt schon Patienten auf den Fluren stehen haben?«, »Wieso maßt sich ver.di an, einen Vertrag ohne Abstimmung auszuhandeln?« ... aber auch Stimmen, die den Erfolg der Arbeitsplatzsicherheit betonten. Viele Leute sind vorzeitig gegangen, ihnen war klar, dass sie eine Kröte schlucken sollten und die »Garantien« morgen schon wenig wert sein können. Jetzt werden zwei Sachen diskutiert: es gibt den Vorschlag, im Rahmen einer Antiprivatisierungskampagne mal wieder Druck auf ver.di auszuüben, damit diese endlich die Politik des »Co-Managements« aufgibt, endlich die Leute in den Kliniken mobilisiert, damit es zu Aktionen und Streiks in den Krankenhäusern kommt. Um dasselbe Ziel geht es bei der Idee, nach der Personalversammlung noch mal direkt in den Kliniken, auf den Stationen nachzuhaken, und nicht den »Umweg« über die Gewerkschaft zu nehmen....

In der *Wildcat 67* haben wir euch aufgefordert, **Berichte** zu schikken, um Erfahrungen auszutauschen und zu bündeln, Diskussionen und eine Vernetzung anzustoßen. Das hat bis jetzt nur in Ansätzen geklappt, deswegen wiederholen wir diesen Aufruf: ***schreibt uns, meldet euch!!***

Besetzte Fabriken in Argentinien – Bewegung gegen das Kapital oder Selbstverwaltung des kapitalistischen Elends?

In der Beilage zur *Wildcat #68* »Eine Fabrik in Patagonien – Zanon gehört den Arbeitern« haben wir über dieses herausragende Beispiel der Fabrikbesetzungen berichtet. Letztes Jahr arbeiteten in Argentinien etwa 15 000 ArbeiterInnen in 180 instandbesetzten Betrieben. Seitdem sind jedoch kaum noch neue Projekte hinzugekommen. Der Niedergang der Bewegungen, besonders seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Kirchner vor einem Jahr, hat vor den besetzten Fabriken nicht Halt gemacht.

»In den 70er Jahren wurden aus ideologischen Gründen Fabriken besetzt. Heute machst du die Besetzung aus einer Notlage heraus, und die Ideologie kommt erst hinterher«
Besetzer der kleinen Brotfabrik Panificación 5, 2002

Die aktuelle Welle von Besetzungen begann Mitte der 90er Jahre. Mit der Verschärfung der Krise nehmen die Besetzungen ab 2000 zu, und 2001 wird die MNER gegründet, die »Nationale Bewegung instandbesetzter Betriebe«. Diese Organisation ist ein Vereinnahmungsversuch: Sie setzt auf die Legalisierung der Betriebe als Kooperativen und bietet den ArbeiterInnen entsprechende Beratung und Unterstützung an. Federführend ist der Anwalt Dr. Luis Caro, der ganz im Stile seines Vorbildes General Perón als Retter der Armen gegen die Linke antritt. Er betont bei jeder Gelegenheit, dass er selbst in einem Armenviertel aufgewachsen ist und macht sich durch kostenlosen Einsatz bei Tag und Nacht bei den ArbeiterInnen beliebt und unentbehrlich. Dafür verlangt er von ihnen, dass sie die Finger von der Politik lassen, und dass sie nicht auf die eigene Kraft vertrauen, sondern auf ihn und den Rechtsweg. Caro kann juristische Erfolge vorweisen, er hat beste Verbindungen zu Kirche und Staat. Im September 2003 kandidiert er für das Bürgermeisteramt in Avellaneda, im Großraum Buenos Aires, auf einer Liste der peronistischen Partei PJ – gemeinsam mit Aldo Rico, dem Anführer eines der Putschversuche (1987) gegen die Regierung Alfonsín, mit denen die Militärs die Straffreiheit für ihre Verbrechen während der Diktatur durchgesetzt haben!

Die Mehrheit der besetzten Betriebe haben sich der MNER angeschlossen, bzw. der MNFRT, mit der sich Caro Anfang 2003 abgespalten hat. Nur eine radikale Minderheit weigerte sich, Kooperativen zu gründen, und forderte die »Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle«. Bei der Diskussion um »Kooperative oder Arbeiterkontrolle« ging es im Grunde nie um die Rechtsform, sondern um unterschiedliche politische Strategien. MNER/MNFRT suchen innerhalb des bestehenden Systems nach einer Lösung für die einzelnen Betriebe. Durch ihr Vorgehen fördern sie die Entpolitisierung und Integration der Projekte. Der Fraktion *Arbeiterkontrolle* ging es dagegen um eine Ausweitung der Bewegung, um den Kampf gegen die gesamte kapitalistische Misere führen zu können. Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Zwischen Repression und Integrationsangeboten ist die Initiative der ArbeiterInnen ins Stocken geraten.

Zur Diskussion um **»Kooperativen – Verstaatlichung – Arbeiterkontrolle?«** siehe den Artikel in der Beilage zur *Wildcat '68*

Die Beilage gibt es inzwischen auch auf polnisch: *www.arbeitszwang.de/zanon.pdf*

Wiederherstellung des Privateigentums durch »Enteignungen«

Die BetriebsbesetzerInnen haben radikale Schritte unternommen. Statt um Arbeitsplätze zu betteln, haben sie sich die Produktionsmittel einfach angeeignet. Ihre Aktion zielt auf die Grundlagen: auf die Produktion und das Privateigentum. In den selbstverwalteten Betrieben haben sie kapitalistisches Kommando und Hierarchien durch Versammlungsstrukturen und Basisdemokratie ersetzt. Tausende ArbeiterInnen machten die Erfahrung, dass sie die Produktion und ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. All das fand in einer Situation statt, in der die Politik zeitweilig ihre Legitimation verloren hatte, in der sich erhebliche Teile der Bevölkerung hinter der Parole »Sie sollen alle abhauen« versammelten und sich mit straßenblokkierenden Arbeitslosen solidarisierten. Der Staat musste sich was einfallen lassen.

Im Fall der besetzten Betriebe waren das die sogenannten Enteignungsverfahren. Dabei wird ein Betrieb zum »Gegenstand öffentlichen Interesses« erklärt und den ArbeiterInnen für zwei Jahre überlassen. Wenn sie den Betrieb ans Laufen bringen, können sie ihn nach Ablauf der Frist kaufen. Das Risiko tragen sie selbst, Arbeiterrechte haben sie keine mehr. Aus ArbeiterInnen und BesetzerInnen werden potentielle KäuferInnen. Dem Privateigentum wird wieder zur Geltung verholfen.

<f>Anfang 2003 wurde dieses Verfahren bereits für ein Drittel der besetzten Betriebe angewandt, und für ein weiteres Drittel wurden in direkten Verhandlungen mit dem Eigentümer oder per Ge-

richt Mietverhältnisse vereinbart. Inzwischen sind – mit Ausnahme von Zanon – alle Besetzungen in irgendeiner Form (vorübergehend) legalisiert. Damit ist der Räumungsdruck vorläufig außer Kraft gesetzt – aber auch das Konfliktpotential.

Der spektakulärste Fall betraf die Textilfabrik Brukman, die neben Zanon zum Symbol für die *Arbeiterkontrolle* geworden ist. Auf der Straße vor der Fabrik fanden 2002 die ersten beiden »Treffen der besetzten Fabriken« statt. Hier im Zentrum der Hauptstadt hatte der Staat ein besonderes Interesse, das Widerstandssymbol zu zerstören – oder daraus eine harmlose Nähstube zu machen. Zwei Räumungsversuche konnten die Arbeiterinnen abwehren, den dritten im April 2003 nicht mehr. Der Versuch der Wiederbesetzung scheiterte unter Tränengas und Gummigeschossen. Die Arbeiterinnen richteten sich vor den Polizeisperren in einem Zelt auf der Straße ein, es folgten lange Wintermonate mit Demonstrationen und Durchhalten. Ohne Erfolg. Auf politischer und juristischer Ebene war nichts zu bewegen – bis schließlich Caro den Fall übernahm und im Oktober die »Enteignung« erreichte. Ende Dezember konnten die Arbeiterinnen in die Fabrik zurückkehren. Sie arbeiten wieder, ohne Chef, und können davon halbwegs leben. Aber die Fabrik ist nicht wiederzuerkennen. Plakate und Transparente sind verschwunden, auf der wöchentlichen Versammlung wird nur noch über Arbeit geredet, das gemeinsame Mittagessen wurde gestrichen, statt Demonstrationen sind Überstunden angesagt. Caro hat seine Linie durchgesetzt: die Arbeiterinnen sollen arbeiten, für die Politik ist er zuständig.

Von den selbstverwalteten Betrieben geht kaum noch politische Initiative aus. Die meisten sind völlig mit dem Überleben beschäftigt. Ging es vorher nur um das Einkommen für die ArbeiterInnen, so müssen sie jetzt im Hinblick auf zukünftige Übernahmen Profit erwirtschaften. Sie müssen sich auf dem Markt behaupten und sich wie Kapitalisten verhalten, die Produktivität steigern und die (eigene) Ausbeutung erhöhen. In Kleinbetrieben mit alten Maschinen – und das sind die meisten; die Hälfte der besetzten Betriebe hat weniger als 30 Beschäftigte – führt das zu langen Arbeitszeiten bei hohem Arbeitsdruck und geringem Lohn. Dieser Druck wirkt sich wiederum auf die internen Strukturen aus: der Spielraum für Basisdemokratie, Diskussion und Aktion wird geringer.

Selbstverwaltung ist keine Insel

Zanon ist als letzte Bastion der Bewegung übriggeblieben. Die hochmoderne Fabrik mit mittlerweile 380 Arbeitern war von Anfang an eine Ausnahme. In keinem anderen Betrieb sind interne Demokratie und Politisierung so weitgehend verwirklicht worden. Aber auch hier wirken die »Sachzwänge« – es wird über Produktivität oder die Ausweitung der Nachtschicht diskutiert –, und die allgemeine Tendenz zur Entpolitisierung macht sich ebenfalls bemerkbar. Die ArbeiterInnen von Zanon versuchen gegenzusteuern und leisten sich regelmäßige Diskussionstage, bei denen eine ganze Schicht lang alle gemeinsam nicht nur über Produktion und Finanzen, sondern auch über Lokal- und Landespolitik oder den Irakkrieg diskutieren. Sie sind weiterhin in den verschiedensten Mobilisierungen präsent und können umgekehrt auf die Unterstützung der Bevölkerung setzen. Aber sie werden den Zustand der Illegalität als einzelner Betrieb nicht auf Dauer halten können. Sie verfolgen nach wie vor die Idee der Arbeiterkontrolle, haben aber gleichzeitig formal eine Kooperative angemeldet. Welcher Kompromiss dabei herauskommen wird, ist schwer einzuschätzen.

Die ArbeiterInnen von Zanon haben immer betont, dass sie ihr Projekt nicht als Insel, sondern als Ausgangspunkt sehen, und ihre Erfahrungen werden in zukünftigen Bewegungen sicher noch eine Rolle spielen. Bis dahin gilt es zu überwintern ... Es gibt Anzeichen, dass sich untergründig in der normalen Welt der Arbeit etwas tut. Die U-Bahn-ArbeiterInnen haben Anfang April mit einem viertägigen Streik eine alte Forderung durchgesetzt: den 6-Stunden-Tag wegen gesundheitsgefährdender Arbeit. Auch in anderen Bereichen regt sich Widerstand gegen das Stillhalten der Gewerkschaftsbürokratie. Wenn hier eine neue Bewegung aufbricht, könnten auch die ArbeiterInnen der selbstverwalteten Betriebe wieder von der Selbstverwaltung des Mangels weg zu einer neuen Offensive kommen. ■

www.obrerosdezanon.org

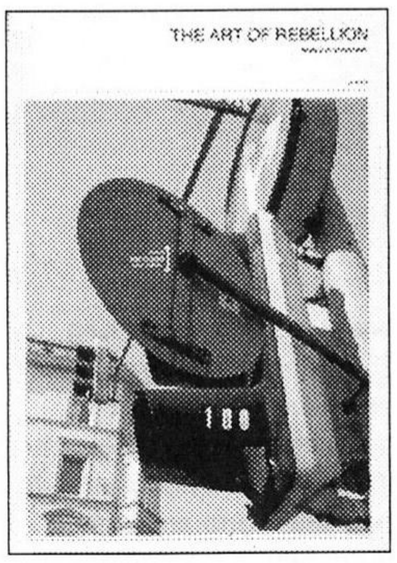
www.nuestralucha.org
Die Zeitung Nuestra Lucha erscheint seit April 2002, herausgegeben von einem Kreis von ArbeiterInnen aus besetzten und anderen Betrieben, mit Regionalgruppen in verschiedenen Provinzen, Auflage 14 000. Sie berichtet v.a. über Arbeiterkämpfe.

Musik statt Industrie – industrial music

Den Schwachsinnsspruch der Musikindustrie: »Copying music is killing music« hatten wir im letzten Heft zu »making music is killing music« zugespitzt. Und es scheint ja wirklich so: Musik boomt auf allen Ebenen (mehr Leute in den Konzerten, mehr Garagenbands, eine wachsende *home recording*-Szene). Der Musikhandel (v.a. im Fernsehen) boomt, die Konzertveranstalter machen Kasse, nur die Musikindustrie macht miese, der Verkauf von Tonträgern geht weiter zurück. Sie macht inzwischen mehr Umsatz mit Klingeltönen als mit dem Verkauf von Single CDs (und 2003 war der Umsatz mit Klingeltönen fünfmal so hoch wie der mit Musikdownloads).

Von den Klingeltönen schlagen wir den Bogen diesmal ganz weit zur Industrial Music und zum Industrial-Rock. Was einst radikal und vielversprechend begann, scheint im heutigen main stream zur Stampfmucke verkommen zu sein. Wir weisen drauf hin, dass es daneben und darunter auch sehr interessante Bands zu entdecken und Hörerfahrungen zu machen gibt. Dass die Menschen die industriell erzeugten Geräusche ihrer »zweiten Natur« musikalisch verarbeiten, unterscheidet sie übrigens nicht weiter von den Tieren: Ornithologen haben rausgefunden, dass Singvögel die Klingeltöne von Handies nachmachen. Das ist eine reife Leistung, wenn man bedenkt, wie lange es Handies gibt. Vom »Jazz«-Festival in Moers gibt's diesmal zu berichten, dass es musikalisch deutlich interessanter und besser geworden ist; darüberhinaus sahen wir einen Trend zum längeren Stück und zum Kollektiv. Nicht mehr so viel länger als es dauert, diese kurze Einleitung zu lesen, dauern heute die Zyklen »großartiger Geschäftsmodelle«: Der Umsatz mit Klingeltönen sei gefährdet, das Geschäftsmodell gerate in die Klemme: Einerseits kann man sich (schönere) Klingeltöne selber machen, andererseits treibt die Industrie die Preise in solche Höhen, »dass der Markt auf Grund der hohen Preise frühzeitig zusammenbrechen könnte.« (Zitat aus einer Marktuntersuchung). Dann doch lieber den legalen Musikdownload »für 50 Cent und keinen Euro mehr!«?? *(http://www.heise.de/ct/50-cent/)*. Schon erstaunlich, wie viele sich berufen fühlen, hier weitere Geschäftsmodelle auszutüfteln! *50 Cent* ist ein schlechter Rapper und basta! Apropos: im Oktober erschien ein Buch, das in vielen Metropolen neue Entwicklungen im Straßenbild dokumentiert. Lest (bzw. seht) selber!

The Art of Rebellion



C100
The Art of Rebellion.
World of Street Art;
Publikat-Verlag 2003;
144 S., 24,90 Euro

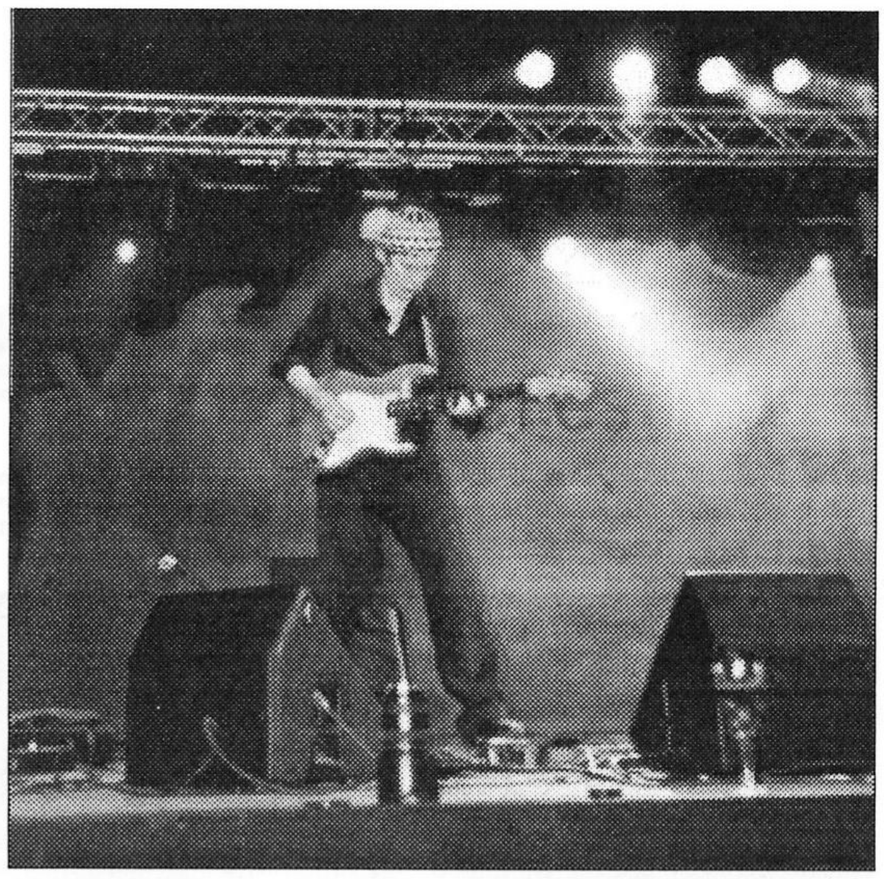
Ein Bilderbuch – ca. 140 Seiten Bilder, Fotografien von Street Art – Grafiti – in aller Welt. Der Untertitel des Buches, nämlich »World of Street Art«, legt die Messlatte dafür ziemlich hoch. Natürlich kann ein Buch 140 Seiten nicht die ganze Welt der Straßenkunst beleuchten. Dennoch ist der Blick auf die Szenerie zumindest »westlich global«: New York, San Francisco, Los Angeles, Sydney, London, Paris, München, Berlin, Hamburg, ... Zwischen Künstlern aus diesen westlichen Metropolen findet sich allerdings auch Straßenkunst aus Japan, der Slovakei oder Brasilien – obwohl man sich manchmal mehr *davon* wünschen würde.

Der Autor Christian Hundertmark (C100) hat sich per in der Szene verbreitetem Aufruf Bilder und Kurzbeschreibungen der jeweiligen Künstler schicken lassen. Dabei sind nicht nur die allesamt farbigen Abbildungen interessant, sondern auch die »Waschzettel« der Künstler, ein Formular, das C100 verschickt hat, und wo die Künstler knapp erzählen, wie sie zur ›Street Art‹ gekommen sind, wie sie zu ihrem Stil gefunden haben, welche Probleme sie mit der Polizei hatten, aber auch, welche Musik sie hören oder wie sie die Zukunft der Szene einschätzen.

Wenn sich aus dem Gezeigten etwas ableiten lässt, dann dass das großflächige Sprühen weniger angesagt ist als zum Beispiel Schablonensprühereien oder das großflächige Verkleben von Plakaten. Oft zu sehen sind Figuren, die auf Papier gedruckt und anschließend verklebt werden. Die im Buch auftauchenden Stile sind zwar sehr heterogen, nichtsdestotrotz lassen sich Bezüge etwa zwischen verschiedenen Künstlern und Städten finden. Auch die »Message«, nach der die Artisten gefragt werden, ist sehr unterschiedlich. Während die einen sich deutlich politisch äußern, spielen die anderen »nur« mit Ornamenten oder comichaften Figuren. Die »Rebellion«, die der Titel anspricht, steckt hier nicht in dem, was »gesagt« wird, sondern darin, *wie* und *wo* es passiert. Und zumindest *das* hat diese Kunst noch immer mit dem Hip Hop gemeinsam. ■

Moers 2004:

Man-Driven-Trance from Outer-Space



Auch dieses Jahr waren wir über Pfingsten beim Jazzfestival, und nicht beim Buko, obwohl sie den extra eine Woche vorher gelegt hatten. In Moers lockten interessante Auftritte: aktuelle französische Jazzszene (*Le Sacre du Tympan* und *Collectif Slang*), Erik Friedlander, Ned Rothenberg und andere aus der New Yorker Downtownszene, Mars Williams aus Chicago mit zwei Formationen (*Liquid Soul* und *XmarsX*), Fred Frith&Evelyn Glennie... Daneben bekannte Gesichter aus der Rockgeschichte: Wayne Kramer (ex-*MC5*), David Thomas (ex-*Pere Ubu*) und Bill Bruford (*King Crimson, Yes*). Die vormittäglichen (Improvisations-)Projekte im nahegelegenen Schulzentrum zählten wieder mal zu den musikalischen Höhepunkten des Festivals. Statt auf angeblich authentischen ethnischen »roots« ritten die Programmschreiber diesmal auf »Drum 'n Bass« und »Techno-Grooves« rum (teilweise grober Etikettenschwindel!).

Take your time together!

Das Ende der Weltmusik und vermeintlichen Ethnoauthentizität, das wir vor einem Jahr prophezeiten [http://www.wildcat-www.de/wildcat/66/w66moers.htm], scheint in der Tat gekommen. Auf der Hauptbühne des Festivals fehlten weitgehend Bands, deren Herkunft schon als Qualität erklärt wird. Auch wenn die »drum 'n bass«-Floskeln im Programmheft oft völlig deplaziert waren, so sind elektronische Sounds und Elemente der elektronischen Tanzmusik inzwischen viel stärker in die Musik integriert und aufgelöst – nicht mehr so drangeklebt und aufgesetzt wie noch vor ein, zwei Jahren. Und endlich standen wieder jüngere Musiker auf der Bühne (Musikerinnen waren leider nur sehr wenige da). Sie zählten, vor allem was Unbekümmertheit und die Suche nach neuen Klangmöglichkeiten angeht, oftmals zu den interessantesten Besetzungen.
Es gibt einen Trend zum »Kollektiven«. Bei manchen Bands drückt sich das programmatisch im Namen und in der Selbstdarstellung aus - die Ansager verknoten sich fast die Zunge, wenn sie das vertraute »Mr.X mit seiner Formation XY« wegdrücken müssen. Vor allem aber auch in der Spielweise: Die Zeit der großen »Soli-Battles« scheint momentan vorbei, Gruppenimprovisationen und gemeinsame Soundentwicklungen stehen bei vielen Formationen im Vordergrund. Es gibt - damit einhergehend - einen Trend zu längeren Stücken, die sich oftmals genreübergreifend aus klanglichem Material verschiedener Strömungen bedienen und es in ausschweifende und sich steigernde Soundentwicklungen überführen.

Wermutstropfen

Die Auseinandersetzung um den (afroamerikanischen) Jazz-Kanon zieht Spuren: Das *Revelation Trio* aus Chicago wurde quasi als Anti-Marsalis angekündigt. Es ist gut und notwendig, dem Exklusivanspruch und dem neokonservativen Reinheitsgebot eines Marsalis und seines luxuriösen New Yorker *Lincoln Center* etwas entgegenzusetzen, der die oftmals kritisch und politisch inspirierten Experimente und Entwicklungen im Jazz ab Mitte der 60er verleugnet. Die Kritik landet aber in einer Sackgasse, wenn die Musik einer bestimmten Phase (der FreeJazz der späten 60er Jahre) einfach nur hochgehalten und eins zu eins reproduziert wird, anstatt sie weiterzuentwickeln. Damit waren sie aber nicht alleine: Auch Ned Rothenberg, der ansonsten in den Tagen explosiv und unglaublich vielfältig in Erscheinung trat, widmete den Auftritt seiner *Double Band* weitgehend der Traditionspflege der New Yorker Downtownszene.

Und trotz der hervorragenden Sängerin Kristin Asbjornson und des interessanten Gitarristen Eivind Aarseth waren *Ketil Bjornstad&Seafarer´s Song* ärgerlich: Dies lag vor allem an der klischeehaften und plakativen Instrumentierung. Selbst wenn die Texte (zu Migrationserfahrungen) besser gewesen sein sollten: sie hatten keine Chance unter dem Schwulst an »Betroffenheitsmusik«.

Hörempfehlungen:

Auf der Webseite des Moers-Festivals: *http://www.moers-festival.de/live2004/* : u.a. ***Topaz*** (mit Erik Friedlander) und ***Sainkho&Digital Mutation*** (mit Ned Rothenberg an der Bassklarinette)

***Rovo*:**

u.a. auf *http://www.epitonic.com/artists/rovo.html*

*»The hottest **Man-Drive-Trance** Band from Japan!! Dramatic and spiritual dance music with a genre-straddling, wide-range groove which includes techno, house, dub, Krautrock, psychedelia, jazz, Latin, progressive rock, improvisation and ethnic music. The energetic groove of Rovo's music, which people can't resist dancing to, could be described as music embodying the universe itself.«*
(aus dem Booklet ihrer neuen Live Doppel-CD)

Collectif Slang

Collectif Slang sind Teil einer neuen Szene in Frankreich. Scratches, Noise, Elektro und diverse Grooves verbinden sich mit Jazz. Auf diesem musikalischen Reichtum basieren ihre Improvisationen, humorvoller und überaus spontaner freier Jazz für Freunde der Musik im weitesten Sinn.
http://www.institutfrance.si/fr/manifestations_culturelles-archives.php?dogodekid=61

Ned Rothenberg

http://www.nedrothenberg.com/sounds.html

Das Leben komplett ein ungeheurer Lärm

Industrial zwischen inhaltsleerer Provokation und musikalischem Experiment

»Industrial ist aggressiv, elektronisch, Gitarren, Kinetische Energie, Krach.« (*More Machine Than Man)*

»Musik wie ein Crossover aus den schneidigen Synthie-Riffs von DAF, trickreichen Beat-Konstrukten und dem Willen zum hemmungslosen Gedröhne von Motörhead...« (*Peter Mühlbauer*, Gewaltmarsch in die Freiheit, auf Telepolis)

»Die Avantgarde hatte sich Regeln geschaffen:
Synthesizer+Neoprimitivismus+Provokation=Industrial Music
lautete die Formel.« (ebda.)

Was Industrial-Musik eigentlich sein soll, darüber gibt es die verschiedensten Ansichten. Anders als in der (Selbst-)Definition von *MMTM* (oben) gehören Gitarren gehören ganz offensichtlich nicht für jeden dazu. Und vor allem in Deutschland wird Industrial(-Rock) heute oft mit tumbem Stampfsound und einer Attitüde verbunden, die mit Nazi-Ästhetik und militärischem Auftreten zumindest kokettiert. Dabei hatte alles so spannend angefangen...

Industrial Music for Industrial People

Historisch geht der Begriff *Industrial* auf das Label »Industrial Records« der englischen Band *Throbbing Gristle* (TG) zurück, die unter der Maxime »Industrial music for industrial people« die Veröffentlichung ihrer Musik selbst in die Hand nehmen und nicht von der Musikindustrie diktieren lassen wollten. Mitte der 70er Jahre stehen sie damit im Mittelpunkt einer Bewegung, die gängige Sound- und Songstrukturen auflöst. Theoretisch konnten sie sich auf die frühen Futuristen beziehen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit bis dato gültigen kompositorischen und ästhetischen Maximen gebrochen hatten, was die Dadaisten – in Abgrenzung zum politisch reaktionären Futurismus – noch weiter trieben. Tatsächlich gibt es einige Bezüge der frühen Industrial-Bands zum Dadaismus, u.a. leitet die Band *Cabaret Voltaire* ihren Namen von der Wiege des Dadaismus ab, dem ›Cabaret Voltaire‹ in Zürich, in dem Richard Huelsenbeck »am liebsten die Literatur in Grund und Boden trommeln« wollte. Auch das Vokabular des Industrial ähnelt dem der Dadaisten sehr. Die Auffassung des Dada-Aktivisten Raoul Hausmann: »zunächst erscheint uns das Leben komplett ein ungeheurer Lärm« könnte ebenso als verbindende Maxime für Industrial stehen.

Der frühe Industrial thematisierte nicht die *soziale* Realität der Arbeiterklasse, wie der etwa sich zur gleichen Zeit entwickelnde Punkrock, sondern die Technokratisierung der Gesellschaft, Kontrollmechanismen, Wahnsinn und Psychiatrie. Die australische Band *SPK* leitet ihren Namen vom Heidelberger ›Sozialistischen Patienten-Kollektiv‹ ab und wurde von Leuten gemacht, die selbst in psychiatrischen Einrichtungen arbeiteten oder als Patienten dort waren. Auch heutige Industrial-Acts, wie *The Klinik* oder *KiEw,* thematisieren Wahnsinn, Neurosen oder Todesphantasien, Felder, die normalerweise Psychotherapeuten oder Horrorfilme beackern.

Die existierenden literarischen oder filmischen Bezüge weisen auf ein Genre, das sich vielleicht am treffendsten als »Future Noire« bezeichnen lässt: *Blade Runner*, *Soylent Green*, *Strange Days*, *Matrix*... Der Zynismus und die Hoffnungslosigkeit einsamer Helden in amerikanischen Großstädten, wie sie die ›Literature Noire‹ in den 40er Jahren beschrieb, wird in die Zukunft verlagert, in eine von Technologie geprägte Welt, in der die Menschen immer mehr zu bloßen Anhängseln der Maschinen werden.

Die ersten Industrial-Projekte verstanden sich oftmals nicht als Bands, sondern als Künstlerkollektive, für die Musik nur *ein* Mittel war, sich auszudrücken und zu experimetieren. Viele verstan-

»In Dada werden Sie Ihren wirklichen Zustand erkennen: wunderbare Konstellationen in wirklichem Material, Draht, Glas, Pappe, Stoff, organisch entsprechend Ihrer eigenen geradezu vollendeten Brüchigkeit, Ausgebeultheit: Nur hier gibt es erstmals keinerlei Verdrängungen, Angstobstinationen, wir sind weit entfernt von der Symbolik, dem Totemismus; elektrisches Klavier, Gasangriffe, hergestellte Beziehungen, Brüllender in Lazaretten, denen wir erst durch unsere wunderbaren widerspruchsvollen Organismen zu irgend einer Berechtigung, drehender Mittelachse, Grund zum Stehen oder Fallen verhelfen.«

Synthetisches Cino der Malerei' - Raoul Hausmann

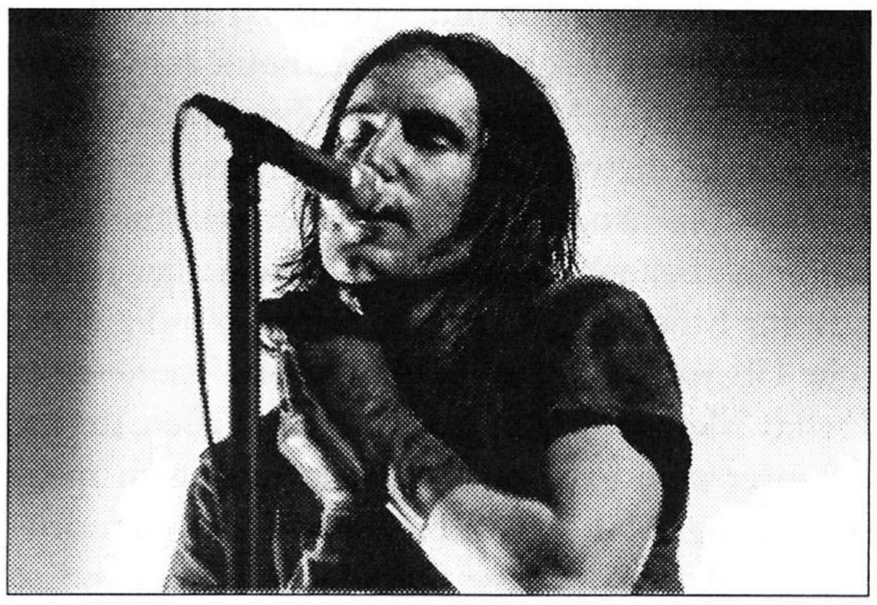
den ihre Arbeit durchaus politisch: »Eines der stärksten Motive war Frustration und Zorn über die unterwürfige Haltung, die Kulturschaffende einnahmen. Es spielte natürlich auch eine Rolle, dass das Klima in den 70ern in Großbritannien extrem politisch aufgeladen war. Es gab ständig Krawalle, Streiks und Unruhe im Land. Wir hatten das Gefühl, dass unsere Arbeit auch politisch war: Wir wollten die Vorstellungen darüber, was Musik ist, niederreißen.« (Cosey Fanni Tutti in DE:BUG.82)

Es werde Rock

Cabaret Voltaire hatten bereits 1973 mit einem Synthesizer und einer Bandmaschine experimentiert. *Throbbing Gristle* setzten Rauschgeneratoren, Oszillatoren und Endlosbandschleifen zur Musikerzeugung ein. Mit Bandschnipseln, die aneinander geklebt wurden, wurde »gesampelt«. Hier wurde musikalisch etwas ganz anderes als »Rock« gemacht.

Diese erste Industrial-Generation löste in Europa eine Welle aus, auf der ab Anfang der 80er Jahre auch Bands wie die *Einstürzenden Neubauten*, *Laibach* oder *Test Dept.* schwammen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre kommt es dann zu einer zweiten Industrial-Welle, die diesmal von den USA ausgeht und dort auch am stärksten ist. Sie prägt die Musik, die auch heute noch allgemein unter diesem Label verstanden wird: typischerweise werden rhythmisch akzentuierte Gitarrenriffs verwendet – gesampelt oder selbst eingespielt –, die eine ähnlich tranceauslösende Wirkung erzielen sollen wie Elektro-Loops. Was lag also näher, als beides zu kombinieren? Die Disco-Pop-Band *Ministry* fing zum Beispiel Mitte der 80er Jahre an, Gitarrenriffs mit elektronischen Loops zu kombinieren. Industrial wurde Rock, wurde aggressiver.

Diese zweite Industrial-Welle hatte auch starke Wirkungen auf den Heavy Metal. Noch Ende der 80er Jahre waren Synthesizer oder Computer im Metal verpönt. Aber seit Anfang der 90er zeigten neue Industrial-Metal-Bands, wie der Einsatz von Computern und Samplern die Musik genauer und damit aggressiver macht. In der Folge verallgemeinern sich diese Techniken auch in der Metal-Szene. Allerdings verstecken klassische Metalbands auch heute noch den Einsatz solcher Technik, im Unterschied zur Industrial-Szene, mit ihrem futuristischen Hang, das Produktionsmittel selbst zur Schau zu stellen, ja teilweise Technik zu präsentieren, die für den Sound gar nicht notwendig ist.



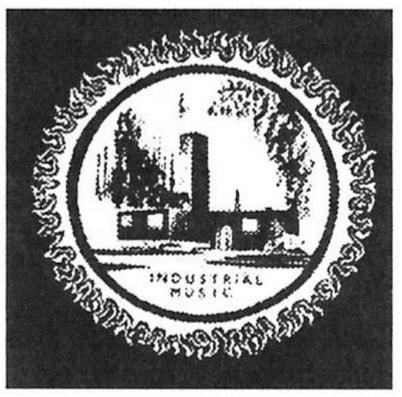
Nine Inch Nails um den ehemaligen Ministry-Roadie Trent Reznor gehören zu den kretiveren Bands des Industrial-Rock.

Auch die elektronische Komponente des Industrial entwickelt sich in dieser Zeit weiter. Bands wie die kanadische *Skinny Puppy* und später *Front Line Assembly* brutalisieren zunächst den elektronischen Sound. In Belgien entsteht um die 1981 gegründeten *Front 242* herum eine auch heute noch aktive Elektroszene. Für deren tanzbare Musik wird ein neuer Genrebegriff geprägt: *Electronic Body Music* (EBM). Anfang der 90er Jahre kommen auch viele Techno-Veröffentlichungen von den selben Labels, die die EBM/Industrial-Szene tragen.

Die zweite Welle des Industrial hält mindestens zehn Jahre an. Neben den »Speerspitzen« *Ministry*, *242* und *Skinny Puppy* bestimmen Bands wie die 1987 vom ehemaligen Ministry-Roadie Trent Reznor gegründeten *Nine Inch Nails* (NIN), *KMFDM*, *Die Krupps* oder *The Young Gods* die Szene. Ende der 90er Jahre aber sieht es so aus, als habe sich diese Richtung totgelaufen. Der Mainstream scheint der Sargnagel zu sein.

Alles Provo? – ein Exkurs

Es kommt immer wieder zu Diskussionen, ob Bands der Industrial/EBM-Szene und ihre Musik als rechtsradikal verstanden werden müssen. Bands, denen eine solche Affinität vorgeworfen wird, argumentieren gern mit ihrem Anspruch auf Provokation. So beschwert sich Alexx Wesselsky (*Eisbrecher)* in einem Interview, dass er nicht mit rechten Codes provozieren dürfe, so wie das Marilyn Manson in den USA könnte. Das Gejammer offenbart nicht nur, dass er überhaupt nicht verstanden hat, was »Provokation« bedeutet – die ja per se gegen herrschende Konventionen verstoßen muss, also das »nicht dürfen« zur Voraussetzung hat. Das uninformierte Gerede zeigt außerdem eine bestürzende Ziellosigkeit der sogenannten »Provokation«. Was soll denn heute der Inhalt einer solchen Provokation sein?



Vier Jahre führte ›Industrial Records‹ einen Verbrennungsofen aus Ausschwitz im Logo, bevor sie überhaupt sagten, *was* da zu sehen war. Auschwitz zum Symbol für ›Industrial‹ zu machen, war nicht einfach »Provokation«, sondern Salz in die Wunden der westlichen Welt.

KMFDM
World War III
Mayan, 2003

www.kmfdm.net

Seit nunmehr 20 Jahren gibt es *KMFDM*, die ursprünglich mehr aus Verlegenheit eine Kunstveranstaltung in Paris »musikalisch« untermalen sollten. Was damals mit Hilfe polnischer Presslufthämmer produziert wurde, hatte mit dem, was *KMFDM* heute machen, außer der Attitüde sicher nicht viel gemein.

KMFDM haben sich durch einige Krisen, Nebenprojekte und Umbesetzungen gearbeitet. Von den beiden Masterminds En Esch und Sascha Konietzko ist nur noch der letztere an Bord, wobei sich der erstere musikalisch auch nicht so weit weg bewegt hat – etwa als Produzent des SM-Latex-Industrial-Rock-Duos *More Machine Than Man*.

Die Trennung von En Esch hat *KMFDM* aber musikalisch nicht geschadet. *World War III* eines jener Alben, die bei jedem Anhören wieder Freude machen. Die Kriegserklärung an jede Regierung, die »Axis of morons«, den Anti-Drogen-Krieg, MTV und CNN kommt als absolut mitreissender Electro-Metal daher, der verlangt, den Lautstärkeregler zum Anschlag aufzureißen. Musikalisch werden keine Zugeständnisse an die Abteilung *Future-Pop* gemacht, die derzeit in der Electro-Szene so populär ist, und das ist gut so.

Dass dieser Krieg »long and difficult« sein wird, teilt uns George W. Bush in den Samples mit, die einige seiner peinlichsten Kriegsäußerungen verwursten. Nicht nur deswegen weiß diese diese Kriegserklärung zu gefallen.

KMFDM sind gerade in Europa unterwegs, vielleicht ja in eurer Nähe...

Die Bands der ›Neuen Deutschen Härte‹, zu denen *Eisbrecher* zählt, sind weit davon entfernt, mit der Benutzung faschistischer Ästhetik auf verborgene Inhalte der Mainstream-Kultur hinzuweisen, wie das die inzwischen zu ihrem eigenen Abziehbild verkommenen *Laibach* in ihren besseren Zeiten getan haben. Als diese sich in den 80er Jahren z.B. ihr Stück ›Geburt einer Nation‹ – die deutsche Übersetzung von Queens ›One Vision‹ – von Freddy Mercury persönlich absegnen ließen, steckte dahinter eine ganz andere Idee (und auch mehr Intelligenz), als bloß »mit rechten Codes zu provozieren«. Allerdings lässt sich so etwas nicht endlos wiederholen, Laibach sind der beste Beweis. Konsequenterweise haben sich auch *Throbbing Gristle*, die im Logo von ›Industrial Records‹ einen Verbrennungsofen aus Auschwitz abgebildet hatten, 1981 aufgelöst: *›Mission completed‹*.

Wenn es darum geht, mit einer Provokation Prozesse des Nachdenkens und der Diskussion anzustoßen, ist *Ort* und *Zeit* ganz offensichtlich wichtiger Teil der Aktion. Was 1978 in England oder 1987 in Slowenien provokativ und spannend sein konnte, ist 2004 in Deutschland langweilig. Das »politisch unkorrekte« Gehabe der Bands der ›Neuen Deutschen Härte‹ hat, wie ein Beobachter der Szene zutreffend bemerkte, »den Provokationsgrad von Nachmittagstalkshows«. Es dient letzlich nur dazu, sich bei Journalisten interessant zu machen, der Flirt mit der Nazi-Ästhetik übertüncht spektakulär die musikalische Uninteressantheit. Und tatsächlich verkaufen sich Bücher von Martin Walser ebenso wie die CDs von *Rammstein* mit dieser Art Publicity einfach besser – klar, dass Alexx da auch gern hin will.

Wenn *Rammstein*, die allerdings beim besten Willen nicht als *Industrial* bezeichnet werden können, Sequenzen der Nazi-Filmemacherin Leni Riefenstahl benutzt und ihre Konzerte mit Lichtdomen zelebriert, dann *benutzen* sie die Nazi-Ästhetik lediglich – eine Auseinandersetzung bezweckt das sicher nicht. Die ungebrochene Verwendung von Nazi-Symbolik muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dieser Ideologie nahezustehen bzw. sie inhaltlich zu verbreiten. Zu welchem Zweck wird hier mit totalitärer Symbolik »gespielt«? Ernsthaft provoziert wird hier niemand mehr. Der etablierte deutsche Kulturbetrieb weiß längst, was er an seinen guten Jungens hat, die die bösen spielen. Schließlich ist der – noch dazu geklaute – Rammstein-Sound *der* deutsche Exportschlager.

Wenn Label ›Betonkopfmedia‹ den Massenmörder Fritz Haarmann im Logo führt oder die Chartstürmer *Oomph!* die (eigenen) Erfahrungen vergewaltigter Kinder zum Thema eines Albums machen, werden damit keine Diskussionen über Wahnsinn, Psychiatrie, Gewalt, »Verbrechen« und »Strafe« ausgelöst. Im Gegenteil. Der Dissenz, den Bands wie *Funker Vogt* durch ihr übertrieben militärisches Auftreten angeblich ausdrücken wollen, entlarvt sich angesichts der Rezeption ihrer Musik als Fälschung. Vor den Bühnen deutscher EBM-Konzerte tummeln sich kahlgeschorene Stiernakken, die in ihrem Unvermögen, selbst noch in dieser Musik irgendeinen Rhythmus zu finden, Nahkampferfahrungen ihrer Militärzeit vertiefen oder noch vorwegnehmen. Hier wird diese Musik tatsächlich zum Soundtrack weltweiter Militäreinsätze und einer umfassenden Brutalisierung.

Auch rechte, reaktionäre Tendenzen, die über die reine Benutzung fragwürdiger Ästhitik hinausgehen, sind neben explizit linken Tendenzen, wie etwa *Test Dept.* oder *Nocturnal Emissions*, von Anfang an Bestandteil des Industrial. Am schärfsten wird das an der Person Boyd Rice deutlich. Der Sozialdarwinist, der mit der ›Church of Satan‹ flirtet und der 1990 mit den Nazibands *Death In June* und *Blood Axis* das Album »Music, Martini & Misantropy« produzierte, gehört zu den Vätern des Industrial. Interessanterweise sind aber vor allem jene Projekte, die die ursprüngliche Idee des Industrial weiterführen – nämlich das *musikalische Experiment* und die *Zersetzung des Vorgefundenen* – den rechten Kulturavantgarden – wie dem »konservativ revolutionären« Fanzine ›Sigill‹ (heute ›Zinnober‹) – ein Graus. Industrial, der mehr als die ständige Widerholung seiner Standards zum Programm hat, lässt sich nicht dauerhaft als »konservativ« darstellen, auch nicht unter dem Label »konservative Avantgarde«.

Tanzen statt Arbeiten

In der Industrial-Szene herrscht eine düstere, hoffnungslose Sicht auf die Welt vor. In diesem Pessimismus treffen sich Industrial und Gothic-Szene. Während aber die Gothics Zuflucht zu einer konstruierten heilen Welt der Naturmystik, der Magie und einer Faszination für das Mittelalter suchen, gibt der Industrial seine düsteren Visionen einer Welt der Maschinen, des Krieges, von Gewalt und Dominanz wieder.

Die Dialektik des Industrial ist eine ganz andere als die der romantisch-mystischen Gothic-Szene. Industrial liebt die Maschine ebenso, wie er eine Welt der Maschinen fürchtet. Industrial macht

sich die Maschine, den Computer nicht nur zur Voraussetzung, sondern er stellt die Maschinerie oft in den Mittelpunkt seiner Ästhetik. Die Maschinerie ist Mittel der Ausbeutung, der Computer ein umfassendes Kontrollinstrument. Andererseits können beide Quellen von Musik sein. Der Rhythmus einer Stanzerei, der massive Einsatz von Trennschleifern... wenn die Maschinen schon allgegenwärtig sind, warum sollen wir sie dann nicht als Musikinstrumente einsetzen und nach ihrem Rhythmus tanzen? Der Widerspruch zwischen einer als grauenhaft und bedrohlich vorgestellten Maschinenwelt und der Maschine zur Voraussetzung der eigenen Existenz, ja als Quelle von Vergnügen und Musik existiert nicht nur in der Industrial-Ästhetik. Letztlich steckt dahinter auch die Frage, wie sich eine Umwälzung der Verhältnisse, in denen die Maschinerie alles andere als »neutral« ist, vorstellen lässt, wenn wir uns die Maschinerie gleichzeitig als Voraussetzung einer Welt, in der die Arbeit verschwindet, denken müssen. Industrial hat auf diese Frage erst mal keine andere Antwort als Konfrontation mit den düsteren Ideen einerseits und dem, was sie musikalisch aus den Maschinen herausholen, anderseits. Weder ein positivistischer Bezug auf die Maschine, noch eine rein negative Abwendung, sondern ein kritisch-widersprüchliches Verhältnis zu ihr.

Revival? – Open your Mind!

Wenn man sich aktuell umschaut, kann man von einem Ende des Industrial nicht sprechen. *Throbbing Gristle* spielten im Mai noch einmal auf einem Festival, *Skinny Puppy*, die sich 1995 nach dem Herointod ihres Keyboarders aufgelöst hatten, treten wieder auf, *242* und *FLA* stehen als Headliner für mehrere Festivals. *Ministry* haben sich 2002 mit ›Animositisomina‹ zurückgemeldet, nachdem sie eigentlich schon aufgegeben waren. »Da ist ein Republikaner im Weißen Haus, und ich mache nur dann gute Platten, wenn das so ist«, sagt Al Jourgensen, der sich dennoch ohne Rücksicht auf die Qualität seiner nächsten Alben für »Rock against Bush« engagiert. Ob die miesen Alben, die *Ministry* in der zweiten Hälfte der 90er abgeliefert haben, tatsächlich damit zu tun haben, dass Bill Clinton im weißen Haus saß, sei dahingestellt – Gründe, Musik gegen die eigene Regierung zu machen, gibt es immer.

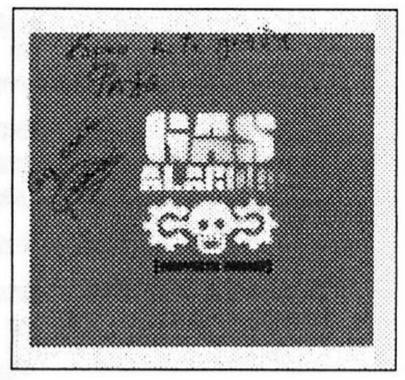
Mitte der 80er Jahre haben *Nocturnal Emissions* und *Test Dept.* in England die streikenden Bergarbeiter unterstützt, das aktuelle Album ›World War

III‹ von *KMFDM* – eines ihrer besten Alben überhaupt –, macht Front gegen die Politik der USA und erklärt der Welt, wie sie ist, den Krieg. Antikapitalistische Positionen kommen auch aus Australien, wo das Electro-Projekt *SNOG* mit seinen expilizit antikapitalistischen Statements auffällt und deswegen schon gerichtliche Probleme z.B. mit dem McDonalds-Konzern hatte.

Auch die in die Jahre gekommen *Krupps*, die von Anfang an gegen rechte Tendenzen im Industrial gekämpft haben, haben seit 1999 ein neues Projekt am Start: *dkay.com*.

Dieses Revival des mehr oder weniger klassischen Industrial-Rock oder EBM spielt sich allerdings vor dem Hintergrund von weitaus interessanteren, mehr untergründigeren Entwicklungen ab. Auch wenn über die deutsche EBM-Szene oftmals besser der Mantel des Schweigens gehüllt würde, passieren auch hierzulande in den Grenzbereichen spannende Sachen. Genreübergreifende Projekte, wie *Pzychobitch* aus dem Ruhrpott, *P.A.L.* aus München oder das leider nicht mehr existierende Projekt *Noisex* lehren auch hierzulande mit ihren Grenzüberschreitungen zwischen Industrial, Techno, Breakbeat und Drum 'n Bass die Soundkonformisten von der Gleichschrittfraktion, wohin hoffentlich die Reise geht. Was hier zelebriert wird, ist Lärm, ist Chaos, ist »kinetische Energie« – keine Frage.

Kleine Label, wie das Müncher *Ant-Zen* (Anti-Zensur) oder *Hands-Productions* aus dem Ruhrgebiet, widmen sich heute erfreulicherweise dieser Tendenz, die den ursprünglichen Experimentiergeist des Industrial pflegt und musikalische Abenteuer jenseits der Mainstream-Hörgewohnheiten wagt. Dass sich dabei auch der Industrial musikalisch überholt, liegt in der Natur der Sache und ist kein Grund für Nostalgie. Schließlich geht es nicht darum, die eigenen Hörgewohnheiten zu zementieren, sondern weiterzuentwickeln. Wohl auch deswegen lässt sich *Industrial* musikalisch schwer fassen – und das ist gut so. ■



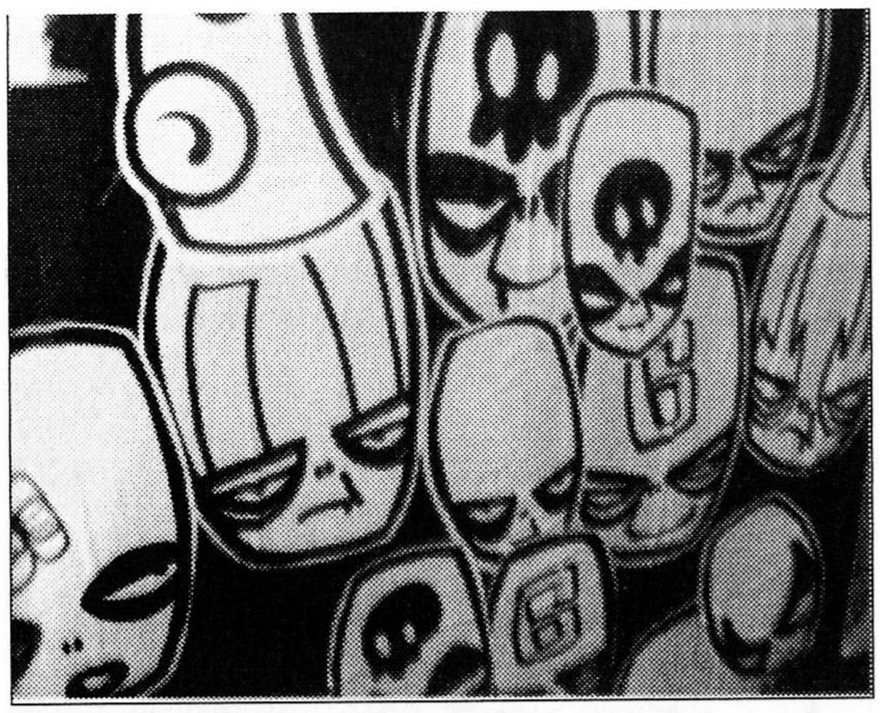
Proyecto Mirage
Gas Alarm!!!
Hands, 2004

www.proyecto-mirage.com

Proyecto Mirage, das sind zwei sympathische und augenscheinlich eher ruhige Leute aus Madrid, die schon seit einigen Jahren die Elektroszene in ihrem Spanien aber auch hierzulande unsicher machen. Von Anfang an eher dem noisigen Sound verschrieben, haben sie sich über die Jahre immer weiter entwickelt – ein Prozess, der sich anhand ihrer Alben nachvollziehen lässt. *Gas Alarm!!!* kommt folgerichtig aggressiver und rhytmischer daher als das vorherigen Album *Two Tons of Rubble*. Über wuchtige Industrial-Rhytmen, die gut und gern aus aus einer Fabrikhalle unter Hochlast stammen könnten, legen Paco und Alicia jede Menge elektronische Spielereien aus Drum'n'Bass, Techno, Breakbeat... Damit keine Missverständnisse aufkommen: *schön* im landläufigen Sinne ist dieser Lärm nicht. Aber er kann all jenen Spaß machen, die sich gern überraschen lassen und die auch beim zehnten mal Anhören noch Neues zu entdecken in der Lage sind.

Wer einmal in die Verlegenheit kommt, Proyecto Mirage live erleben zu können, sollte sich das nicht entgehen lassen, denn diese Musik ist definitiv nicht fürs Wohnzimmer gedacht.

Steroids



DMCA on

Den Artikel »Making music...is killing music?« zur Krise der Musikindustrie in der *Wildcat 69* hätten wir in der Endphase fast täglich mit neuen Ereignissen und Informationen zum Thema aktualisieren können. Anfang Februar war das Berliner Webradio *www.reboot.fm* für drei Monate auf Sendung gegangen; am 24. Februar wurde ein Aktionstag unter dem Namen »Grey Tuesday Protest« organisiert (www.greytuesday.org); Creative Commons (*www.creativecommons.org*) traten mit sehr konkreten Gedanken für ein modernisiertes Copyrightgesetz an die Öffentlichkeit - und haben dabei in Leuten wie dem Musiker Gilberto Gil, dem derzeitigen brasilianischen Kulturminister, prominente Fürsprecher. Eine Mischung aus staatlicher Regulierung, kapitalistischem Unternehmertum und alternativer Kultur im Zusammenhang mit einem flexibleren Copyright-System (entweder Beteiligung an den Einnahmen anderer Künstler, die dein Material verwenden; oder kommerzielle Nutzung deines Materials ausschließen; oder die Wiederverwendung deines Materials nur unter den gleichen rechtlichen Bestimmungen erlauben usw.) soll auch in Zukunft die kommerzielle Verwertung von Musik ermöglichen.

Die großen Musikkonzerne und die Verbände der Musikindustrie setzen auch weiterhin auf Verfolgung und Repression und basteln an technischen Lösungen, um den erhofften Goldrausch der neuen Geschäftsmodelle auf ihre Konten zu lenken. Selbst die Parteien haben das Thema entdeckt (die Grünen und die Junge Union machen bspw. auf Verbraucherschutz). Und zum Glück entwickeln Leute auch weiterhin Mittel und Wege, Kopierschutz und rechtliche Verfolgung zu umgehen.

Anfang März gab es in der BRD mehrere hundert Hausdurchsuchungen auf der Suche nach Raubkopien, Ende April gleichzeitig mehr als 120 Durchsuchungen in 28 US-Bundesstaaten und 10 Ländern. Am 8. Juni kam es in der BRD zur ersten Verurteilung gegen einen 23jähriger Azubi aus Cottbus, der »tausende Songs« via Kazaa angeboten hatte. Ähnlich wird auch in Dänemark, Italien Frankreich, Japan und Kanada vorgegangen. In den USA hat die RIAA, der Verband der Musikindustrie einen neuen Angriffspunkt ins Visier genommen, die Supernodes. User, deren Rechner die Such-Anfragen verwalten, sollen vor Gericht gezogen werden.

Derweil pendeln sich die Download-Preise zwischen 99 Cents und 2 Euro pro Song ein. Da sind Alben im Einzelhandel oftmals schon wieder billiger!. Zur Eröffnung der Cebit hat Bundeskanzler Schröder (»Chefsache!«) den Startknopf für *Phonoline* gedrückt. Gleichzeitig gehen aber bei *Warner*, *Universal* und *Sony* Personalabbau und Standortschließungen weiter, will *EMI* sich von einem Fünftel ihrer Künstler, vorallem aus den »Nischenbereichen« trennen.

Umtriebigkeit und Gründerboom herrschen hingegen im Bereich kleiner und mittlerer Schallplattenfirmen, 90 neue Labels haben sich dieses Jahr bereits beim Verband der unabhängigen Tonträger angemeldet. Der Mediendienstleister *Loudeye* hat das Programm IndieSource gestartet, mit dem er Online-Shops den Zugang zu Produkten unabhängiger Labels und Künstler erleichtern will. Der US-amerikanische Online-Dienstleister *Garageband.com* umwirbt »unabhängige« Musiker und Bands, die er vermarkten will. Etliche Bands experimentieren mit kostenpflichtigen Vorab-Online-Releasen inklusive Bonustracks etc. Die *Einstürzenden Neubauten* bieten für 35 Euro ein Supporter-Modell an, bei dem man u.a. unveröffentlichtes Material aus dem Tonstudio erhalten kann.

Die Versuche der Musikindustrie, durch das Lobbying für verschärfte Copyrightgesetze, Kriminalisierung, technische Lösungen und »Aufklärungskampagnen« dem bunten Treiben ein Ende zu bereiten, haben eher zu einer weiteren Popularisierung der Tauschbörsen beigetragen. Und die Jagd auf »illegale downloaderInnen« droht das ganze Geschäftsmodell zu ruinieren: Laut einer Untersuchung des Pew Research Centers werden Musikfans vom Gebrauch legaler (kostenpflichtiger) Musik-downloads abgeschreckt. Große US-Musikhändler (u.a. Virgin Megastore und Tower Records) legen jedenfalls ihre online-Pläne erstmal auf Eis – der Markt sei (noch) zu klein. Für 2004 wird der Online-Musikmarkt auf rund 245 Millionen US-Dollar geschätzt (nach 70 Mio. im Jahr 2003), dies macht lediglich zwei Prozent der von der US-Musikindustrie *avisierten* Erlöse aus CD-Verkäufen aus. Der kommerzielle Musikdienst Napster steht offenbar arg unter Druck. Neukunden kriegen bei Abschluss eines US-Jahresabos für knapp 120 US-Dollar (9,95 US-Dollar/Monat) einen Flash-MP3-Player kostenlos dazu, dessen UVP des Herstellers bei 130 Dollar liegt. Mit dem Abo kriegt man allerdings nur Zugriff auf gestreamte Songs. Wer die Musik auf den Player übertragen will, muss die Songs kaufen. Da Napster beim Abo 20 Prozent Rabatt pro Song gewährt, kosten die Tracks dann »nur« noch 80 US-Cent. ■

ila: Musikszene Karibik

Die Informationsstelle Lateinamerika: hat im Mai ein Sonderheft »Musikszene Karibik« gemacht (ila-Ausgabe 275 / Mai 2004).
Aus dem Editorial: »Wichtig waren uns historische Zusammenhänge, die Bedeutung von Musik für Selbstverständnisse, Herrschaftsdiskurse und für Zuschreibungen unterschiedlicher Natur, sei es in Bezug auf Geschlechterrollen oder auf ›ethnische Identitäten‹ ... Musik aus der Karibik ist beredtes Zeugnis einer wechselvollen Geschichte, erzählt von Eroberung, Kolonialismus, Versklavung und einer Vermischung von Kulturen, deren Ergebnis die Herausbildung einer schier unglaublichen Vielfalt von Rhythmen und Stilen gewesen ist.«
Sexismus und Rassismus bekommen immer wieder ihr Teil ab. Leider bleibt es meist beim Antikolonialismus bzw. Antiimperialismus, ein näherer Blick auf die Klassengesellschaften bleibt leider aus. Toll ist, dass in dem Heft die Bedeutung der Migration für die Entstehung von Musikstilen über Kontinente hinweg erläutert wird.

Joe Hill,
die IWW und revolutionäre Gegenkultur

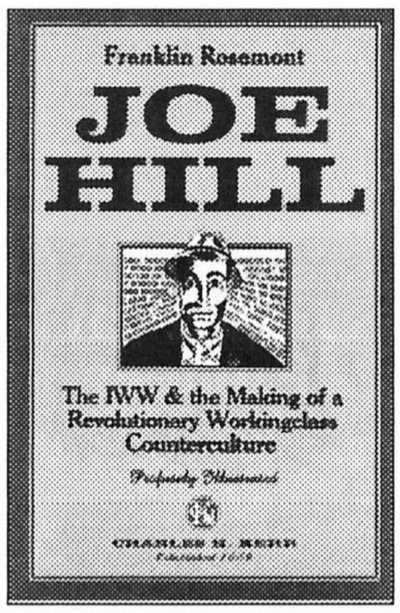
Ein schönes Buch ist »Joe Hill« von Franklin Rosemont in vielerlei Hinsicht. Gerade in einer Zeit wie heute, da im Nahen Osten Krieg geführt wird und die »Politik« in den USA auf eine rechte und eine extrem rechte Partei beschränkt scheint, versetzt mich das Buch in eine Stimmung, dass ich aus der Tür rennen könnte und anfangen zu organisieren. Ich komme mir vor wie ein Griesgram, wenn ich es ernsthaft kritisiere. Vor allem ist das Buch wichtig für eine neue Generation von AktivistInnen, die versucht, sich in dem von der bürokratischen, auf den Staat orientierten »Linken« des 20. Jahrhunderts hinterlassenen Schutt einen Standort zu verschaffen.

Um dem Leser eine schwache Ahnung von der Bandbreite des Buchs zu geben: Rosemont schafft es, Joe Hill und die IWW (Industrial Workers of the World – auch: Wobblies) zusammen mit Surrealisten, Jazzmusikern und Mystikern in ein und dieselbe Erzählung zu kriegen, und lässt diese Übung mühelos erscheinen. Er zieht die kargen Spuren von Hills Wanderleben zusammen und verknüpft sie – und die IWW – mit einem Großteil der radikalen Kultur und Politik des 20. Jahrhunderts. (Das Buch ist außerdem großzügig illustriert.) Schon 1959 hatte Rosemont die IWW entdeckt, und es war ihm gelungen, einige der »Old-Timer« zu treffen, was ihn zu mehr inspirierte. Seine Übersicht über andere Bücher zu den IWW schließt er, eine »wirklich gute, wahrhaft umfassende Geschichte der IWW muß noch geschrieben werden«. (Das wird erschwert durch das Verbrechen der US-Regierung, die 1917 die Unterlagen der IWW beschlagnahmte und vernichtete.) Die IWW hatten ein lebendiges Verhältnis zu Marx, mit ArbeiterInnen-Selbstschulungen und Arbeitsgruppen zum *Kapital*. Anders als viele der späteren Linken »lasen und studierten die Wobblies Marx tatsächlich«. Während spätere linke Avantgarden ihre Veröffentlichungen hauptsächlich für die Arbeiter produzierten, waren die der IWW »von und durch wie auch für«. Die meisten Wobblies lehnten das Etikett »syndikalistisch« ab, den meisten echten Syndikalisten waren sie zu marxistisch und anderen (und späteren) Strömungen des Marxismus zu anarchistisch. Die IWW waren »wahrhaft informell« und »sehr offen«. »Aufgrund des hohen Stellenwerts, den sie der Spontaneität, der Poesie und dem Humor jederzeit einräumten, waren die IWW in der Geschichte der Arbeiterbewegung einzigartig.« Sie wussten »zuviel über die Arbeit, um zu ›Arbeitsfetischisten‹ zu werden«.

»Joe Hill ist wahrscheinlich der bekannteste Hobo [ohne Fahrkarte in Frachtzügen reisender Wanderarbeiter] der US-Geschichte«, aber »das biographische Material über ihn ist entmutigend knapp«. Hill war bescheiden und hinterließ nicht viele Spuren. Rosemont gibt eine kurze Biographie »aus der Handvoll harter Fakten, einigen hohen Wahrscheinlichkeiten und einem heruntergekommenen Koffer mit auf hohem Niveau Geratenem und plausiblen Vermutungen.« Hill, schreibt Rosemont, »war zu Lebzeiten vor allem für seine Gedichte bekannt und für seine Lieder«. Die IWW-Presse war voll mit Gedichten ihrer Mitglieder. Die Wobblies sangen auf ihren Versammlungen, beim Streik und an ihren Treffpunkten. Wie viele andere Wobblies ging Hill während der dortigen Revolution nach Mexiko. Dann wurde er im Januar 1914 auf dem Weg durch Salt Lake City beschuldigt, einen örtlichen Krämer umgebracht zu haben, verhaftet, in einem politischen Prozeß aufgrund gefälschter Beweise verurteilt und trotz einer internationalen Kampagne zu seiner Verteidigung im November 1915 hingerichtet.

Hill war ein Künstler: ein Dichter, Komponist, Liederschreiber, Maler und Comiczeichner. Um es nochmal zu sagen: Man kann die Rolle der Poesie und des Singens im Alltag und in den Kämpfen der IWW, die Streikfestivals, wie im Mai 1968 in Frankreich, vorwegnahmen, nicht überbetonen; gerade angesichts ihres Gegenteils, der trostlosen Atmosphäre in der Politik eines Großteils der organisierten Linken in den USA seit dem Ersten Weltkrieg.

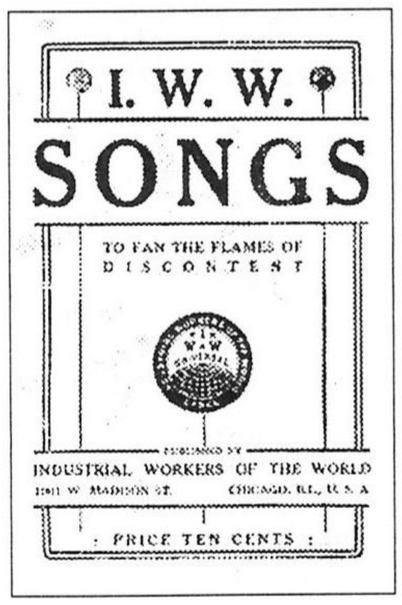
Die Mythen über Joe Hill, seien es positive oder negative, greift Rosemont an. »Hill größer machen als er war« käme einem entfremdeten »Führer«-Kult



Franklin Rosemont:

Joe Hill.
The IWW and the Making of a Revolutionary Workingclass Counterculture.
Chicago, Charles H. Kerr, 2003.

Die Industrial Workers of the World – ihre Agitation war voll von Kultur von unten, Gedichten, Liedern, Comics. Die IWW-Presse, wie der Industrial Pioneer, war voll dieser Art Kultur: von ArbeiterInnen für ArbeiterInnen gemacht.



zugute, und das bei einer Organisation, die ihren Stolz auf die anti-demagogische Parole »Wir sind alle Anführer!« gründete.

In der Rassenfrage schwammen die IWW für ihre Zeit radikal gegen den Strom der dominanten reaktionären Kultur. Keine Frage, im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, auf der Höhe von Jim Crow [Gesetze zur Rassentrennung in den USA], als der »progressive« Präsident Woodrow Wilson ein unverfrorener Anhänger der Vorherrschaft der Weißen war, gingen die Wobblies beim Angriff auf das Weißen-Problem der USA weiter als jede andere Organisation der Arbeiterklasse vor ihnen oder seither. Zur selben Zeit, als die *American Federation of Labor* offen die antiasiatische Gesetzgebung unterstützte und viele der ihr angeschlossenen Gewerkschaften in ihren Statuten ausdrücklich die Mitgliedschaft Nicht-Weißer ausschlossen, hießen die IWW LohnarbeiterInnen jeder Hautfarbe und Nationalität in ihren Reihen willkommen.

Rosemont, von dem übrigens auch der brillante, im Internet erhältliche Text »Karl Marx and the Iroquois« stammt, zeigt, daß die IWW in ihrem Verhältnis zu und ihrer Haltung gegenüber Native Americans der Sensibilität von Marx` damals noch unbekannten und bis heute kaum wahrgenommenen Ethnologischen Exzerptheften näher standen als alle sozialdemokratischen, stalinistischen oder trotzkistischen Strömungen. Er verweist auf direkte Zeugnisse von Teilnehmern an den »hochgradig egalitären und antirassistischen« Wobbly-Hobo-Lagern. Bei der Frauenfrage waren die Wobblies ihrer Zeit ähnlich weit voraus, viele Frauen standen bei ihnen in den ersten Reihen. Sie sprachen unbekümmert über die Prostitution als direktes Produkt der Verelendung der Arbeiterklasse.

Über das Verhältnis zwischen den Wobblies und der KP der USA (oder der »Komischen« Partei, wie sie bei den Wobblies hieß) enthält Rosemonts Buch großartiges Material. Offensichtlich begrüßten die IWW die russische Revolution, 1921 standen sie dem in Rußland sichtlich Raum greifenden Etatismus schon skeptisch gegenüber. Doch interessanter noch ist seine Darstellung der »zahllosen Gewalttaten seitens der Stalinisten gegen radikalere Elemente in der Arbeiterbewegung in den USA«, die nach Rosemont »in Büchern über den Radikalismus in den USA so gut wie nie erwähnt werden«.

Ihre poetische Dimension ließ den Einfluß der IWW auf die modernistische Avantgarde ausstrahlen, wie bei Big Bill Haywoods Verbindungen nach Greenwich Village oder den Künstlern aus dem Village, die 1913 während des berühmten Streiks in Paterson, New Jersey, an der künstlerischen Ausstattung der Solidaritäts-Show im New Yorker Madison Square Garden mitarbeiteten.

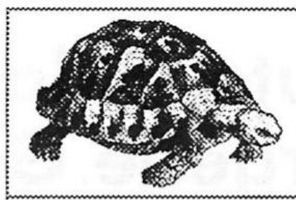
Und was sind nun meine griesgrämigen und zweitrangigen Kritikpunkte an Rosemonts Buch? Hauptsächlich kommen sie daher, wie er isolierte Fakten über Joe Hill nimmt und mit ihnen dann fünfzehn oder zwanzig Seiten lang über die IWW zu fabulieren. Hill war während der mexikanischen Revolution in Mexiko, Rosemont schreibt seitenweise über die mexikanische Revolution. »Und welche Rolle spielte Joe Hill dabei? Wie fast jedes Mal in Joe Hills Biographie sticht die Abwesenheit genauen Materials frustrierend ins Auge.« Diese Methode wird ein Dutzend mal angewandt. Hill ging 1911 nach Hawaii. Es ist nichts darüber bekannt, was er dort tat, aber nach jenem Jahr legten die IWW dort richtig los. Und so geht es die ganze Zeit, über Hills Haltung gegenüber Frauen oder Native Americans oder seine Begabung für das Kochen chinesischer Speisen.

Natürlich rekonstruiert Rosemont wie ein Archäologe eine komplette historische Ära aus einigen Tonscherben, und oft klappt das auch. Nur stellt er nie die grundlegende Frage zu den IWW: *Was lief falsch?* Ähnlich wie andere von ihm zitierte Autoren, die brillant über kaum bekannte oder vergessene radikale Episoden der Geschichte schrieben wie CLR James oder wie Peter Linebaugh und Markus Rediker mit ihrem »The Many-Headed Hydra«, hat Rosemont keinerlei Erklärung für die Niederlage. Gerade wenn wir uns daran nicht weiden wollen, sondern eine aktuelle Vorstellung von den IWW von 1905-1924 erhalten wollen – genauso wie Rosemont finde ich ein solches Projekt notwendig und dringend –, dann müssen wir ein besseres Verständnis davon gewinnen, warum sie verdrängt wurden. Seltsamerweise findet sich in den 640 Seiten des Buchs, das gestopft voll ist mit Fakten über Hill und die IWW, nicht viel an historischer Analyse. Wenn z.B. die Trotzkisten sagen (und das tun sie), die IWW seien durch die KP

verdrängt worden, weil den Wobblies die kohärente politische Perspektive fehlte, die die junge KP von Lenin und Trotzki bezogen hatte – und sie liegen damit falsch, warum wurden die IWW denn dann verdrängt? Warum war die KP die Massenbewegung der 1930er und nicht die IWW? Sicher spielte Repression eine wichtige Rolle, aber was ist mit dem Übergang »von der formellen zur reellen Subsumption der Arbeit unter das Kapital«? Den Auswirkungen des Taylorismus? Der Mechanisierung der Landwirtschaft , die so viele der Saisonjobs vernichtete, die die Wobblies auf ihren Hoborundfahrten annahmen? Der Verbreitung des Fließbands?

Es wirkt wie Nörgelei, wenn ich von einem Werk, das sich so reichhaltig mit Kultur befaßt, verlange, es solle etwas zur »Ökonomie« sagen, zum technologischen Wandel, den riesigen Veränderungen des kapitalistischen Staates zwischen 1890 und 1945, oder zum mit den 1930ern beginnenden Triumph der »korporativistischen« Haltung gegenüber den Gewerkschaften unter großen Kapitalisten, oder schließlich zu den Auswirkungen der Massenkultur (Radio, Kino und später das Fernsehen) und der Bildung der Massen auf populäre Lieder und Poesie, und wie all das wiederum den Untergang der IWW beeinflusste. Das meiste davon findet nicht einmal Erwähnung. Rosemont besteht darauf, daß sich die IWW 1919 noch nicht im Niedergang befanden, sondern erst 1924, aber er gibt keine Begründung für ihren Untergang. Überall in den USA wurden in der Depression von 1920 (zusammen mit der Roten-Hetze) Gewerkschaften ausgelöscht, welche Auswirkungen hatte das auf die Wobblies? Rosemont erwähnt das nicht. Brillant unterstreicht er die Bedeutung von Liedern und Poesie für die Bewegung. Aber er schreibt von einem Standpunkt innerhalb von etwas, das heute eine Subkultur darstellt, verkleidet es als Klassenkultur und übertreibt bei weitem das Ausmaß, zu dem heute in den USA Arbeiter (und vor allem junge Arbeiter) sich an Hill oder die IWW auch nur erinnern. Natürlich kann Rosemont nicht alles leisten. Aber er schreibt nicht für die Erbauung von Antiquaren, sondern vermutlich, um die Gegenwart und die Zukunft zu inspirieren. Etwas historisches Verständnis der »Besonderheit« der IWW, ihrer Stärken und ihrer Schwächen im Verhältnis zu den sie verdrängenden Kräften zur Verfügung zu stellen, ist der einzige Weg, ihrer Poesie auch heute Wirksamkeit zu verschaffen.

Loren Goldner



In der aktuellen Ausgabe (4/04):

- Andreas Keller: »Unternehmen Uni«, zur Privatisierung d. Hochschulbildung
- »Mangelnder Nationalstolz?«, Briefwechsel zur IG BCE-Kampagne ›Modell Deutschland...‹
- »Rote Karte für Bündniswillige«, Netzwerk-Info Gewerkschaftslinke 1/2004
- Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp: »Satzung für globale Wanderei«, UN-Konvention z. Schutz von MigrantInnen
- Clovis Zimmermann/Marina da Cruz Silva: »›Null Hunger‹ unter Lula?«, Armutsbekämpfungsprogr. in Brasilien
- Ralf Kliche/Nadja Rakowitz: »David gegen Goliath«, Widerstand gegen die US-Besatzung von Diego Garcia

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

SoZ Sozialistische Hefte
für Theorie und Praxis

Sonderhefte der **SoZ – Sozialistische Zeitung** · 44–52 Seiten · 5 EUR

Nr. 6 (Mai 2004):
Bewegung braucht Strategien

Daniel Bensaid über das Verhältnis von Bewegung und politischer Formierung
Sam Gindin über die Notwendigkeit einer strategischen Alternative
Christian Zeller über die Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung
Alex Callinicos plädiert für einen revolutionären Sozialismus
Angela Klein über die Grundlagen eines neuen Übergangsprogramms
Werner Imhof und **Christoph Jünke** streiten über die Umverteilung des Reichtums
John B. Foster über die herrschende Umweltpolitik

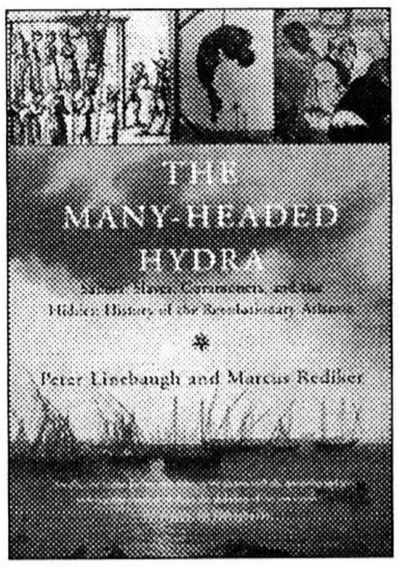
Nr. 5 (Dezember 2003):
Neuer Antikapitalismus in Europa?

François Vercammen über die Rückkehr der radikalen Linken in Europa · **Henning Böke** über Italiens Rifondazione Comunista · **Bernhard Schmid** über die radikale Linke in Frankreich · **Alex Callinicos** über die Chancen sozialistischer Neugruppierung · **Klaus Dräger** über programmatische Grundlagen einer neuen europäischen Linken Außerdem: **Perry Anderson** über **Eric Hobsbawm**

Bestellung an (gegen Vorkasse)
SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln · Fon (02 21) 9 23 11 96
Fax (02 21) 9 23 11 97 · redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Die vielköpfige Hydra –

Seeleute, Sklaven, Gemeine und die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantik



Die Ablösung der Weltreiche, das Entstehen und die Durchsetzung des Kapitalismus – das kennen wir aus der Weltsystemanalyse (Arrighi, Wallerstein). Wie wißsen, dass das Kapitalverhältnis als von beiden umkämpfte Verhältnis entsteht (Holloway). Linebaugh und Rediker illustrieren die verschwiegene Klassenseite dieser Epoche, quasi als innere Geschichte der Arbeiterbewegung. Dabei betonen sie, dass

- am Anfang des Kapitalismus die Zwangsarbeit stand
- das Proletariat als internationales entsteht
- Rassismus in der Nationenwerdung gegen die Klassenkämpfe eingesetzt wird.

Leider gibt es bislang keine deutsche Übersetzung des Buches. Es ist aber spannend genug, um es sich als Urlaubslektüre an einem Stück reinzuziehen.

Peter Linebaugh
Marcus Rediker
The many headed Hydra. Sailors, Slaves, Commoners, and the hidden history of the revolutionary Atlantic, London: Verso, 2000. oder Beacon, 2001.

Der griechische Held Herakles musste dereinst zwölf Arbeiten verrichten. Sie waren ein Programm der Durchsetzung menschlicher Ordnung gegen die finsteren Kräfte der Natur. Die Urbarmachung des Landes durch Abholzen der Wälder und Trockenlegen von Sümpfen diente der Einführung rationeller Landwirtschaft; die Zähmung wilder Tiere stellte die Weichen dafür, die Natur nicht nur rüde beiseite zu schieben, sondern sie für sich arbeiten zu lassen. Als zweite Aufgabe stellte sich ihm der Kampf gegen die Hydra, ein Ungeheuer mit neun Köpfen. Schlug man einen ab, so wuchsen ihm zwei neue. Herakles schaffte es, die Hydra zu enthaupten – sein Trick war, die Stümpfe auszubrennen. Dieser Mythos des Kampfs von Herkules (der römische Name von Herakles) gegen die Hydra symbolisierte in der politischen Rhetorik des 17. und 18. Jahrhunderts die Aufsässigkeit und Kämpfe der Unterklassen. Die Heldengestalt des Herkules stand für Rationalität, Aufklärung und vor allem Arbeitsdisziplin.

Linebaugh und Rediker nehmen die Hydra als Leitmotiv ihres Buchs über die Kämpfe des multiethnischen, internationalen, »atlantischen Proletariats«, die die Geschichtsschreibung unsichtbar gemacht hat. Die koloniale Expansion vor allem des englischen Kapitals beruhte auf der Kooperation einer Schicht von entrechteten Landvertriebenen. An den neuralgischen Punkten des atlantischen Welthandels – in den Hafenstädten, aber vor allem auf den Schiffen – kamen die des Landes beraubten englischen, irischen, afrikanischen und amerikanischen Proletarier zusammen. Diese »Multitude« war einerseits der Motor der kapitalistischen Globalisierung, aber auch ihr Todfeind.

Sie beginnen ihre Geschichte mit dem Schiffbruch der *Sea Venture* im Jahre 1609. Auf dem Weg von Plymouth nach Virginia geriet dieses Schiff der *Virginia Company* bei den Bermudas in einen fürchterlichen Hurrikan. Nach drei Tagen des aussichtslosen Kampfes gegen die Elemente gab die Besatzung auf. Angesichts des nahen Todes brachen sie in die Kapitänskajüte ein und plünderten die Schnapsvorräte. Im Vollrausch strandeten sie wie durch ein Wunder auf einer »unbewohnten« Insel, ohne dass jemand zu Tode kam. Die Passagiere bestanden aus mehr bzw. meist weniger freiwilligen Siedlern für die englische Kolonie in Virginia. Schnell entdeckten sie, dass die »barbarischen« Bermudas mehr versprachen als das mühselige Leben in Virginia. Der britische Gouverneur konnte erst durch einige öffentliche Hinrichtungen der Rädelsführer verschiedener Meutereien die Disziplin auf den Bermudas herstellen. Damit wurde die wilde Siedlung zur Keimzelle einer neuen englischen Kolonie. Aber vielen gelang auch die Flucht in die Wälder, wo sie zusammen mit den Einheimischen lebten.

Von dieser Begebenheit ausgehend knüpfen Linebaugh und Rediker mehrere Erzählstränge:

1) Den historischen Rahmen stellt die Ablösung der iberischen und mediterranen Seemächte Spanien, Portugal, Neapel, Venedig, Algier usw. durch die nordeuropäischen Mächte Holland, Frankreich und später England um 1600 dar. Damit verschob sich der Schwerpunkt des europäischen Welthandels vom Mittelmeer zum Atlantik. Militärtaktisch beruhte der Erfolg zunächst der Holländer auf technischen Neuerungen, aber vor allem auf einem neu-

en Konzept der »Menschenführung«, wie man es heute nennen würde. Während die Söldner des Dreißigjährigen Krieges ihre Motivation aus der Erlaubnis zur Plünderung zogen, setzten die Holländer auf strengste Disziplin, durchgesetzt durch drakonische und grausamste Strafen. Das Regime des Terrors in Gestalt des Galgens, des Rades und dergleichen mehr stand am Anfang der kapitalistischen Neuzeit.

2) Eines der halbstaatlichen Instrumente Englands bei der Etablierung des transatlantischen Handels war die *Virginia Company*. Sie war eine besonders eifrige Propagandistin der Zwangsmobilisierung der land- und arbeitslos gewordenen Armen in den Großstädten für einen Einsatz in den Kolonien. Sklaverei, Zwangsarbeit und (Schuld-)Knechtschaft waren anfangs die tragenden Säulen der sich langsam entwickelnden freien Lohnarbeitsgesellschaft.

3) Die »Motley Crew« der *Sea Venture* war typisch für die multiethnische Klasse besonders in der Seewirtschaft. Das Wort *motley* bezeichnete ursprünglich das aus bunten Stofffetzen zusammengenähte Narrengewand, später wurde es zum Synonym für die aus allen Ländern und Kontinenten bunt zusammengewürfelten Mannschaften der Seeschiffe. Aber nicht nur auf den Schiffen, auch in den Kolonien und den Hafenstädten war die Kooperation über alle sprachlichen und sonstigen Schranken hinweg unverzichtbar sowohl für die Kolonisten, als auch für die, die dem Terror entkommen wollten. Die entflohenen Sklaven, Knechte, Sträflinge und Rebellen aller Hautfarben fanden sich in der Karibik, Nordamerika und Afrika in einer Vielzahl von sogenannten *maroons* wieder, in denen sie oftmals unter dem Schutz örtlicher Stämme in relativer Freiheit lebten.

Am Anfang des Kapitalismus stand die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft und die Verwertung der freigesetzten Arbeitskräfte in den Arbeiten des »Holzhauens und Wasserschöpfens«. Mit diesen Begrifflichkeiten bezog sich die zeitgenössische politische Literatur auf biblische Aussprüche und meinte die Urbarmachung des Landes, den Aufbau der Infrastruktur für den globalen Handel und die Reproduktion der dafür notwendigen Arbeiter. Die »Holzhauer und Wasserschöpfer« waren zunächst keine Lohnarbeiter, sondern Sklaven und Zwangsarbeiter, Kinder und Frauen. Zweidrittel aller Arbeiter im 17. Jahrhundert waren Zwangsarbeiter. Der Zwang zur Arbeit wurde durch blanken Terror, die Drohung des (Völker-)Mordes an allen, die »überflüssig« oder renitent waren, durchgesetzt.

Von Anfang an war dieser Prozess von Widerstand begleitet. Zunächst von den um ihre Subsistenzgrundlage kämpfenden Bauern in den europäischen Ländern selber und in Afrika und Amerika. Um diesen Widerstand zu brechen, internationalisierten die europäischen Mächte das Proletariat. Englische Landvertriebene wurden als »Siedler« nach Irland und Amerika gebracht, Iren in die Karibik, afrikanische Sklaven arbeiteten auf den Plantagen und dienten als Schiffsbesatzungen in den Kolonialkriegen, Indianer wurden Soldaten usw..

Diese Internationalisierung hatte aber auch den Effekt, dass die Ideen und Erfahrungen der Unterdrückten sich über die Meere verbreiteten und dass sich ihr Widerstand zunehmend ins »Innere« des globalen Kapitalismus verlagerte. Auf den Plantagen und auf den Schiffen trafen sich die Erfahrungen der zwangsmobilisierten Arbeiter aus allen Teilen der Welt. Die Arbeitskräfte der Plantagen des 17. Jahrhunderts bestanden zu etwa gleichen Teilen aus europäischen, amerikanischen und afrikanischen Zwangsarbeitern. Dementsprechend war auch der Widerstand dort noch nicht durch rassische Schranken begrenzt. Aber nicht allein die militärische Übermacht war entscheidend für die Niederschlagung der Verschwörungen und Aufstände – an erster Stelle stand die Etablierung eines differenzierten Herrschaftssystems, das den europäischen Zwangsarbeitern gewisse Rechte zugestand und ihnen perspektivisch die Stellung von

Aufsehern über die Sklaven zuwies. Das Kalkül ging im Großen und Ganzen auf; bis 1700 wich die Furcht vor allgemeinen Aufständen einer panischen Angst vor Sklavenaufständen. Die rassistische Spaltung auf den Plantagen funktionierte immer besser, und der Kampf der multinationalen Arbeiterklasse verlagerte sich in den folgenden Jahrzehnten auf die Seefahrt. Bis heute mythenumwoben sind die Umtriebe der Piraten.

4) Die Piraterie entwickelte sich in verschiedenen Stufen; im späten 16. Jahrhundert zunächst von den höchsten Staatsfunktionären organisiert, wurde sie Anfang bis Mitte des 17. von den großen Handelshäusern und am Ende des 17. Jahrhunderts von kleinen, zumeist kolonialen Händlern durchgeführt. Nach 1710 organisierten sich die Seeleute überwiegend selber. Mehr noch als bei den Piraten in der Karibik, die größtenteils 1688 vertrieben wurden, spielte Selbstorganisation eine Rolle bei den Piraten vor der afrikanischen Küste. Zwischen 1716 und 1726 erschütterte eine Welle von Meutereien den Sklavenhandel. Die Meuterer übernahmen bei Erfolg das Schiff und setzten die Totenkopf-Flagge. Nach konservativen Schätzungen von 1724 verloren die Kaufleute in zwei Jahren über 100 Schiffe. Erst mehrere militärische Expeditionen konnten dem Widerstand der Piraten, die sich zum Teil auch aus befreiten Sklaven rekrutierten, ein Ende setzen.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts hatte das kapitalistische System vor allem mit drei Bedrohungen zu kämpfen:

Zum einen geriet die Plantagenwirtschaft durch eine zunehmende Zahl von Sklavenaufstände in Bedrängnis. Am augenfälligsten wurde dies durch die erfolgreiche Unabhängigkeit der französischen Kolonie Haiti um 1800.

Zum zweiten nahm der Widerstand der Seeleute auf den Schiffen des Militärs und der Handelshäuser zu. In der zweiten Jahrhunderthälfte gab es außerordentlich viele Meutereien und Streiks der internationalen Klasse an und unter Deck. Die Seeleute bekämpften sowohl in Amerika als auch in England selber zunehmend das Unwesen der *Press Gangs*, stürmten die staatlichen Büros, verprügelten die »Werber« und befreiten Gefangene. Nach der amerikanischen Unabhängigkeit desertierten in wenigen Jahren schätzungsweise über 40.000 Seeleute von der englischen Navy.

Der dritte Ort des Widerstands waren die Hafenstädte. Die Emigranten aus Europa wurden nicht mehr zwangsweise in die Kolonien gebracht – ihren Platz dort hatten die afrikanischen Sklaven eingenommen. Sie gingen nun als Lohnsklaven in die Städte.

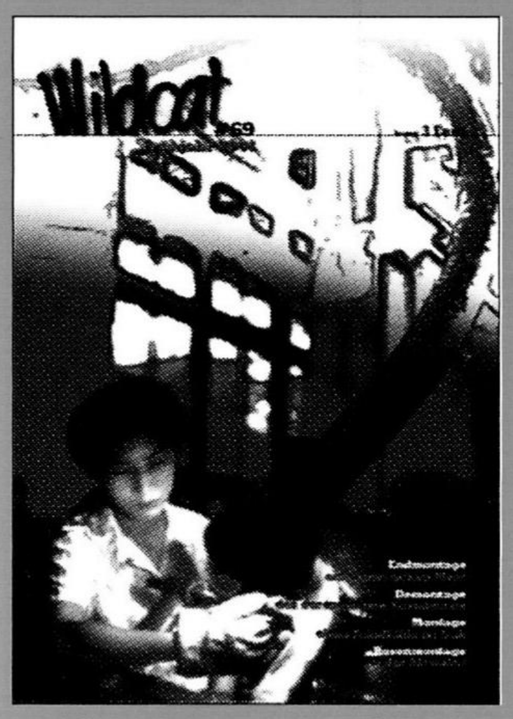
In den amerikanischen Städten und ihrem internationalen Proletariat sehen die Autoren den Kern der Amerikanische Revolution. Dass die koloniale Oberschicht die Ideen von Freiheit und Gleichheit aufnahm, hatte vor allem mit den zunehmenden städtischen Riots zu tun, die fast alle ihren Ausgangspunkt an der Frage der Zwangsrekrutierung von Seeleuten nahmen und sich vermittelt über die teilnehmenden Sklaven auch gegen die Institution der Sklaverei richteten.

Im Laufe der Revolution gelang es der amerikanischen Oberschicht, den Kampf der Unterschichten zu spalten, indem sie die Idee der persönlichen Freiheit auf die Weißen begrenzten. Dies war unter anderem möglich, weil die Weißen nach der Revolution in Haiti zunehmend Angst vor dem aufgestauten Hass der Sklaven hatten und um ihr Leben fürchteten. Die Engländer wiederum schafften es, eine große Zahl von Sklaven auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihnen die persönliche Freiheit versprachen, wenn sie auf englischer Seite gegen die Kolonisten kämpften. Zugespitzt formuliert ließe sich sagen, dass die Amerikanische Revolution beiden, dem englischen Empire als auch der kolonialen nordamerikanischen Oberschicht half, das transatlantische System aufrechtzuhalten. Das Regime der Sklaverei vertiefte sich in der Folge, und die Engländer hatten Kapazitäten frei, ihr Kolonialreich in Asien aufzubauen.

Hier hätten Linebaugh und Rediker ihr Buch besser abgeschlossen. Nachdem sie bis dahin durchaus reale Bruchpunkte in der historischen Entwicklung des transatlantischen Kapitalismus aufzeigen, kann das letzte Kapitel über die religiösen Radikalen in den frühen Jahren der USA keine großen Hoffnungen mehr wecken. In der Englischen Revolution Mitte des 18. Jahrhunderts stand die bürgerliche Herrschaft vor dem Zusammenbruch; die Piraterie führte fast zur Unterbrechung des Sklavenhandels, die Sklavenaufstände in der Karibik drohten ernsthaft, das Plantagensystem zu zerstören, und die Amerikanische Revolution stellte ein letztes Mal die Frage nach der Einheit der Unterdrückten. Danach scheint es, als ob sich der Kapitalismus mit seinem spezifischen Rassismus vorerst durchgesetzt habe. Sicher, die »Hydra« reckt an allen möglichen Orten und Zeiten ab und an ihr Haupt, aber die Machtfrage stellt sie in diesem Zeitraum global nicht mehr. *hh*

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 69 (Frühjahr 2004)

Prekarisierung: Angriffe von oben – Widerstand von unten? Mindestlöhne sind Minilöhne · Berichte aus der Ausbeutung

Soziale Explosion in der Ostslowakei

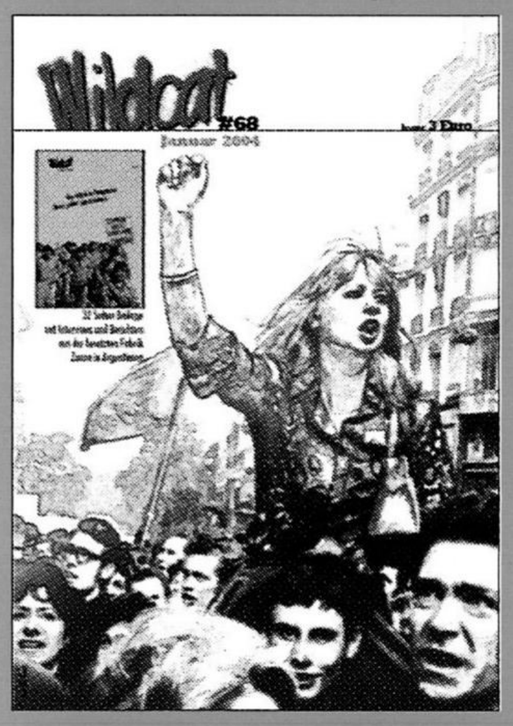
StudentInnen – zwischen Standortlogik und Wir wollen alles

Prekär am Steuer – Streiks und Aktionen der Busfahrer in Köln · Leverkusen · Italien

China: das Fließband läuft. Noch.

Krieg und soziale Kämpfe im Irak

Pop-Mythen adieu! · Alles Pop · Filmbesprechung Faites vos jeux · Making Music is killing music? Die Krise der Musikindustrie



Wildcat 68 (Januar 2004)

Prekarisierung – Strategie oder Krisensymptom? · Praktikum, Jobclub, Leiharbeit, Ich-AG · Interview mit www.chefduzen.de

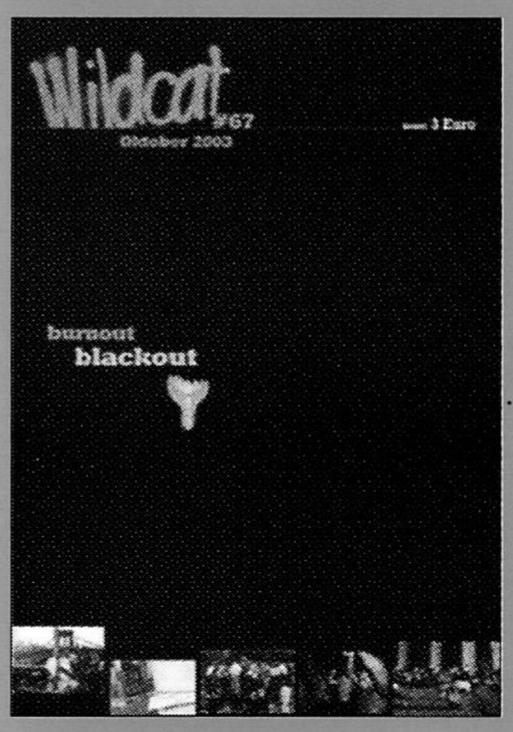
Lateinamerika · Aufstand in Bolivien · **Beilage zur besetzten Fabrik Zanon in Argentinien**

Streiks in Italien, GB, Griechenland, Österreich, Belgien und Deutschland

Krise · Die Widersprüche des US-Booms · Das Ende des EU-Stabilitätspakts · USA / China – die Lunte glimmt

Blackout – Chaos im Energiesektor

ElexirA · LKW-Fahrer in New York · IT-(Nicht-)Arbeit



Wildcat 67 (Oktober 2003)

Lohnsenkungen und Rationalisierung in der »Weißen Fabrik« · Gesundheitsreform 2003 · Arbeitsplatz Krankenhaus · Die Krankenhäuser in Frankreich

Bubbles, Defizite, Rezession · Fiktives Kapital · Die ArbeiterInnen und die Globalisierung · Das Bruttoweltprodukt seit dem Zweiten Weltkrieg

Weiterbildung in der Krise

How they do it · Reggae zwischen Schmelztiegel und Essenzialismus · Nach Adorno: Grenzen und Nebenwirkungen der Kritischen Theorie

Wildcat 66 (Juli 2003)

Die zweite Supermacht?

Berichte zur globalen Friedensbewegung · Iran: Arbeiteraufstände statt Reformhoffnungen · Irak: Krieg gegen das Proletariat

USA: nach der Inflation kommt die Deflation · Boom & Bubble

Argentinien: wessen Krise? · Piloten auf der Lok · Streiks in Frankreich und Italien · Lohnklau auf Berliner Baustelle

Agenda 2010 – Frontalangriff oder Sprung ins Leere?

Operaismus reloaded: Empire, Negri, Zerowork

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 10 Euro (Ausland 16 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder das Aboformular auf der Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles
www.wildcat-www.de

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch
[eine andere gewerkschaft ist möglich]
FAU★IAA Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

www.jungewelt.de

vernetzen2.0
Aktivisten Internet Anzeigen Initiativen Autore
vernetzen2.0

Lesen Sie täglich in junge Welt, wie linke Aktivisten, Initiativen, Publizisten, Organisationen auf verschiedenste Weise, aus unterschiedlichen Anlässen und mit vielfältigsten Ideen ihre Kräfte bündeln, wie sie dafür unsere linke Tageszeitung nutzen und sie zugleich stärken. Garantiert sind auch Anregungen für Sie dabei. Oder es ist Platz für Ihren Beitrag.
Lesen! Mitmachen! Abonnieren!

Abonnieren unter www.jungewelt.de oder einfach anrufen: 0 30/53 63 55-10

Die Tageszeitung
junge Welt
... täglich am Kiosk

...diesmal im Magazin:

- **Joe Hill und die IWW**
- **Klassenzusammensetzung:**
  - Kern des Operaismus -
  & militante Untersuchung
  - im Call Center
- **Streik bei FIAT Melfi**
- **Erfahrungen bei SUD**
- **Industrial und Lärm –**
  Musik oder Industrie
- **Verlagerung nach Osten –**
  Drohung oder Wirklichkeit?
- **Lese- und Hör-Trips**
- **Vielköpfige Hydra im Irak**
  und in der Geschichte

Arbeitsbedingungen für chinesische Polizisten immer härter

China, Shenzhen, 19.5.04: Räumungen sind nach Lohnauseinandersetzungen der häufigste Grund für Massenaktionen. Dieses Mal ist der Versuch der Volkspolizei, ein Dorf bei Shenzhen zuräumen, vorerst mißlungen. Die Bauern wehrten sich. Bei den Auseinandersetzungen wurden u.a. Steine auf der einen und Wasserwerfer auf der anderen Seite eingesetzt. 21 Vertreter des Staates wurden verletzt; ein Offizieller wurde als Geisel genommen. Einige Autos wurden zerstört. Nach einigen Stunden der Auseinandersetzungen wurde der Räumungsversuch abgebrochen und die Geisel frei gelassen.

Bild: Riot-Polizei sucht Schutz vor dem Steinehagel.